

Vorblatt

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern

(Gesetzentwurf der Landesregierung)

A Problem und Ziel

1. Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation

Das in Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes verankerte Alimentationsprinzip verpflichtet nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Dienstherrn, Beamtinnen und Beamte sowie ihre Familien lebenslang angemessen zu alimentieren und ihnen nach ihrem Dienstrang, nach der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren (zuletzt Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 23, nach juris).

Aus dem Alimentationsprinzip leitet sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter anderem das Mindestabstandsgebot ab, wonach bei der Bemessung der Besoldung der qualitative Unterschied zwischen der Grundsicherung, die als staatliche Sozialleistung den Lebensunterhalt von Arbeitsuchenden und ihren Familien sicherstellt, und dem Unterhalt, der erwerbstätigen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern geschuldet ist, hinreichend deutlich werden muss. Dieser Mindestabstand wird unterschritten, wenn die Nettoalimentations (unter Berücksichtigung der familienbezogenen Bezügebestandteile und des Kindergelds) um weniger als 15 Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegt; vergleiche Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 47, nach juris.

Ausgehend davon sind in den Ländern in Reaktion auf diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unterschiedliche Maßnahmen getroffen worden, um dem Mindestabstandsgebot Rechnung zu tragen. Hervorzuheben sind:

- Systemwechsel zur Mehrverdienerfamilie als neue Bezugsgröße, teilweise in Kombination mit ausgewählten weiteren Maßnahmen wie etwa
 - einem Familienergänzungszuschlag bei fehlendem Mitverdienst,
 - der Neuausrichtung des Familienzuschlags durch Weiterentwicklung zu einem Orts- und Familienzuschlag,
 - der Erhöhung der kinderbezogenen Familienzuschläge,
 - der Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung für Kinder,
 - der Anhebung des Beihilfebemessungssatzes für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen oder Ehegatten und Kinder,
 - der Anhebung der Anfangsgrundgehälter durch Streichung von Erfahrungsstufen und
 - dem Wegfall der untersten Besoldungsgruppe durch eine Anhebung des betreffenden Eingangs- beziehungsweise Einstiegsamtes

- schwerpunktmäßige Erhöhung der kindbezogenen Familienzuschläge, und zwar alternativ durch Familienzuschläge

- in einheitlicher Höhe für alle Besoldungsgruppen, gegebenenfalls abhängig von der für den Wohnort geltenden Mietstufe oder
 - in der zur Einhaltung des Mindestabstandsgebots erforderlichen Höhe
- systematische Anhebung der Eingangssämter im mittleren und gehobenen Dienst, verbunden mit der Anhebung der Anfangsgrundgehälter durch Streichung von Erfahrungsstufen sowie einer Anhebung von Erhöhungsbeträgen zum kindbezogenen Familienzuschlag
 - von der Unterhaltsverpflichtung für Kinder abhängige Anhebung des Beihilfemessungssatzes für die Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfänger selbst sowie deren berücksichtigungsfähige Ehegattinnen oder Ehegatten und Kinder

Bereits mit dem neuen Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600) hat der Gesetzgeber in Mecklenburg-Vorpommern in den untersten Besoldungsgruppen durch die Einführung von Erhöhungsbeträgen beim Familienzuschlag ab dem zweiten Kind den Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitsuchende berücksichtigt und dieses Modell im Zuge der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge durch das Gesetz vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597) fortgeführt.

Mit der am 31. Dezember 2022 erreichten Besoldungshöhe kann allerdings nach den Feststellungen des Finanzministeriums infolge der Veränderungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Mindestabstand zur Besoldung in unteren Besoldungsgruppen ab dem 1. Januar 2023 nicht mehr eingehalten werden.

Darüber hinaus sind die unter Beachtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ebenfalls vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere – zur Alimentation kinderreicher Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter erforderlichen Anpassungen beim kindbezogenen Familienzuschlag für dritte und weitere zu berücksichtigende Kinder bisher nur im Verwaltungsvollzug durch Gewährung eines Zuschlags zur Wahrung des Abstands zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 73 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt worden.

Das Finanzministerium ist daher in Gespräche mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Nord (DGB Nord), dem Deutschen Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Mecklenburg-Vorpommern (dbb m-v) sowie dem Richterbund Mecklenburg-Vorpommern eingetreten. Gegenstand der Gespräche war unter anderem, nicht erst das Tarifergebnis aus den im Oktober 2023 beginnenden neuen Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) abzuwarten, sondern bereits vor der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung in einem gesonderten Schritt Anpassungen im Besoldungsrecht mit dem Ziel der Einhaltung des Mindestabstandsgebots ab dem 1. Januar 2023 in Angriff zu nehmen.

2. Änderungsbedarf im Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern sowie im Landesaltersgeldgesetz

Für die Einzelheiten der Heilverfahren im Rahmen der Dienstunfallfürsorge findet seit der Überleitung von Bundesrecht in Landesrecht durch Artikel 5 § 2 des Gesetzes vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 376, 382) nach wie vor die Heilverfahrensverordnung des Bundes in ihrer am 31. August 2006 geltenden Fassung Anwendung. Die Verordnung soll nunmehr durch eine Heilverfahrenslandesverordnung abgelöst werden. Im Zuge dessen hat sich gezeigt, dass § 33 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf die durch den Gesetzgeber selbst zu treffenden wesentlichen Regelungen und die Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung anzupassen ist.

Darüber hinaus weisen einige Vorschriften des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern auf das Bundesversorgungsgesetz hin, das allerdings zum 1. Januar 2024 durch das neue 14. Buch Sozialgesetzbuch abgelöst wird. Hieraus ergibt sich Änderungsbedarf bei den Verweisen.

Da zur Gewährleistung der sprachlichen Gleichstellung von Frau und Mann zu ändernde Regelwerke auch bei nur teilweiser inhaltlicher Anpassung vollständig sprachlich überarbeitet werden sollen, ist das Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auch dahingehend anzupassen.

Im Landesaltersgeldgesetz besteht geringfügiger redaktioneller Änderungsbedarf.

3. Zukunft der Versorgungsrücklage und Stärkung des Versorgungsfonds

Die Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ und „Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ werden derzeit vom Finanzministerium verwaltet.

Das Anlagemanagement der beiden Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ und „Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ soll nun gemäß § 4 Absatz 1 Satz 2 Versorgungsfondsgesetz auf die Deutsche Bundesbank übertragen werden.

Im Ergebnis des Austauschs mit der Deutschen Bundesbank als Dienstleister für das Anlagemanagement wurde deutlich, dass im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung die "Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern" aufgelöst und die vorhandenen Mittel in Höhe von rund 340 Mio. Euro dem Vermögen des "Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern" zugeführt werden sollten.

Neben der angestrebten Verwaltungsvereinfachung bietet die Überführung der Mittel der „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ - als zeitlich bis zum Jahr 2044 begrenztes Absicherungsvehikel zukünftiger Versorgungsausgabenspitzen - die Chance, zusätzliche Beamtenjahrgänge in das System des nahezu vollständig kapitalgedeckten und zeitlich unbegrenzten "Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern" aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist die seit November 2016 ruhende Verwaltungsvereinbarung mit der Deutschen Bundesbank zum "Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern" zu reaktivieren und vertraglich derart anzupassen, dass die Deutsche Bundesbank das Anlagemanagement auf Grundlage geänderter und nunmehr nachhaltiger Anlagerichtlinien vollständig übernimmt.

In Gesprächen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Nord (DGB Nord) und dem Deutschen Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Mecklenburg-Vorpommern (dbb m-v) haben diese die Fusion beider Sondervermögen begrüßt.

B Lösung

I. Änderung der Besoldungsstrukturen zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation (Artikel 1 bis 3)

Im Ergebnis der Gespräche mit den Gewerkschaften und dem Richterbund sollen die bestehenden Besoldungsstrukturen durch folgende Maßnahmen rückwirkend zum 1. Januar 2023 angepasst und hierdurch eine verfassungsgemäße Alimentation gewährleistet werden:

1. Anhebung der Grundgehälter in der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in der jeweils ersten Stufe um 3 Prozent, in der jeweils zweiten Stufe um 2 Prozent und in der jeweils dritten Stufe um 1 Prozent; ebenso Anhebung des betragsmäßig vergleichbaren Grundgehalts der Besoldungsgruppe W 1 um 1 Prozent
2. Änderungen im Sonderzahlungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern, und zwar
 - a) Glättung der Jahressonderzahlung in den Besoldungsgruppen
 - bis A 9 von 38,001 Prozent auf 40 Prozent,
 - A 10 bis A 12 sowie C 1 von 33,3 Prozent auf 35 Prozent sowie
 - ab A 13 aufwärts von 29,382 Prozent auf 30 Prozent, und
 - b) Anhebung des Sonderzuschlags bei der Jahressonderzahlung für jedes berücksichtigungsfähige Kind von 25,56 Euro auf 300 Euro

Ausgenommen von den Verbesserungen sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

3. mit Ausnahme der Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11 Anhebung des kinderbezogenen Familienzuschlags für das erste und das zweite berücksichtigungsfähige Kind von 124,06 Euro auf 175 Euro sowie darüber hinaus Erhöhungsbeträge bis zur Besoldungsgruppe A 6 für diese Kinder
4. Einheitlicher kindbezogener Familienzuschlag für dritte und weitere berücksichtigungsfähige Kinder
5. Berücksichtigung eines Mitverdienerereinkommens in Höhe von derzeit jährlich 6.240 Euro (Minijob in Höhe von 520 Euro monatlich) bei der Ermittlung des zur Verfügung stehenden Nettoeinkommens einer vierköpfigen Familie beim Mindestabstand in der untersten Besoldungsgruppe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Vorbild vergleichbarer Modelle in Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

II. Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und des Landesaltersgeldgesetzes (Artikel 4 und 5)

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern soll mit dem Ziel der geschlechtergerechten Formulierung sprachlich neugefasst werden. Aufgrund der Vielzahl der Änderungen handelt es sich um ein Ablösegesetz, welches zum 1. Januar 2024 in Kraft treten soll; gleichzeitig soll das bisherige Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern außer Kraft treten.

Inhaltlich wird § 33 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern neugefasst. Darüber hinaus werden bestehende Verweise auf das Bundesversorgungsgesetz wegen dessen Außerkrafttretens zum 1. Januar 2024 angepasst.

Der im Landesaltersgeldgesetz bestehende geringfügige redaktionelle Änderungsbedarf wird umgesetzt.

III. Auflösung der Versorgungsrücklage zugunsten der Stärkung des Versorgungsfonds (Artikel 7 und 8)

Zur Umsetzung der Auflösung des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ und Zuführung an das Sondervermögen „Versor-

gungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ soll mit Artikel 6 eine Übergangsvorschrift geschaffen werden, die einige weiterhin noch notwendige Regelungen aus dem außer Kraft tretenden Versorgungsrücklagegesetz für einen gewissen Zeitraum fortgelten lässt.

Zudem soll mit Artikel 7 das Versorgungsfondsgesetz angepasst werden, sodass die Mittel des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ zugeführt werden können und der Kreis der vom Versorgungsfondsgesetz erfassten Erstverbeamtungsjahrgänge erweitert werden kann. Außerdem ist es unter Berücksichtigung der zunehmenden ökologischen und sozialen Verantwortung unerlässlich, zukünftig das Kriterium der Nachhaltigkeit neben den Kernaspekten Sicherheit, Rentabilität und Liquidität bei Anlageentscheidungen zu beachten.

C Alternativen

1. Hinsichtlich der Änderung der Besoldungsstrukturen

Die Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation durch den Besoldungsgesetzgeber ist alternativlos. Der Besoldungsgesetzgeber verfügt hierbei allerdings über einen weiten Gestaltungsspielraum. In Bezug auf die Einhaltung des Mindestabstandsgebots hat das Bundesverfassungsgericht herausgestellt, dass dies etwa durch eine Anhebung des Bemessungssatzes der Beihilfe, eine Anhebung des Eingangsgehalts einer Besoldungsstufe, eine Anhebung des Familienzuschlags in den unteren Besoldungsgruppen oder durch sonstige geeignete Maßnahmen geschehen kann. Insbesondere besteht hierbei keine Verpflichtung, die Grundbesoldung so zu bemessen, dass Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter ihre Familie als Alleinverdiener unterhalten können.

Der vorliegende Gesetzentwurf hat sich gegen eine reine Familienzuschlagslösung entschieden, da sich hierdurch bezogen auf die Gesamtbesoldung das Verhältnis zwischen amtsabhängigem Grundgehalt und familienbezogenen Zuschlägen zu Lasten des amts- und damit leistungsabhängigen Grundgehalts über alle Ämter verschieben kann. Ebenfalls sind keine Änderungen bei den Beihilfebemessungssätzen vorgenommen worden. Demgegenüber ist bei der Ermittlung des einer Beamtenfamilie zur Verfügung stehenden Nettoeinkommens auf das Hinzuverdienst-Modell umgestellt worden, um insoweit die Bemessungsgrundlagen der Lebenswirklichkeit anzupassen. Bereits im Zuge der Anpassung von Besoldung und Versorgung im Jahr 2022 hat die Landesregierung dazu ausgeführt, dass diesbezüglich die dynamisch verlaufende Rechtsentwicklung in den anderen Ländern und beim Bund weiter beobachtet wird; vergleiche Regierungsentwurf für ein Gesetz über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Landtagsdrucksache 8/1344, S. 5. Bisher ist das Hinzuverdienst-Modell in sieben Ländern – unter anderem in allen anderen vier Küstenländern – eingeführt worden.

Darüber hinaus sind wegen der Vielzahl der veränderlichen Parameter und deren Auswirkungen die im Hinblick auf den weiten Gestaltungsspielraum des Besoldungsgesetzgebers denkbaren Alternativen nicht angemessen darstell- und bewertbar.

2. Zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und des Landesaltersgeldgesetzes

Zur Neufassung von § 33 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, zur Anpassung bestehender Verweise in anderen Vorschriften an sich zum 1. Januar 2024 änderndes Bundesrecht und zur Umsetzung des redaktionellen Änderungsbedarfs im Landesaltersgeldgesetz sind keine Alternativen gegeben.

3. Zur Auflösung der Versorgungsrücklage zugunsten der Stärkung des Versorgungsfonds

Keine.

D Notwendigkeit (§ 3 Absatz 1 Satz 1 GGO II)

Der Gesetzentwurf dient mit seinem Schwerpunkt der Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation nach Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes unter Beachtung der sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dazu ergebenden Vorgaben. Für eine solche Anpassung ist eine gesetzliche Regelung notwendig (Gesetzesvorbehalt der Besoldung und Versorgung).

E Finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte des Landes und der Kommunen

1 Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

a) Veränderung der Besoldungsstrukturen

Die vorgesehene Anpassung der Besoldungsstrukturen führt zu jährlichen Mehrkosten im Landeshaushalt in Höhe von etwa 20 Millionen Euro ab dem Jahr 2023. Die Kosten setzen sich als sogenannte Ewigkeitskosten in den Folgejahren in jeweils dieser Höhe fort.

Die Mehrkosten im Bereich kommunaler Dienstherren lassen sich grob geschätzt auf etwa 2,5 Millionen Euro ab dem Jahr 2023 beziffern, die sich als sogenannte Ewigkeitskosten in den Folgejahren in jeweils dieser Höhe fortsetzen.

b) Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

Die wegen auslaufendem Bundesrecht notwendig werdende Anpassung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zieht keine Mehrkosten nach sich.

c) Auflösung der Versorgungsrücklage und Stärkung des Versorgungsfonds

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist die Übernahme des Anlagemanagements durch die Deutsche Bundesbank kostenneutral. Im Zusammenhang mit der Nutzung von Nachhaltigkeitsindizes im Rahmen des Anlagemanagements entstehen jährlich Ausgaben in Höhe von etwa 0,3 Millionen Euro.

2 Vollzugaufwand

Es entsteht erhöhter Vollzugaufwand durch die erforderliche Umprogrammierung der EDV-gestützten Zahlverfahren für die Besoldung und Versorgung.

F Sonstige Kosten

Die vorgesehenen Einkommensanhebungen werden keine wesentlichen Änderungen von Angebots- und Nachfragestrukturen zur Folge haben, die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nach sich ziehen.

G Bürokratiekosten

Keine. Insbesondere werden keine Informationspflichten für Unternehmen eingeführt, geändert oder abgeschafft.

**Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen
und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Vom

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über die Anpassung der Besoldungsstrukturen zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation (Besoldungsstrukturgesetz – BesStrG M-V)

§ 1

Persönlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamtinnen und Beamten sowie die Richterinnen und Richter des Landes,
2. die Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, Landkreise und Ämter sowie der Zweckverbände,
3. die Beamtinnen und Beamten der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und
4. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Landkreis, Ämter und Zweckverbände oder eine der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, rechtsfähige Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter und
2. Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts und ihre Verbände und Einrichtungen.

§ 2

Erhöhung der Dienstbezüge im Jahr 2023

(1) Ab 1. Januar 2023 erhöhen sich die Grundgehaltssätze

1. in der Besoldungsordnung A sowie den Besoldungsgruppen R 1 und R 2
 - a) in der Erfahrungsstufe mit dem Anfangsgrundgehalt um 3 Prozent,
 - b) in der jeweils belegten zweiten Erfahrungsstufe um 2 Prozent und
 - c) in der jeweils belegten dritten Erfahrungsstufe um 1 Prozent sowie
2. in der Besoldungsgruppe W 1 um 1 Prozent.

(2) Maßgeblich für die in Absatz 1 genannten Grundgehaltssätze sind die nach dem Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600) in der Fassung der Änderung durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597, 598, 602) am 31. Dezember 2022 geltenden Ausgangsbeträge.

§ 3 Erhöhung der Anwärterbezüge im Jahr 2023

Die Anwärtergrundbeträge nach § 76 Absatz 2 Satz 1 des Landesbesoldungsgesetzes werden ab 1. Januar 2023 um 3 Prozent angehoben. § 2 Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 4 Erhöhung der Versorgungsbezüge im Jahr 2023

Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gilt die Anpassung nach § 2 für die dort genannten Grundgehaltssätze entsprechend, sofern diese Grundlage der Versorgung sind.

§ 5 Rundung der Erhöhungsbeträge

Bei den Berechnungen nach den §§ 2 bis 4 sind die sich jeweils ergebenden Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden.

Artikel 2 Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Das Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 637, 639) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 18 wird wie folgt gefasst:
„§ 18 weggefallen“
 - b) Nach der Angabe „§ 43 Änderung des Familienzuschlages“ wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 43a Familienergänzungszuschlag“
 - c) Folgende Angaben werden angefügt:

„Anlagen

Anlage 1	Besoldungsordnungen A und B
Anlage 2	Besoldungsordnung R
Anlage 3	Besoldungsordnung W
Anlage 4	Künftig wegfallende Ämter
Anlage 5	Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung A
Anlage 6	Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung B
Anlage 7	Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung W
Anlage 8	Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung R
Anlage 9	Grundgehaltssätze der Bundesbesoldungsordnung C (gemäß § 88)
Anlage 10	Familienzuschlag
Anlage 10a	Familienzuschlag für die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11
Anlage 10b	Familienergänzungszuschlag

Anlage 11	Anwärtergrundbetrag
Anlage 12	Strukturzulage, Stellenzulagen und Amtszulagen
Anlage 13	Sätze der Mehrarbeitsvergütung“

2. § 16 Absatz 2 wird aufgehoben.
3. § 18 wird aufgehoben.
4. Dem § 25 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
 „Die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A sind in der Anlage 5, die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B sind in der Anlage 6 ausgewiesen.“
5. In § 41 Absatz 1 Satz 1 werden nach der Angabe „Anlage 10“ die Wörter „oder Anlage 10a“ eingefügt.
6. Nach § 43 wird folgender § 43a eingefügt:

**„§ 43a
Familienergänzungszuschlag**

(1) Berechtigten nach § 1, die Dienstbezüge nach § 2 Absatz 1 erhalten und Anspruch auf den Familienzuschlag nach § 41 Absatz 1 haben, wird ein Familienergänzungszuschlag nach Maßgabe der Anlage 10b gewährt, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der eingetragene Lebenspartner oder der im selben Haushalt lebende andere Elternteil der zu berücksichtigenden Kinder

1. weder über ein monatliches Erwerbs- oder Erwerb ersatzeinkommen im Sinne des § 53 Absatz 7 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mindestens in Höhe des Höchstbetrags einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch
2. noch über ein aufaddiertes Erwerbs- oder Erwerb ersatzeinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben im Kalenderjahr in Höhe mindestens des Zwölffachen des Höchstbetrags einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

verfügt.

(2) Der Betrag des Familienergänzungszuschlags vermindert sich um den Betrag der gewährten Amtszulagen, der Strukturzulage sowie der Stellenzulagen und um den Betrag der Ausgleichszulagen, die wegen Wegfalls oder Verminderung von Dienstbezügen gewährt werden.

(3) Das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist durch die Berechtigten nachzuweisen.

(4) § 42 Absatz 7 und § 43 gelten entsprechend.“

7. Die Anlagen 5 bis 13 werden durch die aus dem Anhang zu diesem Gesetz ersichtlichen Anlagen 5 bis 13 ersetzt.

**Artikel 3
Landessonderzahlungsgesetz**

**Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzahlung an Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Landessonderzahlungsgesetz - SZG M-V)**

**§ 1
Persönlicher Geltungsbereich**

(1) Eine Sonderzahlung nach diesem Gesetz erhalten

1. Berechtigte, und zwar

- a) die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter des Landes,
- b) die Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, Landkreise und der anderen Gemeindeverbände und
- c) die Beamtinnen und Beamten der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, und

2. Versorgungsberechtigte, denen als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger laufende Versorgungsbezüge nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern zustehen, die das Land, eine Gemeinde, ein Landkreis, ein Gemeindeverband oder eine der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehende Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter.

**§ 2
Anspruchsvoraussetzungen für Berechtigte**

(1) Voraussetzung für den Anspruch ist, dass die Berechtigten

1. am 1. Dezember in einem der in § 1 Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Rechtsverhältnisse stehen und
2. im laufenden Kalenderjahr vor dem 1. Dezember insgesamt mindestens 89 Kalendertage bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn gemäß § 1 in einem hauptberuflichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder einem Ausbildungsverhältnis gestanden haben.

(2) Als Dienstverhältnis nach Absatz 1 Nummer 2 gilt auch das Dienstverhältnis teilzeitbeschäftigter Berechtigter (§ 6 des Landesbesoldungsgesetzes).

(3) Auf die nach Absatz 1 Nummer 2 bestimmte Mindestdauer wird angerechnet:

1. die Zeit, für die Berechtigten Versorgungsbezüge im Sinne des § 8 Absatz 1 zugestanden haben,
2. die Zeit, während der Berechtigte den Wehrdienst abgeleistet haben.

**§ 3
Anspruchsvoraussetzungen für Versorgungsberechtigte**

Voraussetzung für den Anspruch auf die Sonderzahlung der in § 1 Absatz 1 Nummer 2 genannten Versorgungsberechtigten ist, dass ihnen für den ganzen Monat Dezember laufende Versorgungsbezüge zustehen oder nur deshalb nicht zustehen, weil sie zur Ableistung des Wehrdienstes einberufen sind.

§ 4 Ausschlusstatbestände

(1) Berechtigte, deren Bezüge für den Monat Dezember aufgrund einer Disziplinarmaßnahme teilweise einbehalten werden oder kraft Gesetzes in voller Höhe als einbehalten gelten, erhalten die Sonderzahlung nur, wenn die einbehaltenen Bezüge nachzuzahlen sind.

(2) Berechtigte, bei denen die Zahlung der Bezüge aufgrund eines Verwaltungsaktes eingestellt worden ist, erhalten die Sonderzahlung nicht, solange ihnen Bezüge für den Monat Dezember nur infolge der Aussetzung einer sofortigen Vollziehung oder der völligen oder teilweisen Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfes auszu zahlen sind.

(3) Versorgungsberechtigten, die für den Monat Dezember einen Unterhaltsbeitrag durch Gnadenerweis oder Disziplinarentscheidung erhalten, wird keine Sonderzahlung gewährt.

§ 5 Zusammensetzung der Sonderzahlung

(1) Die Sonderzahlung besteht aus einem Grundbetrag und einem Sonderbetrag für Kinder.

(2) § 55 des Bundesbesoldungsgesetzes zum Kaufkraftausgleich findet entsprechende Anwendung.

§ 6 Grundbetrag

(1) Der Grundbetrag der Sonderzahlung beträgt 30 Prozent der für den Monat Dezember des laufenden Jahres

1. für Berechtigte nach dem Besoldungsrecht zustehenden, maßgebenden Bezüge nach § 7,
2. der für Versorgungsberechtigte vor Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften maßgebenden Bezüge nach § 8.

(2) Anstelle des Prozentsatzes nach Absatz 1 treten

1. 35 Prozent in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12 sowie C 1,
2. 40 Prozent in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 9 sowie für die Berechtigten mit Anwärterbezügen und
3. 29,382 Prozent in den Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

§ 7 Bezüge der Berechtigten

(1) Bezüge im Sinne des § 6 sind unter Berücksichtigung des § 6 des Landesbesoldungsgesetzes

1. bei Berechtigten mit Dienstbezügen

- a) das Grundgehalt,
- b) der Familienzuschlag mit Ausnahme des Familienergänzungszuschlags nach § 43a des Landesbesoldungsgesetzes,
- c) der Zuschlag nach § 7 des Landesbesoldungsgesetzes,
- d) Amts-, Stellen-, Ausgleichs- und Überleitungszulagen,
- e) Leistungsbezüge für Professorinnen und Professoren sowie hauptberufliche Leitungen und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen, soweit diese nicht als Einmalzahlungen gewährt werden,

2. bei Berechtigten mit Anwärterbezügen

- a) der Anwärtergrundbetrag,
- b) der Familienzuschlag,
- c) der Anwärtersonderzuschlag,
- d) Stellenzulagen und Ausgleichszulagen,

3. Zulagen für Richterinnen und Richter als Mitglieder des Landesverfassungsgerichts,

4. der ruhegehaltfähige Teil der Vergütung für Berechtigte im Vollstreckungsdienst.

In den Fällen einer Beurlaubung ohne Bezüge ist der Grundbetrag nach dem Beschäftigungsumfang am Tag vor Beginn des Urlaubs zu bemessen; das gilt auch, wenn während einer Elternzeit eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt wird und das Kind den zwölften Lebensmonat noch nicht vollendet hat.

(2) Die Bezüge nach Absatz 1 sind auch dann maßgebend, wenn Berechtigten die Bezüge für diesen Monat nur teilweise zustehen oder in den Fällen einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge nicht zustehen.

(3) Bei den Bezügen nach Absatz 1 sind die Auslandsdienstbezüge nach dem 5. Abschnitt des Bundesbesoldungsgesetzes sowie Zulagen und Vergütungen nach den §§ 58 und 74 des Landesbesoldungsgesetzes sowie sonstige Einmalzahlungen nicht zu berücksichtigen.

(4) Haben Berechtigte nicht während des gesamten Kalenderjahres aufgrund einer Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 31 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes) Bezüge oder aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis Versorgungsbezüge (§ 8 Absatz 1) erhalten, so vermindert sich der Grundbetrag für die Zeiten, für die ihnen keine Bezüge zugestanden haben. Die Minderung beträgt für jeden vollen Monat ein Zwölftel. Dabei werden mehrere Zeiträume zusammengezählt und in diesem Falle der Monat zu dreißig Tagen gerechnet. Die Verminderung unterbleibt für die Monate

des Entlassungsjahres, in denen Grundwehrdienst geleistet wird, wenn Berechtigte vor dem 1. Dezember entlassen worden sind und unverzüglich in den öffentlichen Dienst zurückkehren. Der Zahlung von Dienstbezügen steht die Zahlung von Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz während eines Arbeitsverhältnisses zu einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn gleich. Für die Dauer einer Elternzeit unterbleibt die Verminderung des Grundbetrags bis zur Vollendung des zwölften Lebensmonats des Kindes, wenn am Tage vor Antritt der Elternzeit Anspruch auf Bezüge aus einem Rechtsverhältnis nach Satz 1 bestanden hat.

(5) Erhalten Berechtigte aufgrund anderer als beamtenrechtlicher Regelungen eine der Sonderzahlung nach diesem Gesetz vergleichbare Leistung, vermindert sich die Sonderzahlung entsprechend.

§ 8

Bezüge der Versorgungsberechtigten

(1) Versorgungsbezüge im Sinne des § 6 sind Ruhegehalt sowie der daneben zustehende Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 Satz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, Witwengeld, Witwergeld, Waisengeld und Unterhaltsbeitrag.

(2) Zuschläge nach den §§ 50a bis 50e des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern bleiben bei der Feststellung der maßgebenden Bezüge unberücksichtigt.

§ 9

Sonderbetrag für Kinder

(1) Neben dem Grundbetrag wird Berechtigten für jedes Kind, für das im Monat Dezember Kindergeld zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, ein Sonderbetrag gewährt. § 42 Absatz 5 des Landesbesoldungsgesetzes findet entsprechende Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Ausgleichsbetrag nach § 50 Absatz 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern oder entsprechenden Vorschriften gewährt wird oder deshalb nicht gewährt wird, weil in der Person der Waise oder einer anderen Person Ausschlussgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes vorliegen, eine Person vorhanden ist, die nach § 62 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes anspruchsberechtigt ist oder die Waise Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat; dies gilt nicht, wenn die Waise bereits bei einer anderen Person nach Satz 1 zu berücksichtigen ist.

(2) Der Sonderbetrag nach Absatz 1 beträgt 300 Euro. Abweichend von Satz 1 beträgt der Sonderbetrag 25,56 Euro in den Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

(3) Ist ein Sonderbetrag für ein Kind im laufenden Kalenderjahr bereits aufgrund anderer als beamtenrechtlicher Regelungen gezahlt worden, entfällt der Sonderbetrag für dasselbe Kind nach diesem Gesetz.

§ 10

Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften

Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsbestimmungen des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern finden Anwendung.

§ 11 Stichtag

Für die Gewährung und Bemessung der Sonderzahlung sind die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse am 1. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebend; § 7 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 12 Zahlungsweise

Die Sonderzahlung ist mit den laufenden Bezügen für den Monat Dezember zu zahlen.

§ 13 Übergangsregelung für Berechtigte der Bundesbesoldungsordnung C

Bei Berechtigten der Bundesbesoldungsordnung C treten bei den Bezügen im Sinne des § 7 Absatz 1 an die Stelle

1. der in § 7 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e genannten Bezügebestandteile die nach den Vorbemerkungen 1 und 2 der Bundesbesoldungsordnung C gewährten Zuschüsse zum Grundgehalt für Professorinnen und Professoren an Hochschulen,
2. der in § 7 Absatz 1 Nummer 3 genannten Bezügebestandteile die Zulagen gemäß Vorbemerkung 5 zur Bundesbesoldungsordnung C für Professorinnen und Professoren an wissenschaftlichen Hochschulen als Richterinnen und Richter.

Maßgeblich ist die Bundesbesoldungsordnung C in der nach § 88 Absatz 2 Satz 1 des Landesbesoldungsgesetzes maßgeblichen Fassung.

Artikel 4 Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LBeamVG M-V)

Inhaltsübersicht Abschnitt I

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Arten der Versorgung
- § 3 Regelung durch Gesetz

Abschnitt II

Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

- § 4 Entstehen und Berechnung des Ruhegehalts
- § 5 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge
- § 6 Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit
- § 7 Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit
- § 8 Berufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten
- § 9 Nichtberufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten
- § 10 Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst
- § 11 Sonstige Zeiten

- § 12 Ausbildungszeiten
- § 12a Nicht zu berücksichtigende Zeiten
- § 12b Zeiten in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet
- § 13 Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung
- § 14 Höhe des Ruhegehalts
- § 14a Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes
- § 15 Unterhaltsbeitrag für entlassene Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit und auf Probe
- § 15a Beamtinnen und Beamte auf Probe in leitender Funktion

Abschnitt III Hinterbliebenenversorgung

- § 16 Allgemeines
- § 17 Bezüge für den Sterbemonat
- § 18 Sterbegeld
- § 19 Witwen- und Witwergeld
- § 20 Höhe des Witwen- oder Witwergeldes
- § 21 Witwen- und Witwerabfindung
- § 22 Unterhaltsbeitrag für nicht witwengeldberechtigte Witwen und frühere Ehefrauen sowie für nicht witwengeldberechtigte Witwer und frühere Ehemänner
- § 23 Waisengeld
- § 24 Höhe des Waisengeldes
- § 25 Zusammentreffen von Witwen- oder Witwergeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen
- § 26 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene von Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit und auf Probe
- § 27 Beginn der Zahlungen
- § 28 (weggefallen)

Abschnitt IV Bezüge bei Verschollenheit

- § 29 Zahlung der Bezüge

Abschnitt V Unfallfürsorge

- § 30 Allgemeines
- § 31 Dienstunfall
- § 31a Einsatzversorgung
- § 32 Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen
- § 33 Heilverfahren, Verordnungsermächtigung
- § 34 Pflegekosten und Hilflosigkeitszuschlag
- § 35 Unfallausgleich
- § 36 Unfallruhegehalt
- § 37 Erhöhtes Unfallruhegehalt
- § 38 Unterhaltsbeitrag für frühere Beamtinnen und Beamte sowie frühere Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte
- § 38a Unterhaltsbeitrag bei Schädigung eines ungeborenen Kindes
- § 39 Unfall-Hinterbliebenenversorgung
- § 40 Unterhaltsbeitrag für Verwandte der aufsteigenden Linie
- § 41 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene
- § 42 Höchstgrenzen der Hinterbliebenenversorgung
- § 43 Einmalige Unfallentschädigung und einmalige Entschädigung
- § 43a Schadensausgleich in besonderen Fällen
- § 44 Nichtgewährung von Unfallfürsorge
- § 45 Meldung und Untersuchungsverfahren

- § 45a Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat
- § 46 Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

Abschnitt VI Übergangsgeld, Ausgleich

- § 47 Übergangsgeld
- § 47a Übergangsgeld für entlassene politische Beamtinnen und Beamte
- § 48 Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen

Abschnitt VII Gemeinsame Vorschriften

- § 49 Zahlung der Versorgungsbezüge und Versorgungsauskunft
- § 50 Familienzuschlag, Ausgleichsbetrag, jährliche Sonderzahlung
- § 50a Kindererziehungszuschlag
- § 50b Kindererziehungsergänzungszuschlag
- § 50c Kinderzuschlag zum Witwen- und Witwergeld
- § 50d Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlag
- § 50e Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen
- § 51 Abtretung, Verpfändung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht
- § 52 Rückforderung von Bezügen, Verjährung von Ansprüchen und Geltendmachung
- § 53 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbsersatzehinkommen
- § 53a Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Altersgeld und Hinterbliebenenaltersgeld
- § 54 Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge
- § 55 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten
- § 56 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung
- § 57 Kürzung der Versorgungsbezüge nach der Ehescheidung
- § 58 Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge
- § 59 Erlöschen der Versorgungsbezüge wegen Verurteilung
- § 60 Erlöschen der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung
- § 61 Erlöschen der Witwen-, Witwer- und Waisenversorgung
- § 62 Anzeigepflicht
- § 62a Mitteilungspflicht für den Versorgungsbericht
- § 63 Anwendungsbereich

Abschnitt VIII Sondervorschriften

- § 64 Entzug von Hinterbliebenenversorgung
- § 65 Nichtberücksichtigung der Versorgungsbezüge

Abschnitt IX Versorgung besonderer Beamtengruppen

- § 66 Beamtinnen und Beamte auf Zeit
- § 67 Wissenschaftliches und künstlerisches Personal sowie hauptberufliches Leitungspersonal an Hochschulen im Beamtenverhältnis
- § 67a Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen
- § 68 Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

Abschnitt X Vorhandene Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und Versorgungsfälle ab 1. Januar 2002

- § 69 (weggefallen)
- § 69a Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 1. Januar 1992 vorhandene Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- § 69b Übergangsregelung für vor dem 1. Juli 1997 bewilligte Freistellungen und eingetretene Versorgungsfälle
- § 69c Übergangsregelungen für vor dem 1. Januar 1999 eingetretene Versorgungsfälle und für am 1. Januar 1999 vorhandene Beamtinnen und Beamte
- § 69d Übergangsregelungen für vor dem 1. Januar 2001 eingetretene Versorgungsfälle und für am 1. Januar 2001 vorhandene Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- § 69e Übergangsregelungen aus Anlass des Versorgungsänderungsgesetzes 2001
- § 69f Übergangsregelungen zur Anhebung des Ruhestandseintrittsalters
- § 69g Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 19. Juli 2014 vorhandene Beamtinnen und Beamte
- § 69h Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Änderung der Professorenbesoldung

Abschnitt XI Anpassung der Versorgungsbezüge

- § 70 Allgemeine Anpassung
- §§ 71 bis 76 (weggefallen)

Abschnitt XII (weggefallen)

Abschnitt XIII Übergangsvorschriften neuen Rechts

- § 84 Ruhegehaltfähige Dienstzeit
- § 85 Ruhegehaltssätze für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamtinnen und Beamte
- § 85a Erneute Berufung in das Beamtenverhältnis
- § 86 Hinterbliebenenversorgung
- § 87 bis 89 (weggefallen)
- § 90 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung
- § 91 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten sowie Lektorinnen und Lektoren

Abschnitt XIV (weggefallen)

Abschnitt XV Schlussvorschriften

- § 105 (weggefallen)
- § 106 Verweisung auf aufgehobene Vorschriften, Fortgeltung von Rechtsvorschriften und Verwaltungsvorschriften
- § 107 Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften, Zuständigkeitsregelungen
- § 107a Befristete Ausnahmen für Verwendungseinkommen
- § 107b (weggefallen)
- § 107c Verteilung der Versorgungslasten bei erneuter Berufung in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet
- § 108 (weggefallen)
- § 109 (Inkrafttreten)

Abschnitt I Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Landes, Beamtinnen und Beamten der Gemeinden, Landkreise, Ämter und Zweckverbände und der sonstigen, der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften sowie der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Die versorgungsrechtlichen Bestimmungen des Landesbesoldungsgesetzes bleiben unberührt.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für Ehrenbeamtinnen, Ehrenbeamte, ehrenamtliche Richterinnen und ehrenamtliche Richter, Kirchen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts und ihre Verbände und Einrichtungen.

(3) Eingetragene Lebenspartnerschaften sind der gesetzlichen Ehe gleichgestellt.

§ 2 Arten der Versorgung

(1) Versorgungsbezüge sind

1. Ruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag,
2. Hinterbliebenenversorgung,
3. Bezüge bei Verschollenheit,
4. Unfallfürsorge,
5. Übergangsgeld,
6. Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen,
7. Erhöhungsbetrag nach § 14 Absatz 4 Satz 3 Halbsatz 1,
8. Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 Satz 2,
9. Leistungen nach den §§ 50a bis 50e,
10. Ausgleichsbetrag nach § 50 Absatz 3,
11. Anpassungszuschlag nach § 69b Absatz 2 Satz 5.

(2) Zur Versorgung gehört ferner die jährliche Sonderzahlung nach § 50 Absatz 4 und 5.

§ 3 Regelung durch Gesetz

(1) Die Versorgung der Beamtinnen und Beamten sowie ihrer Hinterbliebenen wird durch Gesetz geregelt.

(2) Zusicherungen, Vereinbarungen und Vergleiche, die der Beamtin oder dem Beamten eine höhere als die ihr oder ihm gesetzlich zustehende Versorgung verschaffen sollen, sind unwirksam. Das Gleiche gilt für Versicherungsverträge, die zu diesem Zweck abgeschlossen werden.

(3) Auf die gesetzlich zustehende Versorgung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.

Abschnitt II Ruhegehalt, Unterhaltsbeitrag

§ 4 Entstehen und Berechnung des Ruhegehalts

(1) Ein Ruhegehalt wird nur gewährt, wenn die Beamte oder der Beamte

1. eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat oder
2. infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die sie oder er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist.

Die Dienstzeit wird vom Zeitpunkt der ersten Berufung in das Beamtenverhältnis ab gerechnet und nur berücksichtigt, soweit sie ruhegehaltfähig ist. Zeiten, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltfähig gelten oder nach § 10 als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, sind einzurechnen. Satz 3 gilt nicht für Zeiten, die die Beamte oder der Beamte vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zurückgelegt hat.

(2) Der Anspruch auf Ruhegehalt entsteht mit dem Beginn des Ruhestandes, in den Fällen des § 9 des Landesbesoldungsgesetzes nach Ablauf der Zeit, für die Dienstbezüge gewährt werden.

(3) Das Ruhegehalt wird auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet.

§ 5 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

(1) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge sind

1. das Grundgehalt,
2. der Familienzuschlag (§ 50 Absatz 1) der Stufe 1,
3. sonstige Dienstbezüge, die im Besoldungsrecht als ruhegehaltfähig bezeichnet sind,
4. Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes, soweit sie nach § 67a ruhegehaltfähig sind,

die der Beamtin oder dem Beamten in den Fällen der Nummern 1 und 3 zuletzt zugestanden haben oder in den Fällen der Nummer 2 nach dem Besoldungsrecht zustehen würden. Bei Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung ohne Dienstbezüge (Freistellung) gelten als ruhegehaltfähige Dienstbezüge die dem letzten Amt entsprechenden vollen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Satz 2 gilt entsprechend bei eingeschränkter Verwendung einer Beamtin oder eines Beamten wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 des Beamtenstatusgesetzes.

(2) Ist die Beamtin oder der Beamte wegen Dienstunfähigkeit aufgrund eines Dienstunfalls im Sinne des § 31 in den Ruhestand versetzt worden, so ist das Grundgehalt der nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Absatz 3 oder 5 maßgebenden Besoldungsgruppe nach der Stufe zu Grunde zu legen, die sie oder er bis zum Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze hätte erreichen können.

(3) Ist eine Beamtin oder ein Beamter aus einem Amt in den Ruhestand getreten oder in diesen versetzt worden, das nicht der Eingangsbesoldungsgruppe ihrer oder seiner Laufbahn oder das keiner Laufbahn angehört, und hat sie oder er die Dienstbezüge dieses oder eines mindestens gleichwertigen Amtes vor dem Eintritt in den Ruhestand nicht mindestens zwei Jahre erhalten, so sind ruhegehaltfähig nur die Bezüge des vorher bekleideten Amtes; dies gilt nicht für strukturelle Besoldungsanpassungen, insbesondere Stellenhebungen durch Gesetz oder Rechtsverordnung. Hat die Beamtin oder der Beamte vorher ein Amt nicht bekleidet, so setzt die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit der für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde oder mit der von dieser bestimmten Behörde die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zur Höhe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe fest. In die Zweijahresfrist einzurechnen ist die innerhalb dieser Frist liegende Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, soweit sie als ruhegehaltfähig berücksichtigt worden ist.

(4) Absatz 3 gilt nicht, wenn die Beamtin oder der Beamte vor Ablauf der Frist infolge von Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die sie oder er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, in den Ruhestand versetzt wurde.

(5) Das Ruhegehalt einer Beamtin oder eines Beamten, die oder der früher ein mit höheren Dienstbezügen verbundenes Amt bekleidet und diese Bezüge mindestens zwei Jahre erhalten hat, wird, sofern die Beamtin oder der Beamte in ein mit geringeren Dienstbezügen verbundenes Amt nicht lediglich auf ihren oder seinen im eigenen Interesse gestellten Antrag übertreten ist, nach den höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit berechnet. Absatz 3 Satz 3 und Absatz 4 gelten entsprechend. Das Ruhegehalt darf jedoch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des letzten Amtes nicht übersteigen.

(6) Verringern sich bei einem Wechsel in ein Amt der Besoldungsordnung W die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, so berechnet sich das Ruhegehalt aus den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des früheren Amtes und der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit, sofern die Beamtin oder der Beamte die Dienstbezüge des früheren Amtes mindestens zwei Jahre erhalten hat; hierbei ist die zum Zeitpunkt des Wechsels in die Besoldungsordnung W erreichte Stufe des Grundgehaltes zu Grunde zu legen. Auf die Zweijahresfrist wird der Zeitraum, in dem die Beamtin oder der Beamte Dienstbezüge aus einem Amt der Besoldungsordnung W erhalten hat, angerechnet. Absatz 3 Satz 3, Absatz 4 und Absatz 5 Satz 3 gelten entsprechend.

§ 6

Regelmäßige ruhegehaltfähige Dienstzeit

(1) Ruhegehaltfähig ist die Dienstzeit, die die Beamtin oder der Beamte vom Tage ihrer oder seiner ersten Berufung in das Beamtenverhältnis an im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Beamtenverhältnis zurückgelegt hat. Dies gilt nicht für die Zeit

1. (weggefallen)
2. in einem Amt, das die Arbeitskraft der Beamtin oder des Beamten nur nebenbei beansprucht,

3. einer Tätigkeit als Beamtin oder Beamter, die oder der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, soweit sie nicht nach § 11 Nummer 1 Buchstabe a berücksichtigt wird,
4. einer ehrenamtlichen Tätigkeit,
5. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge; die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge kann berücksichtigt werden, wenn
 - a) spätestens bei Beendigung des Urlaubs schriftlich anerkannt worden ist, dass diese öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, und
 - b) die Beamtin oder der Beamte für die Dauer der Beurlaubung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit einen Versorgungszuschlag zahlt; der Versorgungszuschlag beträgt 30 Prozent der ohne Beurlaubung jeweils zustehenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, wobei Leistungsbezüge nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 von Anfang an in voller Höhe und die anteilige jährliche Sonderzahlung zu berücksichtigen sind; die für das Beamtenversorgungsrecht zuständige oberste Landesbehörde kann Ausnahmen von der Erhebung des Versorgungszuschlages zulassen,
6. eines schuldhaften Fernbleibens vom Dienst unter Verlust der Dienstbezüge,
7. für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt ist; bei einer Abfindung oder einer Abfindungsrente gemäß § 152 und § 153 des Bundesbeamtengesetzes in der jeweils bis zum 31. Dezember 1976 geltenden Fassung oder entsprechendem Landesrecht ist die abgefundene Zeit ruhegehaltfähige Dienstzeit, wenn die Beamtin innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis die Abfindung zurückgezahlt oder auf die Abfindungsrente verzichtet hat.

Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht; Zeiten einer Altersteilzeit nach beamten- oder richterrechtlichen Bestimmungen sind zu neun Zehnteln der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zu Grunde gelegt worden ist. Zeiten der eingeschränkten Verwendung einer Beamtin oder eines Beamten wegen begrenzter Dienstfähigkeit nach § 27 des Beamtenstatusgesetzes sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht, mindestens im Umfang des § 13 Absatz 1 Satz 1.

(2) Nicht ruhegehaltfähig sind Dienstzeiten

1. in einem Beamtenverhältnis, das durch eine Entscheidung der in § 24 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes bezeichneten Art oder durch Disziplinarurteil beendet worden ist,
2. in einem Beamtenverhältnis auf Probe oder auf Widerruf, wenn die Beamtin oder der Beamte entlassen worden ist, weil sie oder er eine Handlung begangen hat, die bei einer Beamtin oder einem Beamten auf Lebenszeit mindestens eine Kürzung der Dienstbezüge zur Folge hätte,
3. in einem Beamtenverhältnis, das durch Entlassung auf Antrag der Beamtin oder des Beamten beendet worden ist,
 - a) wenn ihr oder ihm ein Verfahren mit der Folge des Verlustes der Beamtenrechte oder der Entfernung aus dem Dienst drohte oder
 - b) wenn die Beamtin oder der Beamte den Antrag gestellt hat, um einer drohenden Entlassung nach Nummer 2 zuvorzukommen.

Die oberste Dienstbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(3) Der im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeit stehen gleich

1. die im Richterverhältnis zurückgelegte Dienstzeit,
2. die nach dem 8. Mai 1945 zurückgelegte Zeit als Mitglied der Bundesregierung oder einer Landesregierung,
3. die Zeit der Bekleidung des Amtes einer Parlamentarischen Staatssekretärin oder eines Parlamentarischen Staatssekretärs bei einem Mitglied der Bundesregierung nach dem 14. Dezember 1972 oder bei einem Mitglied einer Landesregierung, soweit entsprechende Voraussetzungen vorliegen,
4. die im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung zurückgelegte Dienstzeit; Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 findet keine Anwendung.

§ 7

Erhöhung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit

Die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach § 6 erhöht sich um die Zeit, die eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter

1. in einer ihre oder seine Arbeitskraft voll beanspruchenden entgeltlichen Beschäftigung als Beamtin, Beamter, Richterin, Richter, Berufssoldatin, Berufssoldat oder in einem Amtsverhältnis im Sinne des § 6 Absatz 3 Nummer 2 und 3 zurückgelegt hat, ohne einen neuen Versorgungsanspruch zu erlangen,
2. in einer Tätigkeit im Sinne des § 6 Absatz 3 Nummer 4 zurückgelegt hat.

§ 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 und 6 und Absatz 2 gilt entsprechend, für die Anwendung des Satzes 1 Nummer 1 außerdem § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7.

§ 8

Berufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

(1) Als ruhegehaltfähig gilt die Dienstzeit, in der eine Beamtin oder ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis berufsmäßig im Dienst der Bundeswehr, der Nationalen Volksarmee der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder im Vollzugsdienst der Polizei gestanden hat.

(2) § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 bis 7, Satz 3 bis 5 und Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 9

Nichtberufsmäßiger Wehrdienst und vergleichbare Zeiten

(1) Als ruhegehaltfähig gilt die Zeit, während der eine Beamtin oder ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis

1. nichtberufsmäßigen Wehrdienst in der Bundeswehr oder der Nationalen Volksarmee der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik oder einen vergleichbaren zivilen Ersatzdienst oder Polizeivollzugsdienst geleistet hat oder

2. sich insgesamt länger als drei Monate in einem Gewahrsam (§ 1 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 9 des Häftlingshilfegesetzes in der bis zum 28. Dezember 1991 geltenden Fassung) befunden hat oder
3. sich aufgrund einer Krankheit oder Verwundung als Folge eines Dienstes nach Nummer 1 oder im Sinne des § 8 Absatz 1 im Anschluss an die Entlassung arbeitsunfähig in einer Heilbehandlung befunden hat.

(2) § 6 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, 5 bis 7 und Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 10

Zeiten im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst

(1) Zeiten, in denen eine Beamtin oder ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis hauptberuflich im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn ohne von der Beamtin oder dem Beamten zu vertretende Unterbrechung tätig war, gelten bis zu fünf Jahren als ruhegehaltfähige Dienstzeit. Satz 1 gilt auch für die Tätigkeit im Dienst von Einrichtungen, die von mehreren öffentlich-rechtlichen Dienstherrn durch Staatsvertrag oder Verwaltungsabkommen zur Erfüllung oder Koordinierung ihnen obliegender hoheitsrechtlicher Aufgaben geschaffen worden sind. § 6 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

(2) Hauptberuflich ist eine Tätigkeit, wenn sie gegen Entgelt ausgeübt wird, den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellt, dem durch Ausbildung und Berufswahl geprägten Berufsbild entspricht und der Beschäftigungsumfang der Tätigkeit bei Eintritt oder Versetzung der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand auch im Beamtenverhältnis zulässig wäre.

§ 11

Sonstige Zeiten

(1) Die Zeit, während der eine Beamtin oder ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis

1. a) als Rechtsanwältin, Rechtsanwalt, Verwaltungsrechtsrätin oder Verwaltungsrechtsrat oder als Beamtin, Beamter, Notarin oder Notar, die oder der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht, oder
 - b) hauptberuflich im Dienst öffentlich-rechtlicher Religionsgesellschaften oder ihrer Verbände (Artikel 140 des Grundgesetzes) oder im öffentlichen oder nichtöffentlichen Schuldienst oder
 - c) hauptberuflich im Dienst der Fraktionen des Bundestages oder der Landtage oder kommunaler Vertretungskörperschaften oder
 - d) hauptberuflich im Dienst von kommunalen Spitzenverbänden oder ihren Landesverbänden sowie von Spitzenverbänden der Sozialversicherung oder ihren Landesverbänden
 tätig gewesen ist oder

2. hauptberuflich im ausländischen öffentlichen Dienst gestanden hat oder

3. a) auf wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet besondere Fachkenntnisse erworben hat, die die notwendige Voraussetzung für die Wahrnehmung ihres oder seines Amtes bilden, oder

- b) als Entwicklungshelferin oder Entwicklungshelfer im Sinne des Entwicklungshelfergesetzes tätig gewesen ist,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, soweit zusammen mit den nach § 10 anzuerkennenden Zeiten eine Gesamtzeit von fünf Jahren nicht überschritten wird. § 6 Absatz 1 Satz 3 Halbsatz 1 findet Anwendung.

(2) Zeiten nach Absatz 1, für die eine Anwartschaft oder ein Anspruch auf eine Altersversorgungsleistung besteht, die nicht der Regelung des § 55 unterfällt, können nur insoweit berücksichtigt werden, als dass sich das unter Berücksichtigung dieser Zeiten ergebende Ruhegehalt nicht die Höchstgrenze nach § 55 Absatz 2 überschreitet.

§ 12 Ausbildungszeiten

(1) Die verbrachte Mindestzeit

1. der außer der allgemeinen Schulbildung vorgeschriebenen Ausbildung (Fachschul-, Hochschul- und praktische Ausbildung, Vorbereitungsdienst, übliche Prüfungszeit),
2. einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist,

kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, die Zeit einer Fachschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 1 095 Tagen und die Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 855 Tagen, insgesamt höchstens bis zu 1 095 Tagen. Wird die allgemeine Schulbildung durch eine andere Art der Ausbildung ersetzt, so steht diese der Schulbildung gleich. Für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Juni 2015 den Ruhestand erreichen, gilt hinsichtlich der höchstens zu berücksichtigenden Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich Prüfungszeit anstelle des in Satz 1 genannten Zeitraums von bis zu 855 Tagen die Regelung des Absatzes 5.

(2) Für Beamtinnen und Beamte nach den §§ 107 bis 115 des Landesbeamtengesetzes können verbrachte Zeiten einer praktischen Ausbildung und einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit anstelle einer Berücksichtigung nach Absatz 1 bis zu einer Gesamtzeit von fünf Jahren als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Bei anderen als Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerbern können Zeiten nach Absatz 1 als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, wenn sie für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber vorgeschrieben sind. Ist eine Laufbahn der Fachrichtung der Beamtin oder des Beamten bei einem Dienstherrn noch nicht gestaltet, so gilt das Gleiche für solche Zeiten, die bei Gestaltung der Laufbahn mindestens vorgeschrieben werden müssen.

(4) In Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 sowie der Absätze 2 und 3 dürfen Zeiten mit einer geringeren als der regelmäßigen Arbeitszeit nur zu dem Teil als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, der dem Verhältnis der tatsächlichen zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(5) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Juni 2015 eingetreten sind, gilt anstelle der nach Absatz 1 Satz 1 höchstens anrechenbaren Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich Prüfungszeit folgender Zeitraum:

Zeitpunkt des Eintritts des Versorgungsfalles	Zeitraum der höchstens anrechenbaren Zeit einer Hochschulausbildung
1. vor dem 1. Dezember 2011	1 095 Tage
2. vor dem 1. Juni 2012	1 065 Tage
3. vor dem 1. Dezember 2012	1 035 Tage
4. vor dem 1. Juni 2013	1 005 Tage
5. vor dem 1. Dezember 2013	975 Tage
6. vor dem 1. Juni 2014	945 Tage
7. vor dem 1. Dezember 2014	915 Tage
8. vor dem 1. Juni 2015	885 Tage

§ 12a

Nicht zu berücksichtigende Zeiten

Zeiten, die nach § 30 des Landesbesoldungsgesetzes nicht berücksichtigt werden, sind nicht ruhegehaltfähig.

§ 12b

Zeiten in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet

(1) Wehrdienstzeiten und vergleichbare Zeiten nach den §§ 8 und 9, Beschäftigungszeiten nach § 10 und sonstige Zeiten nach den §§ 11, 66 Absatz 9 und § 67 Absatz 2, die die Beamtin oder der Beamte vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet zurückgelegt hat, werden nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt, sofern die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist und diese Zeiten als rentenrechtliche Zeiten berücksichtigungsfähig sind; Ausbildungszeiten nach den §§ 12 und 66 Absatz 9 sind nicht ruhegehaltfähig, soweit die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist. Rentenrechtliche Zeiten sind auch solche im Sinne des Artikels 2 des Renten-Überleitungsgesetzes.

(2) Sofern die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung nicht erfüllt ist, können die in Absatz 1 genannten Zeiten im Rahmen der dort genannten Vorschriften insgesamt höchstens bis zu fünf Jahren als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden.

§ 13

Zurechnungszeit und Zeit gesundheitsschädigender Verwendung

(1) Ist die Beamtin oder der Beamte vor Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden, wird die Zeit vom Beginn des Ruhestandes bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres, soweit diese nicht nach anderen Vorschriften als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird, für die Berechnung des Ruhegehalts der ruhegehaltfähigen Dienstzeit zu zwei Dritteln hinzugerechnet (Zurechnungszeit). Ist die Beamtin oder der Beamte nach § 29 des Beamtenstatusgesetzes erneut in das Beamtenverhältnis berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehalts zu Grunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zu Grunde liegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zu Grunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt.

(2) Die Zeit der Verwendung einer Beamtin oder eines Beamten in Ländern, in denen sie oder er gesundheitsschädigenden klimatischen Einflüssen ausgesetzt ist, kann bis zum Doppelten

als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie ununterbrochen mindestens ein Jahr gedauert hat. Entsprechendes gilt für beurlaubte Beamtinnen und Beamte, deren Tätigkeit in den in Satz 1 genannten Gebieten öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen diente, wenn dies spätestens bei Beendigung des Urlaubs anerkannt worden ist. Zeiten einer besonderen Verwendung im Ausland nach § 31a Absatz 1 nach dem 1. Juni 2021 können bis zum Doppelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden, wenn sie einzeln ununterbrochen mindestens 30 Tage und insgesamt mindestens 180 Tage gedauert haben.

(3) Sind sowohl die Voraussetzungen des Absatzes 1 als auch die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt, findet nur die für die Beamtin oder den Beamten günstigere Vorschrift Anwendung.

§ 14 Höhe des Ruhegehalts

(1) Das Ruhegehalt beträgt für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§ 5), insgesamt jedoch höchstens 71,75 Prozent. Der Ruhegehaltssatz ist auf zwei Dezimalstellen auszurechnen. Dabei ist die zweite Dezimalstelle um eins zu erhöhen, wenn in der dritten Stelle eine der Ziffern fünf bis neun verbleiben würde. Zur Ermittlung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstjahre sind etwa anfallende Tage unter Benutzung des Nenners 365 umzurechnen; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

(2) (weggefallen)

(3) Das Ruhegehalt vermindert sich um 3,6 Prozent für jedes Jahr, um das die Beamtin oder der Beamte

1. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er das 65. Lebensjahr vollendet, nach § 36 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes (Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung im Sinne von § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) in den Ruhestand versetzt wird,
2. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er die jeweils geltende gesetzliche Altersgrenze erreicht, nach § 36 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes (allgemeine Antragsaltersgrenze) in den Ruhestand versetzt wird,
3. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er das 65. Lebensjahr vollendet, wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt wird,
4. vor Ablauf des Monats, in dem sie oder er die jeweils geltende Altersgrenze nach § 108 Absatz 1 bis 4, §§ 114 und 115 des Landesbeamtengesetzes (Regelaltersgrenze für Polizeivollzugsbeamtinnen, Polizeivollzugsbeamte, Beamtinnen und Beamte des Strafvollzugsdienstes sowie Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes der Berufsfeuerwehren und an der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz) erreicht, nach § 108 Absatz 5 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt wird;

die Minderung des Ruhegehalts darf 10,8 Prozent in den Fällen der Nummern 1 und 3 und 14,4 Prozent in den Fällen der Nummern 2 und 4 nicht übersteigen. Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Gilt für die Beamtin oder den Beamten eine vor der Vollendung des 65. Lebensjahres liegende Altersgrenze, tritt sie in den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 und 3 an die Stelle des 65. Lebensjahres. Gilt für die Beamtin oder den Beamten ein nach Vollendung des 67. Lebensjahres liegendes Datum als Zeitpunkt des Ruhestandseintritts, wird in den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 nur die Zeit bis zum Ablauf des Monats berücksichtigt, in dem die Beamtin oder der Beamte das 67. Lebensjahr vollendet. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 ist das Ruhegehalt nicht zu vermindern, wenn die Beamtin oder der Beamte zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand das 65. Lebensjahr vollendet und mindestens 45 Jahre mit ruhe-

gehaltfähigen Dienstzeiten nach den §§ 6, 8 bis 10 und nach § 14a Absatz 2 Satz 1 berücksichtigungsfähige Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen, und Zeiten nach § 50d sowie Zeiten einer der Beamtin oder dem Beamten zuzuordnenden Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr zurückgelegt hat. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 3 ist das Ruhegehalt nicht zu vermindern, wenn die Beamtin oder der Beamte zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand das 63. Lebensjahr vollendet und mindestens 40 Jahre mit ruhegehaltfähigen Dienstzeiten nach den §§ 6, 8 bis 10 und nach § 14a Absatz 2 Satz 1 berücksichtigungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit stehen, und Zeiten nach § 50d sowie Zeiten einer der Beamtin oder dem Beamten zuzuordnenden Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr zurückgelegt hat. Soweit sich bei der Berechnung nach den Sätzen 5 und 6 Zeiten überschneiden, sind diese nur einmal zu berücksichtigen.

(4) Das Ruhegehalt beträgt mindestens 35 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge (§ 5). An die Stelle des Ruhegehalts nach Satz 1 treten, wenn dies günstiger ist, 65 Prozent der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4. Die Mindestversorgung nach Satz 2 erhöht sich um 30,68 Euro für die Ruhestandsbeamtin, den Ruhestandsbeamten, die Witwe und den Witwer; der Erhöhungsbetrag bleibt bei einer Kürzung nach § 25 außer Betracht.

(5) Übersteigt beim Zusammentreffen von Mindestversorgung nach Absatz 4 mit einer Rente nach Anwendung des § 55 die Versorgung das nach Absatz 1 erdiente Ruhegehalt, so ruht die Versorgung bis zur Höhe des Unterschieds zwischen dem erdienten Ruhegehalt und der Mindestversorgung; in den von § 85 erfassten Fällen gilt das nach dieser Vorschrift maßgebliche Ruhegehalt als erdient. Der Erhöhungsbetrag nach Absatz 4 Satz 3 sowie der Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 bleiben bei der Berechnung außer Betracht. Die Summe aus Versorgung und Rente darf nicht hinter dem Betrag der Mindestversorgung zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 zurückbleiben. Zahlbar bleibt mindestens das erdiente Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Witwen, Witwer und Waisen.

(6) Bei in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamtinnen und Beamten beträgt das Ruhegehalt für die Dauer der Zeit, die die Beamtin oder der Beamte das Amt, aus dem sie oder er in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist, innehatte, mindestens für die Dauer von sechs Monaten, längstens für die Dauer von drei Jahren, 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, in der sich die Beamtin oder der Beamte zur Zeit ihrer oder seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand befunden hat. Das erhöhte Ruhegehalt darf die Dienstbezüge, die der Beamtin oder dem Beamten in diesem Zeitpunkt zustanden, nicht übersteigen; das nach sonstigen Vorschriften ermittelte Ruhegehalt darf nicht unterschritten werden.

§ 14a

Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes

(1) Der nach § 14 Absatz 1 Satz 1, § 36 Absatz 3 Satz 1, § 66 Absatz 2 und § 85 Absatz 4 berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich vorübergehend, wenn die Beamtin oder der Beamte vor Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand getreten ist oder sie oder er in diesen versetzt wurde und sie oder er

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die Wartezeit von 60 Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,
2.
 - a) wegen Dienstunfähigkeit im Sinne des § 26 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes in den Ruhestand versetzt worden ist oder
 - b) wegen Erreichens einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist,

3. einen Ruhegehaltssatz von 66,97 Prozent noch nicht erreicht hat und
4. keine Einkünfte im Sinne des § 53 Absatz 7 bezieht; die Einkünfte bleiben außer Betracht, soweit sie durchschnittlich im Monat 525 Euro nicht überschreiten.

(2) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes beträgt 0,95667 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für je zwölf Kalendermonate der für die Erfüllung der Wartezeit nach Absatz 1 Nummer 1 anrechnungsfähigen Pflichtbeitragszeiten, soweit sie nicht von § 50e Absatz 1 erfasst werden, vor Begründung des Beamtenverhältnisses zurückgelegt wurden und nicht als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind. Der hiernach berechnete Ruhegehaltssatz darf 66,97 Prozent nicht überschreiten. In den Fällen des § 14 Absatz 3 ist das Ruhegehalt, das sich nach Anwendung der Sätze 1 und 2 ergibt, entsprechend zu vermindern. Für die Berechnung nach Satz 1 sind verbleibende Kalendermonate unter Benutzung des Nenners zwölf umzurechnen; § 14 Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(3) Die Erhöhung fällt spätestens mit Ablauf des Monats weg, in dem die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte die für ihn maßgebliche Regelaltersgrenze nach den §§ 35 oder 235 des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches erreicht. Sie endet vorher, wenn die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte

1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente, oder
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a nicht mehr dienstunfähig ist, mit Ablauf des Monats, in dem ihr oder ihm der Wegfall der Erhöhung mitgeteilt wird, oder
3. ein Erwerbseinkommen bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Erwerbstätigkeit.

§ 35 Absatz 3 Satz 2 gilt sinngemäß.

(4) Die Erhöhung des Ruhegehaltssatzes wird auf Antrag vorgenommen. Anträge, die innerhalb von drei Monaten nach Erreichen des Ruhestandes gestellt werden, gelten als zum Zeitpunkt des Erreichens des Ruhestandes gestellt. Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so tritt die Erhöhung ab dem Beginn des Antragsmonats ein.

(5) § 69e Absatz 2 und 3 findet Anwendung.

§ 15

Unterhaltsbeitrag für entlassene Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit und auf Probe

Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit sowie Beamtinnen und Beamten auf Probe, die vor Ableistung einer Dienstzeit von fünf Jahren (§ 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1) wegen Erreichens der Altersgrenze nach § 22 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes oder wegen Dienstunfähigkeit nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes entlassen sind, kann ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehalts bewilligt werden.

§ 15a

Beamtinnen und Beamte auf Probe in leitender Funktion

(1) § 15 findet auf Beamtenverhältnisse auf Probe in leitender Funktion keine Anwendung.

(2) Aus Beamtenverhältnissen auf Probe in leitender Funktion ergibt sich kein selbständiger Anspruch auf Versorgung; die Unfallfürsorge bleibt hiervon unberührt.

Abschnitt III Hinterbliebenenversorgung

§ 16 Allgemeines

Die Hinterbliebenenversorgung (§§ 17 bis 28) umfasst

1. Bezüge für den Sterbemonat,
2. Sterbegeld,
3. Witwen- oder Witwergeld,
4. Witwen- oder Witwerabfindung,
5. Waisengeld,
6. Unterhaltsbeiträge.

§ 17 Bezüge für den Sterbemonat

(1) Den Erbinnen und Erben von verstorbenen Beamtinnen, Beamten, Ruhestandsbeamtinnen, Ruhestandsbeamten oder entlassenen Beamtinnen und Beamten verbleiben für den Sterbemonat die Bezüge der oder des Verstorbenen. Dies gilt auch für eine für den Sterbemonat gewährte Aufwandsentschädigung.

(2) Die an die Verstorbene oder den Verstorbenen noch nicht gezahlten Teile der Bezüge für den Sterbemonat können statt an die Erbinnen und Erben auch an die in § 18 Absatz 1 bezeichneten Hinterbliebenen gezahlt werden.

§ 18 Sterbegeld

(1) Beim Tode einer Beamtin oder eines Beamten mit Dienstbezügen oder einer Beamtin oder eines Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhalten die überlebende Ehegattin oder der überlebende Ehegatte und die Abkömmlinge der Beamtin oder des Beamten Sterbegeld. Das Sterbegeld ist in Höhe des Zweifachen der Dienstbezüge oder der Anwärterbezüge der oder des Verstorbenen ausschließlich der Auslandskinderzuschläge und der Vergütungen in einer Summe zu zahlen; § 5 Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend beim Tode einer Ruhestandsbeamtin, eines Ruhestandsbeamten, einer entlassenen Beamtin oder eines entlassenen Beamten, die oder der im Sterbemonat einen Unterhaltsbeitrag erhalten hat; an die Stelle der Dienstbezüge tritt das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1.

(2) Sind Anspruchsberechtigte im Sinne des Absatzes 1 nicht vorhanden, so ist Sterbegeld auf Antrag zu gewähren

1. Verwandten der aufsteigenden Linie, Geschwistern, Geschwisterkindern sowie Stiefkindern, wenn sie zur Zeit des Todes der Beamtin oder des Beamten mit dieser oder diesem

in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben oder wenn die oder der Verstorbene ganz oder überwiegend den Unterhalt geleistet hat,

2. sonstigen Personen, die die Kosten der letzten Krankheit oder der Bestattung getragen haben, bis zur Höhe ihrer Aufwendungen, höchstens jedoch in Höhe des Sterbegeldes nach Absatz 1 Satz 2 und 3.

(3) Stirbt eine Witwe, ein Witwer, eine frühere Ehefrau oder ein früherer Ehemann einer Beamtin oder eines Beamten, der oder dem im Zeitpunkt des Todes Witwengeld, Witwergeld oder ein Unterhaltsbeitrag zustand, so erhalten die in Absatz 1 genannten Kinder Sterbegeld, wenn sie berechtigt sind, Waisengeld oder einen Unterhaltsbeitrag zu beziehen und wenn sie zur Zeit des Todes zur häuslichen Gemeinschaft der oder des Verstorbenen gehört haben. Absatz 1 Satz 2 erster Halbsatz gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Dienstbezüge das Witwengeld, das Witwergeld oder der Unterhaltsbeitrag tritt.

(4) Sind mehrere gleichberechtigte Personen vorhanden, so ist für die Bestimmung der Zahlungsempfängerin oder des Zahlungsempfängers die Reihenfolge der Aufzählung in den Absätzen 1 und 2 maßgebend; bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann von dieser Reihenfolge abgewichen oder das Sterbegeld aufgeteilt werden.

§ 19 Witwen- und Witwergeld

(1) Die Witwe oder der Witwer

1. einer Beamtin auf Lebenszeit oder eines Beamten auf Lebenszeit, die oder der die Voraussetzungen des § 4 Absatz 1 erfüllt hat, oder
2. einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten

erhält Witwen- oder Witwergeld. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ehe mit der oder dem Verstorbenen nicht mindestens ein Jahr gedauert hat, es sei denn, dass nach den besonderen Umständen des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist, dass es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe oder dem Witwer eine Versorgung zu verschaffen, oder
2. die Ehe erst nach dem Eintritt der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand geschlossen worden ist und die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte zur Zeit der Eheschließung die Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes bereits erreicht hatte.

(2) Absatz 1 gilt auch für Witwen und Witwer von Beamtinnen und Beamten auf Probe, die an den Folgen einer Dienstbeschädigung (§ 28 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes) verstorben sind oder denen die Entscheidung nach § 28 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 42 des Landesbeamtengesetzes zugestellt war.

§ 20 Höhe des Witwen- oder Witwergeldes

(1) Das Witwen- oder Witwergeld beträgt 55 Prozent des Ruhegehalts, das die oder der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn sie oder er am Todestage in den Ruhestand versetzt worden wäre. Das Witwen- oder Witwergeld beträgt nach Anwendung des § 50c mindestens 60 Prozent des Ruhegehalts nach § 14 Absatz 4 Satz 2; § 14 Absatz 4

Satz 3 ist anzuwenden. § 14 Absatz 6 und § 14a finden keine Anwendung. Änderungen des Mindestruhegehalts (§ 14 Absatz 4) sind zu berücksichtigen.

(2) War die Witwe oder der Witwer mehr als 20 Jahre jünger als die oder der Verstorbene und ist aus der Ehe ein Kind nicht hervorgegangen, so wird das Witwen- oder Witwergeld (Absatz 1) für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 20 Jahre um fünf Prozent gekürzt, jedoch höchstens um 50 Prozent. Nach fünfjähriger Dauer der Ehe werden für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrag fünf Prozent des Witwen- oder Witwergeldes hinzugesetzt, bis der volle Betrag wieder erreicht ist. Das nach Satz 1 errechnete Witwen- oder Witwergeld darf nicht hinter dem Mindestwitwen- oder Mindestwitwergeld (Absatz 1 in Verbindung mit § 14 Absatz 4) zurückbleiben.

(3) Von dem nach Absatz 2 gekürzten Witwen- oder Witwergeld ist auch bei der Anwendung des § 25 auszugehen.

§ 21

Witwen- und Witwerabfindung

(1) Eine Witwe oder ein Witwer, die oder der Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld oder auf einen Unterhaltsbeitrag hat, erhält im Falle einer Wiederverheiratung eine Witwen- oder Witwerabfindung.

(2) Die Witwen- oder Witwerabfindung beträgt das Vierundzwanzigfache des für den Monat, in dem sich die Witwe oder der Witwerwiederverheiratet, nach Anwendung der Anrechnungs-, Kürzungs- und Ruhensvorschriften zu zahlenden Betrages des Witwen- oder Witwergeldes oder des Unterhaltsbeitrages; eine Kürzung nach § 25 und die Anwendung der §§ 53 und 54 Absatz 1 Nummer 3 bleiben jedoch außer Betracht. Die Abfindung ist in einer Summe zu zahlen.

(3) Lebt der Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld oder auf einen Unterhaltsbeitrag nach § 61 Absatz 3 wieder auf, so ist die Witwen- oder Witwenabfindung, soweit sie für eine Zeit berechnet ist, die nach dem Wiederaufleben des Anspruchs auf Witwen- oder Witwergeld oder auf einen Unterhaltsbeitrag liegt, in angemessenen monatlichen Teilbeträgen einzubehalten.

§ 22

Unterhaltsbeitrag für nicht witwengeldberechtigte Witwen und frühere Ehefrauen sowie für nicht witwergeldberechtigte Witwer und frühere Ehemänner

(1) In den Fällen des § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ist, sofern die besonderen Umstände des Falles keine volle oder teilweise Versagung rechtfertigen, ein Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwen- oder Witwergeldes zu gewähren. Erwerbseinkommen und Erwerb ersatzeinkommen sind in angemessenem Umfang anzurechnen. Wird ein Erwerb ersatzeinkommen nicht beantragt oder wird auf ein Erwerbs- oder Erwerb ersatzeinkommen verzichtet oder wird an deren Stelle eine Kapitaleistung, Abfindung oder Beitragserstattung gezahlt, ist der Betrag zu berücksichtigen, der ansonsten zu zahlen wäre.

(2) Der geschiedenen Ehefrau oder dem geschiedenen Ehemann einer verstorbenen Beamtin, eines verstorbenen Beamten, einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten, die oder der im Falle des Fortbestehens der Ehe Witwen- oder Witwergeld erhalten hätte, ist auf Antrag ein Unterhaltsbeitrag insoweit zu gewähren, als sie oder er im Zeitpunkt des Todes der Beamtin, des Beamten, der Ruhestandsbeamtin oder des Ruhestandsbeamten gegen diese oder diesen einen Anspruch auf schuldrechtlichen Versorgungsausgleich nach § 1587f Nummer 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung we-

gen einer Anwartschaft oder eines Anspruchs nach § 1587a Absatz 2 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung hatte. Der Unterhaltsbeitrag wird jedoch nur gewährt,

1. solange die geschiedene Ehefrau oder der geschiedene Ehemann erwerbsgemindert im Sinne des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist oder mindestens ein waisengeldberechtigtes Kind erzieht oder
2. wenn sie oder er das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Der Erziehung eines waisengeldberechtigten Kindes steht die Sorge für ein waisengeldberechtigtes Kind mit körperlichen oder geistigen Gebrechen gleich. Der nach Satz 1 festgestellte Betrag ist in einem Vomhundertsatz des Witwen- oder Witwergeldes festzusetzen; der Unterhaltsbeitrag darf fünf Sechstel des entsprechend § 57 gekürzten Witwen- oder Witwergeldes nicht übersteigen. § 21 gilt entsprechend.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend für die frühere Ehefrau oder den früheren Ehemann einer verstorbenen Beamtin, eines verstorbenen Beamten, einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten, deren oder dessen Ehe mit dieser oder diesem aufgehoben oder für nichtig erklärt war.

§ 23 Waisengeld

(1) Die Kinder

1. einer verstorbenen Beamtin oder eines verstorbenen Beamten auf Lebenszeit,
2. einer verstorbenen Ruhestandsbeamtin oder eines verstorbenen Ruhestandsbeamten oder
3. einer verstorbenen Beamtin oder eines verstorbenen Beamten auf Probe, die oder der an den Folgen einer Dienstbeschädigung (§ 28 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes) verstorben ist oder der oder dem die Entscheidung nach § 28 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 42 des Landesbeamtenengesetzes zugestellt war,

erhalten Waisengeld, wenn die Beamtin oder der Beamte die Voraussetzungen des § 4 Absatz 1 erfüllt hat.

(2) Kein Waisengeld erhalten die Kinder einer verstorbenen Ruhestandsbeamtin oder eines verstorbenen Ruhestandsbeamten, wenn das Kindschaftsverhältnis durch Annahme als Kind begründet wurde und die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte in diesem Zeitpunkt bereits im Ruhestand war und die Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtenengesetzes erreicht hatte. Es kann ihnen jedoch ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Waisengeldes bewilligt werden.

§ 24 Höhe des Waisengeldes

(1) Das Waisengeld beträgt für die Halbwaise zwölf Prozent und für die Vollwaise 20 Prozent des Ruhegehalts, das die oder der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn sie oder er am Todestag in den Ruhestand versetzt worden wäre. § 14 Absatz 6 und § 14a finden keine Anwendung. Änderungen des Mindestruhegehalts (§ 14 Absatz 4) sind zu berücksichtigen.

(2) Wenn die Mutter oder der Vater des Kindes der oder des Verstorbenen nicht zum Bezuge von Witwen- oder Witwergeld berechtigt ist und auch keinen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwen- oder Witwergeldes erhält, wird das Waisengeld nach dem Satz für Vollwaisen gezahlt; es darf zuzüglich des Unterhaltsbeitrages den Betrag des Witwen- oder Witwergeldes und des Waisengeldes nach dem Satz für Halbweisen nicht übersteigen.

(3) Ergeben sich für eine Waise Waisengeldansprüche aus Beamtenverhältnissen mehrerer Personen, wird nur das höchste Waisengeld gezahlt.

§ 25

Zusammentreffen von Witwen- oder Witwergeld, Waisengeld und Unterhaltsbeiträgen

(1) Witwen- oder Witwergeld und Waisengeld dürfen weder einzeln noch zusammen den Betrag des ihrer Berechnung zu Grunde zu legenden Ruhegehalts übersteigen. Ergibt sich an Witwen- oder Witwergeld und Waisengeld zusammen ein höherer Betrag, so werden die einzelnen Bezüge im gleichen Verhältnis gekürzt.

(2) Nach dem Ausscheiden einer witwen-, witwer- oder waisengeldberechtigten Person erhöht sich das Witwen-, Witwer- oder Waisengeld der verbleibenden Berechtigten vom Beginn des folgenden Monats an insoweit, als sie nach Absatz 1 noch nicht den vollen Betrag nach § 20 oder § 24 erhalten.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn neben Witwen-, Witwer- oder Waisengeld ein Unterhaltsbeitrag nach § 22 Absatz 2 oder 3 oder § 86 Absatz 1 gewährt wird.

(4) Unterhaltsbeiträge nach § 22 Absatz 1 gelten für die Anwendung der Absätze 1 bis 3 als Witwen- oder Witwergeld. Unterhaltsbeiträge nach § 23 Absatz 2 dürfen nur insoweit bewilligt werden, als sie allein oder zusammen mit gesetzlichen Hinterbliebenenbezügen die in Absatz 1 Satz 1 bezeichnete Höchstgrenze nicht übersteigen.

§ 26

Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene von Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit und auf Probe

(1) Der Witwe, dem Witwer, der geschiedenen Ehefrau oder dem geschiedenen Ehemann (§ 22 Absatz 2, 3) und den Kindern einer Beamtin oder eines Beamten, der oder dem nach § 15 ein Unterhaltsbeitrag bewilligt worden ist oder hätte bewilligt werden können, kann die in den §§ 19, 20 und 22 bis 25 vorgesehene Versorgung bis zu der dort bezeichneten Höhe als Unterhaltsbeitrag bewilligt werden.

(2) § 21 gilt entsprechend.

§ 27

Beginn der Zahlungen

(1) Die Zahlung des Witwen-, Witwer- und Waisengeldes sowie eines Unterhaltsbeitrages nach § 22 Absatz 1 oder § 23 Absatz 2 beginnt mit dem Ablauf des Sterbemonats. Kinder, die nach diesem Zeitpunkt geboren werden, erhalten Waisengeld vom Ersten des Geburtsmonats an.

(2) Die Zahlung eines Unterhaltsbeitrages nach § 22 Absatz 2 oder 3 beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem eine der in § 22 Absatz 2 Satz 2 genannten Voraussetzungen eintritt, frühestens jedoch mit Ablauf des Sterbemonats.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Zahlung eines Unterhaltsbeitrages nach § 26.

§ 28 (weggefallen)

Abschnitt IV Bezüge bei Verschollenheit

§ 29 Zahlung der Bezüge

(1) Ist eine Beamtin, ein Beamter, eine Ruhestandsbeamtin, ein Ruhestandsbeamter, eine sonstige Versorgungsempfängerin oder ein sonstiger Versorgungsempfänger verschollen, werden die ihr oder ihm zustehenden Bezüge bis zum Ablauf des Monats gezahlt, in dem die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle feststellt, dass ihr oder sein Ableben mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist.

(2) Vom Ersten des Monats ab, der dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt folgt, erhalten die Personen, die im Falle des Todes des Verschollenen Witwen-, Witwer oder Waisengeld erhalten würden oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten könnten, diese Bezüge. Die §§ 17 und 18 gelten nicht.

(3) Kehrt die oder der Verschollene zurück, so lebt ihr oder sein Anspruch auf Bezüge, soweit nicht besondere gesetzliche Gründe entgegenstehen, wieder auf. Nachzahlungen sind längstens für die Dauer eines Jahres zu leisten; die nach Absatz 2 für den gleichen Zeitraum gewährten Bezüge sind anzurechnen.

(4) Ergibt sich, dass bei einer Beamtin oder einem Beamten die Voraussetzungen des § 13 des Landesbesoldungsgesetzes vorliegen, so können die nach Absatz 2 gezahlten Bezüge von ihr oder ihm zurückgefordert werden.

(5) Wird die oder der Verschollene für tot erklärt oder die Todeszeit gerichtlich festgestellt oder eine Sterbeurkunde über den Tod der oder des Verschollenen ausgestellt, so ist die Hinterbliebenenversorgung von dem Ersten des auf die Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung oder die Ausstellung der Sterbeurkunde folgenden Monats ab unter Berücksichtigung des festgestellten Todeszeitpunktes neu festzusetzen.

Abschnitt V Unfallfürsorge

§ 30 Allgemeines

(1) Wird eine Beamtin oder ein Beamter durch einen Dienstunfall verletzt, so wird ihr oder ihm und ihren oder seinen Hinterbliebenen Unfallfürsorge gewährt. Unfallfürsorge wird auch dem Kind einer Beamtin gewährt, das durch deren Dienstunfall während der Schwangerschaft unmittelbar geschädigt wurde. Satz 2 gilt auch, wenn die Schädigung durch besondere Einwirkungen verursacht worden ist, die generell geeignet sind, bei der Mutter einen Dienstunfall im Sinne des § 31 Absatz 3 zu verursachen.

(2) Die Unfallfürsorge umfasst

1. Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen (§ 32),
2. Heilverfahren (§§ 33, 34),
3. Unfallausgleich (§ 35),
4. Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag (§§ 36 bis 38),
5. Unfall-Hinterbliebenenversorgung (§§ 39 bis 42),
6. einmalige Unfallentschädigung (§ 43),
7. Schadensausgleich in besonderen Fällen (§ 43a),
8. Einsatzversorgung im Sinne des § 31a.

Im Fall von Absatz 1 Satz 2 und 3 erhält das Kind der Beamtin Leistungen nach den Nummern 2 und 3 sowie nach § 38a.

(3) Im Übrigen gelten die allgemeinen Vorschriften.

§ 31 Dienstunfall

(1) Dienstunfall ist ein auf äußerer Einwirkung beruhendes, plötzliches, örtlich und zeitlich bestimmtes, einen Körperschaden verursachendes Ereignis, das in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetreten ist. Zum Dienst gehören auch

1. Dienstreisen, Dienstgänge und die dienstliche Tätigkeit am Bestimmungsort,
2. die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen und
3. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder in dem ihm gleichstehenden Dienst, zu deren Übernahme die Beamtin oder der Beamte gemäß § 71 des Landesbeamtengesetzes verpflichtet ist, oder Tätigkeiten, deren Wahrnehmung von ihr oder ihm im Zusammenhang mit den Dienstgeschäften erwartet wird, sofern die Beamtin oder der Beamte hierbei nicht in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert ist (§ 2 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch).

(2) Als Dienst gilt auch das Zurücklegen des mit dem Dienst zusammenhängenden Weges zu und von der Dienststelle. Hat die Beamtin oder der Beamte wegen der Entfernung ihrer oder seiner ständigen Familienwohnung vom Dienstort an diesem oder in dessen Nähe eine Unterkunft, so gilt Satz 1 auch für den Weg zwischen der Familienwohnung und der Dienststelle. Der Zusammenhang mit dem Dienst gilt als nicht unterbrochen, wenn die Beamtin oder der Beamte

1. von dem unmittelbaren Weg zwischen der Wohnung und der Dienststelle in vertretbarem Umfang abweicht,
 - a) um ihr oder sein gemäß § 63 Absatz 1 Satz 1 Einkommenssteuergesetz dem Grunde nach kindergeldberechtigendes Kind wegen ihrer oder seiner eigenen Berufstätigkeit oder der Berufstätigkeit der Ehegattin oder des Ehegatten in fremde Obhut zu geben oder aus fremder Obhut abzuholen oder
 - b) weil sie oder er mit anderen berufstätigen oder in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherten Personen gemeinsam ein Fahrzeug für den Weg zu und von der Dienststelle benutzt, oder

2. in ihrer oder seiner Wohnung Dienst leistet und Wege zurücklegt, um ein Kind im Sinne des Satzes 3 Nummer 1 Buchstabe a in fremde Obhut zu geben oder aus fremder Obhut abzuholen.

Ein Unfall, den die oder der Verletzte bei Durchführung des Heilverfahrens (§ 33) oder auf einem hierzu notwendigen Wege erleidet, gilt als Folge eines Dienstunfalles.

(3) Erkrankt eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der nach der Art ihrer oder seiner dienstlichen Verrichtung der Gefahr der Erkrankung an bestimmten Krankheiten besonders ausgesetzt ist, an einer solchen Krankheit, so gilt dies als Dienstunfall, es sei denn, dass die Beamtin oder der Beamte sich die Krankheit außerhalb des Dienstes zugezogen hat. Die Erkrankung an einer solchen Krankheit gilt jedoch stets als Dienstunfall, wenn sie durch gesundheitsschädigende Verhältnisse verursacht worden ist, denen die Beamtin oder der Beamte am Ort ihres oder seines dienstlich angeordneten Aufenthaltes im Ausland besonders ausgesetzt war. Die in Betracht kommenden Krankheiten ergeben sich aus der Anlage 1 der Berufskrankheiten-Verordnung vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623) in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Dem durch Dienstunfall verursachten Körperschaden ist ein Körperschaden gleichzusetzen, den eine Beamtin oder ein Beamter außerhalb ihres oder seines Dienstes erleidet, wenn sie oder er im Hinblick auf ihr oder sein pflichtgemäßes dienstliches Verhalten oder wegen ihrer oder seiner Eigenschaft als Beamtin oder Beamter angegriffen wird. Gleichzuachten ist ferner ein Körperschaden, den eine Beamtin oder ein Beamter im Ausland erleidet, wenn sie oder er bei Kriegshandlungen, Aufruhr oder Unruhen, denen sie oder er am Ort ihres oder seines dienstlich angeordneten Aufenthaltes im Ausland besonders ausgesetzt war, angegriffen wird.

(5) Unfallfürsorge wie bei einem Dienstunfall kann auch gewährt werden, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der zur Wahrnehmung einer Tätigkeit, die öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, beurlaubt worden ist und in Ausübung oder infolge dieser Tätigkeit einen Körperschaden erleidet.

§ 31a Einsatzversorgung

(1) Unfallfürsorge wie bei einem Dienstunfall wird auch dann gewährt, wenn eine Beamtin oder ein Beamter aufgrund eines in Ausübung oder infolge des Dienstes eingetretenen Unfalls oder einer derart eingetretenen Erkrankung im Sinne des § 31 bei einer besonderen Verwendung im Ausland eine gesundheitliche Schädigung erleidet (Einsatzunfall). Eine besondere Verwendung im Ausland ist eine Verwendung, die aufgrund eines Übereinkommens oder einer Vereinbarung mit einer über- oder zwischenstaatlichen Einrichtung oder mit einem auswärtigen Staat auf Beschluss der Bundesregierung im Ausland oder außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen stattfindet, oder eine Verwendung im Ausland oder außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes auf Schiffen oder in Luftfahrzeugen mit vergleichbar gesteigerter Gefährdungslage. Die besondere Verwendung im Ausland beginnt mit dem Eintreffen im Einsatzgebiet und endet mit dem Verlassen des Einsatzgebietes.

(2) Gleiches gilt, wenn bei einer Beamtin oder einem Beamten eine Erkrankung oder ihre Folgen oder ein Unfall auf gesundheitsschädigende oder sonst vom Inland wesentlich abweichende Verhältnisse bei einer Verwendung im Sinne des Absatzes 1 zurückzuführen sind oder wenn eine gesundheitliche Schädigung bei dienstlicher Verwendung im Ausland auf einen Unfall oder eine Erkrankung im Zusammenhang mit einer Verschleppung oder einer Gefangenschaft zurückzuführen ist oder darauf beruht, dass die Beamtin oder der Beamte aus sonstigen mit dem Dienst zusammenhängenden Gründen dem Einflussbereich des Dienstherrn entzogen ist.

(3) § 31 Absatz 5 gilt entsprechend.

(4) Die Unfallfürsorge ist ausgeschlossen, wenn sich die Beamtin oder der Beamte vorsätzlich oder grob fahrlässig der Gefährdung ausgesetzt oder die Gründe für eine Verschleppung, Gefangenschaft oder sonstige Einflussbereichsentziehung herbeigeführt hat, es sei denn, dass der Ausschluss für sie oder ihn eine unbillige Härte wäre.

§ 32 Erstattung von Sachschäden und besonderen Aufwendungen

Sind bei einem Dienstunfall Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die die Beamtin oder der Beamte mit sich geführt hat, beschädigt oder zerstört worden oder abhanden gekommen, so kann dafür Ersatz geleistet werden. Anträge auf Gewährung von Sachschadenersatz nach Satz 1 sind innerhalb einer Ausschlussfrist von drei Monaten zu stellen. Sind durch die erste Hilfeleistung nach dem Unfall besondere Kosten entstanden, so ist der Beamtin oder dem Beamten der nachweisbar notwendige Aufwand zu ersetzen.

§ 33 Heilverfahren, Verordnungsermächtigung

(1) Bei einem Dienstunfall werden, soweit der Dienstherr das Heilverfahren nicht selbst durchführt, die angemessenen Aufwendungen für

1. die notwendige ärztliche, zahnärztliche, psychotherapeutische und heilpraktische Behandlung,
2. die notwendige Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, mit Geräten zur Selbstbehandlung und zur Selbstkontrolle sowie mit Körperersatzstücken, die den Erfolg der Heilbehandlung sichern oder die Unfallfolgen erleichtern sollen,
3. notwendige Krankenhausleistungen,
4. notwendige Rehabilitationsmaßnahmen,
5. die notwendige Haushaltshilfe,
6. die im Zusammenhang mit dem Heilverfahren stehenden notwendigen Reisekosten sowie
7. sonstige notwendige Leistungen zur Beseitigung oder Linderung von gesundheitlichen Folgen des Unfalls

in Anlehnung an die beihilferechtlichen Vorschriften des Landes in vollem Umfang erstattet. Aufwendungen für notwendige Pflege (§ 34) werden in Anlehnung an die Vorschriften des Elften Buches Sozialgesetzbuch in vollem Umfang erstattet, sofern eine Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung vorliegt.

(2) Die verletzte Person ist verpflichtet, sich Maßnahmen des Heilverfahrens zu unterziehen, wenn sie nach der durch die Dienstbehörde eingeholten ärztlichen Stellungnahme zur zumindest teilweisen Wiederherstellung der Dienstfähigkeit notwendig ist, es sei denn, dass sie mit einer erheblichen Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden sind oder einen erheblichen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit bedeuten.

(3) Verursachen die Folgen des Dienstunfalls Aufwendungen für erhöhten Kleidungs- und Wäscheverschleiß, so sind diese im angemessenen Umfang zu erstatten. Kraftfahrzeughilfe wird

gewährt, wenn die verletzte Person infolge des Dienstunfalls nicht nur vorübergehend auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist, um die zur Dienstausbübung oder zur Teilhabe am Leben der Gemeinschaft erforderlichen Wege zurückzulegen. Notwendige Aufwendungen für eine bedarfsgerechte Anpassung des Wohnumfelds werden erstattet, wenn infolge des Dienstunfalls nicht nur vorübergehend die Anpassung vorhandenen oder die Beschaffung bedarfsgerechten Wohnraums erforderlich ist. Ist die verletzte Person an den Folgen des Dienstunfalls verstorben, werden die Kosten für die Überführung und die Bestattung in angemessener Höhe erstattet.

(4) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung das Nähere zu Umfang und Durchführung des Heilverfahrens zu bestimmen. Insbesondere sind Regelungen zu treffen über:

1. das Erstattungsverfahren und die Zuständigkeit,
2. die Angemessenheit und Notwendigkeit von Aufwendungen für die Heilbehandlung und für sonstige Leistungen,
3. Mitwirkungspflichten der verletzten Person,
4. vorherige Genehmigungen von ausgewählten Heilverfahrensmaßnahmen (Genehmigungsvorbehalte),
5. die Einholung von Gutachten zur Notwendigkeit von beantragten Maßnahmen oder die Angemessenheit von Aufwendungen und
6. die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2016/679.

§ 34

Pflegekosten und Hilflosigkeitszuschlag

(1) Ist die verletzte Person infolge des Dienstunfalls so hilflos, dass sie nicht ohne fremde Hilfe und Pflege auskommen kann, so sind ihr die Kosten einer notwendigen Pflege in angemessenem Umfang zu erstatten. Die Dienstbehörde kann jedoch selbst für die Pflege Sorge tragen.

(2) Nach dem Beginn des Ruhestandes ist der verletzten Person auf Antrag für die Dauer der Hilflosigkeit ein Zuschlag zu dem Unfallruhegehalt bis zum Erreichen der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zu gewähren; die Kostenerstattung nach Absatz 1 entfällt.

§ 35

Unfallausgleich

(1) Ist die verletzte Person infolge des Dienstunfalls in ihrer Erwerbsfähigkeit länger als sechs Monate um mindestens 25 Prozent beschränkt, so erhält sie, solange dieser Zustand andauert, neben den Dienstbezügen, den Anwärterbezügen oder dem Ruhegehalt einen dem Grad ihrer geminderten Erwerbsfähigkeit entsprechenden Unfallausgleich. Dieser beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um:

30 Prozent	171 Euro,
40 Prozent	233 Euro,
50 Prozent	346 Euro,
60 Prozent	431 Euro,
70 Prozent	592 Euro,

80 Prozent	706 Euro,
90 Prozent	850 Euro,
100 Prozent	944 Euro.

Die vorstehenden Prozentsätze stellen Durchschnittssätze dar; eine um fünf Prozentpunkte geringere Minderung der Erwerbsfähigkeit wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst.

(2) Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. Hat bei Eintritt des Dienstunfalles eine abschätzbare Minderung der Erwerbsfähigkeit bereits bestanden, so ist für die Berechnung des Unfallausgleichs von der individuellen Erwerbsfähigkeit der verletzten Person, die unmittelbar vor dem Eintritt des Dienstunfalles bestand, auszugehen und zu ermitteln, welcher Teil dieser individuellen Erwerbsfähigkeit durch den Dienstunfall gemindert wurde. Beruht die frühere Erwerbsminderung auf einem Dienstunfall, so kann ein einheitlicher Unfallausgleich festgesetzt werden. Für äußere Körperschäden können Mindestvomhundertsätze festgesetzt werden.

(3) Der Unfallausgleich wird neu festgestellt, wenn in den Verhältnissen, die für die Feststellung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Zu diesem Zweck ist die Beamtin oder der Beamte verpflichtet, sich auf Anordnung der obersten Dienstbehörde durch eine von ihr bestimmte Ärztin oder einen von ihr bestimmten Arzt untersuchen zu lassen; die oberste Dienstbehörde kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.

(4) Der Unfallausgleich wird auch während einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gewährt.

§ 36 Unfallruhegehalt

(1) Ist die Beamtin oder der Beamte infolge des Dienstunfalles dienstunfähig geworden und deswegen in den Ruhestand versetzt worden, so erhält sie oder er Unfallruhegehalt.

(2) Für die Berechnung des Unfallruhegehalts einer Beamtin oder eines Beamten, die oder der vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt wurde, wird der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nur die Hälfte der Zurechnungszeit nach § 13 Absatz 1 hinzugerechnet; § 13 Absatz 3 gilt entsprechend.

(3) Der Ruhegehaltssatz nach § 14 Absatz 1 erhöht sich um 20 Prozent. Das Unfallruhegehalt beträgt mindestens sechsdreizehntel Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und darf 75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nicht übersteigen. Es darf nicht hinter 75 Prozent der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4 zurückbleiben; § 14 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 37 Erhöhtes Unfallruhegehalt

(1) Setzt sich eine Beamtin oder ein Beamter bei Ausübung einer Diensthandlung einer damit verbundenen besonderen Lebensgefahr aus und erleidet sie oder er infolge dieser Gefährdung einen Dienstunfall, so sind bei der Bemessung des Unfallruhegehalts 80 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der übernächsten Besoldungsgruppe zu Grunde zu legen, wenn sie oder er infolge dieses Dienstunfalles dienstunfähig geworden und in den Ruhestand versetzt wurde und im Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand infolge des Dienstunfalles in ihrer oder seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent beschränkt ist. Satz 1 gilt mit der Maßgabe, dass sich die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge für Beamtinnen und Beamte

1. der Laufbahngruppe 1 mit dem ersten Einstiegsamt mindestens nach der Besoldungsgruppe A 6,
2. der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt mindestens nach der Besoldungsgruppe A 9,
3. der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt mindestens nach der Besoldungsgruppe A 12 und
4. der Laufbahngruppe 2 mit dem zweiten Einstiegsamt mindestens nach der Besoldungsgruppe A 16

bemessen.

(2) Unfallruhegehalt nach Absatz 1 wird auch gewährt, wenn die Beamtin oder der Beamte

1. in Ausübung des Dienstes durch einen rechtswidrigen Angriff oder
2. außerhalb des Dienstes durch einen Angriff im Sinne des § 31 Absatz 4

einen Dienstunfall mit den in Absatz 1 genannten Folgen erleidet.

(3) Unfallruhegehalt nach Absatz 1 wird auch gewährt, wenn eine Beamtin oder ein Beamter einen Einsatzunfall oder ein diesem gleichstehendes Ereignis im Sinne des § 31a erleidet und infolge des Einsatzunfalls oder des diesem gleichstehenden Ereignisses dienstunfähig geworden und in den Ruhestand versetzt wurde und im Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand infolge des Einsatzunfalls oder des diesem gleichstehenden Ereignisses in ihrer oder seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent beschränkt ist.

§ 38

Unterhaltsbeitrag für frühere Beamtinnen, frühere Beamte, frühere Ruhestandsbeamtinnen und frühere Ruhestandsbeamte

(1) Eine frühere Beamtin oder ein früherer Beamter, die oder der durch einen Dienstunfall verletzt wurde und deren oder dessen Beamtenverhältnis nicht durch Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand geendet hat, erhält neben dem Heilverfahren (§§ 33, 34) für die Dauer einer durch den Dienstunfall verursachten Erwerbsbeschränkung einen Unterhaltsbeitrag. Der Anspruch erlischt ab der Gewährung von Altersgeld.

(2) Der Unterhaltsbeitrag beträgt

1. bei völliger Erwerbsunfähigkeit sechsendsechzigzweidrittel Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach Absatz 4,
2. bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um wenigstens 20 Prozent den der Minderung entsprechenden Teil des Unterhaltsbeitrages nach Nummer 1.

(3) Im Falle des Absatzes 2 Nummer 2 kann der Unterhaltsbeitrag, solange die verletzte Person aus Anlass des Unfalles unverschuldet arbeitslos ist, bis auf den Betrag nach Nummer 1 erhöht werden. Bei Hilflosigkeit der verletzten Person gilt § 34 entsprechend.

(4) Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen sich nach § 5 Absatz 1. Bei einer früheren Beamtin auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder einem früheren Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sind die Dienstbezüge zu Grunde zu legen, die sie oder er bei der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Probe zuerst erhalten hätte; das Gleiche gilt bei einer

früheren Polizeivollzugsbeamtin auf Widerruf mit Dienstbezügen oder einem früheren Polizeivollzugsbeamten auf Widerruf mit Dienstbezügen. Ist die Beamtin oder der Beamte wegen Dienstunfähigkeit infolge des Dienstunfalles entlassen worden, gilt § 5 Absatz 2 entsprechend. Der Unterhaltsbeitrag für eine frühere Beamtin auf Widerruf oder einen früheren Beamten auf Widerruf, die oder der ein Amt bekleidete, das ihre oder seine Arbeitskraft nur nebenbei beanspruchte, ist nach billigem Ermessen festzusetzen.

(5) Ist die Beamtin oder der Beamte wegen Dienstunfähigkeit infolge des Dienstunfalles entlassen worden, darf der Unterhaltsbeitrag nach Absatz 2 Nummer 1 nicht hinter dem Mindestunfallruhegehalt (§ 36 Absatz 3 Satz 3) zurückbleiben. Ist die Beamtin oder der Beamte wegen Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalles der in § 37 bezeichneten Art entlassen worden und war sie oder er im Zeitpunkt der Entlassung infolge des Dienstunfalles in ihrer oder seiner Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent beschränkt, treten an die Stelle des Mindestunfallruhegehalts 80 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, die sich bei sinngemäßer Anwendung des § 37 ergibt. Absatz 4 Satz 4 gilt entsprechend.

(6) Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist nach der körperlichen Beeinträchtigung im allgemeinen Erwerbsleben zu beurteilen. Zum Zwecke der Nachprüfung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit ist die frühere Beamtin oder der frühere Beamte verpflichtet, sich auf Anordnung der obersten Dienstbehörde durch eine von ihr bestimmte Ärztin oder einen von ihr bestimmten Arzt untersuchen zu lassen; die oberste Dienstbehörde kann diese Befugnis auf andere Stellen übertragen.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für durch Dienstunfall verletzte frühere Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, die ihre Rechte als Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte verloren haben oder denen das Ruhegehalt aberkannt worden ist.

§ 38a

Unterhaltsbeitrag bei Schädigung eines ungeborenen Kindes

(1) Der Unterhaltsbeitrag wird im Fall des § 30 Absatz 1 Satz 2 und 3 für die Dauer der durch einen Dienstunfall der Mutter verursachten Minderung der Erwerbsfähigkeit gewährt

1. bei Verlust der Erwerbsfähigkeit in Höhe des Mindestunfallwaisengeldes nach § 39 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 36 Absatz 3 Satz 3,
2. bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 20 Prozent in Höhe eines der Minderung der Erwerbsfähigkeit entsprechenden Teils des Unterhaltsbeitrages nach Nummer 1.

(2) § 38 Absatz 6 gilt entsprechend. Bei Minderjährigen wird die Minderung der Erwerbsfähigkeit nach den Auswirkungen bemessen, die sich bei Erwachsenen mit gleichem Gesundheitsschaden ergeben würden. Die Sorgeberechtigten sind verpflichtet, Untersuchungen zu ermöglichen.

(3) Der Unterhaltsbeitrag beträgt vor Vollendung des 14. Lebensjahres 30 Prozent, vor Vollendung des 18. Lebensjahres 50 Prozent der Sätze nach Absatz 1.

(4) Der Anspruch auf Unterhaltsbeitrag ruht insoweit, als während einer Heimpflege von mehr als einem Kalendermonat Pflegekosten gemäß § 34 Absatz 1 erstattet werden.

(5) Hat eine unterhaltsbeitragsberechtigende Person Anspruch auf Waisengeld nach diesem Gesetz, wird nur der höhere Versorgungsbezug gezahlt.

§ 39 Unfall-Hinterbliebenenversorgung

(1) Ist eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der Unfallruhegehalt erhalten hätte, oder eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter, die oder der Unfallruhegehalt bezog, an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so erhalten ihre oder seine Hinterbliebenen Unfall-Hinterbliebenenversorgung. Für diese gelten folgende besondere Vorschriften:

1. Das Witwen- oder Witwergeld beträgt 60 Prozent des Unfallruhegehalts (§§ 36, 37).
2. Das Waisengeld beträgt für jedes waisengeldberechtigte Kind (§ 23) 30 Prozent des Unfallruhegehalts. Es wird auch elternlosen Enkelkindern gewährt, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalles ganz oder überwiegend durch die oder den Verstorbenen bestritten wurde.

(2) Ist eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter, die oder der Unfallruhegehalt bezog, nicht an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so steht den Hinterbliebenen nur Versorgung nach Abschnitt III (§§ 16 bis 28) zu; diese Bezüge sind aber unter Zugrundelegung des Unfallruhegehalts zu berechnen.

§ 40 Unterhaltsbeitrag für Verwandte der aufsteigenden Linie

Verwandten der aufsteigenden Linie, deren Unterhalt zur Zeit des Dienstunfalles ganz oder überwiegend durch die oder den Verstorbenen (§ 39 Absatz 1) bestritten wurde, ist für die Dauer der Bedürftigkeit ein Unterhaltsbeitrag von zusammen 30 Prozent des Unfallruhegehaltes zu gewähren, mindestens jedoch 40 Prozent des in § 36 Absatz 3 Satz 3 genannten Betrages. Sind mehrere Personen dieser Art vorhanden, so wird der Unterhaltsbeitrag den Eltern vor den Großeltern gewährt; an die Stelle eines verstorbenen Elternteiles treten dessen Eltern.

§ 41 Unterhaltsbeitrag für Hinterbliebene

(1) Ist in den Fällen des § 38 die frühere Beamtin, der frühere Beamte, die frühere Ruhestandsbeamtin oder der frühere Ruhestandsbeamte an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so erhalten ihre oder seine Hinterbliebenen einen Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwen-, Witwer- und Waisengeldes, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrages nach § 38 Absatz 2 Nummer 1 ergibt.

(2) Ist die frühere Beamtin, der frühere Beamte, die frühere Ruhestandsbeamtin oder der frühere Ruhestandsbeamte nicht an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so kann ihren oder seinen Hinterbliebenen ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwen-, Witwer- und Waisengeldes bewilligt werden, das sich nach den allgemeinen Vorschriften unter Zugrundelegung des Unterhaltsbeitrages ergibt, den die oder der Verstorbene im Zeitpunkt ihres oder seines Todes bezogen hat.

(3) Für die Hinterbliebenen einer Beamtin oder eines Beamten, die oder der an den Unfallfolgen verstorbenen ist, gilt Absatz 1 entsprechend, wenn nicht Unfall-Hinterbliebenenversorgung nach § 39 zusteht.

(4) § 21 gilt entsprechend.

§ 42 Höchstgrenzen der Hinterbliebenenversorgung

Die Unfallversorgung der Hinterbliebenen (§§ 39 bis 41) darf insgesamt die Bezüge (Unfallruhegehalt oder Unterhaltsbeitrag) nicht übersteigen, die die oder der Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können. Abweichend von Satz 1 sind in den Fällen des § 37 als Höchstgrenze mindestens die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der übernächsten anstelle der von der oder dem Verstorbenen tatsächlich erreichten Besoldungsgruppe zu Grunde zu legen. § 25 ist entsprechend anzuwenden. Der Unfallausgleich (§ 35) sowie der Zuschlag bei Hilflosigkeit (§ 34 Absatz 2) oder bei Arbeitslosigkeit (§ 38 Absatz 3 Satz 1) bleiben sowohl bei der Berechnung des Unterhaltsbeitrages nach § 41 als auch bei der vergleichenden Berechnung nach § 25 außer Betracht.

§ 43

Einmalige Unfallentschädigung und einmalige Entschädigung

(1) Eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der einen Dienstunfall der in § 37 bezeichneten Art erleidet, erhält eine einmalige Unfallentschädigung von 150 000 Euro, wenn sie oder er nach Feststellung der obersten Dienstbehörde infolge des Unfalls in ihrer oder seiner Erwerbsfähigkeit dauerhaft um wenigstens 50 Prozent beeinträchtigt ist. Für Dienstunfälle der in § 37 bezeichneten Art, die vor dem 1. Juni 2021 eingetreten sind, finden Absatz 1 und 2 in der am 31. Mai 2021 geltenden Fassung Anwendung.

(2) Ist eine Beamtin oder ein Beamter an den Folgen eines Dienstunfalles der in § 37 bezeichneten Art verstorben und hat sie oder er eine einmalige Unfallentschädigung nach Absatz 1 nicht erhalten, wird ihren oder seinen Hinterbliebenen eine einmalige Unfallentschädigung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt:

1. Die Witwe oder der Witwer sowie die versorgungsberechtigten Kinder erhalten eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 100 000 Euro.
2. Sind Anspruchsberechtigte im Sinne der Nummer 1 nicht vorhanden, so erhalten die Eltern und die in Nummer 1 bezeichneten, nicht versorgungsberechtigten Kinder eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 40 000 Euro.
3. Sind Anspruchsberechtigte im Sinne der Nummern 1 und 2 nicht vorhanden, so erhalten die Großeltern und Enkelkinder eine Entschädigung in Höhe von insgesamt 20 000 Euro.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der

1. als Angehörige oder Angehöriger des besonders gefährdeten fliegenden Personals während des Flugdienstes,
2. als Helm- oder Schwimmtaucherin oder Helm- oder Schwimmtaucher während des besonders gefährlichen Tauchdienstes,
3. im Bergrettungsdienst während des Einsatzes und der Ausbildung oder
4. als Angehörige oder Angehöriger des besonders gefährdeten Munitionsuntersuchungspersonals während des dienstlichen Umgangs mit Munition oder
5. als Angehörige oder Angehöriger eines Polizeiverbandes für besondere polizeiliche Einsätze bei einer besonders gefährlichen Diensthandlung im Einsatz oder in der Ausbildung dazu oder
6. im Einsatz beim Ein- oder Aushängen von Außenlasten bei einem Drehflügelflugzeug

einen Unfall erleidet, der nur auf die eigentümlichen Verhältnisse des Dienstes nach den Nummern 1 bis 6 zurückzuführen ist. Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung den Personenkreis des Satzes 1 und die zum Dienst im Sinne des Satzes 1 gehörenden dienstlichen Verrichtungen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für andere Angehörige des öffentlichen Dienstes, zu deren Dienstobliegenheiten Tätigkeiten der in Satz 1 Nummer 1 bis 6 bezeichneten Art gehören.

(4) (weggefallen)

(5) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn eine Beamtin oder ein Beamter oder eine andere Angehörige oder ein anderer Angehöriger des öffentlichen Dienstes einen Einsatzunfall oder ein diesem gleichstehendes Ereignis im Sinne des § 31a erleidet.

(6) Die Hinterbliebenen erhalten eine einmalige Entschädigung nach Maßgabe des Absatzes 2, wenn eine Beamtin oder ein Beamter oder eine andere Angehörige oder ein anderer Angehöriger des öffentlichen Dienstes an den Folgen eines Einsatzunfalls oder eines diesem gleichstehenden Ereignisses im Sinne des § 31a verstorben ist.

(7) Für eine einmalige Entschädigung nach den Absätzen 5 und 6 gelten § 31 Absatz 5 und § 31a Absatz 4 entsprechend. Besteht aufgrund derselben Ursache Anspruch sowohl auf eine einmalige Unfallentschädigung nach den Absätzen 1 bis 3 als auch auf eine einmalige Entschädigung nach Absatz 5 oder 6, wird nur die einmalige Entschädigung gewährt.

(8) Eine Entschädigung aus einer Unfallversicherung, für die der Dienstherr die Beiträge gezahlt hat, ist auf die Unfallentschädigung nach Absatz 3 anzurechnen.

§ 43a

Schadensausgleich in besonderen Fällen

(1) Schäden, die einer Beamtin, einem Beamten oder anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes während einer Verwendung im Sinne des § 31a Absatz 1 infolge von besonderen, vom Inland wesentlich abweichenden Verhältnissen, insbesondere infolge von Kriegshandlungen, kriegerischen Ereignissen, Aufruhr, Unruhen oder Naturkatastrophen oder als Folge der Ereignisse nach § 31a Absatz 2 entstehen, werden in angemessenem Umfang ersetzt. Gleiches gilt für Schäden durch einen Gewaltakt gegen staatliche Amtsträgerinnen, Amtsträger, Einrichtungen oder Maßnahmen, wenn die Beamtinnen, Beamten oder anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes von dem Gewaltakt in Ausübung des Dienstes oder wegen ihrer Eigenschaft als Beamtinnen, Beamte oder andere Angehörige des öffentlichen Dienstes betroffen sind.

(2) Im Falle einer Verwendung im Sinne des § 31a Absatz 1 wird einer Beamtin, einem Beamten oder anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes ein angemessener Ausgleich auch für Schäden infolge von Maßnahmen einer ausländischen Regierung, die sich gegen die Bundesrepublik Deutschland richten, gewährt.

(3) Ist eine Beamtin, ein Beamter oder eine andere Angehörige oder ein anderer Angehöriger des öffentlichen Dienstes an den Folgen des schädigenden Ereignisses der in Absatz 1 oder 2 bezeichneten Art verstorben, wird ein angemessener Ausgleich gewährt

1. der Witwe oder dem Witwer sowie den versorgungsberechtigten Kindern,
2. den Eltern sowie den nicht versorgungsberechtigten Kindern, wenn Hinterbliebene der in Nummer 1 bezeichneten Art nicht vorhanden sind.

Der Ausgleich für ausgefallene Versicherungen wird der natürlichen Person gewährt, die die Beamtin oder der Beamte oder die andere Angehörige oder der andere Angehörige des öffentlichen Dienstes im Versicherungsvertrag begünstigt hat. Sind Versicherungsansprüche zur Finanzierung des Erwerbs von Wohneigentum an eine juristische Person abgetreten worden, wird der Ausgleich für die ausgefallene Versicherung an diese juristische Person gezahlt, wenn die Abtretung durch die Beamtin oder den Beamten oder eine anderen Angehörige oder einen anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes dazu gedient hat, eine natürliche Person von Zahlungspflichten auf Grund der Finanzierung des Wohneigentums freizustellen. Dies gilt nicht für Schadensereignisse bei einer Verwendung im Sinne des § 31a Absatz 1, die vor dem 1. Juni 2021 eingetreten sind.

(4) Der Schadensausgleich nach den Absätzen 1 bis 3 wird nur einmal gewährt. Wird er aufgrund derselben Ursache nach § 63b des Soldatenversorgungsgesetzes vorgenommen, sind die Absätze 1 bis 3 nicht anzuwenden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 sind auch auf Schäden bei dienstlicher Verwendung im Ausland anzuwenden, die im Zusammenhang mit einer Verschleppung oder einer Gefangenschaft entstanden sind oder darauf beruhen, dass die oder der Geschädigte aus sonstigen mit dem Dienst zusammenhängenden Gründen dem Einflussbereich des Dienstherrn entzogen ist.

(6) Für den Schadensausgleich gelten § 31 Absatz 5 und § 31a Absatz 4 entsprechend.

§ 44

Nichtgewährung von Unfallfürsorge

(1) Unfallfürsorge wird nicht gewährt, wenn die verletzte Person den Dienstunfall vorsätzlich herbeigeführt hat.

(2) Hat die verletzte Person eine die Heilbehandlung betreffende Anordnung ohne gesetzlichen oder sonstigen wichtigen Grund nicht befolgt und wird dadurch ihre Dienst- oder Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann ihr die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle die Unfallfürsorge insoweit versagen. Die verletzte Person ist auf diese Folgen schriftlich hinzuweisen.

(3) Hinterbliebenenversorgung nach den Unfallfürsorgevorschriften wird im Falle des § 22 Absatz 1 nicht gewährt.

§ 45

Meldung und Untersuchungsverfahren

(1) Unfälle, aus denen Unfallfürsorgeansprüche nach diesem Gesetz entstehen können, sind innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalles bei der oder dem Dienstvorgesetzten der verletzten Person zu melden. § 32 Satz 2 bleibt unberührt. Die Frist nach Satz 1 gilt auch dann als gewahrt, wenn der Unfall bei der für den Wohnort der oder des Berechtigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde gemeldet worden ist.

(2) Nach Ablauf der Ausschlussfrist wird Unfallfürsorge nur gewährt, wenn seit dem Unfall noch nicht zehn Jahre vergangen sind und gleichzeitig glaubhaft gemacht wird, dass mit der Möglichkeit einer den Anspruch auf Unfallfürsorge begründenden Folge des Unfalles nicht gerechnet werden können oder dass die oder der Berechtigte durch außerhalb ihres oder seines Willens liegende Umstände gehindert worden ist, den Unfall zu melden. Die Meldung muss, nachdem mit der Möglichkeit einer den Anspruch auf Unfallfürsorge begründenden Folge des Unfalles gerechnet werden konnte oder das Hindernis für die Meldung weggefallen ist, innerhalb dreier Monate erfolgen. Die Unfallfürsorge wird in diesen Fällen vom Tage der

Meldung an gewährt; zur Vermeidung von Härten kann sie auch von einem früheren Zeitpunkt an gewährt werden.

(3) Die oder der Dienstvorgesetzte hat jeden Unfall, der ihr oder ihm von Amts wegen oder durch Meldung der Beteiligten bekannt wird, sofort zu untersuchen. Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle entscheidet, ob ein Dienstunfall vorliegt und ob die verletzte Person den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Die Entscheidung ist der verletzten Person oder ihren Hinterbliebenen bekannt zu geben.

(4) Unfallfürsorge nach § 30 Absatz 1 Satz 2 wird nur gewährt, wenn der Unfall der Beamtin innerhalb der Fristen nach den Absätzen 1 und 2 gemeldet und als Dienstunfall anerkannt worden ist. Der Anspruch auf Unfallfürsorge nach § 30 Absatz 2 Satz 2 ist innerhalb von zwei Jahren vom Tag der Geburt an von den Sorgeberechtigten geltend zu machen. Absatz 2 gilt mit der Maßgabe, dass die Zehn-Jahres-Frist am Tag der Geburt zu laufen beginnt. Der Antrag muss, nachdem mit der Möglichkeit einer Schädigung durch einen Dienstunfall der Mutter während der Schwangerschaft gerechnet werden konnte oder das Hindernis für den Antrag weggefallen ist, innerhalb von drei Monaten gestellt werden.

§ 45a

Meldung von Dienstunfalldaten an Eurostat

(1) Die meldepflichtigen Daten über Dienstunfälle von Beamtinnen und Beamten im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 349/2011 der Kommission vom 11. April 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz betreffend Statistiken über Arbeitsunfälle (ABl. L 97 vom 12. April 2011, S. 3) werden über die Unfallkasse Mecklenburg-Vorpommern weitergemeldet.

(2) Einzelheiten zum Verfahren und zur Kostenerstattung werden in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Unfallkasse Mecklenburg-Vorpommern und der für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde geregelt.

§ 46

Begrenzung der Unfallfürsorgeansprüche

(1) Die verletzte Beamtin oder der verletzte Beamte und ihre oder seine Hinterbliebenen haben aus Anlass eines Dienstunfalles gegen den Dienstherrn nur die in den §§ 30 bis 43a geregelten Ansprüche. Ist die Beamtin oder der Beamte nach dem Dienstunfall in den Dienstbereich eines anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn versetzt worden, so richten sich die Ansprüche gegen diesen; das Gleiche gilt in den Fällen des gesetzlichen Übertritts oder der Übernahme bei der Umbildung von Körperschaften. Satz 2 gilt in den Fällen, in denen Beamtinnen und Beamte aus dem Dienstbereich eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes zu einem Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Gesetzes versetzt werden mit der Maßgabe, dass die Vorschriften dieses Gesetzes Anwendung finden.

(2) Weitergehende Ansprüche auf Grund allgemeiner gesetzlicher Vorschriften können gegen einen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder gegen die in seinem Dienst stehenden Personen nur dann geltend gemacht werden, wenn der Dienstunfall

1. durch eine vorsätzliche unerlaubte Handlung einer solchen Person verursacht worden oder
2. bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr eingetreten ist.

Im Fall des Satzes 1 Nummer 2 sind Leistungen, die der Beamtin oder dem Beamten und ihren oder seinen Hinterbliebenen nach diesem Gesetz gewährt werden, auf die weitergehenden Ansprüche anzurechnen; der Dienstherr, der Leistungen nach diesem Gesetz gewährt, hat keinen Anspruch auf Ersatz dieser Leistungen gegen einen anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Bundesgebiet.

(3) Ersatzansprüche gegen andere Personen bleiben unberührt.

(4) Auf laufende und einmalige Geldleistungen, die nach diesem Gesetz wegen eines Körper-, Sach- oder Vermögensschadens gewährt werden, sind Geldleistungen anzurechnen, die wegen desselben Schadens von anderer Seite erbracht werden. Hierzu gehören insbesondere Geldleistungen, die von Drittstaaten oder von zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtungen gewährt oder veranlasst werden. Nicht anzurechnen sind Leistungen privater Schadensversicherungen, die auf Beiträgen der Beamtinnen, Beamten oder anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes beruhen; dies gilt nicht in den Fällen des § 32.

Abschnitt VI Übergangsgeld, Ausgleich

§ 47 Übergangsgeld

(1) Eine Beamtin oder ein Beamter mit Dienstbezügen, die oder der nicht auf eigenen Antrag entlassen wird, erhält als Übergangsgeld nach vollendeter einjähriger Beschäftigungszeit das Einfache und bei längerer Beschäftigungszeit für jedes weitere volle Jahr ihrer Dauer die Hälfte, insgesamt höchstens das Sechsfache der Dienstbezüge (§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 des Landesbesoldungsgesetzes) des letzten Monats. § 5 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Das Übergangsgeld wird auch dann gewährt, wenn die Beamtin oder der Beamte im Zeitpunkt der Entlassung ohne Dienstbezüge beurlaubt war. Maßgebend sind die Dienstbezüge, die die Beamtin oder der Beamte im Zeitpunkt der Entlassung erhalten hätte.

(2) Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener hauptberuflicher entgeltlicher Tätigkeit im Dienste desselben Dienstherrn oder der Verwaltung, deren Aufgaben der Dienstherr übernommen hat, sowie im Falle der Versetzung die entsprechende Zeit im Dienste des früheren Dienstherrn; die vor einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge liegende Beschäftigungszeit wird mit berücksichtigt. Zeiten mit einer Ermäßigung der regelmäßigen Arbeitszeit sind nur zu dem Teil anzurechnen, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Das Übergangsgeld wird nicht gewährt, wenn

1. die Beamtin oder der Beamte wegen eines Verhaltens im Sinne der § 22 Absatz 1 Nummer 1 oder Absatz 2, § 23 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes entlassen wird oder
2. ein Unterhaltsbeitrag nach § 15 bewilligt wird oder
3. die Beschäftigungszeit als ruhegehaltfähige Dienstzeit angerechnet wird oder
4. die Beamtin oder der Beamte mit der Berufung in ein Richterverhältnis oder mit der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Zeit entlassen wird.

(4) Das Übergangsgeld wird in Monatsbeträgen für die der Entlassung folgende Zeit wie die Dienstbezüge gezahlt. Es ist längstens bis zum Ende des Monats zu zahlen, in dem die Be-

amtin oder der Beamte die für ihr oder sein Beamtenverhältnis bestimmte gesetzliche Altersgrenze erreicht hat. Beim Tode der Empfängerin oder des Empfängers ist der noch nicht ausbezahlte Betrag den Hinterbliebenen in einer Summe zu zahlen.

(5) Bezieht die entlassene Beamtin oder der entlassene Beamte Erwerbs- oder Erwerbserstatzeinkommen im Sinne des § 53 Absatz 7, verringert sich das Übergangsgeld um den Betrag dieser Einkünfte.

§ 47a

Übergangsgeld für entlassene politische Beamtinnen und Beamte

(1) Eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der aus einem Amt im Sinne des § 30 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 37 des Landesbeamtengesetzes nicht auf eigenen Antrag entlassen wird, erhält ein Übergangsgeld in Höhe von 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, in der sie oder er sich zur Zeit ihrer oder seiner Entlassung befunden hat. § 9 des Landesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Das Übergangsgeld wird für die Dauer der Zeit, die die Beamtin oder der Beamte das Amt, aus dem sie oder er entlassen worden ist, innehatte, mindestens für die Dauer von sechs Monaten, längstens für die Dauer von drei Jahren, gewährt.

(3) § 47 Absatz 3 Nummer 1 bis 4 und Absatz 4 gilt entsprechend.

(4) Bezieht die entlassene Beamtin oder der entlassene Beamte Erwerbs- oder Erwerbserstatzeinkommen im Sinne des § 53 Absatz 7, so verringern sich die in entsprechender Anwendung des § 9 des Landesbesoldungsgesetzes fortgezahlten Bezüge und das Übergangsgeld um den Betrag dieser Einkünfte; § 63 Nummer 10 findet keine Anwendung.

§ 48

Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen

(1) Beamtinnen und Beamte, die vor Vollendung des 67. Lebensjahres wegen Erreichens der für sie nach den §§ 107 bis 115 des Landesbeamtengesetzes geltenden Regelaltersgrenze in den Ruhestand treten, erhalten neben dem Ruhegehalt einen Ausgleich in Höhe des Fünffachen der Dienstbezüge (§ 2 Absatz 1 Nummer 1, 3 und 4 des Landesbesoldungsgesetzes) des letzten Monats, jedoch nicht über 4 091 Euro. Dieser Betrag verringert sich für Beamtinnen und Beamte, die

1. nach § 108 Absatz 1 Nummer 1 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand eintreten, um jeweils ein Fünftel
2. nach § 108 Absatz 1 Nummer 2 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand eintreten um jeweils ein Drittel

für jedes Jahr, das über die jeweils geltende Regelaltersgrenze für Beamtinnen und Beamte nach den §§ 107 bis 115 hinaus abgeleistet wird. § 5 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. Der Ausgleich ist bei Eintritt in den Ruhestand in einer Summe zu zahlen. Der Ausgleich wird nicht neben einer einmaligen (Unfall-)Entschädigung im Sinne des § 43 gewährt.

(2) Schwebt zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand gegen die Beamtin oder den Beamten ein Verfahren auf Rücknahme der Ernennung oder ein Verfahren, das nach § 24 des Beamtenstatusgesetzes zum Verlust der Beamtenrechte führen könnte, oder ist gegen die Beamtin oder den Beamten Disziplinarclage erhoben worden, darf der Ausgleich erst nach dem

rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens und nur gewährt werden, wenn kein Verlust der Versorgungsbezüge eingetreten ist. Die disziplinarrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.

(3) Der Ausgleich wird im Falle der Bewilligung von Urlaub bis zum Eintritt in den Ruhestand nach § 66 Absatz 1 Nummer 2 des Landesbeamtengesetzes nicht gewährt.

Abschnitt VII Gemeinsame Vorschriften

§ 49

Zahlung der Versorgungsbezüge und Versorgungsauskunft

(1) Die oberste Dienstbehörde setzt die Versorgungsbezüge fest, bestimmt die Zahlungsempfängerin oder den Zahlungsempfänger und entscheidet über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit sowie über die Bewilligung von Versorgungsbezügen aufgrund von Kannvorschriften. Sie kann diese Befugnisse im Einvernehmen mit der für das Beamtenversorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde auf andere Stellen übertragen.

(2) Entscheidungen über die Bewilligung von Versorgungsbezügen aufgrund von Kannvorschriften dürfen erst beim Eintritt des Versorgungsfalles getroffen werden; vorherige Zusicherungen sind unwirksam. Ob Zeiten aufgrund der §§ 10 bis 12 als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen sind, soll in der Regel bei der Berufung in das Beamtenverhältnis entschieden werden; diese Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt eines Gleichbleibens der Rechtslage, die ihnen zu Grunde liegt.

(3) Entscheidungen in versorgungsrechtlichen Angelegenheiten, die eine grundsätzliche, über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben, sind von der für das Versorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde zu treffen; Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Versorgungsbezüge sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, für die gleichen Zeiträume und im gleichen Zeitpunkt zu zahlen wie die Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten.

(5) Werden Versorgungsbezüge nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

(6) Hat eine versorgungsberechtigte Person ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, so kann die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle die Zahlung der Versorgungsbezüge von der Bestellung einer empfangsbefähigten Person in der Bundesrepublik Deutschland abhängig machen.

(7) Für die Zahlung der Versorgungsbezüge hat die Empfängerin oder der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto der Empfängerin oder des Empfängers trägt die die Versorgungsbezüge zahlende Stelle; bei einer Überweisung der Versorgungsbezüge auf ein außerhalb des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraumes Single Euro Payment Area (SEPA) geführtes Konto trägt die Versorgungsempfängerin oder der Versorgungsempfänger die Kosten und die Gefahr der Übermittlung der Versorgungsbezüge sowie die Kosten einer Meldung nach § 67 der Außenwirtschaftsverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt die Empfängerin oder der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn der Empfängerin oder dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann.

(8) Bei der Berechnung von Versorgungsbezügen sind die sich ergebenden Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und ab 0,5 aufzurunden. Zwischenrechnungen werden jeweils auf zwei Dezimalstellen durchgeführt. Jeder Versorgungsbestandteil ist einzeln zu runden. Abweichend von den Sätzen 1 und 2 sind bei der Berechnung von Leistungen nach den §§ 50a bis 50d die Regelungen des § 121 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch anzuwenden.

(9) Beträge von weniger als fünf Euro sind nur auf Verlangen der empfangsberechtigten Person auszus zahlen.

(10) Die für die Festsetzung der Versorgungsbezüge zuständige Behörde hat der Beamtin oder dem Beamten bei berechtigtem Interesse auf schriftlichen Antrag eine Auskunft zum Anspruch auf Versorgung nach der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Antragstellung zu erteilen. Von einem berechtigten Interesse ist insbesondere auszugehen, wenn die Beamtin oder der Beamte das 55. Lebensjahr vollendet hat oder die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit bevorsteht. Die Auskunft steht unter dem Vorbehalt der Sach- und Rechtslage bei Erreichen des Ruhestandes sowie der Richtigkeit und Vollständigkeit der zugrundeliegenden Daten.

§ 50

Familienzuschlag, Ausgleichsbetrag, jährliche Sonderzahlung

(1) Auf den Familienzuschlag (§ 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) finden die für die Beamtinnen und Beamten geltenden Vorschriften des Besoldungsrechts Anwendung. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der nach dem Besoldungsrecht in Betracht kommenden Stufe des Familienzuschlags wird neben dem Ruhegehalt gezahlt. Er wird unter Berücksichtigung der nach den Verhältnissen der Beamtin, des Beamten, der Ruhestandsbeamtin oder des Ruhestandsbeamten für die Stufen des Familienzuschlags in Betracht kommenden Kinder neben dem Witwen- oder Witwergeld gezahlt, soweit die Witwe oder der Witwer Anspruch auf Kindergeld für diese Kinder hat oder ohne Berücksichtigung der §§ 64, 65 des Einkommensteuergesetzes oder der §§ 3, 4 des Bundeskindergeldgesetzes haben würde; soweit hiernach ein Anspruch auf den Unterschiedsbetrag nicht besteht, wird er neben dem Waisengeld gezahlt, wenn die Waise bei den Stufen des Familienzuschlags zu berücksichtigen ist oder zu berücksichtigen wäre, wenn die Beamtin, der Beamte, die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte noch lebte. Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, wird der Unterschiedsbetrag auf die Anspruchsberechtigten nach der Zahl der auf sie entfallenden Kinder zu gleichen Teilen aufgeteilt. § 43a des Landesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

(2) Soweit Anspruch auf einen Unterschiedsbetrag nach Absatz 1 Satz 2 für dritte oder weitere Kinder besteht, wird neben dem Ruhegehalt der Zuschlag gewährt, der sich nach Anwendung des § 73 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes für eine Besoldungsempfängerin oder einen Besoldungsempfänger in der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ergibt.

(3) Neben dem Waisengeld wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der dem Betrag für das erste Kind nach § 66 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes entspricht, wenn in der Person der Waise die Voraussetzungen des § 32 Absatz 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes erfüllt sind, Ausschlussgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes nicht vorliegen, keine Person vorhanden ist, die nach § 62 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes anspruchsberechtigt ist, und die Waise keinen Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Absatz 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat. Der Ausgleichsbetrag gilt für die Anwendung der §§ 53 und 54 nicht als Versorgungsbezug. Im Falle des § 54 wird er nur zu den neuen Versorgungsbezügen gezahlt.

(4) Soweit durch Gesetz eine jährliche Sonderzahlung an Versorgungsberechtigte gewährt wird, darf diese im Kalenderjahr den monatlichen Versorgungsbezug nicht überschreiten. Das Gesetz hat die Zahlungsweise zu bestimmen. Es kann festlegen, dass die Sonderzahlung an

der allgemeinen Anpassung nach § 70 teilnimmt. Daneben kann für jedes Kind einer oder eines Versorgungsberechtigten ein Sonderbetrag bis zur Höhe von 25,56 Euro gewährt werden.

(5) Bei der Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften ist die jährliche Sonderzahlung nach Absatz 4 und eine entsprechende Leistung, die die oder der Versorgungsbe-rechtigte aus einer Erwerbstätigkeit oder zu ihren oder seinen früheren Versorgungsbezügen erhält, entsprechend der gesetzlich bestimmten Zahlungsweise zu berücksichtigen. Die bei der Anwendung von Ruhensvorschriften maßgebenden Höchstgrenzen erhöhen sich um den Bemessungssatz der jährlichen Sonderzahlung und den Sonderbetrag nach Absatz 4 Satz 4.

§ 50a Kindererziehungszuschlag

(1) Hat eine Beamtin oder ein Beamter ein nach dem 31. Dezember 1991 geborenes Kind erzogen, erhöht sich ihr oder sein Ruhegehalt für jeden Monat einer ihr oder ihm zuzuordnen- den Kindererziehungszeit um einen Kindererziehungszuschlag nach Maßgabe dieses Geset- zes. Dies gilt nicht, wenn die Beamtin oder der Beamte wegen der Erziehung des Kindes in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig (§ 3 Satz 1 Nummer 1 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) war und die allgemeine Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist.

(2) Die Kindererziehungszeit beginnt nach Ablauf des Monats der Geburt und endet nach 36 Kalendermonaten, spätestens jedoch mit dem Ablauf des Monats, in dem die Erziehung endet. Wird während dieses Zeitraums vom erziehenden Elternteil ein weiteres Kind erzogen, für das ihm eine Kindererziehungszeit zuzuordnen ist, wird die Kindererziehungszeit für dieses und jedes weitere Kind um die Anzahl der Kalendermonate der gleichzeitigen Erziehung ver- längert.

(3) Für die Zuordnung der Kindererziehungszeit zu einem Elternteil (§ 56 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 3 Nummer 2 und 3 Erstes Buch Sozialgesetzbuch) gilt § 56 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

(4) Die Höhe des Kindererziehungszuschlags entspricht für jeden Monat der Kindererzie- hungszeit dem in § 70 Absatz 2 Satz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Bruchteil des aktuellen Rentenwerts.

(5) Der um den Kindererziehungszuschlag erhöhte Betrag, der sich unter Berücksichtigung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der auf die Kindererziehungszeit entfallenden ruhe- gehaltfähigen Dienstzeit als Ruhegehalt ergeben würde, darf die Höchstgrenze nicht überstei- gen. Als Höchstgrenze gilt der Betrag, der sich unter Berücksichtigung des aktuellen Renten- werts nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch und des auf die Jahre der Kindererzie- hungszeit entfallenden Höchstwerts an Entgeltpunkten in der Rentenversicherung nach An- lage 2b zum Sechsten Buch Sozialgesetzbuch als Rente ergeben würde.

(6) Das um den Kindererziehungszuschlag erhöhte Ruhegehalt darf nicht höher sein als das Ruhegehalt, das sich unter Berücksichtigung des Höchstruhegehaltssatzes und der ruhegeh- altfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegeh- alt berechnet, ergeben würde.

(7) Für die Anwendung des § 14 Absatz 3 sowie von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungs- vorschriften gilt der Kindererziehungszuschlag als Teil des Ruhegehalts.

(8) Hat eine Beamtin oder ein Beamter vor der Berufung in ein Beamtenverhältnis ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind erzogen, gelten die Absätze 1 bis 7 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Kindererziehungszeit zwölf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der

Geburt endet. Die §§ 249 und 249a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gelten entsprechend.

§ 50b Kindererziehungsergänzungszuschlag

(1) Das Ruhegehalt erhöht sich um einen Kindererziehungsergänzungszuschlag, wenn

1. nach dem 31. Dezember 1991 liegende Zeiten der Erziehung eines Kindes bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres oder Zeiten der nichterwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes (§ 3 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch) bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres
 - a) mit entsprechenden Zeiten für ein anderes Kind zusammentreffen oder
 - b) mit Zeiten im Beamtenverhältnis, die als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, oder Zeiten nach § 50d Absatz 1 Satz 1 zusammentreffen,
2. für diese Zeiten kein Anspruch nach § 70 Absatz 3a Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch besteht und
3. der Beamtin oder dem Beamten die Zeiten nach § 50a Absatz 3 zuzuordnen sind.

Der Kindererziehungsergänzungszuschlag wird nicht für Zeiten gewährt, für die ein Kindererziehungszuschlag zusteht.

(2) Die Höhe des Kindererziehungsergänzungszuschlags entspricht für jeden angefangenen Monat, in dem die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt waren,

1. im Fall von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a dem in § 70 Absatz 3a Satz 2 Buchstabe b des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Bruchteil des aktuellen Rentenwerts,
2. im Fall von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b einem Bruchteil in Höhe von 0,0208 des aktuellen Rentenwerts.

(3) § 50a Absatz 5 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass in Satz 1 neben den Kindererziehungszuschlag der Kindererziehungsergänzungszuschlag und eine Leistung nach § 50d Absatz 1 sowie bei der Ermittlung der Höchstgrenze an die Stelle des in Satz 2 genannten Höchstwerts an Entgeltpunkten für jeden Monat der Zeiten nach den §§ 50a und 50b der in § 70 Absatz 2 Satz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmte Bruchteil des aktuellen Rentenwerts tritt. § 50a Absatz 6 und 7 gilt entsprechend.

§ 50c Kinderzuschlag zum Witwen- und Witwergeld

(1) Das Witwen- oder Witwergeld nach § 20 Absatz 1 erhöht sich für jeden Monat einer nach § 50a Absatz 3 zuzuordnenden Kindererziehungszeit bis zum Ablauf des Monats, in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat, um einen Kinderzuschlag. Der Zuschlag ist Bestandteil der Versorgung. Satz 1 gilt nicht bei Bezügen nach § 20 Absatz 1 in Verbindung mit § 14 Absatz 4.

(2) War die Kindererziehungszeit der oder dem vor Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes Verstorbenen zugeordnet, erhalten Witwen und Witwer den Kinderzuschlag anteilig mindestens für die Zeit, die bis zum Ablauf des Monats, in dem das Kind das dritte Lebensjahr

vollendet hat, fehlt. Stirbt eine Beamtin oder ein Beamter vor der Geburt des Kindes, sind der Berechnung des Kinderzuschlags 36 Kalendermonate zu Grunde zu legen, wenn das Kind innerhalb von 300 Tagen nach dem Tod geboren wird. Ist das Kind später geboren, wird der Zuschlag erst nach Ablauf des in § 50a Absatz 2 Satz 1 genannten Zeitraums gewährt. Verstirbt das Kind vor Vollendung des dritten Lebensjahres, ist der Kinderzuschlag anteilig zu gewähren.

(3) Die Höhe des Kinderzuschlags entspricht für jeden Monat der Kindererziehungszeit, in dem die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt waren, 55 Prozent des in § 78a Absatz 1 Satz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Bruchteils des aktuellen Rentenwerts.

(4) § 50a Absatz 7 und § 69e Absatz 5 Satz 2 gelten entsprechend.

§ 50d Pflege- und Kinderpflegeergänzungszuschlag

(1) War eine Beamtin oder ein Beamter nach § 3 Satz 1 Nummer 1a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch versicherungspflichtig, weil sie oder er einen Pflegebedürftigen nicht erwerbsmäßig gepflegt hat, erhält sie oder er für die Zeit der Pflege einen Pflegezuschlag zum Ruhegehalt. Dies gilt nicht, wenn die allgemeine Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist.

(2) Hat eine Beamtin oder ein Beamter ein ihr oder ihm nach § 50a Absatz 3 zuzuordnendes pflegebedürftiges Kind nicht erwerbsmäßig gepflegt (§ 3 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch), erhält sie oder er neben dem Pflegezuschlag einen Kinderpflegeergänzungszuschlag. Dieser wird längstens für die Zeit bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des pflegebedürftigen Kindes und nicht neben einem Kindererziehungsergänzungszuschlag oder einer Leistung nach § 70 Absatz 3a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gewährt.

(3) Die Höhe des Pflegezuschlags ergibt sich aus der Vervielfältigung der nach § 166 Absatz 2 in Verbindung mit § 70 Absatz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch für die Zeit der Pflege nach Absatz 1 ermittelten Entgeltpunkte mit dem aktuellen Rentenwert. Die Höhe des Kinderpflegeergänzungszuschlags ergibt sich aus dem in § 70 Absatz 3a Satz 2 Buchstabe a und Satz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmten Bruchteil des aktuellen Rentenwerts.

(4) § 50a Absatz 5 bis 7 gilt entsprechend. § 50a Absatz 5 gilt bei der Anwendung des Absatzes 2 mit der Maßgabe, dass bei der Ermittlung der Höchstgrenze an die Stelle des in Satz 2 genannten Höchstwerts an Entgeltpunkten für jeden Monat berücksichtigungsfähiger Kinderpflegezeit der in § 70 Absatz 2 Satz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bestimmte Bruchteil des aktuellen Rentenwerts tritt.

§ 50e Vorübergehende Gewährung von Zuschlägen

(1) Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die vor Erreichen der Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand treten oder in diesen versetzt werden, erhalten vorübergehend Leistungen entsprechend den §§ 50a, 50b und 50d, wenn

1. bis zum Beginn des Ruhestandes die allgemeine Wartezeit für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt ist,
2. a) sie wegen Dienstunfähigkeit im Sinne des § 26 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes in den Ruhestand versetzt worden sind oder

- b) sie wegen Erreichens der für Beamtinnen und Beamte nach den §§ 107 bis 115 des Landesbeamtengesetzes geltenden Regelaltersgrenze in den Ruhestand getreten sind,
- 3. entsprechende Leistungen nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch dem Grunde nach zustehen, jedoch vor dem Erreichen der maßgebenden Altersgrenze noch nicht gewährt werden,
- 4. sie einen Ruhegehaltssatz von 66,97 Prozent noch nicht erreicht haben,
- 5. keine Einkünfte im Sinne des § 53 Absatz 7 bezogen werden; die Einkünfte bleiben außer Betracht, soweit sie durchschnittlich im Monat 525 Euro nicht überschreiten.

Durch die Leistung nach Satz 1 darf der Betrag nicht überschritten werden, der sich bei Berechnung des Ruhegehalts mit einem Ruhegehaltssatz von 66,97 Prozent ergibt.

(2) Die Leistung entfällt spätestens mit Ablauf des Monats, in dem die Versorgungsempfängerin oder der Versorgungsempfänger die Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes erreicht. Sie endet vorher, wenn die Versorgungsempfängerin oder der Versorgungsempfänger

- 1. eine Versichertenrente der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht, mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente, oder
- 2. ein Erwerbseinkommen über durchschnittlich im Monat 525 Euro hinaus bezieht, mit Ablauf des Tages vor Beginn der Erwerbstätigkeit.

(3) Die Leistung wird auf Antrag gewährt. Anträge, die innerhalb von drei Monaten nach Eintritt der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand gestellt werden, gelten als zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritts gestellt. Wird der Antrag zu einem späteren Zeitpunkt gestellt, so wird die Leistung vom Beginn des Antragsmonats an gewährt.

§ 51

Abtretung, Verpfändung, Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht

(1) Ansprüche auf Versorgungsbezüge können, wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur insoweit abgetreten oder verpfändet werden, als sie der Pfändung unterliegen.

(2) Gegenüber Ansprüchen auf Versorgungsbezüge kann der Dienstherr ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur in Höhe des pfändbaren Teils der Versorgungsbezüge geltend machen. Dies gilt nicht, soweit gegen die Versorgungsberechtigte oder den Versorgungsberechtigten ein Anspruch auf Schadenersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.

(3) Ansprüche auf Sterbegeld (§ 18), auf Erstattung der Kosten des Heilverfahrens (§ 33) und der Pflege (§ 34), auf Unfallausgleich (§ 35) sowie auf eine einmalige Unfallentschädigung (§ 43) und auf Schadensausgleich in besonderen Fällen (§ 43a) können weder gepfändet noch abgetreten noch verpfändet werden. Forderungen des Dienstherrn gegen die Verstorbene oder den Verstorbenen aus Vorschuss- oder Darlehensgewährungen sowie aus Überzahlungen von Dienst- oder Versorgungsbezügen können auf das Sterbegeld angerechnet werden.

§ 52

Rückforderung von Bezügen, Verjährung von Ansprüchen und Geltendmachung

(1) Wird eine Versorgungsberechtigte oder ein Versorgungsberechtigter durch eine gesetzliche Änderung seiner Versorgungsbezüge mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterschiedsbeträge nicht zu erstatten.

(2) Im Übrigen regelt sich die Rückforderung zuviel gezahlter Versorgungsbezüge nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, dass die Empfängerin oder der Empfänger ihn hätte erkennen müssen. Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle ganz oder teilweise abgesehen werden. Der Dienstherr ist berechtigt, die Rückforderung zu viel gezahlter Versorgungsbezüge durch Verwaltungsakt geltend zu machen.

(3) Die Rückforderung von Beträgen von weniger als fünf Euro unterbleibt. Treffen mehrere Einzelbeträge zusammen, gilt die Grenze für die Gesamtrückforderung.

(4) Geldleistungen, die für die Zeit nach dem Tode der oder des Versorgungsberechtigten auf ein Konto bei einem Geldinstitut überwiesen wurden, gelten als unter dem Vorbehalt der Rückforderung erbracht. Das Geldinstitut hat sie der überweisenden Stelle zurückzuüberweisen, wenn diese sie als zu Unrecht erbracht zurückfordert. Eine Verpflichtung zur Rücküberweisung besteht nicht, soweit über den entsprechenden Betrag bei Eingang der Rückforderung bereits anderweitig verfügt wurde, es sei denn, dass die Rücküberweisung aus einem Guthaben erfolgen kann. Das Geldinstitut darf den überwiesenen Betrag nicht zur Befriedigung eigener Forderungen verwenden.

(5) Soweit Geldleistungen für die Zeit nach dem Tode der oder des Versorgungsberechtigten zu Unrecht erbracht worden sind, haben die Personen, die die Geldleistungen in Empfang genommen oder über den entsprechenden Betrag verfügt haben, diesen Betrag der überweisenden Stelle zu erstatten, sofern er nicht nach Absatz 4 von dem Geldinstitut zurücküberwiesen wird. Ein Geldinstitut, das eine Rücküberweisung mit dem Hinweis abgelehnt hat, dass über den entsprechenden Betrag bereits anderweitig verfügt wurde, hat der überweisenden Stelle auf Verlangen Namen und Anschrift der Personen, die über den Betrag verfügt haben, und etwaiger neuer Kontoinhaberinnen und Kontoinhaber zu benennen. Ein Anspruch gegen die Erbinnen und Erben bleibt unberührt.

(6) Für die Verjährung und Geltendmachung von Ansprüchen gelten die §§ 16 und 91 des Landesbesoldungsgesetzes entsprechend.

§ 53

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerbserstatzeinkommen

(1) Bezieht eine Versorgungsberechtigte oder ein Versorgungsberechtigter Erwerbs- oder Erwerbserstatzeinkommen (Absatz 7), erhält sie oder er daneben ihre oder seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze. Satz 1 ist nicht auf Empfängerinnen und Empfänger von Waisengeld anzuwenden.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamtinnen, Ruhestandsbeamte, Witwen und Witwer die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1,

2. (weggefallen)

3. für Ruhestandbeamtinnen oder Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, oder nach § 36 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes (Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch) in den Ruhestand versetzt wurden, bis zum Ablauf des Monats, in dem die Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes erreicht wird, 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, mindestens ein Betrag in Höhe von 71,75 Prozent des Eineinhalbfachen der jeweils ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A 4, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 sowie 525 Euro.

(3) Die Höchstgrenze nach Absatz 2 ist für den jeweiligen Auszahlungsmonat um den nach den Vorschriften des Sonderzahlungsgesetzes zu zahlenden Betrag zu erhöhen. Entsprechende Leistungen, die die oder der Versorgungsberechtigte aus einer Erwerbstätigkeit erhält, sind im jeweiligen Auszahlungsmonat zu berücksichtigen.

(4) (weggefallen)

(5) Der oder dem Versorgungsberechtigten ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 Prozent ihres oder seines jeweiligen Versorgungsbezuges (§ 2) zu belassen. Satz 1 gilt nicht beim Bezug von Verwendungseinkommen, das mindestens aus derselben Besoldungsgruppe oder einer vergleichbaren Vergütungsgruppe berechnet wird, aus der sich auch die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen. Für sonstiges in der Höhe vergleichbares Verwendungseinkommen gelten Satz 2 und Absatz 7 Satz 5 entsprechend.

(6) Bei der Ruhensberechnung für eine frühere Beamtin, einen früheren Beamten, eine frühere Ruhestandsbeamtin oder einen früheren Ruhestandsbeamten, die oder der Anspruch auf Versorgung nach § 38 hat, ist mindestens ein Betrag als Versorgung zu belassen, der unter Berücksichtigung seiner Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge des Dienstunfalles dem Unfallausgleich entspricht.

(7) Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbstständiger Arbeit sowie aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft. Nicht als Erwerbseinkommen gelten Aufwandsentschädigungen, ein Unfallausgleich (§ 35) sowie Einkünfte aus Tätigkeiten, die nach Art und Umfang Nebentätigkeiten im Sinne des § 73 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes entsprechen. Erwerbsersatzeinkommen sind Leistungen, die aufgrund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen (§ 18a Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch). Die Berücksichtigung des Erwerbs- und des Erwerbsersatzeinkommens erfolgt monatsbezogen. Wird Einkommen nicht in Monatsbeträgen erzielt, ist das Einkommen des Kalenderjahres, geteilt durch zwölf Kalendermonate, anzusetzen.

(8) Nach Ablauf des Monats, in dem die oder der Versorgungsberechtigte die Regelaltersgrenze nach § 35 Absatz 1 und 2 des Landesbeamtengesetzes erreicht, gelten die Absätze 1 bis 7 nur für Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (Verwendungseinkommen). Dies ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts oder ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht gleich die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 2 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. Ob die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet auf Antrag der zuständigen Stelle oder der oder des Versorgungsberechtigten die für das Versorgungsrecht zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle.

(9) Bezieht eine Wahlbeamtin auf Zeit oder ein Wahlbeamter auf Zeit im Ruhestand neben ihren oder seinen Versorgungsbezügen Verwendungseinkommen nach Absatz 8, findet anstelle der Absätze 1 bis 8 § 53 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für Hinterbliebene.

(10) Bezieht eine Beamtin oder ein Beamter im einstweiligen Ruhestand Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen nach Absatz 7, das nicht Verwendungseinkommen nach Absatz 8 ist, ruhen die Versorgungsbezüge um 50 Prozent des Betrages, um den sie und das Einkommen die Höchstgrenze übersteigen.

§ 53a

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Altersgeld und Hinterbliebenenaltersgeld

Bezieht eine Versorgungsempfängerin oder ein Versorgungsempfänger Altersgeld oder Hinterbliebenenaltersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz oder eine vergleichbare Alterssicherungsleistung, ruhen ihre oder seine Versorgungsbezüge nach Anwendung des § 55 in Höhe des jeweiligen Betrages des Altersgeldes oder Hinterbliebenenaltersgeldes. Satz 1 gilt auch beim Bezug einer Mindestversorgung nach § 14 Absatz 4. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Witwen- oder Witweraltersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz wird mindestens ein Betrag in Höhe des Ruhegehalts zuzüglich 20 Prozent des Witwen- oder Witweraltersgeldes gezahlt. Beim Zusammentreffen von Witwen- oder Witwergeld mit Altersgeld nach dem Landesaltersgeldgesetz wird mindestens ein Betrag in Höhe des Altersgeldes zuzüglich 20 Prozent des Witwen- oder Witwergeldes gezahlt.

§ 54

Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge

(1) Erhalten aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 53 Absatz 8) an neuen Versorgungsbezügen

1. eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,
2. eine Witwe, ein Witwer oder eine Waise aus der Verwendung der verstorbenen Beamtin oder Ruhestandsbeamtin oder des verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten Witwen- oder Witwergeld, Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. eine Witwe oder ein Witwer Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,

so sind neben den neuen Versorgungsbezügen die früheren Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen. Dabei darf die Gesamtversorgung nicht hinter der früheren Versorgung zurückbleiben.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte (Absatz 1 Nummer 1) das Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das frühere Ruhegehalt berechnet, ergibt, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1,

2. für Witwen, Witwer und Waisen (Absatz 1 Nummer 2) das Witwen-, Witwer- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nummer 1 ergibt, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1,
3. für Witwen und Witwer (Absatz 1 Nummer 3) 71,75 Prozent, in den Fällen des § 36 75 Prozent, in den Fällen des § 37 80 Prozent, der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das dem Witwen- oder Witwergeld zu Grunde liegende Ruhegehalt bemisst, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1.

Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nummer 1 oder 2 beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt nach § 14 Absatz 3 gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei der Ruhensregelung nach Satz 1 Nummer 3 das dem Witwen- oder Witwergeld zu Grunde liegende Ruhegehalt nach § 14 Absatz 3 gemindert, ist die Höchstgrenze entsprechend dieser Vorschrift zu berechnen, wobei dem zu verminderten Ruhegehalt mindestens ein Ruhegehaltssatz von 71,75 Prozent zu Grunde zu legen ist. Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nummer 1 oder 2 beteiligten Versorgungsbezug der Ruhegehaltssatz nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist der für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehaltssatz in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei der Ruhensregelung nach Satz 1 Nummer 3 der Ruhegehaltssatz des dem Witwen- oder Witwergeld zu Grunde liegenden Ruhegehalts nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist die Höchstgrenze entsprechend dieser Vorschrift zu berechnen, wobei der zu verminderte Ruhegehaltssatz mindestens 71,75 Prozent beträgt.

(3) Im Falle des Absatzes 1 Nummer 3 ist neben dem neuen Versorgungsbezug mindestens ein Betrag in Höhe von 20 Prozent des früheren Versorgungsbezuges zu belassen.

(4) Erwirbt eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter einen Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld oder eine ähnliche Versorgung, so erhält sie oder er daneben ihr oder sein Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 sowie Satz 3 und 5 bezeichneten Höchstgrenze. Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter ihrem oder seinem Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 sowie eines Betrages in Höhe von 20 Prozent des neuen Versorgungsbezuges zurückbleiben.

(5) § 53 Absatz 6 gilt entsprechend.

§ 55

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

(1) Versorgungsbezüge werden neben Renten nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze gezahlt. Als Renten gelten

1. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen,
2. Renten aus einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes,
3. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wobei ein dem Unfallausgleich (§ 35) entsprechender Betrag unberücksichtigt bleibt; bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 Prozent bleiben zwei Drittel, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um zehn Prozent ein Drittel des Mindestbetrages nach § 35 Absatz 1 Satz 2 maßgebenden Betrages unberücksichtigt,

4. Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung, zu denen der Arbeitgeber aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

Wird eine Rente im Sinne des Satzes 2 nicht beantragt oder auf sie verzichtet oder wird an deren Stelle eine Kapitalleistung, Beitragserstattung oder Abfindung gezahlt, so tritt an die Stelle der Rente der Betrag, der vom Leistungsträger ansonsten zu zahlen wäre. Bei Zahlung einer Abfindung, Beitragserstattung oder eines sonstigen Kapitalbetrages ist der sich bei einer Verrentung ergebende Betrag zu Grunde zu legen. Dies gilt nicht, wenn die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte innerhalb von drei Monaten nach Zufluss den Kapitalbetrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den Dienstherrn abführt. Zu den Renten und den Leistungen nach Nummer 4 rechnet nicht der Kinderzuschuss. Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen, die auf § 1587b des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder § 1 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 (BGBl. I S. 105), zuletzt geändert am 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2729), jeweils in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung oder auf den Vorschriften des Versorgungsausgleichsgesetzes vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700), geändert am 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939, 1947), in der jeweils geltenden Fassung, beruhen sowie Zuschläge oder Abschläge beim Rentensplitting unter Ehegattinnen und Ehegatten nach § 76c des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, bleiben unberücksichtigt.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte der Betrag, der sich als Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 ergeben würde, wenn der Berechnung zu Grunde gelegt werden
 - a) bei den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet,
 - b) als ruhegehaltfähige Dienstzeit die Zeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintritt des Versorgungsfalles abzüglich von Zeiten nach § 12a, zuzüglich ruhegehaltfähiger Dienstzeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres sowie der Zeiten, um die sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht, und der bei der Rente berücksichtigten Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit nach Eintritt des Versorgungsfalles,
2. für Witwen und Witwer der Betrag, der sich als Witwen- oder Witwergeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1, für Waisen der Betrag, der sich als Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1, wenn dieser neben dem Waisengeld gezahlt wird, aus dem Ruhegehalt nach Nummer 1 ergeben würde.

Ist bei einem an der Ruhensregelung beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt nach § 14 Absatz 3 gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei einem an der Ruhensregelung beteiligten Versorgungsbezug der Ruhegehaltssatz nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist der für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehaltssatz in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen.

(3) Als Renten im Sinne des Absatzes 1 gelten nicht

1. bei Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten (Absatz 2 Nummer 1) Hinterbliebenenrenten aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit der Ehegattin oder des Ehegatten,

2. bei Witwen, Witwern und Waisen (Absatz 2 Nummer 2) Renten aufgrund einer eigenen Beschäftigung oder Tätigkeit.

(4) Bei Anwendung der Absätze 1 und 2 bleibt außer Ansatz der Teil der Rente (Absatz 1), der

1. dem Verhältnis der Versicherungsjahre aufgrund freiwilliger Weiterversicherung oder Selbstversicherung zu den gesamten Versicherungsjahren oder, wenn sich die Rente nach Werteinheiten berechnet, dem Verhältnis der Werteinheiten für freiwillige Beiträge zu der Summe der Werteinheiten für freiwillige Beiträge, Pflichtbeiträge, Ersatzzeiten und Ausfallzeiten oder, wenn sich die Rente nach Entgeltpunkten berechnet, dem Verhältnis der Entgeltpunkte für freiwillige Beiträge zu der Summe der Entgeltpunkte für freiwillige Beiträge, Pflichtbeiträge, Ersatzzeiten, Zurechnungszeiten und Anrechnungszeiten entspricht,

2. auf einer Höherversicherung beruht.

Dies gilt nicht, soweit der Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

(5) Bei Anwendung des § 53 ist von der nach Anwendung der Absätze 1 bis 4 verbleibenden Gesamtversorgung auszugehen.

(6) Beim Zusammentreffen von zwei Versorgungsbezügen mit einer Rente ist zunächst der neuere Versorgungsbezug nach den Absätzen 1 bis 4 und danach der frühere Versorgungsbezug unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezuges nach § 54 zu regeln. Der hiernach gekürzte frühere Versorgungsbezug ist unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezuges nach den Absätzen 1 bis 4 zu regeln; für die Berechnung der Höchstgrenze nach Absatz 2 ist hierbei die Zeit bis zum Eintritt des neueren Versorgungsfalles zu berücksichtigen.

(7) § 53 Absatz 6 gilt entsprechend.

(8) Den in Absatz 1 bezeichneten Renten stehen entsprechende wiederkehrende Geldleistungen gleich, die aufgrund der Zugehörigkeit zu Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden oder die von einem ausländischen Versicherungsträger nach einem für die Bundesrepublik Deutschland wirksamen zwischen- oder überstaatlichen Abkommen gewährt werden.

§ 56

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung

(1) Erhält eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter aus der Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung eine Versorgung, ruht ihr oder sein deutsches Ruhegehalt in Höhe des Betrages, um den die Summe aus der genannten Versorgung und dem deutschen Ruhegehalt die in Absatz 2 genannte Höchstgrenze übersteigt, mindestens jedoch in Höhe des Betrages, der einer Minderung des Vomhundertsatzes von 1,79375 für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst entspricht; der Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 ruht in Höhe von 2,39167 Prozent für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst. § 14 Absatz 1 Satz 2 bis 4 ist entsprechend anzuwenden. Die Versorgungsbezüge ruhen in voller Höhe, wenn die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte als Invaliditätspension die Höchstversorgung aus ihrem oder seinem Amt bei der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung erhält. Bei der Anwendung des Satzes 1 wird die Zeit, in welcher die Beamtin oder der Beamte, ohne ein Amt bei einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung auszuüben, dort einen Anspruch auf Vergütung oder sonstige Entschädigung hat und Ruhegehaltsansprüche

erwirbt, als Zeit im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst gerechnet; entsprechendes gilt für Zeiten nach dem Ausscheiden aus dem Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, die dort bei der Berechnung des Ruhegehalts wie Dienstzeiten berücksichtigt werden.

(2) Als Höchstgrenze gelten die in § 54 Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenzen sinngemäß, wobei diese im Monat Dezember nicht zu verdoppeln sind; dabei ist als Ruhegehalt dasjenige deutsche Ruhegehalt zu Grunde zu legen, das sich unter Einbeziehung der Zeiten einer Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung als ruhegehaltfähige Dienstzeit und auf der Grundlage der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der nächsthöheren Besoldungsgruppe ergibt.

(3) Verzichtet die Beamtin, der Beamte, die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte bei ihrem oder seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung auf eine Versorgung oder wird an deren Stelle eine Abfindung, Beitragserstattung oder ein sonstiger Kapitalbetrag gezahlt, so findet Absatz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass an die Stelle der Versorgung der Betrag tritt, der vom Leistungsträger ansonsten zu zahlen wäre; erfolgt die Zahlung eines Kapitalbetrages, weil kein Anspruch auf laufende Versorgung besteht, so ist der sich bei einer Verrentung des Kapitalbetrages ergebende Betrag zu Grunde zu legen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Beamtin, der Beamte, die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Verwendung oder der Berufung in das Beamtenverhältnis den Kapitalbetrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an ihren oder seinen Dienstherrn abführt.

(4) Hat die Beamtin, der Beamte, die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte schon vor ihrem oder seinem Ausscheiden aus dem zwischenstaatlichen oder überstaatlichen öffentlichen Dienst unmittelbar oder mittelbar Zahlungen aus dem Kapitalbetrag erhalten oder hat die zwischenstaatliche oder überstaatliche Einrichtung diesen durch Aufrechnung oder in anderer Form verringert, ist die Zahlung nach Absatz 3 in Höhe des ungekürzten Kapitalbetrages zu leisten.

(5) Erhalten die Witwe, der Witwer oder die Waisen einer Beamtin, eines Beamten, einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten Hinterbliebenenbezüge von der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, ruht ihr deutsches Witwen-, Witwer- und Waisengeld in Höhe des Betrages, der sich unter Anwendung der Absätze 1 und 2 nach dem entsprechenden Anteilssatz ergibt. Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz, Absatz 3, 4 und 6 finden entsprechende Anwendung.

(6) Der Ruhensbetrag darf die von der zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gewährte Versorgung nicht übersteigen. Der Ruhestandsbeamtin oder dem Ruhestandsbeamten ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 Prozent ihres oder seines deutschen Ruhegehalts zu belassen. Satz 2 gilt nicht, wenn die Unterschreitung der Mindestbelassung darauf beruht, dass

1. das deutsche Ruhegehalt in Höhe des Betrages ruht, der einer Minderung des Vorphundertsatzes um 1,79375 für jedes Jahr im zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Dienst entspricht, oder
2. Absatz 1 Satz 3 anzuwenden ist.

(7) § 53 Absatz 6 gilt entsprechend.

§ 57

Kürzung der Versorgungsbezüge nach der Ehescheidung

(1) Sind durch Entscheidung des Familiengerichts

1. Anwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung nach § 1587b Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung oder
2. Anrechte nach dem Versorgungsausgleichsgesetz

begründet oder übertragen worden, werden nach Wirksamkeit dieser Entscheidung die Versorgungsbezüge der ausgleichspflichtigen Person und ihrer Hinterbliebenen nach Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften um den nach den Absätzen 2 oder 3 berechneten Betrag gekürzt. Das Ruhegehalt, das die ausgleichspflichtige Person im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Entscheidung des Familiengerichts über den Versorgungsausgleich erhält, wird erst gekürzt, wenn der ausgleichsberechtigten Person eine Leistung aus Anwartschaften oder Anrechten nach Satz 1 Nummer 1 und 2 gewährt wird; dies gilt nur, wenn der Anspruch auf Ruhegehalt vor dem 1. August 2011 entstanden ist und das Verfahren über den Versorgungsausgleich zu diesem Zeitpunkt eingeleitet war. Das einer Vollwaise zu gewährende Waisengeld wird nicht gekürzt, wenn nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherungen die Voraussetzungen für die Gewährung einer Waisenrente aus der Versicherung der ausgleichsberechtigten Person nicht erfüllt sind.

(2) Der Kürzungsbetrag für das Ruhegehalt berechnet sich aus dem Monatsbetrag der durch die Entscheidung des Familiengerichts begründeten Anwartschaften oder übertragenen Anrechte. Dieser Monatsbetrag erhöht oder vermindert sich bei einer Beamtin oder einem Beamten um die Vomhundertsätze der nach dem Ende der Ehezeit bis zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind. Vom Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand an, bei einer Ruhestandsbeamtin oder einem Ruhestandsbeamten vom Tag nach dem Ende der Ehezeit an, erhöht oder vermindert sich der Kürzungsbetrag in dem Verhältnis, in dem sich das Ruhegehalt vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften durch Anpassung der Versorgungsbezüge erhöht oder vermindert.

(3) Der Kürzungsbetrag für das Witwen-, Witwer- und Waisengeld berechnet sich aus dem Kürzungsbetrag nach Absatz 2 für das Ruhegehalt, das die Beamtin oder der Beamte erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn sie oder er am Todestag in den Ruhestand getreten wäre, nach den Anteilssätzen des Witwen-, Witwer- oder Waisengeldes.

(4) Ein Unterhaltsbeitrag nach § 22 Absatz 2 oder 3 oder nach entsprechendem bisherigem Recht und eine Abfindungsrente nach bisherigem Recht werden nicht gekürzt.

(5) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und des § 5 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich in der bis zum 31. August 2009 geltenden Fassung und der §§ 33 und 34 des Versorgungsausgleichsgesetzes steht die Zahlung des Ruhegehalts der ausgleichspflichtigen Person für den Fall rückwirkender oder erst nachträglich bekannt werdender Rentengewährung an die ausgleichsberechtigte Person unter dem Vorbehalt der Rückforderung.

(6) Bei einem Versorgungsausgleich nach Aufhebung einer Lebenspartnerschaft gemäß § 20 des Lebenspartnerschaftsgesetzes gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend.

§ 58

Abwendung der Kürzung der Versorgungsbezüge

(1) Die Kürzung der Versorgungsbezüge nach § 57 kann von der Beamtin, dem Beamten, der Ruhestandsbeamtin oder dem Ruhestandsbeamten ganz oder teilweise durch Zahlung eines Kapitalbetrages an den Dienstherrn abgewendet werden.

(2) Als voller Kapitalbetrag wird der Betrag angesetzt, der aufgrund der Entscheidung des Familiengerichts zu leisten gewesen wäre, erhöht oder vermindert um die Hundertsätze der nach dem Tage, an dem die Entscheidung des Familiengerichts ergangen ist, bis zum Tag der Zahlung des Kapitalbetrages eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind. Vom Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand an, bei einer Ruhestandsbeamtin oder einem Ruhestandsbeamten von dem Tage, an dem die Entscheidung des Familiengerichts ergangen ist, erhöht oder vermindert sich der Kapitalbetrag in dem Verhältnis, in dem sich das Ruhegehalt vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften durch Anpassung der Versorgungsbezüge erhöht oder vermindert.

(3) Bei teilweiser Zahlung vermindert sich die Kürzung der Versorgungsbezüge in dem entsprechenden Verhältnis; der Betrag der teilweisen Zahlung soll den Monatsbetrag der Dienstbezüge der Beamtin oder des Beamten oder des Ruhegehalts der Ruhestandsbeamtin oder des Ruhestandsbeamten nicht unterschreiten.

(4) Ergeht nach der Scheidung eine Entscheidung zur Abänderung des Wertausgleichs und sind Zahlungen nach Absatz 1 erfolgt, sind im Umfang der Abänderung zu viel gezahlte Beiträge unter Anrechnung der nach § 57 anteilig errechneten Kürzungsbeträge zurückzuzahlen.

§ 59

Erlöschen der Versorgungsbezüge wegen Verurteilung

(1) Eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter,

1. gegen die oder den wegen einer vor Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat eine Entscheidung ergangen ist, die nach § 24 des Beamtenstatusgesetzes zum Verlust der Beamtenrechte geführt hätte, oder
2. die oder der wegen einer nach Beendigung des Beamtenverhältnisses begangenen Tat durch ein deutsches Gericht im Geltungsbereich dieses Gesetzes im ordentlichen Strafverfahren
 - a) wegen einer vorsätzlichen Tat zu Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder
 - b) wegen einer vorsätzlichen Tat, die nach den Vorschriften über Friedensverrat, Hochverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit strafbar ist, zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten

verurteilt worden ist,

verliert mit der Rechtskraft der Entscheidung seine Rechte als Ruhestandsbeamtin bzw. Ruhestandsbeamter. Entsprechendes gilt, wenn die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes ein Grundrecht verwirkt hat.

(2) Die §§ 33 und 34 des Landesbeamtengesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 60

Erlöschen der Versorgungsbezüge bei Ablehnung einer erneuten Berufung

Kommt eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter entgegen den Vorschriften von § 29 Absätze 2 und 3, § 30 Absatz 3 oder § 31 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes einer

erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis schuldhaft nicht nach, obwohl sie oder er auf die Folgen eines solchen Verhaltens schriftlich hingewiesen worden ist, so verliert sie oder er für diese Zeit ihre oder seine Versorgungsbezüge. Die oberste Dienstbehörde stellt den Verlust der Versorgungsbezüge fest. Eine disziplinarrechtliche Verfolgung wird dadurch nicht ausgeschlossen.

§ 61

Erlöschen der Witwen-, Witwer- und Waisenversorgung

(1) Der Anspruch der Witwen, Witwer und Waisen auf Versorgungsbezüge erlischt

1. für jede Berechtigte und jeden Berechtigten mit dem Ende des Monats, in dem sie oder er stirbt,
2. für jede Witwe und jeden Witwer außerdem mit dem Ende des Monats, in dem sie oder er sich verheiratet,
3. für jede Waise außerdem mit dem Ende des Monats, in dem sie das 18. Lebensjahr vollendet,
4. für jede Berechtigte und jeden Berechtigten, die oder der durch ein deutsches Gericht im Geltungsbereich dieses Gesetzes im ordentlichen Strafverfahren wegen eines Verbrechens zu Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder wegen einer vorsätzlichen Tat, die nach den Vorschriften über Friedensverrat, Hochverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit strafbar ist, zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten verurteilt worden ist, mit der Rechtskraft des Urteils.

Entsprechendes gilt, wenn die oder der Berechtigte aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes ein Grundrecht verwirkt hat. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 4 und des Satzes 2 gilt § 41 sinngemäß. Die §§ 33 und 34 des Landesbeamtengesetzes finden entsprechende Anwendung.

(2) Waisengeld wird nach Vollendung des 18. Lebensjahres auf Antrag gewährt, wenn die Waise

1. das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und
 - a) sich in Schulausbildung oder Berufsausbildung befindet,
 - b) sich in einer Übergangszeit von höchstens vier Kalendermonaten befindet, die zwischen zwei Ausbildungsabschnitten oder zwischen einem Ausbildungsabschnitt und der Ableistung des gesetzlichen Wehr- oder Zivildienstes oder der Ableistung eines freiwilligen Dienstes im Sinne des Buchstaben c liegt, oder
 - c) einen freiwilligen Dienst im Sinne des § 32 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe d des Einkommensteuergesetzes leistet;
2. wegen körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung außerstande ist, sich selbst zu unterhalten; Waisengeld wird auch über das 27. Lebensjahr hinaus gewährt, wenn
 - a) die Behinderung vor Vollendung des 27. Lebensjahres eingetreten ist und
 - b) die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihre Ehegattin, ihr Ehegatte, ihre frühere Ehegattin oder ihr früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten

kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie auch nicht unterhält.

In den Fällen des Satzes 1 Nummer 1 Buchstabe a und b sowie Nummer 2 erhöht sich die jeweilige Altersgrenze für eine Waise, die einen in § 32 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 oder 2 des Einkommensteuergesetzes genannten Dienst oder eine in § 32 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 des Einkommensteuergesetzes genannte Tätigkeit ausgeübt hat, um den Zeitraum, der der Dauer des jeweiligen Dienstes oder der jeweiligen Tätigkeit entspricht. Die Altersgrenze erhöht sich jedoch höchstens um die Dauer des inländischen gesetzlichen Grundwehrdienstes oder bei anerkannten Kriegsdienstverweigerern um die Dauer des inländischen gesetzlichen Zivildienstes. Die Ableistung eines freiwilligen Dienstes im Sinne des Satzes 1 Nummer 1 Buchstabe c ist kein gleichgestellter Dienst im Sinne des Satzes 2. In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 wird Waisengeld ungeachtet der Höhe eines eigenen Einkommens dem Grunde nach gewährt. Soweit ein eigenes Einkommen der Waise jedoch das Zweifache des Mindestvollwaisengeldes nach § 14 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit § 24 Absatz 1 übersteigt, wird es zur Hälfte auf das Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 angerechnet.

(3) Hat eine Witwe oder ein Witwer sich wieder verheiratet und wird die Ehe aufgelöst, so lebt der Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld wieder auf; ein von der Witwe oder dem Witwer infolge Auflösung der Ehe erworbener neuer Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruch ist auf das Witwen- oder Witwergeld und den Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 anzurechnen. Wird eine in Satz 1 genannte Leistung nicht beantragt oder wird auf sie verzichtet oder wird an ihrer Stelle eine Abfindung, Kapitalleistung oder Beitragserstattung gezahlt, ist der Betrag anzurechnen, der ansonsten zu zahlen wäre. Der Auflösung der Ehe steht die Nichtigklärung gleich.

§ 62 Anzeigepflicht

(1) Die Beschäftigungsstelle hat der die Versorgungsbezüge anweisenden Stelle (Regelungsbehörde) oder der die Versorgungsbezüge zahlenden Kasse jede Verwendung einer oder eines Versorgungsberechtigten unter Angabe der gewährten Bezüge, ebenso jede spätere Änderung der Bezüge oder die Zahlungseinstellung sowie die Gewährung einer Versorgung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Die oder der Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, der Regelungsbehörde oder der die Versorgungsbezüge zahlenden Kasse

1. die Verlegung des Wohnsitzes,
2. den Bezug und jede Änderung von Einkünften nach den §§ 10, 14 Absatz 5, §§ 14a, 22 Absatz 1 Satz 2 und §§ 47, 47a sowie den §§ 53 bis 56 und 61 Absatz 2,
3. die Witwe oder der Witwer auch die Verheiratung (§ 61 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) sowie im Falle der Auflösung der neuen Ehe den Erwerb und jede Änderung eines neuen Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruchs (§ 61 Absatz 3 Satz 1 zweiter Halbsatz),
4. die Begründung eines neuen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses oder eines privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses im öffentlichen Dienst in den Fällen des § 47 Absatz 5 und des § 47a,
5. die Erfüllung der allgemeinen Wartezeit nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch in den Fällen des § 12b sowie im Rahmen der §§ 50a bis 50e

unverzöglich anzuzeigen. Auf Verlangen der Regelungsbehörde ist die oder der Versorgungsberechtigte verpflichtet, Nachweise vorzulegen oder der Erteilung erforderlicher Nachweise oder Auskünfte, die für die Versorgungsbezüge erheblich sind, durch Dritte zuzustimmen.

(3) Kommt eine Versorgungsberechtigte oder ein Versorgungsberechtigter der ihr oder ihm nach Absatz 2 Nummer 2 und 3 auferlegten Verpflichtung schuldhaft nicht nach, so kann ihr oder ihm die Versorgung ganz oder teilweise auf Zeit oder Dauer entzogen werden. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Versorgung ganz oder teilweise wieder zuerkannt werden. Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle.

§ 62a

Mitteilungspflicht für den Versorgungsbericht

Die obersten Dienstbehörden übermitteln der für das Versorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde für ihren Bereich die für die Erstellung des Versorgungsberichtes über die Entwicklung der Versorgungsleistungen erforderlichen Daten

1. zu den Gründen der Dienstunfähigkeit nach Hauptdiagnoseklassen und
2. zur Person und letzten Beschäftigung der Betroffenen, die zur statistischen Auswertung erforderlich sind.

Soweit entsprechende Daten nicht vorliegen, können bei anderen Stellen, insbesondere solchen, die mit der ärztlichen Begutachtung beauftragt wurden, Angaben zu Gründen einer Versetzung in den Ruhestand erhoben werden.

§ 63

Anwendungsbereich

Für die Anwendung des Abschnitts VII gelten

1. ein Unterhaltsbeitrag nach § 15 als Ruhegehalt,
2. ein Unterhaltsbeitrag nach § 38 als Ruhegehalt, außer für die Anwendung des § 59,
3. ein Unterhaltsbeitrag nach § 26 als Witwen-, Witwer- oder Waisengeld,
4. ein Unterhaltsbeitrag nach den §§ 41 und 61 Absatz 1 Satz 3 als Witwen-, Witwer- oder Waisengeld, außer für die Anwendung des § 61 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und Satz 2,
5. ein Unterhaltsbeitrag nach § 22 Absatz 1 und § 40 als Witwen- oder Witwergeld,
6. ein Unterhaltsbeitrag nach § 22 Absatz 2 oder 3 als Witwen- oder Witwergeld, außer für die Anwendung des § 57,
7. ein Unterhaltsbeitrag nach § 23 Absatz 2 als Waisengeld,
- 7a. ein Unterhaltsbeitrag nach § 38a als Waisengeld,
8. ein Unterhaltsbeitrag nach § 34 des Landesbeamtengesetzes, den §§ 59 und 61 Absatz 1 Satz 4 und § 68 als Ruhegehalt, Witwen-, Witwer- oder Waisengeld,
9. die Bezüge der nach § 32 des Deutschen Richtergesetzes oder einer entsprechenden gesetzlichen Vorschrift nicht im Amt befindlichen Richterinnen, Richter und Mitglieder einer obersten Rechnungsprüfungsbehörde als Ruhegehalt,

10. die Bezüge, die nach oder entsprechend § 9 Absatz 1 Satz 1 des Landesbesoldungsgesetzes gewährt werden, als Ruhegehalt;

die Empfängerinnen und Empfänger dieser Versorgungsbezüge gelten als Ruhestandsbeamtinnen, Ruhestandsbeamte, Witwen, Witwer oder Waisen.

Abschnitt VIII Sondervorschriften

§ 64 Entzug von Hinterbliebenenversorgung

(1) Die oberste Dienstbehörde kann Empfängerinnen und Empfängern von Hinterbliebenenversorgung die Versorgungsbezüge auf Zeit teilweise oder ganz entziehen, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt haben; § 41 gilt sinngemäß. Die diese Maßnahme rechtfertigenden Tatsachen sind in einem Untersuchungsverfahren festzustellen, in dem die eidliche Vernehmung von Zeuginnen, Zeugen und Sachverständigen zulässig und die oder der Versorgungsberechtigte zu hören ist.

(2) § 61 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und Satz 2 bleibt unberührt.

§ 65 Nichtberücksichtigung der Versorgungsbezüge

Werden Versorgungsberechtigte im öffentlichen Dienst (§ 53 Absatz 8) verwendet, so sind ihre Bezüge aus dieser Beschäftigung ohne Rücksicht auf die Versorgungsbezüge zu bemessen. Das Gleiche gilt für eine aufgrund der Beschäftigung zu gewährende Versorgung.

Abschnitt IX Versorgung besonderer Beamtengruppen

§ 66 Beamtinnen und Beamte auf Zeit

(1) Für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Zeit und ihrer Hinterbliebenen gelten die Vorschriften für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit und ihrer Hinterbliebenen entsprechend, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Für Beamtinnen und Beamte auf Zeit, die eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von zehn Jahren zurückgelegt haben, beträgt das Ruhegehalt, wenn es für sie günstiger ist, nach einer Amtszeit von acht Jahren als Beamtin oder Beamter auf Zeit 35 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und steigt mit jedem weiteren vollen Amtsjahr als Beamtin oder Beamter auf Zeit um 1,91333 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstruhegehaltssatz von 71,75 Prozent. Als Amtszeit rechnet hierbei auch die Zeit bis zur Dauer von fünf Jahren, die eine Beamtin oder ein Beamter auf Zeit im einstweiligen Ruhestand zurückgelegt hat. § 14 Absatz 3 findet Anwendung. Die Sätze 1 bis 3 finden auf zu Beamtinnen und Beamten auf Zeit ernannte Militärgeistliche keine Anwendung.

(3) Ein Übergangsgeld nach § 47 wird nicht gewährt, wenn die Beamtin oder der Beamte auf Zeit einer gesetzlichen Verpflichtung, ihr oder sein Amt nach Ablauf der Amtszeit unter erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis weiterzuführen, nicht nachkommt.

(4) Führt die Beamtin oder der Beamte auf Zeit nach Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit das bisherige Amt unter erneuter Berufung als Beamtin oder Beamter auf Zeit oder durch Wiederwahl für die folgende Amtszeit weiter, gilt für die Anwendung dieses Gesetzes das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen. Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte auf Zeit, die aus ihrem bisherigen Amt ohne Unterbrechung in ein vergleichbares oder höherwertiges Amt unter erneuter Berufung als Beamtin oder Beamter auf Zeit gewählt werden.

(5) Wird eine Beamtin oder ein Beamter auf Zeit wegen Dienstunfähigkeit entlassen, gelten die §§ 15 und 26 entsprechend.

(6) Wurde eine Wahlbeamtin oder ein Wahlbeamter auf Zeit wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, ist § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 nicht anzuwenden, wenn sie oder er nach Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit das Amt weitergeführt hatte, obwohl sie oder er nicht gesetzlich dazu verpflichtet war und mit Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit bereits eine Versorgungsanwartschaft erworben hatte. § 13 Absatz 1 Satz 1 findet in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung Anwendung.

(7) § 53 Absatz 10 gilt entsprechend für Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit im Ruhestand.

(8) Wird eine Wahlbeamtin oder ein Wahlbeamter auf Zeit abgewählt, erhält sie oder er bis zum Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit, bei einem vorherigen Eintritt in den Ruhestand oder der Entlassung längstens bis zu diesem Zeitpunkt, Versorgung mit der Maßgabe, dass das Ruhegehalt während der ersten fünf Jahre 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, in der sich die Beamtin oder der Beamte zur Zeit ihrer oder seiner Abwahl befunden hat, beträgt. Die ruhegehaltfähige Dienstzeit nach § 6 erhöht sich um die Zeit, in der eine Wahlbeamtin oder ein Wahlbeamter auf Zeit Versorgung nach Satz 1 erhält, bis zu fünf Jahren; das Höchstruhegehalt nach Absatz 2 darf nicht überschritten werden.

(9) Zeiten, während der eine Wahlbeamtin oder ein Wahlbeamter auf Zeit durch eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Ausbildung außerhalb der allgemeinen Schulbildung Fachkenntnisse erworben hat, die für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind, können bis zu einer Gesamtzeit von vier Jahren als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, die Zeit einer Fachschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 1 095 Tagen und die Zeit einer Hochschulausbildung einschließlich der Prüfungszeit bis zu 855 Tagen, insgesamt höchstens bis zu 1 095 Tagen. § 12 Absatz 4 und 5 findet Anwendung. § 49 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 67

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal sowie hauptberufliches Leitungspersonal an Hochschulen im Beamtenverhältnis

(1) Für die Versorgung der zu Beamtinnen und Beamten ernannten Professorinnen und Professoren an Hochschulen, Hochschuldozentinnen, Hochschuldozenten, Oberassistentinnen, Oberassistenten, Oberingenieurinnen, Oberingenieure, Wissenschaftlichen und Künstlerischen Assistentinnen und Assistenten mit Bezügen nach § 88 Absatz 3 des Landesbesoldungsgesetzes und ihrer Hinterbliebenen gelten die Vorschriften dieses Gesetzes, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. Satz 1 gilt auch für die Versorgung der zu Beamtinnen und Beamten ernannten Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren und der hauptberuflichen Leiterinnen, Leiter und Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen mit Bezügen nach der Besoldungsordnung W und ihre Hinterbliebenen.

(2) Ruhegehaltfähig ist auch die Zeit, in der die Professorinnen, Professoren, Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Hochschuldozentinnen, Hochschuldozenten, Oberassistentinnen,

Oberassistenten, Obergeringenieurinnen, Obergeringenieure, Wissenschaftlichen und Künstlerischen Assistentinnen und Assistenten nach der Habilitation dem Lehrkörper einer Hochschule angehört haben. Als ruhegehaltfähig gilt auch die zur Vorbereitung für die Promotion benötigte Zeit bis zu zwei Jahren. Die in einer Habilitationsordnung vorgeschriebene Mindestzeit für die Erbringung der Habilitationsleistungen oder sonstiger gleichwertiger wissenschaftlicher Leistungen kann als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden; soweit die Habilitationsordnung eine Mindestdauer nicht vorschreibt, sind bis zu drei Jahre berücksichtigungsfähig. Die nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums vor der Ernennung zur Professorin, zum Professor, zur Juniorprofessorin, zum Juniorprofessor, zur Hochschuldozentin, zum Hochschuldozenten, zur Oberassistentin, zum Oberassistenten, zur Obergeringenieurin, zum Obergeringenieur, zur Wissenschaftlichen und Künstlerischen Assistentin, zum Wissenschaftlichen und Künstlerischen Assistenten liegende Zeit einer hauptberuflichen Tätigkeit, in der besondere Fachkenntnisse erworben wurden, die für die Wahrnehmung des Amtes förderlich sind, soll im Falle des § 58 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c des Landes Hochschulgesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden; im Übrigen kann sie bis zu fünf Jahren in vollem Umfang, darüber hinaus bis zur Hälfte als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Zeiten nach Satz 4 können in der Regel insgesamt nicht über zehn Jahre hinaus als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Zeiten mit einer geringeren als der regelmäßigen Arbeitszeit dürfen nur zu dem Teil als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, der dem Verhältnis der tatsächlichen zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Über die Ruhegehaltfähigkeit von Zeiten nach Absatz 2 sowie aufgrund der §§ 10 bis 12 soll in der Regel bei der Berufung in das Beamtenverhältnis entschieden werden. Diese Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt eines Gleichbleibens der Rechtslage, die ihnen zu Grunde liegt.

(4) Für Juniorprofessorinnen, Juniorprofessoren, Hochschuldozentinnen, Hochschuldozenten, Oberassistentinnen, Oberassistenten, Obergeringenieurinnen, Obergeringenieure, Wissenschaftliche und Künstlerische Assistentinnen und Assistenten beträgt das Übergangsgeld abweichend von § 47 Absatz 1 Satz 1 für ein Jahr Dienstzeit das Einfache, insgesamt höchstens das Sechsfache der Dienstbezüge (§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 des Landesbesoldungsgesetzes) des letzten Monats.

§ 67a

Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen

(1) Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Landesbesoldungsgesetzes sind nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 ruhegehaltfähig.

(2) Unbefristete Leistungsbezüge nach Absatz 1 sind zusammen in der Besoldungsgruppe W 2 bis zur Höhe von 23,1 Prozent und in der Besoldungsgruppe W 3 bis zur Höhe von 27,9 Prozent des jeweiligen Grundgehaltes ruhegehaltfähig, soweit sie jeweils mindestens zwei Jahre bezogen worden sind; dynamische Leistungsbezüge sind dabei vorrangig heranzuziehen. In die Zweijahresfrist einzurechnen ist die innerhalb dieser Frist liegende Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge, soweit sie als ruhegehaltfähig gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 5 anerkannt ist.

(3) Befristete Leistungsbezüge nach Absatz 1 sind in der Höhe ruhegehaltfähig, in der sie insgesamt für die Dauer von mindestens zehn Jahren fortlaufend bezogen wurden und zusammen mit unbefristeten Leistungsbezügen nach Absatz 1 den jeweils maßgeblichen Prozentsatz nach Absatz 2, in Ausnahmefällen nach Absatz 4, nicht überschreiten. Wurden in einem Zeitraum mehrere Leistungsbezüge nach Satz 1 nebeneinander gewährt, bildet deren Summe den in diesem Zeitraum bezogenen Betrag. Erfüllen mehrere Bezugszeiträume diese Bedingungen, ist nur der höchste, sich aus einem Bezugszeitraum ergebende ruhegehaltfähige Betrag heranzuziehen. Für die Zehnjahresfrist gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.

(4) An die Stelle der in Absatz 2 genannten Höchstgrenzen treten in besonders begründeten Ausnahmefällen in der Besoldungsgruppe W 2 58,2 Prozent und in der Besoldungsgruppe W 3 64,5 Prozent.

(5) Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 Nummer 3 des Landesbesoldungsgesetzes sind im Umfang von 25 Prozent ruhegehaltfähig, sofern diese fortlaufend mindestens fünf Jahre bezogen wurden und im Umfang von insgesamt 50 Prozent ruhegehaltfähig, soweit sie mindestens fünf Jahre und zwei Amtszeiten bezogen wurden.

(6) Abweichend von Absatz 5 sind Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 Nummer 3 des Landesbesoldungsgesetzes, soweit sie für die Wahrnehmung hauptamtlicher Funktionen gewährt werden, in voller Höhe ruhegehaltfähig, wenn die Beamtin oder der Beamte wegen Erreichens der beamtenrechtlichen Regelaltersgrenze in den Ruhestand tritt und diese Leistungsbezüge unmittelbar zuvor mindestens fünf Jahre ununterbrochen bezogen wurden. Treffen innerhalb dieses Beamtenverhältnisses Leistungsbezüge nach Satz 1 mit ruhegehaltfähigen Leistungsbezügen nach Absatz 1 zusammen, ist der nach Satz 1 maßgebliche Betrag mit der Summe der ruhegehaltfähigen Leistungsbezüge nach Absatz 1, die sich in Anwendung der Absätze 2 bis 4 errechnet, zu vergleichen. Der höhere Betrag ist bei der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge heranzuziehen.

(7) Leistungsbezüge nach § 33 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes, die als Einmalzahlungen vergeben werden, sind nicht ruhegehaltfähig.

§ 68

Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte

Erleidet die Ehrenbeamtin oder der Ehrenbeamte einen Dienstunfall (§ 31), so hat sie oder er Anspruch auf ein Heilverfahren (§ 33). Außerdem kann ihr oder ihm Ersatz von Sachschäden (§ 32) und von der obersten Dienstbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle im Einvernehmen mit der für das Versorgungsrecht zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle ein nach billigem Ermessen festzusetzender Unterhaltsbeitrag bewilligt werden. Das Gleiche gilt für ihre oder seine Hinterbliebenen.

Abschnitt X

Vorhandene Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und Versorgungsfälle ab 1. Januar 2002

§ 69

(weggefallen)

§ 69a

Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 1. Januar 1992 vorhandene Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Die Rechtsverhältnisse der am 1. Januar 1992 vorhandenen Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten, entpflichteten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Witwen, Witwer, Waisen und sonstigen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger regeln sich, sofern der Versorgungsfall oder die Entpflichtung nach dem 31. Dezember 1976 eingetreten oder wirksam geworden ist, nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht mit folgenden Maßgaben:

1. § 22 Absatz 1 Satz 2 und 3, § 42 Satz 2, §§ 49 bis 50a, §§ 52, 55 Absatz 1 Satz 3 bis 7 und Absatz 2 bis 8, §§ 61, 62 und 69e Absatz 3, 4 und 6 dieses Gesetzes sind anzuwenden. § 14a Absatz 2 und die §§ 53 und 54 sind in der am 1. Januar 2002 geltenden Fassung anzuwenden.
2. Solange ein über den 1. Januar 1999 hinaus bestehendes Beschäftigungsverhältnis andauert, finden, wenn dies für die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger günstiger ist, die §§ 53 und 53a in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung, längstens für weitere sieben Jahre vom 1. Januar 1999 an, mit folgenden Maßgaben Anwendung:
 - a) Ist in den Fällen des § 53 die Ruhensregelung nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht günstiger, verbleibt es dabei, solange ein über den 31. Dezember 1991 hinaus bestehendes Beschäftigungsverhältnis andauert.
 - b) Bei der Anwendung des § 53a Absatz 1 Satz 1 treten an die Stelle der dort genannten Vorschriften die entsprechenden Vorschriften des bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Rechts.
 - c) § 53a gilt nicht, solange eine am 31. Dezember 1991 über diesen Zeitpunkt hinaus bestehende Beschäftigung oder Tätigkeit einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten andauert.
3. Die Rechtsverhältnisse der Hinterbliebenen einer Ruhestandsbeamtin oder eines Ruhestandsbeamten, die oder der nach dem 31. Dezember 1991 verstorben ist, regeln sich nach den ab dem 1. Januar 1992 geltenden Vorschriften, jedoch unter Zugrundelegung des bisherigen Ruhegehalts. § 56 findet in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung Anwendung. Für die Hinterbliebenen einer entpflichteten Hochschullehrerin oder eines entpflichteten Hochschullehrers, die oder der nach dem 31. Dezember 1991 verstorben ist, gilt § 91 Absatz 2 Nummer 3 entsprechend.
4. Die Mindestversorgungsbezüge (§ 14 Absatz 4 Satz 2 und 3) und die Mindestunfallversorgungsbezüge bestimmen sich nach diesem Gesetz.
5. Nummer 1 Satz 2 ist mit dem Inkrafttreten der achten auf den 31. Dezember 2002 folgenden Anpassung nach § 70 nicht mehr anzuwenden. Ab dem genannten Zeitpunkt sind § 14a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 2 sowie die §§ 53 und 54 dieses Gesetzes anzuwenden.

§ 69b

Übergangsregelungen für vor dem 1. Juli 1997 bewilligte Freistellungen und eingetretene Versorgungsfälle

(1) § 6 Absatz 1 Satz 4 und 5, § 12 Absatz 5, § 13 Absatz 1 Satz 3 und § 14 Absatz 4 Satz 4 gelten nicht für Freistellungen, die vor dem 1. Juli 1997 bewilligt und angetreten worden sind.

(2) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Juli 1997 eingetreten sind, finden § 5 Absatz 2, § 12 Absatz 1 Satz 1, § 13 Absatz 1 Satz 1, § 36 Absatz 2 und § 66 Absatz 7 in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für künftige Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die am 28. Februar 1997 einen Erhöhungsbetrag nach § 14 Absatz 2 in der an diesem Tag geltenden Fassung bezogen haben, erhalten diesen weiter mit der Maßgabe, dass sich dieser Erhöhungsbetrag bei der nächsten allgemeinen Erhöhung der Versorgungsbezüge um die Hälfte verringert; die Verringerung darf jedoch die Hälfte der allgemeinen Erhöhung nicht übersteigen. Bei einer weiteren

allgemeinen Erhöhung der Versorgungsbezüge entfällt der verbleibende Erhöhungsbetrag. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die am 30. Juni 1997 einen Anpassungszuschlag gemäß § 71 in der an diesem Tag geltenden Fassung bezogen haben, erhalten diesen in Höhe des zu diesem Zeitpunkt zustehenden Betrages weiter. Künftige Hinterbliebene der in den Sätzen 3 und 5 genannten Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten die jeweiligen Beträge entsprechend anteilig.

§ 69c
Übergangsregelungen für vor dem 1. Januar 1999
eingetretene Versorgungsfälle und für am 1. Januar 1999
vorhandene Beamtinnen und Beamte

(1) Für Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 1999 eingetreten sind, finden § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, § 5 Absatz 3 bis 5, die §§ 7, 14 Absatz 6 sowie die §§ 43 und 66 Absatz 6 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend für künftige Hinterbliebene von vor dem 1. Januar 1999 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern.

(2) Für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Januar 2001 befördert worden sind oder denen ein anderes Amt mit höherem Endgrundgehalt verliehen worden ist, findet § 5 Absatz 3 bis 5 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung Anwendung.

(3) Für Beamtinnen und Beamte, denen erstmals vor dem 1. Januar 1999 ein Amt im Sinne des § 36 des Bundesbeamtengesetzes oder des entsprechenden Landesrechts übertragen worden war, finden § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, die §§ 7 und 14 Absatz 6 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung Anwendung.

(4) Die §§ 53 und 53a in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung finden, wenn dies für die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger günstiger ist, längstens für weitere sieben Jahre vom 1. Januar 1999 an, Anwendung, solange eine am 31. Dezember 1998 über diesen Zeitpunkt hinaus ausgeübte Beschäftigung oder Tätigkeit des Versorgungsempfängers andauert. Im Falle des Satzes 1 sind ebenfalls anzuwenden § 2 Absatz 5 Satz 4, Absatz 7 und 8 des Gesetzes zur Übernahme der Beamten und Arbeitnehmer der Bundesanstalt für Flugsicherung vom 23. Juli 1992 (BGBl. I S. 1370, 1376) in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung sowie § 2 Absatz 3 des Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2378) in der bis zum 31. Dezember 1997 geltenden Fassung und § 2 Absatz 3 des Gesetzes zur Verbesserung der personellen Struktur in der Bundeszollverwaltung vom 11. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2682, 2690) in der bis zum 31. Dezember 1995 geltenden Fassung.

(5) § 56 findet Anwendung, soweit Zeiten im Sinne des § 56 erstmals nach dem 1. Januar 1999 zurückgelegt werden. Im Übrigen ist § 56 in der bis zum 30. September 1994 geltenden Fassung anzuwenden, es sei denn, die Anwendung des § 56 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung ist für die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger günstiger. Bei der Anwendung des Satzes 2 bleibt § 85 Absatz 6 unberührt; dies gilt nicht, wenn Zeiten im Sinne des § 56 Absatz 1 erstmals ab dem 1. Januar 1999 zurückgelegt worden sind.

§ 69d
Übergangsregelungen für vor dem 1. Januar 2001
eingetretene Versorgungsfälle und für am 1. Januar 2001
vorhandene Beamtinnen, Beamte, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungs-
empfänger

(1) Auf Versorgungsfälle, die vor dem 1. Januar 2001 eingetreten sind, sind § 13 Absatz 1 Satz 1, § 14 Absatz 3 und § 36 Absatz 2 in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung anzuwenden; § 85a ist in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung anzuwenden, wenn dies für die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger günstiger ist. Satz 1 gilt entsprechend für künftige Hinterbliebene von vor dem 1. Januar 2001 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern.

(2) Für am 1. Januar 2001 vorhandene Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit im Ruhestand, deren Beschäftigungsverhältnis über den 1. Januar 2001 hinaus andauert, gilt § 53a in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung längstens bis zum 31. Dezember 2007, wenn dies für die Versorgungsempfängerin oder den Versorgungsempfänger günstiger ist als die Anwendung des § 53 Absatz 10. Für am 1. Januar 1992 vorhandene Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte auf Zeit im Ruhestand bleibt § 69a unberührt.

(3) Für am 1. Januar 2001 vorhandene Beamtinnen und Beamte, die bis zum 31. Dezember 2003 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden, gilt Folgendes:

1. § 14 Absatz 3 ist mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand	Minderung des Ruhegehalts für jedes Jahr des vorgezogenen Ruhestandes (Prozent)	Höchstsatz der Gesamtminderung des Ruhegehalts (Prozent)
vor dem 1.1.2002	1,8	3,6
vor dem 1.1.2003	2,4	7,2
vor dem 1.1.2004	3,0	10,8

2. § 13 Absatz 1 Satz 1 ist mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand	Umfang der Berücksichtigung als Zurechnungszeit in Zwölfteilen
vor dem 1.1.2002	5
vor dem 1.1.2003	6
vor dem 1.1.2004	7

(4) Für am 1. Januar 2001 vorhandene Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Januar 1942 geboren sind, wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden und zu diesem Zeitpunkt mindestens 40 Jahre ruhegehaltfähige Dienstzeit nach den §§ 6, 8 oder 9 zurückgelegt haben, gilt Absatz 1 entsprechend.

(5) Auf am 1. Januar 2001 vorhandene Beamtinnen und Beamte, die bis zum 16. November 1950 geboren und am 16. November 2000 schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind sowie nach § 42 Absatz 4 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendem Landesrecht in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Absatz 3 nicht anzuwenden.

(6) Für am 1. Januar 2001 vorhandene Beamtinnen und Beamte, die nach dem 16. November 2000 schwerbehindert im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch werden und nach § 42 Absatz 4 Nummer 1 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendem Landesrecht in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Vollendung des 63. Lebensjahres

- a) die Vollendung des 61. Lebensjahres tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 1942 geboren sind,
- b) die Vollendung des 62. Lebensjahres tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 1943 geboren sind;
- sind sie vor dem 1. Januar 1941 geboren, ist § 14 Absatz 3 nicht anzuwenden.

§ 69e
Übergangsregelungen aus Anlass des
Versorgungsänderungsgesetzes 2001

(1) Die Rechtsverhältnisse der am 1. Januar 2002 vorhandenen Ruhestandsbeamtinnen, Ruhestandsbeamten, entpflichteten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Witwen, Witwer, Waisen und sonstigen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger regeln sich nach dem bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Recht mit folgenden Maßgaben: Absätze 3, 4 und 6, § 22 Absatz 1 Satz 3, § 42 Satz 2, §§ 49 bis 50a, 50b, 50d, 50e, 52, 54 Absatz 1 Satz 2, § 55 Absatz 1 Satz 3 bis 7 sowie die §§ 61, 62 und 85 Absatz 11 dieses Gesetzes sind anzuwenden.

(2) Auf Versorgungsfälle, die nach dem 31. Dezember 2001 eintreten, sind § 14 Absatz 1 und 6, § 14a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und Absatz 2, § 47a Absatz 1, §§ 50e, 53 Absatz 2 Nummer 3, § 54 Absatz 2 sowie § 66 Absatz 2 und 8 in der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Fassung anzuwenden; § 56 Absatz 1 und 6 dieses Gesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle der Zahl „1,79375“ die Zahl „1,875“ sowie anstelle der Zahl „2,39167“ die Zahl „2,5“ tritt. § 50e Absatz 1 dieses Gesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Zahl „66,97“ die Zahl „70“ tritt. Die Sätze 1 und 2 sind mit dem Inkrafttreten der achten auf den 31. Dezember 2002 folgenden Anpassung nach § 70 nicht mehr anzuwenden.

(3) Ab der ersten auf den 31. Dezember 2002 folgenden Anpassung nach § 70 werden die der Berechnung der Versorgungsbezüge zu Grunde liegenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zur siebten Anpassung nach § 70 durch einen Anpassungsfaktor nach Maßgabe der folgenden Tabelle vermindert:

Anpassung nach dem 31. Dezember 2002	Anpassungsfaktor
1.	0,99458
2.	0,98917
3.	0,98375
4.	0,97833
5.	0,97292
6.	0,96750
7.	0,96208

Dies gilt nicht für das Ruhegehalt, das durch Anwendung des § 14 Absatz 4 Satz 1 und 2 und § 91 Absatz 2 Nummer 1 ermittelt ist. Für Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zu Grunde liegt, und für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, sowie bei der Anwendung von Ruhensvorschriften (§§ 53 bis 56) gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend. Zu den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen im Sinne des Satzes 1 gehören auch die Anpassungszuschläge, der Strukturausgleich sowie Erhöhungszuschläge nach den Artikeln 5 und 6 des Siebten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 15. April 1970 (BGBl. I S. 339) und entsprechendem Landesrecht. Für die von den Erhöhungen 2003/2004 nach § 71 ausgenommenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger beginnt die Verminderung nach Satz 1 am 1. Januar 2005 mit dem dritten Anpassungsfaktor.

(4) In Versorgungsfällen, die vor der achten auf den 31. Dezember 2002 folgenden Anpassung nach § 70 eingetreten sind, wird der den Versorgungsbezügen zu Grunde liegende Ruhegehaltssatz mit dem Inkrafttreten und vor dem Vollzug der achten Anpassung nach § 70 mit dem Faktor 0,95667 vervielfältigt; § 14 Absatz 1 Satz 2 und 3 ist anzuwenden. Der nach Satz 1 verminderte Ruhegehaltssatz gilt als neu festgesetzt. Er ist ab dem Tag der achten Anpassung nach § 70 der Berechnung der Versorgungsbezüge zu Grunde zu legen.

(4a) Für die Verteilung der Versorgungslasten bei Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern, die vor dem 1. Januar 2002 in den Dienst eines anderen Dienstherrn übernommen worden sind, gilt § 107b Absatz 1 in der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung.

(5) § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ist in der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung anzuwenden, wenn die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen wurde. § 20 Absatz 1 Satz 1 ist in der bis zum 31. Dezember 2001 geltenden Fassung anzuwenden, wenn die Ehe vor dem 1. Januar 2002 geschlossen wurde und mindestens eine Ehegattin oder ein Ehegatte vor dem 2. Januar 1962 geboren ist. § 50c ist in diesen Fällen nicht anzuwenden. Im Übrigen gilt Absatz 1 für künftige Hinterbliebene von vor dem 1. Januar 2002 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern entsprechend.

(6) Für die Anwendung des § 36 Absatz 3 gilt unbeschadet des § 85 der § 14 Absatz 1 Satz 1 in der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Fassung. In den Fällen des Satzes 1 sowie des § 37 sind die Absätze 3 und 4 sowie § 85 Absatz 11 nicht anzuwenden.

§ 69f

Übergangsregelungen zur Anhebung des Ruhestandseintrittsalters

(1) Für Beamtinnen und Beamte, die nach § 36 Absatz 2 des Landesbeamtengesetzes (Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung im Sinne des § 2 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch für vor dem 1. Januar 1964 geborene Beamte) nach dem 31. Juli 2011 in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, die Vollendung des 63. Lebensjahres.
2. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie nach dem 31. Dezember 1951 und vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, das Erreichen folgenden Lebensalters:

Geburtsdatum bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31. Januar 1952	63	1
29. Februar 1952	63	2
31. März 1952	63	3
30. April 1952	63	4
31. Mai 1952	63	5
31. Dezember 1952	63	6
31. Dezember 1953	63	7
31. Dezember 1954	63	8
31. Dezember 1955	63	9
31. Dezember 1956	63	10
31. Dezember 1957	63	11
31. Dezember 1958	64	0
31. Dezember 1959	64	2
31. Dezember 1960	64	4

31. Dezember 1961	64	6
31. Dezember 1962	64	8
31. Dezember 1963	64	10

(2) Für Beamtinnen und Beamte, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nach § 36 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle des Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 1949 geboren sind, die Vollendung des 65. Lebensjahres.
2. An die Stelle des Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze tritt, wenn sie nach dem 31. Dezember 1948 und vor dem 1. Januar 1950 geboren sind, das Erreichen folgenden Lebensalters:

Geburtsdatum bis	Lebensalter	
	Jahr	Monat
31. Januar 1949	65	1
28. Februar 1949	65	2
31. Dezember 1949	65	3

(3) Für Beamtinnen und Beamte, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, in den Ruhestand versetzt werden, ist § 14 Absatz 3 Nummer 3 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

1. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie vor dem 1. Januar 2012 in den Ruhestand versetzt werden, die Vollendung des 63. Lebensjahres.
2. An die Stelle der Vollendung des 65. Lebensjahres tritt, wenn sie nach dem 31. Dezember 2011 und vor dem 1. Januar 2024 in den Ruhestand versetzt werden, das Erreichen folgenden Lebensalters:

Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand vor dem	Lebensalter	
	Jahr	Monat
1. Februar 2012	63	1
1. März 2012	63	2
1. April 2012	63	3
1. Mai 2012	63	4
1. Juni 2012	63	5
1. Januar 2013	63	6
1. Januar 2014	63	7
1. Januar 2015	63	8
1. Januar 2016	63	9
1. Januar 2017	63	10
1. Januar 2018	63	11
1. Januar 2019	64	0
1. Januar 2020	64	2
1. Januar 2021	64	4
1. Januar 2022	64	6
1. Januar 2023	64	8
1. Januar 2024	64	10

3. Für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 1. Januar 2024 in den Ruhestand versetzt werden, gilt § 14 Absatz 3 Satz 6 mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Zahl „40“ die Zahl „35“ tritt.

§ 69g

Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 19. Juli 2014 vorhandene Beamtinnen und Beamte

Für Beamtinnen und Beamte, die am Tag des Inkrafttretens des Vierten Gesetzes zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Bestimmungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern bereits vorhanden sind, finden die Vorschriften der §§ 10 und 11 in der am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung Anwendung, soweit nicht die Anwendung neuen Rechts günstiger ist.

§ 69h

Übergangsregelung aus Anlass des Gesetzes zur Änderung der Professorenbesoldung

Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die vor dem 1. Januar 2013 aus Ämtern der Besoldungsgruppen W 2 oder W 3 den Ruhestand erreicht haben, ist eine Neufestsetzung der Versorgung ab 1. Januar 2013 unter Anwendung des ab 1. Januar 2013 geltenden Rechts vorzunehmen, sofern sich hieraus ein höherer Versorgungsbezug ergibt. Für Hinterbliebene gilt Satz 1 entsprechend.

Abschnitt XI

Anpassung der Versorgungsbezüge

§ 70 Allgemeine Anpassung

(1) Werden die Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten allgemein erhöht oder vermindert, sind von demselben Zeitpunkt an die Versorgungsbezüge entsprechend zu regeln. Für die Zahlung von Abschlägen ist § 17 Absatz 2 des Landesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.

(2) Als allgemeine Änderung der Dienstbezüge im Sinne des Absatzes 1 gelten auch die Neufassung der Grundgehaltstabelle mit unterschiedlicher Änderung der Grundgehaltssätze und die allgemeine Erhöhung oder Verminderung der Dienstbezüge um feste Beträge.

§§ 71 bis 76 (weggefallen)

Abschnitt XII (weggefallen)

Abschnitt XIII

Übergangsvorschriften neuen Rechts

§ 84 Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Für am 1. Januar 1977 vorhandene Beamtinnen und Beamte können zum Ausgleich von Härten Zeiten, die nach dem bis zum 31. Dezember 1976 geltenden Recht ruhegehaltfähig waren, als ruhegehaltfähig galten oder als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden konnten und vor dem 1. Januar 1977 zurückgelegt worden sind, im Anwendungsbereich des bis zum 31. Dezember 1976 geltenden Rechts als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden. Die Entscheidung trifft die für das Versorgungsrecht zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle.

§ 85

Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamtinnen und Beamte

(1) Hat das Beamtenverhältnis, aus dem die Beamtin oder der Beamte in den Ruhestand tritt, oder ein unmittelbar vorangehendes anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bereits am 31. Dezember 1991 bestanden, bleibt der zu diesem Zeitpunkt erreichte Ruhegehaltssatz gewahrt. Dabei richtet sich die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Ruhegehaltssatzes nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht; § 14 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2 und 3 findet hierbei keine Anwendung. Der sich nach den Sätzen 1 und 2 ergebende Ruhegehaltssatz steigt mit jedem Jahr, das vom 1. Januar 1992 an nach dem von diesem Zeitpunkt an geltenden Recht als ruhegehaltfähige Dienstzeit zurückgelegt wird, um ein Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von 75 Prozent; insoweit gilt § 14 Absatz 1 Satz 2 und 3 entsprechend. Bei der Anwendung von Satz 3 bleiben Zeiten bis zur Vollendung einer zehnjährigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit außer Betracht; § 13 Absatz 1 findet in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung Anwendung. § 14 Absatz 3 findet Anwendung.

(2) Für die Beamtinnen und Beamten auf Zeit, deren Beamtenverhältnis über den 31. Dezember 1991 hinaus fortbesteht, ist § 66 Absatz 2, 4 und 6 in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung anzuwenden.

(3) Hat das Beamtenverhältnis, aus dem die Beamtin oder der Beamte in den Ruhestand tritt, oder ein unmittelbar vorangehendes anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bereits am 31. Dezember 1991 bestanden und erreicht die Beamtin oder der Beamte vor dem 1. Januar 2002 die für sie oder ihn jeweils maßgebende gesetzliche Altersgrenze, so richtet sich die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Ruhegehaltssatzes nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht. Satz 1 gilt entsprechend, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, die oder der von dieser Vorschrift erfasst ist, vor dem Zeitpunkt des Erreichens der jeweils maßgebenden gesetzlichen Altersgrenze wegen Dienstunfähigkeit oder auf Antrag in den Ruhestand versetzt wird oder verstirbt.

(4) Der sich nach den Absätzen 1, 2 oder 3 ergebende Ruhegehaltssatz wird der Berechnung des Ruhegehalts zu Grunde gelegt, wenn er höher ist als der Ruhegehaltssatz, der sich nach diesem Gesetz für die gesamte ruhegehaltfähige Dienstzeit ergibt. Der sich nach Absatz 1 ergebende Ruhegehaltssatz darf den Ruhegehaltssatz, der sich nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht ergäbe, nicht übersteigen.

(5) Hat das Beamtenverhältnis, aus dem die Beamtin oder der Beamte in den Ruhestand tritt, oder ein unmittelbar vorangehendes anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bereits am 31. Dezember 1991 bestanden, ist § 14 Absatz 3 mit folgenden Maßgaben anzuwenden:

Bei Erreichen der Altersgrenze nach § 42 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Bundesbeamtengesetzes oder entsprechendem Landesrecht	beträgt der Vomhundertsatz der Minderung für jedes Jahr
vor dem 1. Januar 1998	0,0,

nach dem 31. Dezember 1997	0,6,
nach dem 31. Dezember 1998	1,2,
nach dem 31. Dezember 1999	1,8,
nach dem 31. Dezember 2000	2,4,
nach dem 31. Dezember 2001	3,0,
nach dem 31. Dezember 2002	3,6.

(6) Errechnet sich der Ruhegehaltssatz nach Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Satz 2, Absatz 2 oder 3, ist entsprechend diesen Vorschriften auch der Ruhegehaltssatz für die Höchstgrenze nach § 54 Absatz 2 und § 55 Absatz 2 zu berechnen. Bei Zeiten im Sinne des § 56 Absatz 1, die bis zum 31. Dezember 1991 zurückgelegt sind, ist § 56 in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung anzuwenden; soweit Zeiten im Sinne des § 56 Absatz 1 nach diesem Zeitpunkt zurückgelegt sind, ist § 56 in der vom 1. Januar 1992 an geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des Vmhundertsatzes von 1,875 der Satz von 1,0 und an die Stelle des Vmhundertsatzes von 2,5 der Satz von 1,33 tritt. Errechnet sich der Versorgungsbezug nach den Absätzen 2 oder 3, ist § 56 in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung anzuwenden. In Fällen der Sätze 2 und 3 wird bei der Berechnung des Ruhensbetrages auch die Dienstzeit bei einer zwischen- oder überstaatlichen Einrichtung berücksichtigt, die über volle Jahre hinausgeht.

(7) Die Berücksichtigung der Zeit einer Kindererziehung für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind richtet sich nach § 6 Absatz 1 Satz 4 und 5 in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung. Für nach dem 31. Dezember 1991 innerhalb des Beamtenverhältnisses geborene Kinder gilt hinsichtlich der Kindererziehungszeit § 50a Absatz 1 bis 7 auch dann, wenn die Berechnung des Ruhegehaltssatzes nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht vorzunehmen ist.

(8) Auf die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamtinnen und Beamten, denen aufgrund eines bis zu diesem Zeitpunkt erlittenen Dienstunfalles ein Unfallausgleich gewährt wird, findet § 35 des Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung unter der Maßgabe Anwendung, dass sich die Höhe des Unfallausgleichs entsprechend aus § 35 dieses Gesetzes ergibt.

(9) Bei der Anwendung der Absätze 1 und 3 bleibt der am 31. Dezember 1991 erreichte Ruhegehaltssatz auch dann gewährt, wenn dem Beamtenverhältnis, aus dem die Beamtin oder der Beamte in den Ruhestand tritt, mehrere öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit dem am 31. Dezember 1991 bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis vorangegangen sind.

(10) Einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis steht ein Beschäftigungsverhältnis im Sinne von § 5 Absatz 1 Nummer 2 und § 6 Absatz 1 Nummer 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gleich.

(11) Für den nach den Absätzen 1 bis 4 ermittelten Ruhegehaltssatz sowie die in Absatz 6 Satz 2 genannten Vmhundertsätze gilt § 69e Absatz 4 entsprechend.

§ 85a Erneute Berufung in das Beamtenverhältnis

Bei nach § 29, § 30 Absatz 3 oder § 31 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes erneut in das Beamtenverhältnis berufenen Beamtinnen und Beamten bleibt der am Tag vor der erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis vor Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften zustehende Betrag des Ruhegehalts gewährt. Tritt die Beamtin oder der Beamte erneut in den Ruhestand, wird die ruhegehaltfähige Dienstzeit und das Ruhegehalt nach dem im Zeitpunkt der Zurruesetzung geltenden Recht berechnet. Bei der Anwendung

des § 85 Absatz 1 und 3 gilt die Zeit des Ruhestandes nicht als Unterbrechung des Beamtenverhältnisses; die Zeit im Ruhestand ist nicht ruhegehaltfähig. Das höhere Ruhegehalt wird gezahlt.

§ 86 Hinterbliebenenversorgung

(1) Die Gewährung von Unterhaltsbeiträgen an geschiedene Ehegattinnen und Ehegatten richtet sich nach den bis zum 31. Dezember 1976 geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften, wenn die Ehe vor dem 1. Juli 1977 geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt worden ist.

(2) Die Vorschrift des § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 über den Ausschluss von Witwen- oder Witwergeld findet keine Anwendung, wenn die Ehe am 1. Januar 1977 bestanden und das bis zu diesem Zeitpunkt geltende Landesrecht den Ausschlussgrund nicht enthalten hat. An die Stelle des 65. Lebensjahres in § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 tritt ein in der bis zum 31. Dezember 1976 geltenden landesrechtlichen Vorschrift vorgesehene höheres Lebensalter, wenn die Ehe am 1. Januar 1977 bestanden hat.

(3) Die Vorschriften über die Kürzung des Witwen- oder Witwergeldes bei großem Altersunterschied der Ehegattinnen und Ehegatten (§ 20 Absatz 2) finden keine Anwendung, wenn die Ehe am 1. Januar 1977 bestanden und das bis zu diesem Zeitpunkt für die Beamtin, den Beamten, die Ruhestandsbeamtin oder den Ruhestandsbeamten geltende Landesrecht entsprechende Kürzungsvorschriften nicht enthalten hat.

(4) Die Vorschrift des § 22 Absatz 2 in der bis zum 31. Juli 1989 geltenden Fassung findet Anwendung, wenn ein Scheidungsverfahren bis zum 31. Juli 1989 rechtshängig geworden ist oder die Parteien bis zum 31. Juli 1989 eine Vereinbarung nach § 1587o des Bürgerlichen Gesetzbuchs getroffen haben.

§§ 87 bis 89 (weggefallen)

§ 90 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Versorgung aus zwischenstaatlicher und überstaatlicher Verwendung

(1) Bei der Anwendung des § 56 Absatz 1 bleibt die Zeit, die eine Beamtin, ein Beamter, eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter vor dem 1. Juli 1968 im Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung tätig war, bis zu sechs Jahren außer Betracht.

(2) Auf die am 1. Juli 1968 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger findet § 56 Absatz 1 Satz 3 mit der Maßgabe Anwendung, dass ihnen zwölf Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge als Versorgung verbleiben.

(3) Hat eine Beamtin, ein Beamter, eine Versorgungsempfängerin oder ein Versorgungsempfänger vor dem 1. Juli 1968 bei ihrem oder seinem Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung anstelle einer Versorgung einen Kapitalbetrag als Abfindung oder Zahlung aus einem Versorgungsfonds erhalten, sind Absatz 1, § 56 Absatz 3 und § 69c Absatz 5 anzuwenden.

§ 91 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten sowie Lektorinnen und Lektoren

(1) Auf die Versorgung der Hochschullehrerinnen, Hochschullehrer, Wissenschaftlichen Assistentinnen und Assistenten, Lektorinnen und Lektoren im Sinne des Kapitels I Abschnitt V 3. Titel des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der vor dem Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes geltenden Fassung, die nicht als Professorinnen, Professoren, Hochschulassistentinnen oder Hochschulassistenten übernommen worden sind, und ihrer Hinterbliebenen finden die für Beamtinnen und Beamte auf Lebenszeit, auf Probe oder auf Widerruf geltenden Vorschriften dieses Gesetzes nach Maßgabe der bis zum 31. Dezember 1976 geltenden landesrechtlichen Vorschriften Anwendung. § 67 Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend.

(2) Für Professorinnen und Professoren, die nach dem 31. Dezember 1976 von ihren amtlichen Pflichten entbunden werden (Entpflichtung), und ihre Hinterbliebenen gilt Folgendes:

1. Die §§ 53 bis 58, 62 und 65 finden Anwendung; hierbei gelten die Bezüge der entpflichteten Professorinnen und Professoren als Ruhegehalt, die Empfängerinnen und Empfänger als Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte. § 65 gilt nicht für entpflichtete Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die die Aufgaben der von ihnen bis zur Entpflichtung innegehabten Stelle vertretungsweise wahrnehmen.
2. Die Bezüge der entpflichteten Professorinnen und Professoren gelten unter Hinzurechnung des der oder dem Entpflichteten zustehenden, mindestens des zuletzt vor einer Überleitung nach dem nach § 72 des Hochschulrahmengesetzes erlassenen Landesgesetz zugesicherten Vorlesungsgeldes (Kolleggeldpauschale) als Höchstgrenze im Sinne des § 53 Absatz 2 Nummer 1 und 3 dieses Gesetzes sowie als ruhegehaltfähige Dienstbezüge im Sinne des § 53a Absatz 2 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung.
3. Für die Versorgung der Hinterbliebenen von entpflichteten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern gilt dieses Gesetz mit der Maßgabe, dass sich die Bemessung des den Hinterbliebenenbezügen zu Grunde zu legenden Ruhegehalts sowie die Bemessung des Sterbe-, Witwen-, Witwer- und Waisengeldes der Hinterbliebenen nach dem vor dem 1. Januar 1977 geltenden Landesrecht bestimmt. Für die Anwendung des § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und des § 23 Absatz 2 gelten die entpflichteten Professorinnen und Professoren als Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte.
4. Für Professorinnen und Professoren, die unter § 76 Absatz 4 des Hochschulrahmengesetzes fallen, wird abweichend von Nummer 2 das Vorlesungsgeld (Kolleggeldpauschale), das ihnen beim Fortbestand ihres letzten Beamtenverhältnisses als Professorin oder Professor im Landesdienst vor der Annahme des Beamtenverhältnisses an einer Hochschule der Bundeswehr zuletzt zugesichert worden wäre, der Höchstgrenze im Sinne des § 53 Absatz 2 Nummer 1 und 3 dieses Gesetzes sowie den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen im Sinne des § 53a Absatz 2 in der bis zum 31. Dezember 1998 geltenden Fassung hinzugerechnet. Für ihre Hinterbliebenen gilt in den Fällen der Nummer 3 das Landesrecht, das für das Beamtenverhältnis als Professorin oder Professor im Landesdienst maßgebend war.

(3) Die Versorgung der Hinterbliebenen von nach dem nach § 72 des Hochschulrahmengesetzes erlassenen Landesgesetz übergeleiteten Professorinnen und Professoren, die einen Antrag nach § 76 Absatz 2 des Hochschulrahmengesetzes nicht gestellt haben, regelt sich nach § 67 dieses Gesetzes, wenn die Professorin oder der Professor vor der Entpflichtung verstorben ist.

Abschnitt XIV (weggefallen)

Abschnitt XV Schlussvorschriften

§ 105 (weggefallen)

§ 106 Verweisung auf aufgehobene Vorschriften, Fortgeltung von Rechtsvorschriften und Verwaltungsvorschriften

(1) Wird in Rechtsvorschriften und Verwaltungsvorschriften auf Vorschriften und Bezeichnungen Bezug genommen, die nach diesem Gesetz nicht mehr gelten, so treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften oder die Bezeichnungen dieses Gesetzes.

(2) Die aufgrund des Beamtenversorgungsgesetzes erlassenen Verordnungen des Bundes, die mit dem Beamtenversorgungsüberleitungsgesetz vom 4. Juli 2011 (GVOBl. S. 376, 382) in Landesrecht übergeleitet wurden, gelten in ihrer am 31. August 2006 geltenden Fassung bis zum Erlass entsprechender landesrechtlicher Regelungen weiter, soweit durch dieses Gesetz nichts anderes bestimmt wird. Satz 1 gilt für die zum Beamtenversorgungsgesetz erlassenen Verwaltungsvorschriften des Bundes in ihrer am 31. August 2006 geltenden Fassung entsprechend.

§ 107 Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften, Zuständigkeitsregelungen

(1) Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften erlässt die für das Versorgungsrecht zuständige oberste Landesbehörde.

(2) Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes bestimmt die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Behörde, die für die Festsetzung, Anweisung und Rückforderung von Versorgung zuständig ist. Für die in § 1 Absatz 1 Nummer 2 und 3 des Landesbesoldungsgesetzes genannten Dienstherren setzt die von der jeweiligen obersten Dienstbehörde bestimmte Stelle die Versorgung fest und regelt die Rückforderung dieser Leistungen. Gesetzliche Regelungen bleiben davon unberührt.

§ 107a Befristete Ausnahmen für Verwendungseinkommen

(1) Für Verwendungseinkommen, das eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter vor Erreichen der für sie oder ihn geltenden Regelaltersgrenze im Rahmen eines dringenden zeitlich befristeten Projekts des Versorgungsdienstherren erzielt, kann die oberste Dienstbehörde entscheiden, dass eine Anrechnung entgegen der Regelung des § 53 Absatz 7 Satz 4 nur in den Monaten des Zusammentreffens mit Versorgungsbezügen mit einem Zwölftel des im Kalenderjahr erzielten Einkommens angerechnet wird. Satz 1 gilt unter der Voraussetzung, dass die Verwendung der Ruhestandsbeamtin oder des Ruhestandsbeamten im besonderen allgemeinen Interesse des Landes oder im besonderen dienstlichen Interesse liegt. Das besondere Verwendungsinteresse ist vor der Verwendung durch die oberste Dienstbehörde schriftlich festzustellen.

(2) Für die Ruhestandsbeamtin oder den Ruhestandsbeamten, die oder der nach Erreichen der für sie oder ihn geltenden Regelaltersgrenze ein Verwendungseinkommen aus einer Be-

schäftigung erzielt, die besonderen öffentlichen Belangen oder besonderen dienstlichen Interessen dient, beträgt die Höchstgrenze nach § 53 Absatz 2 Nummer 1 erste Alternative 130 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, zuzüglich des jeweils zustehenden Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1. Das besondere Verwendungsinteresse ist vor der Verwendung durch die oberste Dienstbehörde schriftlich festzustellen. Ein Abweichen von der monatsbezogenen Anrechnung gemäß Absatz 1 ist auch bei einer erhöhten Höchstgrenze nach Satz 1 möglich, wenn das Gewinnungsinteresse dies erfordert.

(3) Die Regelungen in den Absätzen 1 und 2 sind bis zum 31. Dezember 2030 befristet.

**§ 107b
(weggefallen)**

**§ 107c
Verteilung der Versorgungslasten bei erneuter Berufung
in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis in dem in
Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet**

Erwirbt eine Ruhestandsbeamtin, ein Ruhestandsbeamter, eine Richterin im Ruhestand oder ein Richter im Ruhestand eines Dienstherrn im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vom 2. Oktober 1990 aufgrund einer zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem 31. Dezember 1999 erfolgten Berufung in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bei einem Dienstherrn in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet gegen diesen einen weiteren Versorgungsanspruch, so erstattet der frühere Dienstherr dem neuen Dienstherrn die Versorgungsbezüge in dem Umfang, in dem die beim früheren Dienstherrn entstandenen Versorgungsansprüche infolge der Ruhensvorschrift des § 54 nicht zur Auszahlung gelangen, sofern die Ruhestandsbeamtin, der Ruhestandsbeamte, die Richterin im Ruhestand oder der Richter im Ruhestand im Zeitpunkt der Berufung in das neue öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis das 50. Lebensjahr vollendet hatte.

**§ 108
(weggefallen)**

**§ 109
(Inkrafttreten)**

**Artikel 5
Änderung des Landesaltersgeldgesetzes**

In § 3 Absatz 4 Satz 1 des Landesaltersgeldgesetzes vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600, 672), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597, 600) geändert worden ist, werden die Wörter „Nummer 2 oder 3“ durch die Wörter „Nummer 3 oder 4“ und die Angabe „Nummer 4“ durch die Angabe „Nummer 5“ ersetzt.

**Artikel 6
Gesetz zur Auflösung des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes
Mecklenburg-Vorpommern“
(Versorgungsrücklagenauflösungsgesetz - VersRücklAufIG M-V)**

**§ 1
Auflösung des beim Land gebildeten Sondervermögens**

Das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgelöst. Der Vermögensbestand zum Zeitpunkt der Auflösung wird vorbehaltlich der folgenden Vorschriften auf das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ übertragen. Der auf das Forschungsinstitut für Nutztierbiologie entfallende Teil wird dem Forschungsinstitut für Nutztierbiologie übertragen.

§ 2

Verwendung der Versorgungsrücklagen des beim Kommunalen Versorgungsverband Mecklenburg-Vorpommern gebildeten Sondervermögens

Der Kommunale Versorgungsverband Mecklenburg-Vorpommern kann das nach § 2 Absatz 2 des Versorgungsrücklagengesetzes vom 22. November 1999 (GVOBl. M-V S. 612), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600, 686) geändert worden ist, gebildete Sondervermögen als Sondervermögen fortführen oder auflösen. Die im Sondervermögen angesparte Versorgungsrücklage ist ausschließlich zur Entlastung von Versorgungsaufwendungen zu verwenden. Das Nähere regelt die Satzung des Kommunalen Versorgungsverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

§ 3

Verwendung der Versorgungsrücklagen der unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Öffentlichen Rechts sowie für die landesunmittelbaren Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsträger

(1) Die nach § 2 Absatz 3 des Versorgungsrücklagegesetzes vom 22. November 1999 (GVOBl. M-V 1999, 612), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600, 686) geändert worden ist, gebildeten Versorgungsrücklagen der unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Öffentlichen Rechts sowie für die landesunmittelbaren Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsträger können ab dem Jahr 2024 über einen Zeitraum von 15 Jahren ausschließlich zur Entlastung von Versorgungsaufwendungen oder im Rahmen neu erstellter Vorsorgekonzepte zur Deckung zukünftiger Versorgungsausgaben verwendet werden.

(2) Die Verwendung der Mittel ist der zuständigen obersten Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

§ 4

Verwendung der Versorgungsrücklage des Forschungsinstituts für Nutztierbiologie

(1) Das Forschungsinstitut für Nutztierbiologie ist verpflichtet, den nach § 1 Satz 2 übertragenen Teil des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ einer Pensionsrückstellung zuzuführen und zur Deckung zukünftiger Versorgungsausgaben zu verwenden.

(2) Die Verwendung der Mittel ist der zuständigen obersten Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Artikel 7

Änderung des Versorgungsfondsgesetzes

Das Versorgungsfondsgesetz vom 17. Dezember 2007 (GVOBl. M-V S. 472), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.12.2018 (GVOBl. M-V S. 408) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter „Beamte, Richter und sonstige Amtsträger“ durch die Wörter „verbeamtete, richterliche und sonstige amtstragende Personen“ sowie die Angabe „31. Dezember 2004“ durch die Angabe „31. Dezember 1999“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden hinter dem Wort „Haushaltssaldo“ die Wörter „oder andere Finanzierungsquellen“ eingefügt sowie das Wort „erlaubt“ durch das Wort „erlauben“ ersetzt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Mittel sind unter Berücksichtigung der Kernaspekte Nachhaltigkeit, Sicherheit, Rentabilität und Liquidität auf Basis eines passiven Strategieansatzes anzulegen.“
 - b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Die Mittel des Sondervermögens können für Wertpapiertransaktionskosten und sonstige im Zusammenhang mit der Verwaltung des Sondervermögens anfallende Gebühren verwendet werden.“
3. In § 5 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Beamte, Richter und sonstige Amtsträger“ durch die Wörter „verbeamtete, richterliche und sonstige amtstragende Personen“ ersetzt.

Artikel 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 1, Artikel 2 mit Ausnahme der Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 3 und Artikel 3 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Sonderzahlungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern vom 16. Oktober 2003 (GVOBl. M V S. 477), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600, 685) geändert worden ist, außer Kraft.
- (3) Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a und Nummer 2 sowie Artikel 4 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig treten das Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2022 (GVOBl. M-V S. 102), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597, 600) geändert worden ist, und das Versorgungsrücklagengesetz vom 22. November 1999 (GVOBl. M-V S. 612), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600, 686) geändert worden ist, außer Kraft.

Anhang (zu Artikel 2 Nummer 5)

Anlage 5
(zu § 25 Absatz 2 Satz 2)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung A
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Besol- dungs- gruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 4	2 376,36	2 413,72	2 449,84	2 484,82	2 544,01	2 603,24	2 662,43					
A 5	2 393,72	2 447,81	2 483,32	2 517,63	2 576,54	2 635,47	2 694,37	2 753,31				
A 6	2 445,00	2 487,23	2 528,15	2 567,82	2 632,52	2 697,20	2 761,89	2 826,58	2 891,25			
A 7	2 542,38	2 576,99	2 633,94	2 689,24	2 770,67	2 852,04	2 933,47	2 991,56	3 049,71	3 107,86		
A 8		2 687,35	2 732,18	2 810,72	2 887,21	2 991,51	3 095,85	3 165,37	3 234,91	3 304,46	3 373,99	
A 9		2 848,17	2 890,30	2 974,40	3 056,27	3 167,61	3 278,94	3 355,44	3 432,03	3 508,53	3 585,07	
A 10		3 051,19	3 118,55	3 231,99	3 342,70	3 485,32	3 627,96	3 723,03	3 818,26	3 915,23	4 012,23	
A 11			3 482,30	3 597,55	3 709,89	3 819,49	3 968,58	4 067,94	4 167,33	4 266,83	4 367,95	4 469,09
A 12			3 727,81	3 869,33	4 010,56	4 148,58	4 327,47	4 448,01	4 568,58	4 689,14	4 809,70	4 930,25
A 13				4 369,75	4 526,18	4 679,05	4 827,99	4 958,19	5 088,37	5 218,56	5 348,77	5 478,95
A 14				4 595,79	4 809,44	5 018,07	5 221,60	5 390,43	5 559,25	5 728,08	5 896,91	6 065,73
A 15						5 619,48	5 848,89	6 016,53	6 179,69	6 402,46	6 625,17	6 847,93
A 16						6 198,11	6 466,36	6 663,16	6 854,81	7 112,40	7 370,02	7 627,62

Anlage 6
(zu § 25 Absatz 2 Satz 2)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung B
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6 847,93
B 2	7 953,52
B 3	8 421,58
B 4	8 911,82
B 5	9 474,22
B 6	10 005,36
B 7	10 522,02
B 8	11 060,48
B 9	11 729,08
B 10	13 805,34
B 11	14 976,30

Anlage 7
(zu § 32 Absatz 1 Satz 2)

Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung W
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4 816,89	6 181,91	7 206,00

Anlage 9
(zu § 88 Absatz 4)

Grundgehaltssätze der Bundesbesoldungsordnung C (gemäß § 88)
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3 794,64	3 922,62	4 050,55	4 178,50	4 307,27	4 437,43	4 567,62	4 697,82	4 827,99	4 958,19	5 088,37	5 218,56	5 348,77	5 478,95	
C 2	3 802,63	4 006,55	4 210,45	4 417,06	4 624,55	4 832,01	5 039,50	5 246,96	5 454,44	5 661,95	5 869,41	6 076,88	6 284,36	6 491,83	6 699,31
C 3	4 172,13	4 405,51	4 640,44	4 875,38	5 110,31	5 345,22	5 580,17	5 815,06	6 049,98	6 284,90	6 519,82	6 754,76	6 989,66	7 224,62	7 459,51
C 4	5 276,58	5 512,74	5 748,88	5 985,05	6 221,21	6 457,36	6 693,57	6 929,67	7 165,84	7 402,00	7 638,18	7 874,31	8 110,47	8 346,63	8 582,77

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen		Bundesbesoldungsordnung C Vorbemerkungen	
Nummer 2b	98,12	Nummer 3 Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)	Nummer 5 wenn ein Amt ausgeübt wird der Besoldungsgruppe R 1 der Besoldungsgruppe R 2	205,54 230,08
		für Beamte der Besoldungsgruppe(n) C 1 C 2 C 3 und C 4	A 13 A 15 B 3	Besoldungsgruppe Fußnote C 2	1 104,32
				*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).	

Anlage 10
(zu § 41 Absatz 1 Satz 1)

Familienzuschlag
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Stufe	Stufe 1 (§ 42 Absatz 1 LBesG)	Stufe 2 (§ 42 Absatz 2 LBesG)
Betrag	145,02	320,02

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um

175,00 Euro und
700,00 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 4 bis A 6

Der Familienzuschlag der Stufen 2 und 3 erhöht sich für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind
in der Besoldungsgruppen A 4 um je
in der Besoldungsgruppen A 5 um je
in der Besoldungsgruppen A 6 um je

60,00 Euro,
55,00 Euro,
40,00 Euro,

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 41 Absatz 2 Satz 1 LBesG

- in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 8:
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:

128,37 Euro
136,25 Euro

Anlage 10a
(zu § 41 Absatz 1 Satz 1)

Familienzuschlag für die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Stufe	Stufe 1 (§ 42 Absatz 1 LBesG)	Stufe 2 (§ 42 Absatz 2 LBesG)
Betrag	145,02	269,08

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag
für das zweite zu berücksichtigende Kind um
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um

124,06 Euro und
367,63 Euro.

Anlage 10b
(zu § 43a Absatz 1)

Familienergänzungszuschlag
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Der Familienergänzungszuschlag nach § 43a wird für das erste zu berücksichtigende Kind in folgender Höhe gewährt:

Besoldungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	161,44	122,84	85,52	49,37	-	-	-	-
A 5	148,67	92,78	56,09	20,63	-	-	-	-
A 6	111,18	67,55	25,26	-	-	-	-	-
A 7	51,89	16,13	-	-	-	-	-	-
A 8	-	-	-	-	-	-	-	-

Der Familienergänzungszuschlag nach § 43a wird für das zweite zu berücksichtigende Kind in folgender Höhe gewährt:

Besoldungs- gruppe	Stufe							
	1	2	3	4	5	6	7	8
A 4	256,40	256,39	256,39	256,39	244,60	183,39	122,23	-
A 5	261,56	261,56	261,55	261,56	221,32	160,42	99,56	38,65
A 6	277,06	277,05	277,06	261,33	194,47	127,63	60,79	-
A 7	318,39	318,39	275,67	218,53	134,38	50,30	-	-
A 8	-	220,48	174,16	93,00	13,96	-	-	-
A 9	-	54,30	10,76	-	-	-	-	-

Anlage 11
(zu § 76 Absatz 2 Satz 1)

Anwärtergrundbetrag
ab 1. Januar 2023
(Monatsbeträge in Euro)

Einstiegsamt, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 4	1 203,13
A 5 bis A 8	1 328,54
A 9 bis A 11	1 384,62
A 12	1 529,79
A 13	1 562,80
A 13 + Strukturzulage (§ 45 Nummer 2 Buchstabe b) LBesG) oder R 1	1 599,08

Anlage 12

(zu §§ 44 Absatz 3 Satz 2, 45 und 46 Absatz 4 Satz 2)
Strukturzulage, Stellenzulagen und Amtszulagen
ab 1. Januar 2023
 (Monatsbeträge)
 - in der gesetzlichen Reihenfolge -

Stellenzulagen			
Zulage	Rechtsgrundlage		Betrag in Euro
Strukturzulage	§ 45 Nr. 1	A 6 bis A 8	22,56
		A 9	88,28
	§ 45 Nr. 2		98,12
Sicherheitszulage	§ 47	A 4 und A 5	123,59
		A 6 bis A 9	165,14
		A 10 und höher	205,92
Zulage für Polizei, Steuerfahndung und Verwendung auf See	§ 48 Abs. 1	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	70,56
		nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	140,27
	§ 48 Abs. 4		66,82
Feuerwehrezulage	§ 49	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	70,56
		nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	140,27
Zulage für Beamtinnen und Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen	§ 50		131,24
Zulage für Beamtinnen und Beamte mit Meisterprüfung oder Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker	§ 51		44,66
Zulage für Beamtinnen und Beamte der Steuerverwaltung	§ 52	Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt	28,26
		Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	46,20
Zulage für Beamtinnen und Beamte als fliegendes Personal	§ 53 Abs. 1 Nr. 1	Luftfahrzeugführerin oder Luftfahrzeugführer mit der Erlaubnis zum Führen von Luftfahrzeugen	393,07
	§ 53 Abs. 1 Nr. 2	Sonstige ständige Luftfahrzeugbesatzungsangehörige	305,15
Zulage für Beamtinnen und Beamte als Nachprüferin oder Nachprüfer von Luftfahrtgerät	§ 54		105,12
Zulage für Professorinnen und Professoren mit mehreren Ämtern	§ 55	Bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	221,72
		Bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2	248,12
Zulage für Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren	§ 56		299,43

Amtszulagen			
Besoldungsordnung	Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag
Besoldungsordnung A	A 4	1, 3	77,74
		2	42,14
	A 5	1	42,14
		2, 3	77,74
	A 6	3	77,74
	A 9	5	313,74
	A 13	13	218,58
		15, 16, 17	318,84
	A 14	4	391,09
		5	218,58
	A 15	3	389,83
		5	218,58
	A 16	4	218,58
		9	244,51
Besoldungsordnung R	R 1	1	241,69
	R 2	3, 4, 5, 6, 7	241,69
	R 3	3, 5	241,69

Anlage 13
(zu § 4 der Mehrarbeitsvergütungsverordnung)

Sätze der Mehrarbeitsvergütung
ab 1. Januar 2023
(Beträge in Euro)

§ 4 Absatz 1 MVergV	
A 4	13,72
A 5 bis A 8	16,21
A 9 bis A 12	22,25
A 13 bis A 16	30,65

§ 4 Absatz 3 MVergV	
Nummer 1	20,69
Nummer 2	25,66
Nummer 3	30,45
Nummer 4 und 5	35,59

Begründung:

A. Allgemeines

I. Änderung der Besoldungsstrukturen

1. Ausgangslage

Das in Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz verankerte Alimentationsprinzip verpflichtet nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Dienstherrn, Beamtinnen und Beamte sowie ihre Familien lebenslang angemessen zu alimentieren und ihnen nach ihrem Dienstrang, nach der mit ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren (zuletzt Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 23, nach juris).

Aus dem Alimentationsprinzip leitet sich nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts unter anderem das Mindestabstandsgebot ab, wonach bei der Bemessung der Besoldung der qualitative Unterschied zwischen der Grundsicherung, die als staatliche Sozialleistung den Lebensunterhalt von Arbeitsuchenden und ihren Familien sicherstellt, und dem Unterhalt, der erwerbstätigen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern geschuldet ist, hinreichend deutlich werden muss. Dieser Mindestabstand wird unterschritten, wenn die Nettoalimentation (unter Berücksichtigung der familienbezogenen Bezügebestandteile und des Kindergelds) um weniger als 15 Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegt; vergleiche Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 47, nach juris.

Ausgehend davon sind in den Ländern in Reaktion auf diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts unterschiedliche Maßnahmen getroffen worden, um dem Mindestabstandsgebot Rechnung zu tragen. Hervorzuheben sind:

- Systemwechsel zur Mehrverdienerfamilie als neue Bezugsgröße, teilweise in Kombination mit ausgewählten weiteren Maßnahmen wie etwa
 - einem Familienergänzungszuschlag bei fehlendem Mitverdienst,
 - der Neuausrichtung des Familienzuschlags durch Weiterentwicklung zu einem Orts- und Familienzuschlag,
 - der Erhöhung der kinderbezogenen Familienzuschläge,
 - der Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung für Kinder,
 - der Anhebung des Beihilfebemessungssatzes für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen oder Ehegatten und Kinder,
 - der Anhebung der Anfangsgrundgehälter durch Streichung von Erfahrungsstufen und dem Wegfall der untersten Besoldungsgruppe durch eine Anhebung des betreffenden Eingangs- beziehungsweise Einstiegsamtes
- schwerpunktmäßige Erhöhung der kindbezogenen Familienzuschläge, und zwar alternativ durch Familienzuschläge
 - in einheitlicher Höhe für alle Besoldungsgruppen, gegebenenfalls abhängig von der für den Wohnort geltenden Mietstufe oder
 - in der zur Einhaltung des Mindestabstandsgebots erforderlichen Höhe
- systematische Anhebung der Eingangsämter im mittleren und gehobenen Dienst, verbunden mit der Anhebung der Anfangsgrundgehälter durch Streichung von Erfahrungsstufen sowie einer Anhebung von Erhöhungsbeträgen zum kindbezogenen Familienzuschlag

- von der Unterhaltsverpflichtung für Kinder abhängige Anhebung des Beihilfebemessungssatzes für die Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfänger selbst sowie deren berücksichtigungsfähige Ehegattinnen oder Ehegatten und Kinder

Bereits mit dem neuen Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 600) hat der Gesetzgeber in Mecklenburg-Vorpommern in den untersten Besoldungsgruppen durch die Einführung von Erhöhungsbeträgen beim Familienzuschlag ab dem zweiten Kind den Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitsuchende berücksichtigt und dieses Modell im Zuge der Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge durch das Gesetz vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597) fortgeführt.

Mit der am 31. Dezember 2022 erreichten Besoldungshöhe kann allerdings nach den Feststellungen des Finanzministeriums infolge der Veränderungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende der Mindestabstand zur Besoldung in unteren Besoldungsgruppen ab dem 1. Januar 2023 nicht mehr eingehalten werden.

Dies ist vor allem auf die Einführung des Bürgergeldes und der damit verbundenen Erhöhung der Regelsätze verbunden, die sich für eine vierköpfige Familie wie folgt darstellt:

	2022		2023	
Regelsätze	monatl.	jährl.	monatl.	jährl.
Regelsatz Ehepartner 1	404,00 €	4.848,00 €	451,00 €	5.412,00 €
Regelsatz Ehepartner 2	404,00 €	4.848,00 €	451,00 €	5.412,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 1	316,78 €	3.801,36 €	354,00 €	4.248,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 2	316,78 €	3.801,36 €	354,00 €	4.248,00 €
Summe		17.298,72 €		19.320,00 €

Daneben wirkt sich die Erhöhung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung signifikant aus.

Die Grundsicherungsbedarfe stellen sich im Jahr 2023 wie folgt dar:

Grundsicherungsbedarfe	2023 (Prognose)	
	monatlich	jährlich
Regelsätze		
Regelsatz Ehepartner 1	451,00 €	5.412,00 €
Regelsatz Ehepartner 2	451,00 €	5.412,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 1	354,00 €	4.248,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 2	354,00 €	4.248,00 €
Summe		19.320,00 €
	monatlich	jährlich
Unterkunft / Heizung		
95 Prozent-Perzentil: Unterkunft und Heizung	975,00 €	11.700,00 €
Summe		11.700,00 €
	monatlich	jährlich
Bildung und Teilhabe		
BuT für Kind 1	66,67 €	800,00 €
BuT für Kind 2	66,67 €	800,00 €
Summe		1.600,00 €
	monatlich	jährlich
Sozialtarife / Sozialrabatte		
Rundfunkbeitrag	18,36 €	220,32 €
Rabatte für Ehepartner 1		60,00 €
Rabatte für Ehepartner 2		60,00 €
Summe		340,32 €
	monatlich	jährlich
Sonstige Leistungen		
Sofortzuschlag für Kind 1	20,00 €	240,00 €
Sofortzuschlag für Kind 2	20,00 €	240,00 €
Summe		480,00 €
Verfügbares Einkommen		33.440,32 €
davon 115 %		38.456,37 €

Demgegenüber steht der vierköpfigen Beamtenfamilie (Besoldungsgruppe A 4, Stufe 1) folgendes Nettoeinkommen im Jahr 2023 zur Verfügung. Als Ausgangslage für den Gesetzentwurf wird auf die zum 1. Dezember 2022 angepassten Besoldungsbezüge abgestellt.

	2023
Jahresbruttobesoldung	37.613,18 €
Lohnsteuer	1.516,00 €
Netto	36.097,18 €
Private Krankenversicherung / Pflegeversicherung	7.518,72 €
Kindergeld	6.000,00 €

Summe	34.578,46 €
115 % des Grundsicherungsbedarfs	38.456,37 €
Nettoeinkommen entspricht	103,40%

Der Abstand des verfügbaren Nettoeinkommens einer vierköpfigen Beamtenfamilie zum Grundsicherungsniveau, welcher für das Jahr 2022 noch circa 17 Prozent betrug (vergleiche Landtagsdrucksache 8/1344 vom 21. September 2022), verringerte sich zum 1. Januar 2023 somit auf einen Wert, der deutlich unter den erforderlichen 15 Prozent liegt.

Darüber hinaus sind die unter Beachtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ebenfalls vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere – zur Alimentation kinderreicher Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter erforderlichen Anpassungen beim kindbezogenen Familienzuschlag für dritte und weitere zu berücksichtigende Kinder bisher nur im Verwaltungsvollzug durch Gewährung eines Zuschlags zur Wahrung des Abstands zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 73 des Landesbesoldungsgesetzes umgesetzt worden.

Dieser Handlungsbedarf soll mit Blick auf den im Rahmen von Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes bestehenden weiten Gestaltungsspielraum durch verschiedene Maßnahmen im Besoldungsrecht rückwirkend zum 1. Januar 2023 umgesetzt werden. Dies sind:

- a) Die Grundgehälter in der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden in der jeweils ersten Stufe um 3 Prozent, in der jeweils zweiten Stufe um 2 Prozent und in der jeweils dritten Stufe um 1 Prozent angehoben; ebenso wird das betragsmäßig vergleichbare Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 1 um 1 Prozent angehoben.
- b) Änderungen im Sonderzahlungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern, und zwar
 - aa) Glättung der Jahressonderzahlung in den Besoldungsgruppen
 - bis A 9 von 38,001 Prozent auf 40 Prozent,
 - A 10 bis A 12 sowie C 1 von 33,3 Prozent auf 35 Prozent sowie
 - ab A 13 aufwärts von 29,382 Prozent auf 30 Prozent, und
 - bb) Anhebung des Sonderzuschlags bei der Jahressonderzahlung für jedes berücksichtigungsfähige Kind von 25,56 Euro auf 300 Euro

Ausgenommen von den Verbesserungen sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

- c) mit Ausnahme der Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11 Anhebung des kinderbezogenen Familienzuschlags für das erste und das zweite berücksichtigungsfähige Kind von 124,06 Euro auf 175 Euro sowie darüber hinaus Erhöhungsbeträge bis zur Besoldungsgruppe A 6 für das erste und das zweite berücksichtigungsfähige Kind
- d) Einheitlicher kinderbezogener Familienzuschlag für dritte und weitere berücksichtigungsfähige Kinder
- e) Berücksichtigung eines Mitverdienereinkommens in Höhe von derzeit 6.240 Euro (Minijob in Höhe von 520 Euro monatlich) bei der Ermittlung des zur Verfügung stehenden Nettoeinkommens einer vierköpfigen Familie beim Mindestabstand in der untersten Besoldungsgruppe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Vorbild vergleichbarer Modelle in Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Insoweit vollzieht sich im Bereich der norddeutschen Küstenländer eine in die gleiche Richtung gehende Weiterentwicklung im Besoldungsrecht.

Das Modell enthält darüber hinaus einen Familienergänzungszuschlag für den Fall, dass ein Mitverdienerereinkommen in der genannten Höhe nicht erreicht wird.

Soweit mit dem Gesetzentwurf die Grundgehälter der jeweils ersten drei belegten Erfahrungsstufen angehoben werden sollen, dient dies nicht nur der Gewährleistung des Mindestabstands zur Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dazu hätte sich der Gesetzentwurf in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch auf die kinderbezogenen Komponenten konzentrieren und insoweit die Grundgehälter unberührt lassen können. Jedoch sind im Wettbewerb um Nachwuchskräfte die Anfangsgrundgehälter von entscheidender Bedeutung. Von den jährlichen Gesamtkosten für den Landeshaushalt mit circa 20 Mio. Euro entfällt ein Drittel – mithin etwa 6,5 Mio. Euro – auf familienneutrale Besoldungsbestandteile. Der Gesetzentwurf hat sich dazu entschieden, die Anfangsgrundgehälter und die zwei jeweils folgenden Stufen zu stärken. Hierin liegt eine geänderte Einschätzung der möglichen Bandbreite des Besoldungsrahmens bei einzelnen Besoldungsgruppen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 15. Juli 1999 – 2 BvR 544/97, Randnummer 4, nach juris – eine Neukonzeption, bei der die Einkommen in den frühen Berufsjahren steigen, um eine Perspektive der Einkommensentwicklung gerade in den Jahren zu bieten, in denen der Leistungszuwachs und der persönliche Bedarf durch den Aufbau einer eigenen Existenz und die Familiengründung am höchsten sind, anerkannt. Es hat zugleich als sachlichen Grund anerkannt, wenn hierdurch das Gehaltssystem auch zur Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes beitragen soll.

2. Entwicklung der Besoldung entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse

Entsprechend dem Alimentationsprinzip sieht § 17 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes vor, die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig anzupassen. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit einer Bezügeanpassung hat der Gesetzgeber nach Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes einen weiten Gestaltungsspielraum (zuletzt Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 26, nach juris).

Mit seinen Entscheidungen zur verfassungsgemäßen Alimentation (Urteil vom 5. Mai 2015 – 2 BvL 17/09 und andere; Beschluss vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere) hat das Bundesverfassungsgericht bereits die Kriterien benannt, nach denen die Besoldung auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation zu überprüfen ist. Mit seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 – hat das Bundesverfassungsgericht diese Kriterien weiterentwickelt und präzisiert.

Die Kriterien dienen in einer bis zu drei Stufen umfassenden Prüfung (Randnummern 28 bis 94 der Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18) der Feststellung, ob die Bezahlung evident unzureichend und damit verfassungswidrig zu niedrig angesetzt sein könnte.

Das Bundesverfassungsgericht nimmt hierbei insbesondere Bezug auf aus dem Alimentationsprinzip ableitbare und volkswirtschaftlich nachvollziehbare Parameter und stellt mit den sich aus diesen Parametern ergebenden Zahlenwerten (Indizes) einen konkretisierten Orientierungsrahmen zur Verfügung. Die Besoldungsentwicklung wird hierbei insbesondere durch lineare Erhöhungen, aber auch andere Angleichungen („von Ost- und Westbesoldung“) und die Bezahlungsstruktur verändernde Maßnahmen (zum Beispiel Änderungen bei der jährlichen Sonderzahlung, dem sogenannten „Weihnachtsgeld“) geprägt. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht bereits mit der Entscheidung vom 23. Mai 2017 – 2 BvR 883/14 und andere, Randnummer 65 – sowie in seiner letzten Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18,

Randnummer 45 – das Abstandsgebot als eigenständigen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums anerkannt, das in enger Anbindung zum Alimentationsprinzip und zum Leistungsgrundsatz steht.

Indizien für eine nicht mehr amtsangemessene und damit verfassungswidrig zu niedrige Besoldung liegen auf einer ersten von bis zu drei Prüfungsstufen dann vor, wenn mindestens drei von fünf durch das Bundesverfassungsgericht benannte Grenzparameter erreicht oder überschritten sind.

Die fünf Parameter, die das Bundesverfassungsgericht als Indiz für die Feststellung einer amtsangemessenen Alimentation oder deren Unterschreitung verwendet, lassen sich wie folgt skizzieren:

➤ Parameter 1: Tarifindex

Eine Messgröße ist der Tarifindex, der die Entwicklung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst des betreffenden Bundeslandes abbildet. Bezugspunkt ist damit der nach dem für die Tarifgemeinschaft der deutschen Länder bis Oktober 2006 geltende Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) / Bundesangestelltentarifvertrag Tarifgebiet Ost (BAT-Ost) beziehungsweise seit November 2006 der jeweils geltende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Der Index bildet – ohne Berücksichtigung der dortigen Anpassungsschritte zur Angleichung von Ost- und Westtarifen (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 128) – im Wesentlichen die Entwicklung ab, die sich aus den linearen Anpassungsschritten ergibt, die zwischen den Tarifparteien des TV-L vereinbart wurden.

Eine Verletzung des Parameters liegt bei einer deutlichen Abweichung zwischen Besoldungsindex und Tarifindex vor, die dann besteht, wenn in einer Gesamtschau der letzten 15 Jahre der im Laufe der Zeit erhöhte Besoldungsindex um mindestens 5 Prozent hinter dem Tarifindex zurückbleibt.

➤ Parameter 2: Nominallohnindex

Die Einkommens-, Verdienst- und Wohlstandsentwicklung der abhängig Beschäftigten im betreffenden Bundesland spiegelt sich im Nominallohnindex wieder. Dieser bemisst die Veränderungen der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste inklusive besonderer Zahlungen wie dem sogenannte „Weihnachtsgeld“ oder anderer Einmalzahlungen der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Eine Verletzung dieses Parameters liegt bei einer deutlichen Abweichung zwischen Besoldungsindex und Nominallohnindex vor, die dann besteht, wenn in einer Gesamtschau der letzten 15 Jahre der erhöhte Besoldungsindex um mindestens 5 Prozent hinter dem Nominallohnindex zurückbleibt.

➤ Parameter 3: Verbraucherpreisindex

Eine weitere Messgröße stellt der Verbraucherpreisindex dar. Dieser bemisst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen des allgemeinen Lebensbedarfs im betreffenden Bundesland, der von privaten Haushalten für Konsumzwecke in Anspruch genommen wird (z. B. Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung, Kraftfahrzeuge, Friseur, Reinigung, Reparaturen, Energiekosten, Reisen, usw.).

Eine Verletzung dieses Parameters liegt bei einer deutlichen Abweichung zwischen Besoldungsindex und Verbraucherpreisindex vor, die dann besteht, wenn in einer Gesamtschau der letzten 15 Jahre der erhöhte Besoldungsindex um mindestens 5 Prozent hinter dem Verbraucherpreisindex zurückbleibt.

- Parameter 4: systeminterner Besoldungsvergleich („Ämterabstand“)

Abstandsgebot zwischen den Ämtern

Eine amtsangemessene Besoldung erfordert eine Abstufung der Bezahlung, die der Wertigkeit des jeweiligen Amtes gerecht wird. Diese Wertigkeit wird insbesondere durch die Verantwortung und Inanspruchnahme der Amtsinhaberin oder des Amtsinhabers bestimmt. Mit dem Leistungsgrundsatz und Alimentationsprinzip eng verknüpft ist das Abstandsgebot, das es dem Gesetzgeber ungeachtet seines weiten Gestaltungsspielraums verbietet, diesen Abstand dauerhaft „einzuebnen“. Eine Reduzierung des Ämterabstands kann hierbei auf zeitweisen (etwa durch eine nach Besoldungsgruppen zeitlich versetzte Anpassung) oder auf dauerhaften Eingriffen (durch strukturelle Änderungen in den Gehaltstabellen) beruhen. Eine Verletzung des Abstandsgebots kann hierbei, ohne dass eine gestufte Anpassung für sich genommen schon bedenklich ist, auch auf der Verkettung zeitlich nacheinander folgender Maßnahmen beruhen, die eine „schleichende“ Abschmelzung bestehender Abstände bewirkt (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Mai 2017 – 2 BvR 883/14 und andere, Randnummer 78 – sowie ähnlich Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 45).

Eine darauf bezogene Verletzung des Abstandsgebots liegt vor bei einer Verringerung des Abstands zwischen den Grundgehaltssätzen der verschiedenen Besoldungsgruppen, wenn der ursprünglich bestehende Abstand innerhalb der letzten 5 Jahre dauerhaft oder vorübergehend um mindestens 10 Prozent reduziert wurde.

Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitsuchende

Darüber hinaus muss die Nettoalimentation in den unteren Besoldungsgruppen einen Mindestabstand zum sozialhilferechtlichen Grundsicherungsniveau aufweisen. Wird bei der zur Prüfung gestellten Besoldungsgruppe der Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht eingehalten, liegt allein hierin eine Verletzung des Alimentationsprinzips (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 48), die nicht im Rahmen der Gesamtabwägung auf der zweiten Prüfungsstufe ausgeglichen werden kann.

Das Mindestabstandsgebot ist verletzt, wenn in den unteren Besoldungsgruppen die Besoldung um weniger als 15 Prozent über der Grundsicherung für Arbeitsuchende liegt.

- Parameter 5: systemexterner Besoldungsvergleich („Bund-Länder-Vergleich“)

Über diesen Parameter wird abgebildet, ob und inwieweit das jährliche Bruttoeinkommen in den jeweiligen Besoldungsgruppen einschließlich etwaiger Sonder- und Einmalzahlungen in einem Bundesland vom Zahlungsdurchschnitt der entsprechenden Besoldungsgruppe beim Bund und den anderen Ländern abweicht. Das Bundesverfassungsgericht geht davon aus, dass von der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung und die Versorgung auf die Länder durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl I S. 2034) eine unbegrenzte Auseinanderentwicklung der Bezüge im Bund und in den Ländern dennoch nicht gedeckt ist und damit der Gestaltungsfreiheit des jeweiligen Gesetzgebers (nach unten) insoweit Grenzen gesetzt sind, ohne ein besoldungsrechtliches Homogenitätsgebot zu postulieren (Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 80).

Der fünfte Parameter ist verletzt, wenn eine deutliche Abweichung zwischen der Besoldung des Landes gegenüber dem Durchschnitt des Bundes und der anderen Länder vorliegt. Dies ist der Fall, wenn die Besoldung im betreffenden Bundesland im jeweils zu betrachtenden Kalenderjahr um mindestens 10 Prozent vom Durchschnitt des Bundes und der anderen Länder abweicht.

Zur Vermeidung von nur punktuellen Indexverletzungen („statistische Ausreißer“) können bei den ersten drei Parametern Parallelbetrachtungen über einen weiteren, gleichlangen Zeitraum vorgenommen werden, der auch den Zeitraum von fünf Jahren vor Beginn des 15-jährigen Beobachtungszeitraums abdeckt und sich mit diesem Zeitraum damit über 10 Jahre überlappt (sogenannte „Staffelprüfung“).

Bei der Erfüllung von mindestens drei Parametern bestünde auf der ersten Prüfungsstufe eine Vermutung für eine verfassungswidrige Unteralimentation.

Diese Vermutung könnte sodann auf der zweiten Prüfungsstufe durch die Berücksichtigung weiterer alimentationsrelevanter Kriterien im Rahmen einer Gesamtabwägung widerlegt oder weiter erhärtet werden. Seine Rechtsprechung aus dem Jahr 2015 hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 85 – dahingehend ausgeschärft, dass auch bei der Erfüllung von einem oder zwei Parametern auf der ersten Prüfungsstufe insbesondere das Maß der Über- beziehungsweise Unterschreitung der Parameter zusammen mit den alimentationsrelevanten Kriterien im Rahmen einer Gesamtabwägung eingehend zu würdigen ist.

Auf einer 3. Prüfungsstufe käme gegebenenfalls eine Abwägung mit kollidierenden verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen wie dem Verbot der Neuverschuldung in Betracht, die im Ausnahmefall eine Unteralimentation verfassungsrechtlich rechtfertigen könnte.

Schließlich betont das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung, dass die Festlegung der Besoldungshöhe durch den Gesetzgeber an die Einhaltung prozeduraler Anforderungen geknüpft ist (zuletzt Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 96 f.). Daraus ergibt sich, die Prüfung einer verfassungsgemäßen Alimentation in der Gesetzesbegründung entsprechend zu dokumentieren.

a) Erste Prüfungsstufe

Prüfung volkswirtschaftlich nachvollziehbarer Landes-Indizes sowie Auswertung systeminterner und -externer Besoldungsvergleiche für 2023

Durch die mit diesem Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2023 vorgesehenen besoldungsrechtlichen Maßnahmen werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation eingehalten. Drei oder mehr Parameter werden nicht verletzt. Vielmehr wird lediglich bei einem von fünf Parametern der Grenzwert überschritten.

aa) Zu den ersten drei Parametern:

Entsprechend der Vorgehensweise des Bundesverfassungsgerichts ist zur Beurteilung der Verfassungsgemäßheit der Bezahlung in einem bestimmten Jahr der zurückliegende 15-Jahres-Zeitraum zu überprüfen (für das Jahr 2023 demnach der Zeitraum von 2008 bis 2023). Ausgehend vom sogenannten Basisjahr 2008, für den der Index auf den Wert 100 gesetzt wird, werden die Parameterveränderungen in den Jahren 2009 bis 2023 betrachtet.

Zur Berechnung des Tarifindex sind die Anpassungen nach den Tarifabschlüssen innerhalb des Zeitraumes 2009 bis 2022 herangezogen worden, die nach Ablösung des Bundesangestelltenvertrags (BAT) seit November 2006 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vereinbart wurden. Für 2023 ergibt sich keine Steigerung der Entgelte nach dem TV-L. Da aufgrund der Ziffer 29 der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und DIE LINKE für die achte Legislaturperiode des Landtags Mecklenburg-Vorpommern von der zeit- und systemgerechten Übertragung eines entsprechenden Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung der Beamten- und Richterschaft auszugehen ist, sind keine Auswirkungen auf den Vergleich zwischen Besoldungs- und Tarifindex zu erwarten.

Die landesbezogenen Daten zum Verbraucherpreisindex im Zeitraum 2009 bis 2022 beruhen auf den entsprechenden Erhebungen durch das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern. Diese finden Eingang in die jeweils auch länderdifferenzierten Veröffentlichungen zum Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes über längere Zeiträume (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>; Datenbank: 61111-0010). Für das Jahr 2023 wurde als Prognose eine Steigerungsrate von 7,00 Prozent angenommen. Zwar ist in 2023 mit einer geringeren Inflation als in 2022 (7,56 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern) zu rechnen, von einer über das gesamte Jahr gerechneten deutlicheren Entspannung wird jedoch nicht ausgegangen.

Die landesbezogenen Daten zum Nominallohnindex im Referenzzeitraum 2009 bis 2023 beruhen ebenfalls auf den entsprechenden Erhebungen durch das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern. Diese finden Eingang in die jeweils auch länderdifferenzierten Veröffentlichungen der jährlichen „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder“ (https://www-statistikportal.de/sites/default/files/2023-03/vgrdl_r1b2_bs2022.xlsx). Für das Jahr 2023 wird ein Anstieg des Nominallohnindex M-V entsprechend dem Durchschnitt der davorliegenden fünf Jahre (2018 bis 2022) mit 3,44 Prozent prognostiziert, um die Besonderheiten pandemiebedingter Effekte in den Jahren 2020 bis 2021 berücksichtigen zu können.

Für die Jahre 2009 bis 2023 ergeben sich folgende Anpassungsschritte für die jeweiligen Vergleichsparameter:

Tarif- / Verbraucherpreis- / Nominallohnindex			
Veränderung der Vergleichsparameter im 15-Jahres-Zeitraum			
Jahr	TV-L	VPI	NLI
2009	3,00%	0,58%	1,93%
2010	1,20%	1,16%	2,01%
2011	1,50%	2,29%	2,95%
2012	1,90%	1,79%	3,25%
2013	2,65%	1,65%	1,74%
2014	2,95%	0,86%	2,95%
2015	2,10%	0,54%	3,71%
2016	2,30%	0,64%	2,92%
2017	2,00%	1,90%	2,42%
2018	2,35%	1,56%	3,38%
2019	3,20%	1,64%	3,78%
2020	3,20%	0,60%	0,77%
2021	1,40%	3,20%	2,61%
2022	2,80%	7,56%	6,67%
2023	0,00%	7,00%	3,44%

Die Berechnungsformel für die jährliche Veränderung der Vergleichsindizes gestaltet sich wie folgt:

$$\text{Vergleichsindex (Jahr)} = \text{Vergleichsindex (Vorjahr)} \times (1 + \text{Veränderung (Jahr)})$$

Berechnungsbeispiele:

$$\text{Tarifindex (2009)} = 100,0 \times (1 + 3,00\%) = 103,0$$

$$\text{Tarifindex (2022)} = 134,2 \times (1 + 2,80\%) = 137,9$$

Im Ergebnis führt dies zur folgenden Indexentwicklung:

Entwicklung des TV-L / VPI / NLI (Basisjahr 2008)			
Jahr	TV-L	VPI	NLI
2008	100,0	100,0	100,0
2009	103,0	100,6	101,9
2010	104,2	101,7	104,0
2011	105,8	104,1	107,1
2012	107,8	105,9	110,5
2013	110,7	107,7	112,5
2014	113,9	108,6	115,8
2015	116,3	109,2	120,1
2016	119,0	109,9	123,6
2017	121,4	112,0	126,5
2018	124,2	113,7	130,8
2019	128,2	115,6	135,8
2020	132,3	116,3	136,8
2021	134,2	120,0	140,4
2022	137,9	129,1	149,8
2023	137,9	138,1	154,9

Auf der Basis 100 im Jahr 2008 ergeben sich somit für die zu betrachtenden Indizes für das Jahr 2023 Indexwerte in Höhe von

- 137,9 für den Tarifindex,
- 138,1 für den Verbraucherpreisindex des Landes und
- 154,9 für den Nominallohnindex des Landes.

Den Werten dieser Referenzindizes ist der Besoldungsindex gegenüberzustellen, also die Entwicklung der Besoldungshöhe durch lineare Anpassungen im Verlauf der vergangenen 15 Jahre.

Die Anpassung der Besoldung im Zeitraum von 2009 bis 2023 gestaltet sich wie folgt:

Jahr	Entwicklung der Besoldung
2009	3,00%
2010	1,20%
2011	1,50%
2012	1,90%
2013	2,00%
2014	2,00%
2015	2,00%
2016	2,00%
2017	1,75%
2018	2,15%
2019	3,00%
2020	3,00%
2021	1,20%
2022	2,80%
2023	0,00%

Im Ergebnis führt die oben dargestellte Berechnungsformel zur folgenden Indexentwicklung:

Jahr	Besoldungsindex
2008	100,0
2009	103,0
2010	104,2
2011	105,8
2012	107,8
2013	110,0
2014	112,2
2015	114,4
2016	116,7
2017	118,7
2018	121,3
2019	124,9
2020	128,7
2021	130,2
2022	133,9
2023	133,9

Auf der Basis 100 im Jahr 2008 ergibt sich somit für das Jahr 2023 ein Besoldungsindex in Höhe von 133,9.

Der ermittelte Besoldungsindex ist den Vergleichsparametern gegenüberzustellen. Das Maß des Zurückbleibens hinter dem jeweiligen Referenzindex berechnet sich nach der folgenden Formel des Bundesverfassungsgerichts (Randnummer 144 der Entscheidung vom 5. Mai 2015; Randnummer 127 der Entscheidung vom 17. November 2015):

$$\frac{\text{Referenzindex} - \text{Besoldungsindex}}{\text{Besoldungsindex}} \times 100$$

Abweichung des Besoldungsindex von den Vergleichsparametern			
Besoldungsindex	TV-L	VPI	NLI
(133,9)	(137,9)	(138,1)	(154,9)
	-3,0%	-3,2%	-15,7%

Der Besoldungsindex bleibt hinter der Entwicklung der Indizes der Vergleichsparameter zurück. Zu berücksichtigen ist, dass nicht jedwedes Unterschreiten der Vergleichsparameter die Vermutung einer verfassungswidrig zu niedrigen Alimentation nach sich zieht, sondern nur beachtliche Indexverletzungen, die erst bei einer Unterschreitung des jeweiligen Vergleichsparameters um mindestens 5 Prozentpunkte gegeben sind. Eine beachtliche Unterschreitung ergibt sich somit für Mecklenburg-Vorpommern lediglich in Bezug auf den Nominallohnindex des Landes. Da das Bundesverfassungsgericht im Regelfall erst die Verletzung von drei Parametern als Indiz für eine verfassungswidrig zu niedrige Alimentation ansieht, lässt sich aus der beachtlichen Unterschreitung eines von drei Referenzindizes kein Verdacht auf eine Unteralimentierung ableiten. Gleichwohl sind die Unterschreitungen – insbesondere die signifikante Unterschreitung des Nominallohnindex – auf der 2. Prüfstufe (siehe 2.2.3) im Rahmen einer Gesamtabwägung zu bewerten.

bb) Zum vierten Parameter:

(1) Abstand zwischen den Beamtengruppen

Aus dem Leistungsgrundsatz in Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes und dem Alimentationsprinzip in Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes folgt ein Abstandsgebot, das es dem Gesetzgeber ungeachtet seines weiten Gestaltungsspielraums untersagt, den Abstand zwischen verschiedenen Besoldungsgruppen dauerhaft einzuebnen. Die Amtsgemessenheit der Alimentation bestimmt sich daher auch durch ihr Verhältnis zur Besoldung anderer Beamtengruppen (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 43).

Ein Verstoß liegt in der Regel bei einer Abschmelzung der Abstände zwischen zwei vergleichbaren Besoldungsgruppen um mindestens 10 Prozent in den zurückliegenden fünf Jahren vor (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 45).

Beim systeminternen Besoldungsvergleich sind deshalb die besoldungsrechtlichen Maßnahmen der vergangenen fünf Kalenderjahre (in der Zeit von 2019 bis 2023 gegenüber 2018) zu betrachten, die geeignet sind, den Ämterabstand zwischen vergleichbaren Besoldungsgruppen dauerhaft zu verringern. Dabei handelt es sich insbesondere um Sockel- oder Mindestbeträge, die in unteren Besoldungsgruppen regelmäßig eine prozentual höhere Besoldungssteigerung als in den höheren Besoldungsgruppen bewirken. Eine solche Maßnahme lag in dem genannten Zeitraum nicht vor und ist auch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Die Anhebung der Grundgehälter in den jeweils ersten drei belegten Erfahrungsstufen findet in allen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern der Besoldungsordnungen A und R statt, sodass sich diese nicht auf die relativen Abstände der Anfangsgrundgehälter auswirkt. In allen weiteren Erfahrungsstufen sowie in den Besoldungsgruppen mit festen Gehältern erfolgt keine lineare Anpassung, sodass sich auch zwischen den Endgrundgehältern und festen Gehältern keine Abstandsverringerungen ergeben. Eine Ausnahme bildet hierbei die Besoldungsgruppe W 1, die für die ihr zugeordneten Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren auch ein festes Gehalt ausweist. Mit der Juniorprofessur wird jüngeren Bewerberinnen und Bewerbern die Möglichkeit einer auf maximal sechs Jahre befristeten unabhängigen Tätigkeit in Forschung und Lehre an Hochschulen gegeben. Sie sind insoweit Nachwuchskräfte

im Professorenbereich und daher mit Nachwuchskräften zum Beispiel für den höheren Dienst vergleichbar, die sich in den ersten Erfahrungsstufen von Ämtern der Besoldungsordnung A befinden, die mit dem Gesetzentwurf angehoben werden sollen. Das feste Grundgehalt in der Besoldungsgruppe W 1 wird daher um 1 Prozent angehoben.

Abstandsverringerungen innerhalb einer Besoldungsgruppe, zu denen es aufgrund der drei-, zwei- bzw. einprozentigen Erhöhung der jeweils ersten drei Erfahrungsstufen in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A sowie in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 kommt, sind unbeachtlich. Das Abstandsgebot untersagt ausdrücklich die dauerhafte Einebnung des Abstands zwischen verschiedenen Besoldungsgruppen, nicht aber zwischen verschiedenen Erfahrungsstufen (vergleiche Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09, Rn. 89, BVerfGE 140, 240-316). In ebendieser Entscheidung schlägt das Bundesverfassungsgericht selbst eine Anhebung der Eingangsgehälter einer Besoldungsstufe verbunden mit einer geringeren prozentualen Steigerung in weiteren Erfahrungsstufen vor, um den Abstand zum Grundsicherungsniveau zu wahren. Auch hier sind nach dem Bundesverfassungsgericht die sich für höhere Besoldungsgruppen – nicht Erfahrungsstufen – möglicherweise aufgrund des Abstandsgebotes ergebenden Konsequenzen zu beachten. In der abgestuften Anhebung der jeweils belegten ersten drei Erfahrungsstufen liegt eine geänderte Einschätzung der möglichen Bandbreite des Besoldungsrahmens bei einzelnen Besoldungsgruppen. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seiner Entscheidung vom 15. Juli 1999 – 2 BvR 544/97, Randnummer 4, nach juris – eine Neukonzeption, bei der die Einkommen in den frühen Berufsjahren steigen, um eine Perspektive der Einkommensentwicklung gerade in den Jahren zu bieten, in denen der Leistungszuwachs und der persönliche Bedarf durch den Aufbau einer eigenen Existenz und die Familiengründung am höchsten sind, anerkannt. Es hat zugleich als sachlichen Grund anerkannt, wenn hierdurch das Gehaltssystem auch zur Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes beitragen soll.

Im selben Kontext wird auch die Gewährung höherer Familienzuschläge in unteren Besoldungsgruppen vom Bundesverfassungsgericht als eine mögliche Maßnahme zur Wahrung des Abstands zum Grundsicherungsniveau angesehen. Auswirkungen auf das interne Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen sind mit den Erhöhungsbeträgen für erste und zweite Kinder, die gemäß Anlage 10 zum Landesbesoldungsgesetz für die Besoldungsgruppen A 4 bis A 6 gewährt werden, nicht verbunden, da sich das Abstandsgebot nur auf die Grundgehälter bezieht. Gleichwohl werden die bisher geltenden Erhöhungsbeträge, die bisher sogar in den Besoldungsgruppen A7 und A 8 gewährt wurden, deutlich reduziert, um den Fokus der Besoldung wieder von den familienbezogenen zu den strukturellen Leistungen zu verschieben.

Eine nach dem Bundesverfassungsgericht beachtliche Verringerung des Abstands zwischen den vergleichbaren Besoldungsgruppen liegt somit nicht vor.

(2) Mindestabstand zum sozialhilferechtlichen Existenzminimum

Das in enger Anbindung zum Alimentationsprinzip stehende Abstandsgebot verpflichtet nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Besoldungsgesetzgeber dazu, die gewährte Besoldung mit einem ausreichenden Abstand zum sozialhilferechtlichen Existenzminimum zu bemessen. Hierfür muss die Nettoalimentation einer Beamtin oder eines Beamten mit Ehepartner oder Ehepartnerin und zwei Kindern mindestens 115 Prozent des sozialhilferechtlichen Existenzminimums für eine entsprechende Familie erreichen.

Hierbei zieht das Gericht die Leistungen für die Grundsicherung von Arbeitsuchenden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch heran. Dem liegt zugrunde, dass aufgrund ihrer besonderen Stellung zum Dienstherrn die Beamtinnen und Beamten für die Gewährleistung eines amtsangemessenen Unterhalts für sich und ihre Familie nicht auf die Beantragung von bedarfsdeckenden Sozialleistungen zur Ergänzung der Besoldung verwiesen werden dürfen. Jenseits dessen – mithin außerhalb des Beamtenverfassungsrechts – ist gesellschaftspolitisch

anerkannt, dass Beschäftigten mehr Einkommen zur Verfügung stehen sollte als Empfängerinnen und Empfängern von Sozialleistungen ohne Beschäftigung.

(a) Wechsel vom Alleinverdienst-Modell zum Hinzuverdienst-Modell

Anders als im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch wird im bisherigen Besoldungsrecht als Gesamtbedarf der Beamtenfamilie jedoch nicht das Einkommen der gesamten Familie herangezogen. Stattdessen geht das Bundesverfassungsgericht vom Alleinverdienst-Modell als einem Befund aus der Besoldungspraxis aus. Bezugsgröße war auch in Mecklenburg-Vorpommern bisher – siehe dazu zuletzt die Begründung des Regierungsentwurfs für ein Gesetz über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Landtagsdrucksache 8/1344, S. 37 ff. – die vierköpfige Alleinverdienerfamilie. Gleichzeitig hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 47, nach juris – auch deutlich gemacht, dass es sich bei der Alleinverdienst-Familie um kein Leitbild der Beamtenbesoldung handelt. Es bestehe insbesondere keine Verpflichtung, die Grundbesoldung so zu bemessen, dass Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter ihre Familie als Alleinverdienende unterhalten können.

Zwar versperrt die für den Kerngehalt der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums geltende Beachtungspflicht den Weg zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen durch den einfachen Gesetzgeber. Solange eine strukturelle Veränderung an den für Erscheinungsbild und Funktion des Berufsbeamtentums wesentlichen Regelungen nicht vorgenommen wird, steht Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes allerdings einer Weiterentwicklung des Beamtenrechts nicht entgegen. In der Pflicht zur "Berücksichtigung" ist vielmehr eine Entwicklungsoffenheit angelegt, die den Gesetzgeber in die Lage versetzt, die Ausgestaltung des Dienstrechts den jeweiligen Entwicklungen der Staatlichkeit anzupassen und das Beamtenrecht damit "in die Zeit" zu stellen (Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19. September 2007 – 2 BvF 3/02, Randnummer 51, nach juris).

Das Alleinverdienst-Modell ist sowohl in der Gesamtgesellschaft als auch innerhalb der Beamten- und Richterschaft nicht mehr der Regelfall, sondern die Ausnahme. Vorherrschend ist stattdessen die Hinzuverdienst-Familie mit einem freilich durchaus vielfältigem Mitverdienstanteil. Indem das Bundesverfassungsgericht herausgestellt hat, dass das Alleinverdienst-Modell sich (nur) aus der Besoldungspraxis ergibt, aber (gerade) kein Leitbild der Besoldung ist, wird es nicht von der institutionellen Garantie des Berufsbeamtentums erfasst. Daher kann der Gesetzgeber ausgehend von der allgemeinen Erwerbssituation und deren Entwicklung über die Zeit sehr wohl bei der Betrachtung des Mindestabstandsgebots die Hinzuverdienst-Familie als Bemessungsgrundlage für das einer „Beamtenfamilie“ zur Verfügung stehende Einkommen zugrunde legen.

Aus Erhebungen des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern für die Jahre 2005 bis 2020 lässt sich entnehmen, dass bei etwa 80 Prozent der Ehepaare beide Teile ein Einkommen beziehen. Grundlage sind die Auswertungen zu Bevölkerung, Haushalten und Familien in Mecklenburg-Vorpommern, Teil 2 – Familien. (<https://www.laiv-mv.de/Statistik/Zahlen-und-Fakten/Gesellschaft-&-Staat/Privathaushalte-&-Familien/>, Kennziffern für die Jahre 2005-2019: A153 2005 22, A153 2006 22, A153 2007 22, A153 2008 22, A153 2009 22, A153 2010 22, A153 2011 22, A153 2012 22, A153 2013 22, A153 2014 22, A153 2015 22, A153 2016 22, A153 2017 22, A153 2018 22, A153 2019 22; für das Jahr 2020: Statistisches Jahrbuch 2022, Kapitel 2). Aus den jeweiligen Tabellen zum Thema „Familien nach Familientyp, Beteiligung am Erwerbsleben sowie Zahl der ledigen Kinder“ ergibt sich die Anzahl der Ehepaare mit Kindern, in denen beide Eheleute erwerbstätig sind bzw. nur eine der beiden Personen ein Erwerbseinkommen bezieht. Aus diesen Daten lässt sich sodann die prozentuale Verteilung ermitteln.

Für Ehepaare mit Kindern – zunächst ohne Berücksichtigung der genauen Anzahl der Kinder – ergibt sich in den Jahren 2005 bis 2020 die folgende Entwicklung:

Ehepaare mit Kindern				
Jahr	Alleinverdienst	Mitverdienst	Anteil Alleinverdienst	Anteil Mitverdienst
	x 1000			
2005	47,0	96,3	32,8%	67,2%
2006	40,6	96,9	29,5%	70,5%
2007	39,6	92,5	30,0%	70,0%
2008	34,6	94,5	26,8%	73,2%
2009	30,9	90,0	25,6%	74,4%
2010	29,1	87,8	24,9%	75,1%
2011	24,8	86,4	22,3%	77,7%
2012	23,2	80,4	22,4%	77,6%
2013	29,0	75,7	27,7%	72,3%
2014	24,9	77,7	24,3%	75,7%
2015	23,5	72,0	24,6%	75,4%
2016	17,5	79,3	18,1%	81,9%
2017	19,0	76,3	19,9%	80,1%
2018	19,4	76,9	20,1%	79,9%
2019	20,0	76,7	20,7%	79,3%
2020	17,1	81,2	17,4%	82,6%

Auch für Ehepaare mit genau einem Kind bzw. zwei Kindern ergibt sich – wie im Folgenden dargestellt – kein anderes Bild:

Ehepaare mit einem Kind				
Jahr	Alleinverdienst	Mitverdienst	Anteil Alleinverdienst	Anteil Mitverdienst
	x 1000			
2005	26,5	52,5	33,5%	66,5%
2006	23,2	55,7	29,4%	70,6%
2007	22,9	55,5	29,2%	70,8%
2008	17,9	57,1	23,9%	76,1%
2009	18,2	52,3	25,8%	74,2%
2010	17,1	50,8	25,2%	74,8%
2011	14,7	49,6	22,9%	77,1%
2012	14,4	46,2	23,8%	76,2%
2013	16,5	41,8	28,3%	71,7%
2014	13,5	41,4	24,6%	75,4%
2015	12,6	36,5	25,7%	74,3%
2016	9,7	42,7	18,5%	81,5%
2017	12,0	38,4	23,8%	76,2%
2018	11,0	35,4	23,7%	76,3%
2019	9,3	37,6	19,8%	80,2%
2020	8,5	38,9	17,9%	82,1%

Ehepaare mit zwei Kindern				
Jahr	Alleinverdienst	Mitverdienst	Anteil Alleinverdienst	Anteil Mitverdienst
	x 1000			
2005	15,5	38,2	28,9%	71,1%
2006	13,7	35,7	27,7%	72,3%
2007	12,6	31,1	28,8%	71,2%

2008	13,2	32,5	28,9%	71,1%
2009	9,7	32,2	23,2%	76,8%
2010	8,7	31,8	21,5%	78,5%
2011	6,9	30,9	18,3%	81,7%
2012	5,8	28,9	16,7%	83,3%
2013	10,4	28,1	27,0%	73,0%
2014	8,2	30,3	21,3%	78,7%
2015	7,1	28,9	19,7%	80,3%
2016	5,7	30,6	15,7%	84,3%
2017*	-	-	-	-
2018	5,3	31,9	14,2%	85,8%
2019	7,4	29,1	20,3%	79,7%
2020*	-	-	-	-

*Für die Jahre 2017 und 2020 liegen in den statistischen Berichten keine Angaben vor, da die Zahlenwerte nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ sind

Es entspricht daher der Lebenswirklichkeit der weit überwiegenden Ehepaare, dass beide Teile durch eine Erwerbstätigkeit zum Familieneinkommen beitragen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die bisherige Orientierung am Alleinverdienst-Modell in der Besoldungspraxis als eine nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entsprechende Bezugsgröße dar.

Eine Berücksichtigung des Gesamteinkommens einer Beamtenfamilie würde dazu führen, dass auch die Einkünfte der Ehepartnerin beziehungsweise des Ehepartners berücksichtigt werden. Damit würde auch auf Wertungswidersprüche gegenüber der Grundsicherung für Arbeitsuchende als Grundlage für die Bemessung einer Mindestalimentation reagiert werden können. Denn die Gewährung von Grundsicherungsleistungen ist auch vom Einkommen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft – und zwar sogar im Rahmen einer Einzelfallprüfung – abhängig. Auch vor diesem Hintergrund ist es in Verbindung mit dem die gesellschaftliche Realität bestimmenden Hinzuverdienst-Modell nicht mehr zeitgemäß, an dem Alleinverdienst-Modell festzuhalten.

Mit diesem Gesetzentwurf soll daher im Rahmen der Prüfung des Mindestabstandsgebots vom Alleinverdienst-Modell auf das Hinzuverdienst-Modell umgestellt werden. Damit folgt Mecklenburg-Vorpommern der Rechtsentwicklung von Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Insbesondere ist festzustellen, dass im gesamten Bereich der Küstenländer der Wechsel zum Hinzuverdienst-Modell vollzogen ist.

Da die statistischen Erhebungen zur Höhe des zweiten Einkommens allerdings nicht aussagekräftig genug sind, wird für die weiteren Berechnungen auf das maximal mögliche monatliche Arbeitsentgelt für geringfügig Beschäftigte (Minijob) abgestellt, das derzeit bei 520 Euro liegt. Dies entspricht einem zu berücksichtigenden Jahreseinkommen der Ehepartnerin oder des Ehepartners in Höhe von 6.240 Euro.

Durch die Berücksichtigung des Einkommens einer Ehepartnerin beziehungsweise eines Ehepartners in Höhe eines Minijobs wird nach näherer Prüfung unter (bb) bereits in der ersten Erfahrungsstufe der unteren Besoldungsgruppe A 4 ein Einkommen der Beamtenfamilie erreicht, mit dem der Mindestabstand von 15 Prozent zum Grundsicherungsniveau für Arbeitsuchende erreicht wird. Schon allein aus Gründen der Vermeidung eines ausufernden Verwaltungsaufwands ist die Annahme eines Einkommens der Ehepartnerin beziehungsweise des Ehepartners in Höhe eines pauschal angenommenen Minijob-Einkommens vorzugswürdig. Dies entspricht auch dem vom Bundesverfassungsgericht anerkannten pauschalierenden Charakter der Besoldung. Der pauschal angenommene Mitverdienst auf dem niedrigen Niveau eines Minijob-Einkommens gewährleistet zugleich, dass ein Großteil der Familienkonstellationen erfasst wird. Zugleich bleibt es dem Gesetzgeber unbenommen, dass Hinzuverdienst-

Modell hinsichtlich der maßgeblichen Annahmen im Rahmen weiterer Erkenntnisse weiter zu entwickeln.

Notwendigkeit eines Familienergänzungszuschlags

Sofern im Einzelfall die Beamtin oder der Beamte tatsächlich die Familie allein unterhält beziehungsweise nur ein jährlicher Mitverdienst unterhalb von 6.240 Euro vorliegt, würde je nach Lage des Einzelfalls der Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht mehr eingehalten werden. Ob in solchen Konstellationen gleichwohl mit Blick auf den pauschalen Charakter der Besoldung das Mindestabstandsgebot gewahrt ist, erscheint wegen des im Besoldungsrecht neuen Hinzuverdienst-Modell zumindest offen. Daher wird mit einem neuen § 43a ein Familienergänzungszuschlag in das Landesbesoldungsgesetz aufgenommen.

(b) Einhaltung des Mindestabstands

Aus dem Mindestabstandsgebot ergibt sich, dass auch in den unteren Besoldungsgruppen die Dienstbezüge generell ausreichen müssen, um als Beamtin oder Beamter unter Berücksichtigung des Mitverdienstes den angemessenen Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie durchgängig aufzubringen. Eine Unterschreitung dieses Mindestabstands gegenüber dem sozialhilferechtlichen Grundsicherungsniveau widerspräche einer verfassungsgemäßen Ausgestaltung der Besoldung. In seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 – hat das Bundesverfassungsgericht die Vorgehensweise und den Rechenweg zur Ermittlung des sozialhilferechtlichen Existenzminimums präzisiert. Hierbei wurde insbesondere der bisherige Bezug auf den Existenzminimumbericht, der jährlich durch die Bundesregierung dem Bundestag vorgelegt wird, aufgegeben.

Änderungen haben sich hierdurch insbesondere bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft, den kindbezogenen Aufwendungen für Bildung und Teilhabe sowie der ergänzenden Berücksichtigung sogenannter „Sozialtarife“ ergeben. Bei den Letztgenannten handelt es sich um solche Preisnachlässe oder Kostenbefreiungen, die Familien oder einzelnen Mitgliedern dieser Familie, die auf Leistungen der Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch angewiesen sind, durch Institutionen der weitverstandenen Daseinsvorsorge (öffentlicher Nahverkehr, Museen, Theater, Opernhäuser, Schwimmbäder usw.) sowie durch die Befreiung von der Rundfunkgebühr eingeräumt werden.

Entsprechend diesen verfassungsgerichtlichen Vorgaben ist das sozialhilferechtliche Grundsicherungsniveau einer typisierten vierköpfigen Familie, die aus zwei erwachsenen Personen sowie zwei minderjährigen Kindern besteht – die sogenannte Referenzfamilie –, zu ermitteln. Deren Einkommenssituation bildet die Vergleichsgrundlage für den einzuhaltenden Mindestabstand zu dem einer Beamtenfamilie gleichen Zuschnitts zur Verfügung stehenden Nettoeinkommens.

(aa) Sozialhilferechtliches Grundsicherungsniveau

Ausgangsbasis des Abstandsvergleichs sind entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 – auf der Grundsicherungsseite:

- **Sozialhilferechtliche Regelsätze** nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für zwei Erwachsene in Paarhaushalten (Bundesverfassungsgericht a.a.O., Randnummer 54)
- **Nach Altersstufen gewichtete Regelsätze** nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für zwei Kinder (Bundesverfassungsgericht a.a.O., Randnummer 54)

- Von den Grundsicherungsbehörden tatsächlich anerkannte **Bedarfe für die Unterkunft und Heizung** in der Höhe, die in 95 Prozent der vierköpfigen Referenzfamilie entsprechenden Bedarfsgemeinschaften des jeweiligen Bundeslandes die anfallenden Kosten decken – das sogenannte 95 Prozent-Perzentil (Bundesverfassungsgericht a.a.O., Randnummer 59):

Für die veranschlagten laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung wird eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit herangezogen. Diese gibt Auskunft über die von den Grundsicherungsbehörden tatsächlich anerkannten Bedarfe für Unterkunft und Heizung in der Höhe, die in 95 Prozent der vierköpfigen Referenzfamilie entsprechenden Bedarfsgemeinschaften des jeweiligen Bundeslandes die anfallenden Kosten decken (sogenanntes 95 Prozent-Perzentil). Für das Berichtsjahr 2022 liegt das 95 Prozent-Perzentil für die laufenden Kosten für Unterkunft und Heizung einer Partner-Bedarfsgemeinschaft mit zwei Kindern bei 903 Euro. Für das Jahr 2023 wurde eine Steigerung dieses Betrages auf 975 Euro angenommen; dies entspricht einer Steigerung um etwa acht Prozent.

- Im Landesdurchschnitt berücksichtigte bzw. in Anspruch genommene **Bildungs- und Teilhabebedarfe für zwei Kinder** (Bundesverfassungsgericht a.a.O., Randnummer 64 und 67):

Für die Bedarfe für Bildung und Teilhabe sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidung vom 4. Mai 2020 –2 BvL 4/18, Randnummer 67) im Ausgangspunkt alle Bedarfe des § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch relevant. Nur wenn feststeht, dass bestimmte Bedarfe auf außergewöhnliche Lebenssituationen zugeschnitten sind und deshalb tatsächlich nur in Ausnahmefällen bewilligt werden, können sie außer Ansatz bleiben. Danach sind

- der persönliche Schulbedarf (§ 28 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch),
- die Aufwendungen für eintägige Schulausflüge (§ 28 Absatz 2 Nummer 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch),
- die Aufwendungen für mehrtägige Klassenfahrten (§ 28 Absatz 2 Nummer 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch),
- das Mittagessen in Gemeinschaftsverpflegung (§ 28 Absatz 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)
- sowie die Kosten der Teilhabe bei sozialen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten (§ 28 Absatz 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

dem Grunde nach zu berücksichtigen.

Die Bedarfe für Bildung und Teilhabe je Kind ergeben sich aus den jährlichen Ausgaben für Leistungen in diesem Bereich einerseits sowie aus der Anzahl der Leistungsberechtigten andererseits. Die Jahresausgaben für Leistungen im Bereich Bildung und Teilhabe werden vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern bereitgestellt. Die Daten zur Anzahl der Leistungsberechtigten mit festgestelltem Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach ausgewählten Merkmalen werden von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt.

Für das Jahr 2022 gestalten sich diese Daten wie folgt:

Bildung und Teilhabe	Jährliche Ausgaben	Leistungs-berechtigte
eintägige Kita- / Schulausflüge	51.761,33 €	8.988
mehrtägige Kita-/ Klassenfahrten	413.992,39 €	1.527
Persönlicher Schulbedarf	2.847.303,59 €	21.283
Schülerbeförderung	23.885,09 €	40

Bildung und Teilhabe	Jährliche Ausgaben	Leistungs-berechtigte
Lernförderung	781.405,98 €	673
Mittagsverpflegung in Kita, Kindertagespflege, Schüler in schulischer Verantwortung	7.378.594,11 €	19.343
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	349.946,29 €	14.447

Um einen realitätsgerechten Wert zu ermitteln, werden die sich daraus ergebenden Pro-Kopf-Kosten mit der Zahl derjenigen ins Verhältnis gesetzt, die den jeweiligen Bedarf auch tatsächlich geltend machen. Fallen bestimmte Bedarfe nur in bestimmten Altersstufen an, wie etwa der Schulbedarf oder Klassenfahrten, ist wie bei den Regelsätzen ein gewichteter Durchschnitt zu bilden. Diese Gewichtung ist beim Schulbedarf zu 12/18-teln (anfallend in 12 von 18 Jahren) sowie bei den Ausflügen und Klassenfahrten zu 15/18-teln (anfallend in 15 von 18 Jahren) erfolgt. Die Ausgaben für Mittagsverpflegung sowie die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben wurden vollständig, d.h. zu 18/18-teln berücksichtigt. Da in den betrachteten Jahren Bedarfe für Schülerbeförderung und Lernförderung nur in sehr geringem Umfang geltend gemacht wurden, wurden diese Bedarfe als auf außergewöhnliche Lebenssituationen zugeschnitten außer Betracht gelassen.

Es ergeben sich die folgenden Pro-Kopf-Kosten:

Bildung und Teilhabe	Gewichtung	Pro-Kopf-Kosten
eintägige Kita- / Schulausflüge	15 / 18	4,80 €
mehrtägige Kita-/ Klassenfahrten	15 / 18	225,93 €
Persönlicher Schulbedarf	12 / 18	89,19 €
Mittagsverpflegung in Kita, Kindertagespflege, Schüler in schulischer Verantwortung	18 / 18	381,46 €
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben	18 / 18	24,22 €
Summe jährlich		726 €
Summe monatlich		60,50 €

Für das Jahr 2023 werden aufgerundete jährliche Pro-Kopf-Kosten von 800 Euro (66,67 Euro monatlich) angenommen.

- Über alle vierköpfigen Bedarfsgemeinschaften im Durchschnitt in Anspruch genommene „**Sozialrabatte**“ (Bundesverfassungsgericht a.a.O., Randnummer 69):

Die den Grundsicherungsfamilien eingeräumten Sozialrabatte unterteilen sich in Rabatte, die der Familie in Gänze zukommen, sowie in solche, die einzelnen Familienmitglieder zustehen. Diese Rabatte sind ins Verhältnis mit der tatsächlichen Inanspruchnahme der rabattierten Leistungen zu setzen.

Familienbezogene Rabattierung:

Die Rundfunkgebührenbefreiung für Bürgergeldempfängerinnen und Bürgergeldempfänger und deren Bedarfsgemeinschaft führt zu einer Rabattierung in Höhe von 220,32 Euro jährlich. Hier ist von einer 100-Prozent-Quote bei der Inanspruchnahme auszugehen.

Erwachsenenbezogene Rabattierung:

Für die erwachsenenbezogenen Leistungen wurden bereits im Rahmen des Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 9. Dezember 2022 (GVOBl. M-V S. 597) die sich für die Hansestadt Rostock ergebenden Gebührenerlässe für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ermittelt. Diese erhalten bei Ausstellung des sogenannten „Warnowpass plus Sozialticket“ Gebührenerlässe in folgenden Einrichtungen der weitverstandenen Daseinsvorsorge, die als exemplarisches Mengengerüst der vierköpfigen Familie wie folgt angenommen wurden und der sich sodann ergebende Rabattbetrag je Erwachsener pro Jahr ermittelt wurde.

Rabattierte Leistung	Rabattierung pro Jahr
20 Einzelfahrten ÖPNV pro Monat	168,00 Euro
10 Schwimmbadbesuche im Jahr	33,00 Euro
2 Museumsbesuche im Jahr	6,00 Euro
2 Zoobesuche im Jahr	14,00 Euro
1 Theaterbesuch im Jahr	16,50 Euro
Gesamt	237,50 Euro
Aufgerundet auf	240,00 Euro

Das Verhältnis derjenigen, die für die Ausstellung des „Warnowpass plus Sozialticket“ berechtigt wären (durchschnittlich 12.385 Leistungsempfänger im Jahr 2021 gemäß Auswertung der Bundesagentur für Arbeit) und derjenigen, die sich den Pass tatsächlich haben ausstellen lassen (durchschnittlich 2.094 Leistungsempfänger im Jahr 2021 gemäß Auskunft der Hansestadt Rostock - Amt für Jugend, Soziales und Asyl - vom 10. Februar 2022) betrug 16,9 Prozent. Für 2022 wurde die Quote der Inanspruchnahme mit 20 Prozent etwas höher angenommen. Für das Jahr 2023 wird aufgrund des Endes der Corona-Pandemie mit einer erneut verstärkten Inanspruchnahme von nun 25 Prozent gerechnet; dies entspricht auch in etwa der Inanspruchnahme des Warnowpasses vor Beginn der Corona-Pandemie. Unter diesen Annahmen sind je erwachsener Person 60,00 Euro als Sozialrabatt anzunehmen.

Kindbezogene Rabattierung:

Für das oben genannte Mengengerüst ergibt sich auf der Grundsicherungsseite kein Rabattvorteil, da für alle Kinder im Alter von 1 bis 7 Jahren sowie für beschulte Kinder der für Bürgergeldempfängerinnen und Bürgergeldempfänger vorgesehene Rabatt in gleichem Umfang eingeräumt wird.

- Letztlich wird auch der mit dem Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlags und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23. Mai 2022 (BGBl I S. 760) eingeführte Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro pro Monat und Kind berücksichtigt.

Danach lässt sich für das Jahr 2023 Umfang und Höhe des Grundsicherungsbedarfs für Arbeitsuchende einer insgesamt vierköpfigen Familie (zwei Erwachsene, zwei minderjährige Kinder) wie folgt abschätzen:

Regelsätze	monatlich	jährlich
Regelsatz Ehepartner 1	451,00 €	5.412,00 €
Regelsatz Ehepartner 2	451,00 €	5.412,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 1	354,00 €	4.248,00 €
Gewichteter Regelsatz Kind 2	354,00 €	4.248,00 €
Summe		19.320,00 €
Unterkunft / Heizung	monatlich	jährlich
Laufende Kosten für Unterkunft und Heizung (95 Prozent-Perzentil)	975,00 €	11.700,00 €
Summe		11.700,00 €
Bildung und Teilhabe	monatlich	jährlich
Bildungs- und Teilhabebedarfe für Kind 1	66,67 €	800,00 €
Bildungs- und Teilhabebedarfe für Kind 2	66,67 €	800,00 €
Summe		1.600,00 €
Sozialtarife / Sozialrabatte	monatlich	jährlich
Rundfunkbeitrag	18,36 €	220,32 €
Rabatte für Ehepartner 1		60,00 €
Rabatte für Ehepartner 2		60,00 €
Summe		340,32 €
Sonstige Leistungen	monatlich	jährlich
Periodischer Sofortzuschlag für Kind 1	20,00 €	240,00 €
Periodischer Sofortzuschlag für Kind 2	20,00 €	240,00 €
Summe		480,00 €
Summe des verfügbaren Einkommen		33.440,32 €
davon 115 %		38.456,37 €

Der im Kalenderjahr zur Verfügung stehende Betrag der oben näher spezifizierten vierköpfigen Beamtenfamilie darf nach den vom Bundesverfassungsgericht benannten Kriterien folglich den Betrag von rund 38.457 Euro nicht unterschreiten, um den hinreichenden Abstand zum Grundsicherungsniveau für Arbeitsuchende zu wahren.

(bb) Verfügbares Nettoeinkommen von Beamtinnen und Beamten entsprechend der Referenzfamilie

Der Höhe des verfügbaren Nettoeinkommens der maßgeblichen Referenzfamilie in der Grundsicherung ist auf der Besoldungsseite jeweils die Summe der regelmäßigen monatlichen Bruttopbesoldung einschließlich der familienbezogenen Gehaltsbestandteile und der Sonderzahlungen abzüglich der steuerlichen Belastungen zuzüglich der Kindergeldzahlungen sowie abzüglich der aus dem Nettoeinkommen zu bestreitenden Kosten für eine unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Beihilfe abzuschließende private Kranken- und Pflegepflichtversicherung gegenüberzustellen. Entsprechend den verfassungsgerichtlichen Vorgaben werden hier die bundesweit durchschnittlich am Markt erhobenen Versicherungsbeiträge zugrunde gelegt.

Ausgangswert ist die Bruttopbesoldung in der ersten Erfahrungsstufe der mit A 4 niedrigsten Besoldungsgruppe einer verheirateten Beamtin oder eines verheirateten Beamten mit zwei Kindern, die sich zunächst aus dem Grundgehalt und dem Familienzuschlag zusammensetzt.

Nicht regelmäßig gezahlte Bezügebestandteile – bezogen auf Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich hierbei um die jeweils im Dezember des laufenden Jahres gewährte jährliche Sonderzahlung, die aus einem Grundbetrag und einem kindbezogenen Sonderzuschlag besteht – bilden einen weiteren Bestandteil des jährlichen Bruttoeinkommens.

Nach den aktuellen Angaben des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen vom 11. Juli 2023 haben die Kosten für eine beihilfekonforme Absicherung der Referenzfamilie in der privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherung in 2021 monatlich 595,68 Euro (542 Euro in der Krankenversicherung zuzüglich 53,68 Euro in der Pflegeversicherung) betragen. Für 2022 wurden die Aufwendungen durch den Verband vorläufig mit einem Betrag von 601,04 Euro (538 Euro in der Krankenversicherung zuzüglich 63,04 Euro in der Pflegeversicherung) beziffert. Als beihilfekonform stellen sich diejenigen Tarife dar, deren Leistungen den landesrechtlichen Beihilfavorschriften entsprechen, mithin keine gesonderten Wahlleistungen wie zum Beispiel die stationäre Unterbringung im Zweitbettzimmer oder Chefarztbehandlung, beinhalten. Zur Prognose der erwartbaren Aufwendungen für die private Kranken- und Pflegepflichtversicherung wurden die den Berechnungen zugrundeliegenden Beitragssätze um vier Prozent erhöht; damit liegt diese Prognose leicht über dem durchschnittlichen jährlichen Steigerungssatz der vergangenen 10 Jahre (3,17 Prozent). Die Beiträge der Krankenversicherung wurden hierbei – der Systematik des Verbandes der Privaten Krankenversicherung folgend – jeweils auf den nächsten vollen Euro geglättet.

Zum Gesamteinkommen tritt mit der Einführung des Hinzuverdienst-Modells ein pauschalierter Mitverdienst der Ehepartnerin oder des Ehepartners in Höhe des Arbeitsentgeltes für geringfügig Beschäftigte von derzeit jährlich 6.240 Euro hinzu.

Unter Berücksichtigung der mit diesem Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2023 erhöhten bzw. neu eingeführten Besoldungsbestandteile gestaltet sich das zur Verfügung stehende Einkommen der vierköpfigen Referenzfamilie im Jahr 2023 wie folgt:

Bruttoverdienst A 4, Stufe 1		
	monatlich	jährlich
Grundgehalt	2.376,36 €	28.516,32 €
Familienzuschlag St. 1	145,02 €	1.740,24 €
Familienzuschlag Kind 1	175,00 €	2.100,00 €
Familienzuschlag Kind 2	175,00 €	2.100,00 €
Erhöhung Familienzuschlag Kind 1	60,00 €	720,00 €
Erhöhung Familienzuschlag Kind 2	60,00 €	720,00 €
Sonderzahlung Grundbetrag		1.196,55 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 1		300,00 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 2		300,00 €
Jahresbruttobesoldung		37.693,11 €
Lohnsteuer¹		1.534,00 €
Netto		36.159,11

Private Kranken-/Pflegerversicherung	monatl.	jährl.
Priv. KV für zwei Erwachsene	483,00 €	5.796,00 €
Pflegerversicherung für zwei Erwachsene	65,56 €	786,72 €
PKV für zwei Kinder	78,00 €	936,00 €
Summe	626,56 €	7.518,72 €

Kindergeld	monatl.	jährl.
Kind 1	250,00 €	3.000,00 €
Kind 2	250,00 €	3.000,00 €
Summe	500,00 €	6.000,00 €

Einkommen Mitverdienerin / Mitverdiener (für Beschäftigte steuerfrei)	monatl.	jährl.
	520,00 €	6.240,00 €

Summe des verfügbaren Einkommens	40.880,39 €
115% SGB II (=Mindestbetrag)	38.456,37 €
Fehlbetrag	- €
Einkommen entspricht	122,25 %

¹ Gem. BMF-Steuerrechner für 2023, Steuerklasse 3, Kinderfreibeträge 2, keine Kirchensteuer, keine gesetzl. RV, PKV ohne Arbeitgeberzuschuss, Berücksichtigung des steuerlich sofort absetzbaren Anteils der Kranken- und Pflegeversicherung

Mit dem ermittelten Wert von 122,25 Prozent wird der erforderliche Abstand von 115 Prozent zum Grundsicherungsniveau eingehalten, ohne sich auf dieser Grenze zu bewegen. Dies gilt wegen der höheren Besoldung erst recht für die darüber liegenden Besoldungsgruppen. Eine Verletzung des Mindestabstandsgebots liegt damit nicht vor.

Für den Fall, dass abweichend vom Hinzuverdienst-Modell in der Beamtenfamilie kein Einkommen der Mitverdienerin oder des Mitverdieners im Umfang eines Minijobs vorliegt, sieht auch in diesen besonderen Fällen der im Landesbesoldungsgesetz neu eingefügte § 43a einen Familienergänzungszuschlag vor, um den Mindestabstand zur Grundsicherung für Arbeitssuchende einzuhalten.

cc) Zum fünften Parameter:

Im systemexternen Quervergleich der Jahresbezüge 2022 der einzelnen Besoldungsgruppen (Grundgehalt aus der Endstufe, gegebenenfalls allgemeine Stellenzulage oder Strukturzulage sowie Einmal- und Sonderzahlungen; ohne Amtszulagen, familienbezogene Besoldungsbestandteile oder sonstige Besoldungsbestandteile) ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Durchschnitt des Bundes und der anderen Länder folgendes Bild:

Die in Mecklenburg-Vorpommern gezahlten Bezüge liegen je nach Besoldungsgruppe in einem Korridor zwischen minus 1,33 Prozent (Besoldungsgruppe B 6) und minus 4,14 Prozent (Besoldungsgruppen A 4 und A 5) zum Besoldungsdurchschnitt des Bundes und der anderen Länder. Hierbei wird – über alle Zahlfälle betrachtet – im Durchschnitt ein Wert von minus 1,80 Prozent erreicht. Damit liegt die Besoldung in Mecklenburg-Vorpommern zwar unter dem Bund-Länder-Durchschnitt, wobei aber der vom Bundesverfassungsgericht erkannte Grenzwert von 10 Prozent bei weitem nicht erreicht wird.

Für das Jahr 2022 ergeben sich beispielhaft für die Besoldungsgruppen A 4, A 6, A 7, A 9, A 13, A 16, R 1 und R 2 folgende Jahresbruttobezüge des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zum jeweiligen Gesamtdurchschnitt des Bundes und der 15 anderen Länder:

Besoldungsgruppe	Mecklenburg-Vorpommern	Durchschnitt Bund und andere Länder	Abstand
A 4	32.163,19 €	33.553,83 €	-4,14%
A 6	35.200,04 €	36.337,78 €	-3,13%
A 7	37.816,77 €	38.667,68 €	-2,20%
A 9	44.494,41 €	45.146,31 €	-1,44%
A 13	66.892,59 €	68.020,16 €	-1,66%
A 16	91.487,23 €	93.000,09 €	-1,63%
R 1	84.260,96 €	85.689,91 €	-1,67%
R 2	91.874,27 €	93.407,91 €	-1,64%

Zwar haben die Länder Thüringen und Hessen für das Jahr 2023 bereits weitere strukturelle Besoldungsanpassungen vorgenommen, diese würden sich jedoch nicht signifikant auf den Besoldungsdurchschnitt des Bundes und der 15 anderen Länder und damit auf die Einhaltung des fünften Parameters auswirken.

dd) Ergebnis auf der ersten Prüfungsstufe

Im Ergebnis der Prüfung der Parameter 1 bis 5 einschließlich des Mindestabstands zum Grundsicherungsniveau für Arbeitsuchende ist ausschließlich beim dritten Parameter eine nennenswerte Abweichung in Höhe von minus 15,7 Prozent des Besoldungsindex gegenüber dem Nominallohnindex für Mecklenburg-Vorpommern festzustellen. Der Tarif- sowie der Verbraucherpreisindex werden zwar ebenfalls um 3,0 Prozent bzw. 3,2 Prozent unterschritten; beachtlich ist eine solche Unterschreitung jedoch erst ab fünf Prozent. Hieraus ergibt sich in der ersten Prüfungsstufe kein Indiz für eine verfassungswidrig ausgestaltete Bezahlung. Gleichwohl sind die Unterschreitungen auf einer zweiten Prüfungsstufe abzuwägen.

b) Zweite Prüfungsstufe – Gesamtabwägung

Die Heranziehung der volkswirtschaftlichen Parameter dient vor allem zunächst der Rationalisierung der verfassungsrechtlichen Prüfung. Mit dieser Prüfung darf es allerdings nicht sein Bewenden haben; die erste Stufe bereitet lediglich eine auf einer weiteren Prüfungsstufe stets gebotene Gesamtabwägung aller alimentationsrelevanten Aspekte vor. Auf der zweiten Prüfungsstufe sind somit die Ergebnisse der ersten Prüfungsstufe mit den weiteren alimentationsrelevanten Kriterien im Rahmen der Gesamtabwägung zusammenzuführen (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 28, nach juris).

Dabei sind zunächst die Feststellungen der ersten Prüfungsstufe – und zwar insbesondere das Ausmaß der Über- und Unterschreitungen der Schwellenwerte – im Wege einer Gesamtbetrachtung zu würdigen und etwaige Verzerrungen – insbesondere durch genauere Berechnungen – zu kompensieren. Den fünf Parametern der ersten Prüfungsstufe kommt für die Gesamtabwägung eine Steuerungsfunktion hinsichtlich der Prüfungsrichtung und -tiefe zu: Sind mindestens drei Parameter der ersten Prüfungsstufe erfüllt, besteht die Vermutung einer der angemessenen Beteiligung an der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des Lebensstandards nicht genügenden und damit verfassungswidrigen Unteralimentation. Dies kann im Rahmen der Gesamtabwägung sowohl widerlegt als auch erhärtet werden. Sind ein oder zwei Parameter erfüllt, müssen die Ergebnisse der ersten Stufe, insbesondere das Maß der Über- beziehungsweise Unterschreitung der Parameter, zusammen mit den auf der zweiten Stufe ausgewerteten alimentationsrelevanten Kriterien im Rahmen der Gesamtabwägung eingehend gewürdigt werden (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 85, nach juris).

aa) Zur Bedeutung des Nominallohnindex

Hinsichtlich der Bewertung des Ausmaßes der Über- und Unterschreitung der Schwellenwerte der Parameter ist zu beachten, dass die in den Parametern abgebildeten Entwicklungen nicht unabhängig nebeneinanderstehen, sondern sich gegenseitig beeinflussen und in unterschiedlicher Weise Einfluss auf die Tarif- und Besoldungsanpassungen haben. Deutlich wird dies unter anderem bei der Prüfung des Nominallohnindex.

Nach Einführung des Berufsbeamtentums in Mecklenburg-Vorpommern mit der Herstellung der Deutschen Einheit bestanden zunächst zwei Besoldungsniveaus, und zwar das Besoldungsniveau „West“ entsprechend der Besoldungsentwicklung im bisherigen Bundesgebiet auf der Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes und das schließlich mit der Zweiten Besoldungsübergangsverordnung abgesenkte Besoldungsniveau „Ost“. So haben 1991 die „Ost-bezüge“ lediglich 60 Prozent des „West-Niveaus“ betragen, ehe sie nach allmählichen Anpassungsschritten in 2008 (für die unteren Besoldungsgruppen bis A 9) beziehungsweise 2010 (ab Besoldungsgruppe A 10) das „West-Niveau“ erreicht haben. Insoweit konnte für Mecklenburg-Vorpommern auch eine unterschiedliche Entwicklung beim Besoldungsindex aufgezeichnet werden (vergleiche dazu beispielhaft die Begründung des Regierungsentwurfs für ein Gesetz über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2022 und zur Änderung weiter besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Landtagsdrucksache 8/1344, S. 34 f.). Der Besoldungsindex „Ost“ entwickelte sich im Zuge der Anpassungsschritte an das „West-Niveau“ naturgemäß stärker als der Besoldungsindex „West“. Da in den Besoldungsgruppen bis einschließlich A 9 das „West-Niveau“ 2008 erreicht worden ist, bestehen in diesem Bereich ab dem Jahr 2023 mit 2008 als Basisjahr in dem zu betrachtenden Prüfungszeitraum von 15 Jahren erstmals keine Unterschiede mehr zwischen einem Besoldungsindex „Ost“ und einem Besoldungsindex „West“, so dass von einem einheitlichen Besoldungsindex für Mecklenburg-Vorpommern ausgegangen werden kann. Im Bereich der Besoldungsgruppen ab A 10 aufwärts wird diese Entwicklung ausgehend von der Angleichung an das „West-Niveau“ zum 1. Januar 2010 im Jahr 2025 erreicht.

Während im Bereich der Besoldung das „West-Niveau“ spätestens im Jahr 2010 erreicht worden ist, ist im Bereich der Bruttolöhne und –gehälter in der gesamten Volkswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern der Aufholprozess zum gesamtdeutschen Durchschnitt und erst recht zum Durchschnitt der bisherigen Bundesländer bei weitem noch nicht abgeschlossen, ohne dass sich dies aus dem Nominallohnindex für Mecklenburg-Vorpommern ergibt. Insoweit bedarf es einer Betrachtung, die über einen einfachen Vergleich der landesspezifischen Indexwerte hinausgeht.

Die nachfolgende Statistik zeigt, dass der Nominallohnindex eines neuen Bundeslandes wie Mecklenburg-Vorpommern durch Aufholprozesse an das Bundesniveau größere prozentuale Zuwächse aufweist, ohne dass aber der Bundesdurchschnitt auch nur annähernd erreicht wird:

Jahr	BW	BY	BLN	BB	HB	HH	HE	M-V	NDS	NRW	RPf	SAR	SN	ST	SH	TH	DL	DL West mit BLN	DL West ohne BLN	DL Ost mit BLN	DL Ost ohne BLN
2003	108,3	105,1	98,3	79,0	102,4	115,1	112,9	74,7	95,1	103,9	98,4	98,3	78,2	74,0	93,5	75,6	100	104,1	104,4	81,3	76,7
2004	108,3	105,3	98,5	79,0	102,4	115,1	112,7	74,7	94,6	104,2	98,1	98,2	78,2	74,2	92,9	75,9	100	104,1	104,4	81,4	76,8
2005	108,3	105,0	98,8	80,1	103,4	116,0	112,6	75,7	93,8	103,9	97,7	98,7	78,5	75,0	92,3	76,4	100	103,9	104,2	82,0	77,4
2006	109,0	104,9	98,3	80,3	104,6	115,5	113,7	75,3	94,6	102,9	97,2	98,6	79,1	75,4	90,9	76,7	100	103,9	104,1	82,1	77,7
2007	109,4	105,7	97,6	80,1	103,8	115,6	114,9	75,4	93,9	102,4	96,8	98,6	78,8	74,8	90,9	76,3	100	103,9	104,2	81,8	77,5
2008	108,9	106,0	97,3	80,4	104,0	115,1	115,4	75,2	93,4	102,5	96,4	96,6	79,3	75,3	90,5	76,4	100	103,9	104,2	81,9	77,7
2009	107,4	105,2	97,7	81,5	104,5	115,7	115,0	76,5	94,2	102,9	97,0	95,3	80,2	77,0	91,2	77,0	100	103,7	104,0	83,0	78,8
2010	108,4	105,6	97,7	81,5	104,0	114,3	114,1	76,4	94,0	102,7	96,2	96,6	80,4	77,4	90,5	76,8	100	103,6	103,9	83,0	78,9
2011	109,1	105,8	97,3	81,3	103,8	113,8	113,9	76,4	94,1	102,5	95,7	96,3	80,0	77,3	89,9	76,5	100	103,6	104,0	82,8	78,7
2012	109,5	106,0	96,1	80,5	102,9	113,8	113,0	77,1	93,8	102,6	95,4	95,5	80,1	77,9	89,6	77,1	100	103,6	104,0	82,7	78,9
2013	109,6	106,1	95,7	81,2	104,5	115,0	113,0	76,9	93,8	101,8	96,4	96,2	80,4	77,8	89,4	77,5	100	103,5	103,9	82,9	79,1
2014	108,9	106,1	95,5	81,2	103,8	114,7	112,6	77,1	94,1	102,3	96,1	95,4	80,5	78,5	88,7	78,3	100	103,4	103,8	83,2	79,4
2015	109,0	106,3	96,1	82,1	103,5	114,7	112,3	78,2	93,9	101,5	96,0	94,5	81,6	79,1	88,3	79,1	100	103,2	103,6	84,1	80,4
2016	109,0	106,5	96,7	82,2	103,6	114,8	112,0	78,9	93,6	101,2	95,7	94,3	82,2	79,4	88,1	79,3	100	103,1	103,5	84,6	80,8
2017	109,1	106,7	97,5	82,7	103,7	114,2	111,7	79,1	93,4	100,7	95,5	94,1	82,6	79,9	88,0	80,2	100	103,0	103,3	85,2	81,3
2018	108,6	106,0	98,6	82,7	102,5	114,1	111,6	79,5	93,9	100,9	95,2	94,2	82,9	80,2	88,5	80,3	100	103,0	103,2	85,8	81,5
2019	108,1	106,1	100,1	83,2	101,5	114,5	111,3	80,4	93,8	100,6	94,8	93,1	83,7	80,5	88,5	80,6	100	102,8	103,0	86,7	82,1
2020	106,7	105,8	102,2	84,8	100,6	113,9	110,9	81,7	93,8	100,6	95,2	92,4	84,8	82,3	89,2	81,4	100	102,6	102,6	88,2	83,4
2021	107,1	105,9	104,4	84,8	100,1	114,6	111,0	81,5	93,1	100,2	94,7	92,1	84,8	82,3	88,9	81,7	100	102,6	102,5	88,8	83,4
2022	105,7	106,0	106,4	85,7	99,8	116,8	110,9	83,2	92,2	99,7	95,1	91,6	85,9	83,3	89,3	83,3	100	102,4	102,2	90,4	84,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (Stand August 2022 / Februar 2023), Punkt 7 „Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (Inlandskonzept) jeweils ohne marginal Beschäftigte“, <https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/publikationen>

Hieraus wird deutlich, dass die allgemeine Lohnhöhe in den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) trotz einer erkennbaren Entwicklung weiterhin deutlich hinter der bundesweiten Lohnhöhe (Faktor 100) zurückbleibt. Hierbei nimmt Mecklenburg-Vorpommern unter den ostdeutschen Bundesländern mit einer Höhe von 83,2 Prozent, gemessen am bundesweiten Durchschnitt, im Jahr 2022 den letzten Platz ein. Diese tatsächliche, unterdurchschnittliche Entwicklung der Einkommenshöhe spiegelt sich im Nominallohnindex nicht wieder, der lediglich die Veränderungen in Prozent bei der Einkommensentwicklung innerhalb des jeweiligen Bundeslandes abbildet.

Vergleicht man die Entwicklung der allgemeinen Lohnhöhe in Mecklenburg-Vorpommern mit der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, gemessen am ebenfalls bundesweiten Durchschnitt innerhalb des öffentlichen Dienstes, ist unter Rückgriff auf den zuvor unter a)-cc) dargestellten systemexternen Quervergleich (fünfter Parameter) festzustellen, dass das Besoldungsniveau in Mecklenburg-Vorpommern um maximal 4,14 Prozent – und zwar in den Besoldungsgruppen A 4 und A 5 – hinter dem Durchschnitt vom Bund und den anderen Ländern zurückbleibt, während in der Besoldungsgruppe A 9 das Besoldungsniveau lediglich um 1,44 Prozent zurückbleibt und damit im verdichteten Mittelfeld (1,5 Prozent Abweichung gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt) liegt. Bei der Einkommensentwicklung im Tarifbereich ist aufgrund eines für alle Länder außer Hessen gleichermaßen geltenden Tarifvertrags sogar eine einheitliche Entgelthöhe im Bereich von 15 Ländern festzustellen. Insoweit ergibt sich bei bloßer Betrachtung des Nominallohnindex gegenüber dem Besoldungsindex ein nur relatives Bild, das sich bei der systemexternen Betrachtung der bundesweiten Besoldungsentwicklung und der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst gerade nicht bestätigt.

Im Rahmen der Verhandlungen der Tarifparteien des öffentlichen Dienstes über einen Tarifabschluss nehmen die Parteien auch die allgemeine Entwicklung der Löhne aller Branchen in den Blick. Deren Entwicklung hat damit mittelbar Auswirkungen auf das Tarifergebnis. Dabei finden landesspezifische Besonderheiten keine oder kaum Berücksichtigung, da beim Abschluss der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die übergreifende Entwicklung in allen Bundesländern von Bedeutung ist. Die Besoldungsgesetzgeber haben sich bereits in der Vergangenheit im Wesentlichen an den Tarifergebnissen orientiert. Daher ist eine maßgebliche Abweichung der Besoldungsentwicklung nach oben gegenüber der Tarifentwicklung, um damit auf eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt abweichende landesspezifische Entwicklung des Nominallohnindex als relative Bezugsgröße zu reagieren, zwischen dem Arbeitnehmerbereich und dem Beamtenbereich kaum zu vermitteln.

bb) Zur Unterschreitung des Tarif- und Verbraucherpreisindex

Ursächlich für die Unterschreitung des Tarifindex sind im Wesentlichen die auf Grundlage des bisherigen § 18 des Landesbesoldungsgesetzes beziehungsweise des § 14a des Bundesbesoldungsüberleitungsfassungsgesetzes bis zum 30. November 2022 von vornherein um 0,2 Prozentpunkte niedriger festgesetzten regelmäßigen Besoldungsanpassungen; der Unterschiedsbetrag war der Versorgungsrücklage zuzuführen. Erstmals wurde die letzte regelmäßige Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022 im Rahmen der Übertragung des Tarifergebnisses zum TV-L unvermindert in Höhe von 2,8 Prozent festgesetzt. Aufgrund des vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebenen Betrachtungszeitraum von 15 Jahren lag zuletzt eine Unterschreitung des Tarifindex um 3,0 Prozent vor. Mit dem Auslaufen der genannten Regelung sowie einer zeit- und systemgerechten Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung wird sich dieser Abstand schrittweise schließen.

Auch die Unterschreitung des Verbraucherpreisindex lässt in der Gesamtschau keine verfassungswidrige Unteralimentation erkennen. Während in den vergangenen Jahren der Besoldungsindex stets oberhalb des Verbraucherpreisindex lag, konnte dieser Zustand aufgrund der zuletzt hohen Inflation zwar nicht mehr gehalten werden. Allerdings haben die Tarifvertragsparteien zum TV-L am 9. Dezember 2023 unter anderem einen Tarifvertrag über Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise (TV Inflationsausgleich) geschlossen, der für das Jahr 2023 eine Einmalzahlung in Höhe von 1.800 Euro vorsieht. Die

Koalitionsvereinbarung von SPD und DIE LINKE für die achte Legislaturperiode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern sieht in Ziffer 29 die zeit- und systemgerechte Übertragung der Tarifiergebnisse zum TV-L auf Besoldung und Versorgung vor. Bei der einmaligen Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 1.800 Euro handelt es sich um einen steuerfreien Arbeitgeberzuschuss nach § 3 Nummer 11c des Einkommensteuergesetzes 2023, der damit in voller Höhe zur Auszahlung kommt. Die Höhe entspricht zum Beispiel in der Besoldungsgruppe A 16 noch einem Anteil an der Jahresbruttobesoldung in Höhe von 2 Prozent und würde bei einer Netto-zu-Netto-Betrachtung noch darüber liegen. Insoweit soll rückwirkend für das Jahr 2023 ein spürbarer Ausgleich für die gestiegenen Verbraucherpreise geschaffen werden.

cc) Weitere alimentationsrelevante Kriterien:

Zu diesen weiteren Kriterien zählen neben der Sicherung der Attraktivität des Beamtenverhältnisses für überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte, der Wahrung des Ansehens des Amtes in den Augen der Gesellschaft sowie der Würdigung der von der Amtsinhaberin oder von dem Amtsinhaber geforderten Ausbildung und Beanspruchung vor allem die besondere Qualität der Tätigkeit und Verantwortung der Beamtinnen und Beamten, die Berücksichtigung von Entwicklungen im Bereich der Beihilfe und der Versorgung sowie der Vergleich der Besoldung mit den durchschnittlichen Bruttoverdiensten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit vergleichbarer Qualifikation und Verantwortung.

(1) Beihilfe

Im Bereich der Beihilfeleistungen wird weiterhin auf Grundlage von § 80 Absatz 7 des Landesbeamtengesetzes der Leistungskatalog der Bundesbeihilfeverordnung in der jeweiligen Fassung angewandt, der gegenüber den Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung teilweise weitergehende Leistungen vorsieht und in keinem Bereich wesentlich dahinter zurückbleibt. Ausgenommen sind nach § 80 Absatz 4 des Landesbeamtengesetzes lediglich Wahlleistungen.

Mit Inkrafttreten der Achten Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 24. Juli 2018 wurden unter anderem die Höchstbeträge für weit verbreitete Behandlungen wie Inhalation, Krankengymnastik, Massagen, Bäder, Logopädie und Podologie ab 31. Juli 2018 und 1. Januar 2019 deutlich angehoben. Die Neunte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 1. Dezember 2020 trat zum 1. Januar 2021 in Kraft. Sie enthält neben weiteren Verbesserungen eine Erhöhung der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen und Ehegatten von 17.000 Euro auf 20.000 Euro, die Erhöhung des Beihilfebemessungssatzes für beihilfeberechtigte Personen in Elternzeit auf 70 Prozent sowie die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für Sehhilfen ohne einschränkende Voraussetzungen für Personen ab dem 18. Lebensjahr. Höchstbeträge im Leistungsverzeichnis für Heilbehandlungen sind zum 1. Januar 2022 und für Ergotherapie zum 1. Juli 2022 erhöht worden.

Es ist nicht feststellbar, dass die nicht von der Beihilfe ausgeglichenen Belastungen einen solchen Umfang erreichen, dass der angemessene Lebensunterhalt der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter nicht mehr gewährleistet ist.

(2) Versorgung

Weiterhin ist im Rahmen der zweiten Prüfungsstufe auch die Entwicklung im Versorgungsrecht sowie ihre Folgen für die laufende Alimentation bereits in der aktiven Phase des Beamten- oder Richterverhältnisses zu würdigen.

Im Bereich der Beamtenversorgung ist – wie in jedem anderen Land und wie beim Bund auch – durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3926) in den Jahren 2003 bis 2012 das Höchstruhegehalt von 75 Prozent auf 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge abgesenkt worden. Das Bundesverfassungsgericht ist in seinem Urteil vom 5. Mai 2015 – 2 BvL 17/09 und andere – und seinem Beschluss vom 17. November

2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 134 – nicht grundsätzlich von seiner Entscheidung vom 27. September 2005 – 2 BvR 1387/02 – abgewichen, wonach die Einschnitte bei der Beamtenversorgung einzeln verfassungsrechtlich unbedenklich sind. In dem genannten Beschluss wurden weder hinsichtlich der Besoldung in Sachsen noch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Folgerungen für die zu prüfende Besoldung gezogen. Daraus folgt, dass aus der maßgeblichen Sicht des Bundesverfassungsgerichts die Absenkung des Höchststruhegehalts von 75 Prozent auf 71,75 Prozent der Ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und die dadurch notwendig gewordene Eigenvorsorge während der Dienstzeit zum späteren Ausgleich der Versorgungskürzungen keine zu quantifizierenden Auswirkungen auf die Auskömmlichkeit der Besoldung während der Arbeitsphase haben.

(3) Vergleich mit dem Gehaltsniveau Gleichqualifizierter außerhalb des öffentlichen Dienstes

Die Amtsangemessenheit der Alimentation muss sich, um ihre qualitätssichernde Funktion zu erfüllen, auch durch ihr Verhältnis zu den Einkommen bestimmen, die für vergleichbare und auf der Grundlage vergleichbarer Ausbildung erbrachte Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes erzielt werden (Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 5. Mai 2015 – 2 BvL 17/09 und andere, Randnummer 124; Beschluss vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 107; Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 und andere, Randnummer 89). Ob die Alimentation einem Amt, das für überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte attraktiv sein soll, angemessen ist, zeigt auch ein Vergleich der Besoldungshöhe mit den durchschnittlichen Bruttoverdiensten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit vergleichbarer Qualifikation und Verantwortung in der Privatwirtschaft, wobei die Besonderheiten des Status und des beamtenrechtlichen Besoldungs- und Versorgungssystems nicht außer Acht gelassen werden dürfen. In seinen Prüfungen zieht das Bundesverfassungsgericht die Einteilung nach Leistungsgruppen im Rahmen der Verdienststrukturerhebung der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes heran (Beschluss vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 136). Da diese Verdienststrukturerhebung nur alle vier Jahre durchgeführt wird, wird auf die jährlichen Verdiensterhebungen des Statistischen Landesamtes zurückgegriffen.

Die Statistischen Ämter gehen dabei von fünf Leistungsgruppen aus:

➤ Leistungsgruppe 1:

Darunter fallen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu zählen zum Beispiel auch angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest noch teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind ferner alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (etwa Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter) und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel werden die Fachkenntnisse durch ein Hochschulstudium erworben. Die Tätigkeiten werden selbstständig ausgeführt.

➤ Leistungsgruppe 2:

Dazu zählen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbstständig ausgeführt. Dazu gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (etwa Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

➤ Leistungsgruppe 3:

Hierzu gehören Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

➤ Leistungsgruppe 4:

Darunter fallen angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten werden in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren erworben.

➤ Leistungsgruppe 5:

Dazu zählen ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen von bis zu drei Monaten vermittelt werden.

Eine Zuordnung der Besoldungsgruppen zu diesen Leistungsgruppen ist nicht in jedem Fall eindeutig möglich. Es ist jedoch sachgerecht, die Besoldungsgruppen A 13 und höher sowie die Ämter der Besoldungsordnungen B, R, W und C der Leistungsgruppe 1 zuzuordnen. Für den Zugang ist regelmäßig ein Hochschulstudium erforderlich. Des Weiteren sind regelmäßig Führungsaufgaben wahrzunehmen und selbstständige Tätigkeiten auszuführen.

Die Besoldungsgruppen A 9 bis A 13 sind der Leistungsgruppe 2 zuzuordnen. Mit der Wahrnehmung dieser Ämter können – wenn auch nicht regelmäßig – Leitungen von Arbeitseinheiten (zum Beispiel Sachgebietsleitungen in den Finanzämtern) verbunden sein. Für den Zugang ist regelmäßig eine bestandene Prüfung nach Durchführung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich. Die Beförderungsämt ab Besoldungsgruppe A 10 können erst durch den Nachweis von Fachkenntnissen und mehrjähriger Berufserfahrung erreicht werden.

Die Besoldungsgruppen A 6 bis A 9 sind der Leistungsgruppe 3 zuzuordnen. Ohne Berufsabschluss ist kein Zugang zum Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 6 und ohne mehrjährige Berufserfahrung kein Erreichen der Beförderungsämt möglich. Die damit verbundenen Tätigkeiten erfordern in der jeweiligen Laufbahn spezielle Kenntnisse.

Die Besoldungsgruppen A 4 bis A 6 sind der Leistungsgruppe 4 zuzuordnen. Hinsichtlich der Leistungsgruppe 4 ist das Ergebnis zwar nicht eindeutig, weil für den Zugang zu einem Amt der Laufbahngruppe 1 stets eine berufliche Ausbildung und ein Vorbereitungsdienst erforderlich sind. Hinsichtlich der Tätigkeiten im Justizwachtmeisterdienst (die einzige Laufbahn mit Ämtern unterhalb der Besoldungsgruppe A 6) und dem Erfordernis von besonderen Kenntnissen und Fertigkeiten zur Erledigung dieser Tätigkeiten ist die Definition jedoch zutreffend.

Ämter, welche von den Anforderungen her mit der Leistungsgruppe 5 vergleichbar sind, gibt es im Beamtenbereich nicht.

Das Statistische Amt Mecklenburg-Vorpommern hat für das Jahr 2021 in seinem Statistischen Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern (N I - j)“ folgende monatliche Durchschnittsverdienste veröffentlicht, wobei das gesamte produzierende Gewerbe und der Dienstleistungsbereich enthalten sind:

2021	Leistungsgruppe 1	Leistungsgruppe 2	Leistungsgruppe 3	Leistungsgruppe 4
	6.085,00 €	4.122,00 €	2.834,00 €	2.359,00 €

Hierbei sind die Bruttoverdienste ohne Sonderzahlungen herangezogen worden, da hierunter nicht nur die jährliche Sonderzahlung, sondern auch Urlaubsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen fallen (vergleiche den oben genannten Statistischen Bericht, Seite 6). Demgegenüber wäre auf der Besoldungsseite nur die jährliche Sonderzahlung zu berücksichtigen. Zur Vermeidung von Verzerrungen in den Werten wurde daher auf die Bruttowerte jeweils ohne die Sonderzahlung abgestellt.

Diese Durchschnittsverdienste werden mit den Grundgehaltssätzen und – für die Besoldungsgruppen A 6 bis A 13 – der Strukturzulage nach § 45 des Landesbesoldungsgesetzes in der Höhe, die sie durch das Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 (GVObI. M-V S. 600) erreicht haben, verglichen. Dabei bleiben regelmäßige Besoldungsbestandteile wie der Familienzuschlag außer Betracht. Auf dieser Grundlage wurde verglichen, in welcher Besoldungsgruppe und in welcher Erfahrungsstufe die oben genannten Durchschnittswerte in den vergleichbaren Besoldungsgruppen erreicht wurden.

Ein Vergleich der mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 Mecklenburg-Vorpommern zum 1. Dezember 2022 erreichten Besoldungshöhe mit den durchschnittlichen Monatsverdiensten in den Leistungsgruppen 1 bis 4 im Jahr 2022 ist nicht möglich, da für das Jahr 2022 noch kein entsprechender Statistischer Bericht vorliegt. Insoweit wurden weiterhin die Werte für das Jahr 2021 herangezogen.

(a) Zur Leistungsgruppe 1 - Höherer Dienst (Besoldungsgruppen A 13 - A 16, Besoldungsordnung B, Besoldungsordnung R, Besoldungsordnung W)

Bruttoverdienste in Euro				
Durchschnitt Leistungsgruppe 1	Besoldungsgruppen	Bruttoverdienst mindestens	Bruttoverdienst maximal	Leistungsgruppe erreicht ab
6.085,00	A 13* bis A 16	4.222,38	7.419,86	A 15 Stufe 9 A 16 Stufe 7
	B 1 bis B 11	6.661,41	14.568,39	B 1
	R 1 bis R 10	4.411,99	14.005,10	R 1 Stufe 10 R 2 Stufe 7
	W 1 bis W 3**	4.639,30	7.009,73	W 3

* A 13 inkl. Strukturzulage

** ohne Leistungsbezüge

Daraus ergibt sich für den Vergleich der Besoldung von Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes mit den relevanten Durchschnittseinkünften der Leistungsgruppe 1 im Jahr 2021, dass die Besoldung die Höhe des Durchschnittsverdienstes bereits acht Jahre vor Erreichen der Endstufe des zweiten Beförderungsamtes im höheren Dienst in der Besoldungsgruppe A 15 erreicht wird. In der darunterliegenden Besoldungsgruppe A 14 als dem ersten Beförderungsamt, in der das Endgrundgehalt 5.900,52 Euro (Stufe 12) beträgt, wird der Durchschnitt der Leistungsstufe 1 nur um 184,48 Euro unterschritten. Im Bereich der Professorinnen und Professoren in der Besoldungsgruppe W 2 lag das Grundgehalt im Jahr 2021 mit 6.013,53 Euro um 71,47 Euro unter dem Durchschnitt

der Leistungsgruppe 1; im Regelfall wird die Besoldung unter Berücksichtigung der individuell gewährten Leistungsbezüge diesen Durchschnitt jedoch übertreffen. Bei den Richterinnen und Richtern wurde der Durchschnittsverdienst des Jahres 2021 in der Stufe 10 und damit spätestens nach einer 16-jährigen Tätigkeit erreicht.

Soweit das Erreichen des jeweiligen Durchschnittsverdienstes eine gewisse berufliche Erfahrung voraussetzt, die in der Regel nach einer bestimmten Anzahl von Dienstjahren erlangt wird und von Beförderungen beziehungsweise der Gewährung von Leistungsbezügen in Professorenämtern der Besoldungsordnung W abhängt, ergeben sich keine grundlegenden Unterschiede für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Durchschnittsverdienste erzielen auch diese Beschäftigten in der Regel nicht schon zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn, sondern ebenfalls erst nach einer gewissen Anzahl von Arbeitsjahren sowie Erbringung bestimmter beruflicher Leistungen.

Bei der Bewertung der Daten ist ergänzend zu beachten, dass das Bundesverfassungsgericht in den Entscheidungen zur amtsangemessenen Alimentation daran festgehalten hat, dass die Bruttobezüge der aktiven Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter von vornherein – unter Berücksichtigung der künftigen Pensionsansprüche – niedriger festgesetzt sind, weil die Beamten- und Richterschaft ihre Altersversorgung und die der Hinterbliebenen nicht selbst zu veranlassen hat (zuletzt Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 91). Würde man unter Berücksichtigung der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung, die 2021 in den neuen Bundesländern bei 6.700 Euro im Monat lag, einen fiktiven Betrag in Höhe des Arbeitnehmeranteils zur gesetzlichen Rentenversicherung (50 Prozent des Beitragssatzes von 18,6 Prozent, mithin 9,3 Prozent) den Bruttoverdiensten der Beamten- und Richterschaft zuschlagen, würden sich diese Bruttoverdienste gegenüber dem Durchschnitt der Leistungsgruppe 1 um jeweils mehrere hundert Euro nach oben entwickeln.

(b) Zur Leistungsgruppe 2 - Gehobener Dienst (Besoldungsgruppen A 9 - A 13, inkl. Strukturzulage)

Bruttoverdienste in Euro				
Durchschnitt Leistungsgruppe 2	Besoldungsgruppen	Bruttoverdienst mindestens	Bruttoverdienst maximal	Leistungsgruppe erreicht ab
4.122,00	A 9 bis A 13	2.785,34	5.425,17	A 11 Stufe 9 A 12 Stufe 6 A 13 Stufe 4

Daraus ergibt sich für den Vergleich der Besoldung von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes mit den Durchschnittseinkünften der Leistungsgruppe 2, dass im Jahr 2021 die Besoldung die Höhe des Durchschnittsverdienstes erstmals im zweiten Beförderungsamt in der Stufe 9, mithin nach einer 22-jährigen Tätigkeit, erreichen wird. Bei einem regelmäßigen Dienst Eintritt zwischen dem 22. und 25. Lebensjahr wird der Durchschnittsverdienst damit zwischen dem 44. und 47. Lebensjahr erreicht.

Im Übrigen gelten die zur Leistungsstufe 1 gemachten Ausführungen zur Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und den vom Bundesverfassungsgericht betonten Besonderheiten der Beamten- und Richterversorgung entsprechend.

(c) Zur Leistungsgruppe 3 - Mittlerer Dienst (Besoldungsgruppen A 6 - A 9, inkl. Strukturzulage)

Bruttoverdienste in Euro				
Durchschnitt Leistungs-	Besoldungsgruppen	Bruttoverdienst	Bruttoverdienst	Leistungsgruppe

gruppe 2		mindestens	maximal	erreicht ab
2.834,00	A 6 bis A 9	2.331,08	3.573,30	A 6 Stufe 9 A 7 Stufe 7 A 8 Stufe 6 A 9 Stufe 3

Daraus ergibt sich für den Vergleich der Besoldung von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes mit den Durchschnittseinkünften der Leistungsgruppe 3, dass im Jahr 2021 die Besoldung die Höhe des Durchschnittsverdienstes im Regelfall in allen Besoldungsgruppen erreicht wird. Dass der Durchschnitt im Falle von Beförderungen schneller als in darunterliegenden Ämtern erreicht wird, entspricht dem Leistungsgrundsatz.

Im Übrigen gelten die zur Leistungsstufe 1 gemachten Ausführungen zur Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft und den vom Bundesverfassungsgericht betonten Besonderheiten der Beamten- und Richterversorgung entsprechend.

(d) Zur Leistungsgruppe 4 - Einfacher Dienst (Besoldungsgruppen A 4 - A 6)

Bruttoverdienste in Euro				
Durchschnitt Leistungsgruppe 2	Besoldungsgruppen	Bruttoverdienst mindestens	Bruttoverdienst maximal	Leistungsgruppe erreicht ab
2.359,00	A 4 bis A 6	2.244,31	2.812,50	A 4 Stufe 3 A 5 Stufe 3 A 6 Stufe 2

Daraus ergibt sich für den Vergleich der Besoldung von Beamtinnen und Beamten des einfachen Dienstes mit den Durchschnittseinkünften der Leistungsgruppe 4, dass im Jahr 2021 die Besoldung die Höhe des Durchschnittsverdienstes im Regelfall in der dritten Stufe im Einstiegsamt der Besoldungsgruppe A 4 und damit nach vierjähriger Tätigkeit erreicht.

Zusammenfassung für die Leistungsgruppen

Der Vergleich der Besoldungshöhe anhand der Grundgehaltssätze mit den im Jahr 2021 durchschnittlich erzielten Verdiensten in Mecklenburg-Vorpommern ergibt, dass die Grundgehaltssätze einschließlich der Strukturzulage die Höhe der Durchschnittsverdienste zwar erreichen und sodann übersteigen, im gehobenen und höheren Dienst aber regelmäßig erst nach Erreichen von Beförderungsjahren und nach Ableistung von zum Teil längeren Erfahrungszeiten. Unter Berücksichtigung der Sozialversicherungsfreiheit des Beamten- und Richterverhältnisses werden die Durchschnittssätze der Privatwirtschaft jedoch schon deutlich früher erreicht, da die Beamten- und Richterschaft vom Bruttoverdienst keinen Pflichtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung zu leisten hat und damit von den Bruttobezügen ein höherer Nettobetrag verbleibt.

Auf der Gehaltsseite spricht zudem für den öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern, dass neben einem Grundgehalt auch familienbezogene Leistungen, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf strukturell angehoben werden sollen, gewährt werden. Diese erhöhen die Bruttobesoldung und stellen sich für verheiratete Beschäftigte und solche mit Kindern als attraktivitätssteigernd dar. Des Weiteren gewährleistet das Erfahrungsstufensystem im Bereich der Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern einen planmäßigen Besoldungszuwachs, zumal eine erreichte Erfahrungsstufe im Falle einer Beförderung ohne einen Anrechnungsbeitrag in der höheren Besoldungsgruppe übernommen wird. Darüber hinaus fallen auch nicht-monetäre Aspekte wie die Ämterstabilität (Unkündbarkeit), geregelte Arbeitszeiten unter Erfassung der geleisteten Dienste, Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung auf eigenen Antrag und sonstige familienfreundliche Bedingungen wie ortsunabhängiges Arbeiten und der gesicherte

Wiedereinstieg nach Erziehungszeiten ins Gewicht. Als weiterer monetärer Aspekt wäre das Versorgungsniveau zu nennen, welches nach einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit von 40 Jahren 71,75 Prozent der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge beträgt, wobei diese ruhegehaltfähigen Dienstbezüge im Regelfall der höchsten bezogenen Besoldung entsprechen und weder einen Durchschnittsverdienst darstellen noch durch eine Beitragsbemessungsgrenze begrenzt sind.

dd) Abschließendes Ergebnis zur zweiten Prüfungsstufe

- Die Unterschreitung des Nominallohnindex ist auf den – in der Besoldung bereits abgeschlossenen – Aufholprozess der Bruttolöhne an den gesamtdeutschen Durchschnitt zurückzuführen; eine Verringerung dieses Abstands durch besoldungsrechtliche Maßnahmen ist nicht ohne schwerwiegende Verwerfungen zwischen den Besoldungsempfängerinnen und Besoldungsempfängern auf der einen Seite und den Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst auf der anderen Seite zu erreichen. Eine schrittweise Annäherung der Indizes ist erst nach Abschluss dieses Aufholprozesses erwartbar.

Indem die Unterschreitung des Tarifindex ihre wesentliche Ursache in den bis zum 30. November 2022 von vornherein um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Tarif niedriger festgesetzten regelmäßigen Besoldungsanpassungen hat, verringert sich diese Unterschreitung mit jeder zeit- und systemgerechten Übertragung des Tarifergebnisses zum TV-L. Dieser Prozess ist mit der gegenüber dem TV-L ungeminderten Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022 bereits eingeleitet worden. Der Verbraucherpreisindex wurde in dem 15-jährigen Betrachtungszeitraum erstmalig 2023 unterschritten. Hierbei trifft die Entwicklung der Verbraucherpreise die Gesamtbevölkerung. Die 2023 geschlossenen Tarifverträge im öffentlichen Dienst (TVöD und TV-L) sowie weitere Tarifverträge haben für eine spürbare Entlastung der Beschäftigten von der Möglichkeit eines steuerfreien Arbeitgeberzuschusses in Höhe von bis zu 3.000 Euro nach § 3 Nummer 11c des Einkommensteuergesetzes 2023 Gebrauch gemacht.

- Hinsichtlich des Beihilfe- und Versorgungsniveaus ist nicht erkennbar, dass Beamtinnen und Beamten während ihrer Arbeitsphase zusätzliche Eigenvorsorge in einem Umfang betreiben müssten, die nennenswerte Auswirkungen auf die zustehende Besoldung hätten.
- Der Vergleich der Besoldung zum Gehaltsniveau außerhalb des öffentlichen Dienstes ergibt, dass der Durchschnittsverdienst der vergleichbaren Leistungsgruppen erreicht wird, wenn auch teilweise erst nach einer längeren Dienstzeit.

Eine Gesamtschau dieser Ergebnisse mit den genannten weiteren monetären und nicht-monetären Faktoren führt nicht dazu, dass das Ergebnis der ersten Prüfungsstufe widerlegt wird und ein Nachbesserungsbedarf besteht. Die Dienstherrn in Mecklenburg-Vorpommern können grundsätzlich auch weiterhin attraktive Bedingungen bieten, um qualifizierte Nachwuchskräfte gewinnen zu können, auch wenn in einigen Bereichen die Leistungsanforderungen abgesenkt worden sind. Insoweit gestaltet sich die Fachkräftegewinnung schwieriger.

Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein Phänomen, welches nur bei der Nachwuchsgewinnung für den Beamten- und Richterberuf zu beobachten ist. Stattdessen handelt es sich bei der Fachkräftegewinnung um eine Herausforderung, die den gesamten Arbeitsmarkt betrifft. Dem lässt sich jedoch nicht allein mit einer höheren Besoldung begegnen. Der Gesetzentwurf weicht insoweit aber auch nicht aus, sondern sieht bei den für Nachwuchskräfte interessanten Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern in den ersten drei jeweils belegten Erfahrungsstufen eine Besoldungsanpassung von familienneutralen Besoldungsbestandteilen vor.

Bezüglich der Absenkung der Leistungsanforderungen hat das Verwaltungsgericht Berlin in seinem Urteil vom 16. Juni 2023 – 26 K 245/23, Randnummer 328, nach juris, festgestellt: „Des Weiteren deuten verschiedene Presseberichte auf juristischen Nachrichten- und Karriereplattformen darauf hin, dass auch Kanzleien, inklusive Großkanzleien mit deutlich höheren Einstiegsgehältern im Vergleich zur Richterbesoldung, ihre notenspezifischen Einstellungs voraussetzungen (unter Abkehr von zwingend vollbefriedigenden Ergebnissen) in den vergangenen Jahren absenkten (vgl. z.B. azur, Anforderungen beim Berufseinstieg: Schleichender Abschied vom Doppel-VB, 23.4.2018 – abrufbar unter <https://www.azur-online.de/referendariat/bewerbung-zum-berufseinstieg-sleichender-abschied-vom-doppel-vb/>; iurratio, Einstellungs voraussetzung für Referendariat und Berufseinstieg, abrufbar unter <https://iurratio.de/journal/einstellungsvoraussetzung-fuer-referendariat-und-berufseinstieg>; talentrocket, Karriere auch ohne Prädikat: Großkanzlei, Richteramt & mehr, abrufbar unter <https://www.talentrocket.de/karrieremagazin/details/endlich-auch-ohne-praedikats-jobs-in-grosskanzlei-und-richteramt>; vgl. auch elektronische Beiakte „Sonstiges (Stellenangebote, Beiträge in Karriereplattformen, Informationen zu Preisen im ÖPNV)“). Dies belegen auch Stellenanzeigen bekannter Großkanzleien (z.B. Luther Rechtsanwalts-gesellschaft mbH oder Noerr Partnerschafts-gesellschaft mbB), die – ohne spezifische Notengrenzen zu benennen – schlicht „überdurchschnittliche Examens-ergebnisse“ oder „hervorragende juristische Qualifikationen“ verlangen (vgl. elektronische Beiakte „Sonstiges (Stellenangebote, Beiträge in Karriereplattformen, Informationen zu Preisen im ÖPNV)“). Auch aktuelle Ausschreibungen anderer beliebter Arbeitgeber für Volljuristen aus der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor (z.B. Deutsche Bahn, Allianz Lebensversicherungs-AG, Bundesministerium für Wirtschaft und Klima, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, vgl. elektronische Beiakte „Sonstiges (Stellenangebote, Beiträge in Karriereplattformen, Informationen zu Preisen im ÖPNV)“) enthalten oftmals entweder gar keine spezifischen Notenvoraussetzungen oder verlangen jedenfalls nicht in beiden Staatsprüfungen vollbefriedigende Ergebnisse. Dies weist auf zweierlei hin: Zum einen bewerten Arbeitgeber offensichtlich verbreitet Kandidaten verstärkt nach ihrer Gesamtpersönlichkeit im Hinblick auf die Anforderungen des jeweiligen Berufsfeldes. (...) Zum anderen belegt die Entwicklung der Einstellungs voraussetzungen auch außerhalb des höheren Justizdienstes, dass die Besoldung nur ein – für einen signifikanten Anteil überdurchschnittlich qualifizierter Absolventen offenbar in seiner Bedeutung begrenztes – Kriterium innerhalb der multifaktoriell bedingten Auswahlentscheidung für einen Arbeitgeber bildet, die von verschiedenen weiteren Umständen abhängt (z.B. Familienvereinbarkeit, Karriererisiken und -chancen, gesellschaftliches Ansehen des Berufs, persönliche Wertvorstellungen).“

Darüber hinaus gewinnt neben der Einstellung von Berufseinsteigerinnen und Berufseinstiegern auch die Gewinnung von Bewerberinnen und Bewerbern mit Berufserfahrung zunehmend an Bedeutung. Diese Gruppe hebt sich dadurch heraus, dass der Dienstherr neben dem Blick auf die Abschlussergebnisse von Ausbildung, Studium und Vorbereitungsdienst insbesondere seine Auswahlentscheidung auch auf die bisherige berufliche Erfahrung stützen kann, die neben den Bewerberangaben vor allem auch durch qualifizierte Arbeitszeugnisse oder dienstliche Beurteilungen greifbar wird. Das öffentliche Dienstrecht in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Gewinnung von berufserfahrenen Fachkräften sowohl auf der Status- als auch der Besoldungsseite. Nach § 18 Satz 2 Nummer 1 des Landesbeamtengesetzes ist mit Berufserfahrung auch ohne Beteiligung des Landesbeamtenausschusses eine Einstellung im ersten Beförderungsamts möglich, wobei nicht zwischen einer innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbenen Berufserfahrung unterschieden wird. Zudem kann gemäß § 18 Satz 3 des Landesbeamtengesetzes unmittelbar in dem Beförderungsamts im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit eingestellt werden, wer dieses Amt in einem früheren Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bereits erreicht hatte. Besoldungsseitig machen die Vorschriften zum Erfahrungsdienstalter in den §§ 29 und 40 des Landesbesoldungsgesetzes keinen Unterschied mehr zwischen einer innerhalb und einer außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbenen Berufserfahrung. Des Weiteren ist beim Wechsel von einem anderen Dienstherrn nach § 62

des Landesbesoldungsgesetzes die Gewährung einer besitzstandswahrenden Ausgleichszulage möglich.

Da eine verfassungswidrige Unteralimentation nicht festgestellt werden konnte, ist die Prüfung der Rechtfertigung einer solchen Verletzung auf der dritten Stufe nach dem Schema des Bundesverfassungsgerichts nicht notwendig.

3. Besoldung in Bezug auf dritte und weitere Kinder

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere – zur Alimentation von Empfängerinnen und Empfängern von Dienstbezügen mit drei und mehr berücksichtigungsfähigen Kindern seine bisherigen Vorgaben zur Überprüfung der Amtsangemessenheit der Alimentation in diesen Fällen (vergleiche zuletzt Entscheidung vom 24. November 1998 – 2 BvL 26/91 und andere) weiterentwickelt und an die zwischenzeitlich veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Sozialhilferecht angepasst.

Zunächst hat auch hier das Bundesverfassungsgericht die sich aus dem Alimentationsprinzip (Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes) ergebende Verpflichtung des Dienstherrn betont, seinen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern sowie ihren Familien einen amtsangemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Deshalb könne – so das Bundesverfassungsgericht weiter – bei der Beurteilung und Regelung dessen, was eine amtsangemessene Besoldung ausmacht, die Anzahl der Kinder nicht ohne Bedeutung sein. Sind die Grundgehaltssätze so bemessen, dass sie zusammen mit den Familienzuschlägen bei zwei Kindern amtsangemessen seien, darf Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern nicht zugemutet werden, für den Unterhalt weiterer Kinder auf die familienneutralen Bestandteile ihres Gehalts zurückzugreifen (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere, 1. Leitsatz, nach juris).

Bei der Bemessung des zusätzlichen Bedarfs, der für das dritte und jedes weitere Kind entsteht, ist mit dem Bundesverfassungsgericht von den Leistungen der sozialen Grundsicherung auszugehen. Dabei muss der Gesetzgeber beachten, dass die Alimentation etwas qualitativ Anderes ist als die Befriedigung eines äußersten Mindestbedarfs. Ein um 15 Prozent über dem realitätsgerecht ermittelten grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf eines Kindes liegender Betrag lässt diesen Unterschied nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts hinreichend deutlich werden (Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere, 2. Leitsatz, nach juris).

Der notwendige besoldungsrechtliche Mehrbedarf für dritte und weitere Kinder wurde anhand der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wie folgt ermittelt:

- a) Zunächst wird der realitätsgerecht ermittelte grundsicherungsrechtliche Gesamtbedarf eines Kindes in Anlehnung an das Schema, mit dem auch der Gesamtbedarf der vierköpfigen Familie unter b)-bb)-(2)-(b) ermittelt wurde, berechnet. Dieser Bedarf setzt sich wie folgt zusammen:
 - Der nach Altersstufen gewichtete Regelsatz nach der Anlage zu § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für ein Kind
 - Die Differenz der Kaltmiete für 15 m² Wohnfläche zwischen einem Vier- und Fünf-Personen-Haushalt; für die Ermittlung der Kaltmiete des zusätzlich erforderlichen Wohnraums orientiert sich das Bundesverfassungsgericht (Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17, Randnummer 50, nach juris) an der Methodik des Bundessozialgerichts, der zufolge der für den jeweiligen Wohnort maßgebliche wohngeldrechtliche Miethöchstbetrag mit einem Sicherheitszuschlag von 10 Prozent den Berechnungen zugrunde zu legen ist (Bundessozialgericht, Urteil vom 12. Dezember 2013 – B 4 AS 87/12 R, Randnummer 26 f., nach juris)

- Die Heizkosten für den zusätzlichen Wohnbedarf eines Kindes auf 15 m² Wohnfläche; die Heizkosten ergeben sich aus dem bundesweiten Heizspiegel. Hierbei wird der höchste Wert je Quadratmeter Wohnfläche des teuersten Energieträgers aus dem zuletzt veröffentlichten Heizspiegel herangezogen und im Anschluss mit 15 Quadratmetern multipliziert. Im Heizspiegel 2023 für das Abrechnungsjahr 2022 beträgt dieser Wert 39,60 Euro je Quadratmeter und Jahr
- Die Leistungen für Bildung und Teilhabe für ein Kind
- Der Sofortzuschlag für Kinder in Höhe von 20 Euro pro Monat

Dieser Gesamtbedarf ist um 15 Prozent zu erhöhen und ergibt den Nettomehrbedarf eines jeden dritten oder weiteren Kindes in Beamten- beziehungsweise Richterfamilien. Das Nettoeinkommen einer Beamten- oder Richterfamilie mit drei Kindern muss also mindestens um diesen Betrag höher liegen als das Nettoeinkommen einer solchen Familie mit zwei Kindern.

Grundsicherung für dritte und weitere Kinder

	2023 (Prognose)	
Regelsätze	monatl.	jährl.
Nach Altersstufen gewichteter Regelsatz nach der Anlage zu § 28 SGB XII für Kind	354,00 €	4.248,00 €
Summe	354,00 €	4.248,00 €
Unterkunft / Heizung	monatl.	jährl.
Unterkunftskosten	117,70 €	1.412,40 €
Heizkosten (Heizspiegel) für 15 m ²	49,50 €	594,00 €
Summe	167,20 €	2.006,40 €
Bildung und Teilhabe	monatl.	jährl.
Bildungs- und Teilhabebedarfe (Landesdurchschnitt)	60,00 €	720,00 €
Summe	60,00 €	720,00 €
Einmalleistungen	monatl.	jährl.
Periodischer Sofortzuschlag	20,00 €	240,00 €
Summe	20,00 €	240,00 €
Verfügbares Einkommen	601,20 €	7.214,40 €
davon 115%	691,38 €	8.296,56 €

- b) Ausgehend davon wurde in einem weiteren Schritt für jede Besoldungsgruppe ermittelt, wie hoch das Nettojahreseinkommen einer Beamten- beziehungsweise Richterfamilie mit drei Kindern gegenüber einer solchen Familie mit zwei Kindern sein muss, um den gesonderten Alimentationsbedarf für das dritte Kind abdecken zu können.

Hierbei wurde

- die Summe der regelmäßigen monatlichen Bruttobesoldung einschließlich der familienbezogenen Gehaltsbestandteile und der Sonderzahlungen
- abzüglich der steuerlichen Belastungen zuzüglich der Kindergeldzahlungen
- sowie abzüglich der aus dem Nettoeinkommen zu bestreitenden Kosten für eine unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Beihilfe abzuschließende private Kranken- und Pflegepflichtversicherung

berücksichtigt.

Bei der Gegenüberstellung des Nettoeinkommens einer fünfköpfigen gegenüber einer vierköpfigen Familie wäre – soweit auch bei drei und mehr Kindern vom Alleinverdiener-Modell auf das Hinzuverdienst-Modell umgestellt wird – der Hinzuverdienst auf beiden Seiten zu berücksichtigen, so dass aus Vereinfachungsgründen das Alleinverdienst-Modell beibehalten wurde. Gleichwohl ist auch hier die weitere Rechtsentwicklung zu beobachten, so dass Veränderungen in der Zukunft nicht ausgeschlossen sind. Dies betrifft insbesondere die Frage, ob ein höherer Hinzuverdienst berücksichtigt werden kann, der nur anteilig beim Mindestabstand in den unteren Besoldungsgruppen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende angesetzt wird und bezüglich des Bedarfs für dritte und weitere Kinder auf den insoweit „unverbrauchten“ Anteil am Hinzuverdienst verwiesen werden könnte.

Hinsichtlich des Grundgehalts wurde bei Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern auf die Endstufe abgestellt, um sicherzustellen, dass der Mehrbetrag der Nettoalimentation auch bei dem höchsten für die Besoldungsgruppe relevanten Steuersatz den Abstand zum Grundsicherungsniveau wahrt (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere, Randnummer 65, nach juris).

Beim Abzug der Lohnsteuer für die Ermittlung des Unterschiedsbetrags zwischen einer fünfköpfigen gegenüber einer vierköpfigen Familie in der Nettobesoldung sind zwei Aspekte zu erwähnen. Durch die Abhängigkeit des Nettomehrbedarfs für dritte und weitere Kinder vom Grundsicherungsniveau gibt es in allen Besoldungsgruppen den gleichen Nettomehrbedarf. Aufgrund des mit zunehmenden Einkommen ansteigenden Steuersatzes muss deshalb bei höheren Besoldungsgruppen auch ein höherer Bruttobetrag gewährt werden, um denselben Nettobedarf wie in niedrigeren Besoldungsgruppen zu erreichen.

Darüber hinaus ist noch die Wechselwirkung zwischen dem Kindergeld und den steuerlichen Auswirkungen des Kinderfreibetrags zu berücksichtigen. Das Kindergeld beträgt monatlich für alle Kinder jeweils 250 Euro. Allerdings können Eltern nicht Kindergeld erhalten und zusätzlich die vollen Kinderfreibeträge von der Steuer absetzen. Das Finanzamt verrechnet deshalb das Kindergeld mit dem Steuervorteil, der sich durch die Kinderfreibeträge ergibt. Aufgrund der höheren Steuerlast bei einem höheren Einkommen steigt auch die absolute Steuerentlastung durch Kinderfreibeträge bei zunehmenden Einkommen, so dass ab einem bestimmten Grenzwert die mit den Kinderfreibeträgen einhergehende Steuerentlastung höher ist als der Kindergeldbezug. Dieser Grenzbetrag wird im Jahr 2023 bei der Besoldungsgruppe A 16 bzw. R 2 erreicht. In diesen und den darüber liegenden Besoldungsgruppen bewirken die Kinderfreibeträge einen höheren Entlastungseffekt als die durch das Kindergeld im Voraus gewährte Steuervergütung. Die höchste Besoldungsgruppen, bei denen die Kinderfreibeträge in den jeweiligen Fallkonstellationen noch keinen vorteiligen Effekt nach sich ziehen, ist die Besoldungsgruppen R 1; in diesen Besoldungsgruppen ist daher der höchste Nettomehrbedarf für Beamten- oder Richterfamilien mit drei und mehr Kindern zu verorten.

Bezüglich der Kosten für eine unter Berücksichtigung der beamtenrechtlichen Beihilfe abzuschließende private Kranken- und Pflegepflichtversicherung kann auf die Werte für ein

Kind zurückgegriffen werden, die bereits unter - 2.1.2 b) bb) ii) - herangezogen worden sind.

Aufgrund der bereits beschriebenen Besonderheit, dass wegen des mit zunehmenden Einkommen ansteigenden Steuersatzes in höheren Besoldungsgruppen auch ein höherer Bruttobetrag gewährt werden muss, um denselben Nettobedarf wie in niedrigeren Besoldungsgruppen zu erreichen, waren die bisher auf Grundlage von § 73 des Landesbesoldungsgesetzes festgestellten Zuschlagsbeträge, die den bisherigen Familienzuschlag nach Anlage 10 zum Landesbesoldungsgesetz für dritte und weitere Kinder ergänzt haben, nach Besoldungsgruppen differenziert. Die Steuerentlastung durch die Kinderfreibeträge blieben bisher unberücksichtigt, da das Bundesverfassungsgericht nach wie vor bei den Berechnungen für alle Besoldungsgruppen vereinfachend davon ausgegangen ist, dass die steuerliche Freistellung des Einkommensbetrags in Höhe der Existenzminima der Kinder einschließlich der Bedarfe für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung durch die Auszahlung von Kindergeld bewirkt wird. Dem Besoldungsgesetzgeber ist eine genauere Betrachtung jedoch nicht verwehrt, wenn er den Umfang des grundsicherungsrechtlichen Mehrbedarfs ebenso exakt bestimmt (Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 und andere, Randnummer 71, nach juris). Eine solche genauere Betrachtung wurde im Rahmen dieses Gesetzentwurfes vorgenommen und hat zu dem bereits zuvor erläuterten Ergebnis geführt, dass die Entlastung durch die Kinderfreibeträge in den Besoldungsordnungen A ab der Besoldungsgruppe A 16 und in der Besoldungsordnung R ab der Besoldungsgruppe R 2 betragsmäßig günstiger ist als durch das Kindergeld.

Der bisherige Ansatz – also die Ausbringung von nach Besoldungsgruppen differenzierten Zuschlagsbeträgen – soll im Sinne einer besseren Umsetzbarkeit und Transparenz nicht mehr verfolgt werden. Stattdessen soll der sich ergebende höchste Brutto-Bedarf nicht nur bei der betreffenden Besoldungsgruppe angesetzt werden, sondern im Rahmen einer Pauschalierung als ein Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder in einheitlicher Höhe in allen Besoldungsgruppen gewährt werden.

Beispielhaft werden für die Besoldungsgruppe A 9 im Folgenden die einzelnen Berechnungsschritte zur Ermittlung des notwendigen Familienzuschlags für dritte und weitere Kinder dargestellt. Zunächst sind die Nettoeinkommen einer fünfköpfigen und einer vierköpfigen Beamtenfamilie zu vergleichen, um den Nettofehlbedarf zum um 15 Prozent erhöhten Grundsicherungsbedarf von dritten und weiteren Kindern zu ermitteln.

Bruttoverdienst A 9, Stufe 11	Zwei Kinder	Drei Kinder
Grundgehalt	3.585,07 €	3.585,07 €
Strukturzulage	88,28 €	88,28 €
Familienzuschlag St. 1	145,02 €	145,02 €
Familienzuschlag Kind 1	175,00 €	175,00 €
Familienzuschlag Kind 2	175,00 €	175,00 €
Familienzuschlag Kind 3	-	zu ermitteln
Summe monatlich	4.168,37 €	4.168,37 €
Sonderzahlung Grundbetrag	1.667,35 €	1.667,35 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 1	300,00 €	300,00 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 2	300,00 €	300,00 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 3		300,00 €
Jahresbruttobesoldung	52.287,79 €	52.587,79 €
Lohnsteuer¹	5.178,00 €	5.158,00 €
Netto	47.109,79 €	47.429,79 €

Private Kranken-/Pflegeversicherung	Zwei Kinder	Drei Kinder
Priv. KV für zwei Erwachsene	5.796,00 €	5.796,00 €
Pflegeversicherung für zwei Erwachsene	786,72 €	786,72 €
PKV für Kinder	936,00 €	1.404,00 €
Summe	7.518,72 €	7.986,72 €

Kindergeld	Zwei Kinder	Drei Kinder
Kind 1	3.000,00 €	3.000,00 €
Kind 2	3.000,00 €	3.000,00 €
Kind 3	-	3.000,00 €
Summe	6.000,00 €	9.000,00 €

Summe des verfügbaren Einkommens	45.591,07 €	48.443,07 €
Differenz	2.852,00 €	
115 % des Grundsicherungsbedarfs	8.296,56 €	
Fehlbetrag	5.444,56 €	

¹ Gem. BMF-Steuerrechner für 2023, Steuerklasse 3, Kinderfreibeträge 2 bzw. 3, keine Kirchensteuer, keine gesetzl. RV, PKV ohne Arbeitgeberzuschuss, Berücksichtigung des steuerlich sofort absetzbaren Anteils der Kranken- und Pflegeversicherung

Für den Fehlbetrag von 5.444,56 Euro ist sodann der entsprechende Bruttomehrbedarf auszumachen, der nach Steuern diesen Fehlbetrag ausgleicht. Ziel ist es also, die Bruttobesoldung so zu gestalten, dass sich für die obige Fallkonstellation eine um 5.444,56 Euro höhere Nettobesoldung ergibt. Für die Besoldungsgruppe A 9, Stufe 11 (verheiratet, drei Kinder) liegt dieser Bruttomehrbedarf bei 602,79 Euro, wie die nachfolgende Kontrollrechnung aufzeigt:

Bruttoverdienst A 9, Stufe 11	Zwei Kinder	Drei Kinder
Grundgehalt	3.585,07 €	3.585,07 €
Strukturzulage	88,28 €	88,28 €
Familienzuschlag St. 1	145,02 €	145,02 €
Familienzuschlag Kind 1	175,00 €	175,00 €
Familienzuschlag Kind 2	175,00 €	175,00 €
Familienzuschlag Kind 3	-	602,79 €
Summe monatlich	4.168,37 €	4.771,16 €
Sonderzahlung Grundbetrag	1.667,35 €	1.908,46 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 1	300,00 €	300,00 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 2	300,00 €	300,00 €
Sonderzahlung Sonderbetrag Kind 3		300,00 €
Jahresbruttobesoldung	52.287,79 €	60.062,38 €
Lohnsteuer¹	5.178,00 €	7.188,00 €
Netto	47.109,79 €	52.874,38 €

Private Kranken-/Pflegeversicherung	Zwei Kinder	Drei Kinder
Priv. KV für zwei Erwachsene	5.796,00 €	5.796,00 €
Pflegeversicherung für zwei Erwachsene	786,72 €	786,72 €
PKV für Kinder	936,00 €	1.404,00 €
Summe	7.518,72 €	7.986,72 €

Kindergeld	Zwei Kinder	Drei Kinder
Kind 1	3.000,00 €	3.000,00 €
Kind 2	3.000,00 €	3.000,00 €
Kind 3	-	3.000,00 €
Summe	6.000,00 €	9.000,00 €

Summe des verfügbaren Einkommens	45.591,07 €	53.887,66 €
Differenz	8.296,59 €	
115 % des Grundsicherungsbedarfs	8.296,56 €	
Fehlbetrag	-	

¹ Gem. BMF-Steuerrechner für 2023, Steuerklasse 3, Kinderfreibeträge 2 bzw. 3, keine Kirchensteuer, keine gesetzl. RV, PKV ohne Arbeitgeberzuschuss, Berücksichtigung des steuerlich sofort absetzbaren Anteils der Kranken- und Pflegeversicherung

Aufgrund der unterschiedlichen steuerlichen Auswirkungen wurde die dargestellte Berechnung für alle Besoldungsgruppen durchgeführt und hat dabei zu den folgenden Bedarfen geführt:

BesGr.	Differenz Nettoeinkommen (2 vs. 3 Kinder)			Jährlicher Netto-Fehl-betrag	Bruttofehlbetrag	
	Nettoeinkommen		Jährliche Differenz		jährlich	monatlich
	2 Kinder	3 Kinder				
A 4	38.456,42	41.306,42	2.850,00	5.446,56	7.290,56	587,95
A 5	38.456,37	41.306,37	2.850,00	5.446,56	7.290,56	587,95
A 6	39.115,03	41.965,03	2.850,00	5.446,56	7.306,56	589,24
A 7	40.596,74	43.446,74	2.850,00	5.446,56	7.344,56	592,31
A 8	43.056,75	45.906,75	2.850,00	5.446,56	7.408,56	597,47
A 9	45.591,07	48.443,07	2.852,00	5.444,56	7.474,56	602,79
A 10	49.381,60	52.233,60	2.852,00	5.444,56	7.578,56	613,65
A 11	52.578,04	55.430,04	2.852,00	5.444,56	7.670,56	621,10
A 12	56.629,36	59.483,36	2.854,00	5.442,56	7.790,56	630,82
A 13	61.163,11	64.017,11	2.854,00	5.442,56	7.932,56	644,93
A 14	66.118,51	68.972,51	2.854,00	5.442,56	8.098,56	658,42
A 15	72.567,57	75.425,57	2.858,00	5.438,56	8.326,56	676,96
A 16	78.909,75	81.677,75	2.768,00	5.528,56	8.198,56	666,55
B 1	72.567,57	75.425,57	2.858,00	5.438,56	8.326,56	676,96
B 2	81.608,32	84.344,32	2.736,00	5.560,56	8.190,56	665,90
B 3	85.429,46	88.267,46	2.838,00	5.458,56	8.174,56	664,60
B 4	89.365,41	92.307,41	2.942,00	5.354,56	8.162,59	663,63
B 5	93.792,93	96.854,93	3.062,00	5.234,56	8.144,56	662,16
B 6	97.889,95	101.063,95	3.174,00	5.122,56	8.126,56	660,70
B 7	101.794,87	105.080,87	3.286,00	5.010,56	8.106,56	659,07
B 8	105.783,93	109.183,93	3.400,00	4.896,56	8.088,56	657,61
B 9	109.569,71	112.917,27	3.347,56	4.949,00	8.341,00	678,14
B 10	123.469,16	127.395,30	3.926,14	4.370,42	8.244,40	670,28
B 11	131.102,02	135.030,40	3.928,38	4.368,18	8.242,16	670,10
R 1	74.005,25	76.861,25	2.856,00	5.440,56	8.382,56	681,51
R 2	79.178,67	81.932,67	2.754,00	5.542,56	8.198,56	666,55
R 3	85.429,46	88.267,46	2.838,00	5.458,56	8.174,56	664,60
R 4	89.365,41	92.307,41	2.942,00	5.354,56	8.162,59	663,63
R 5	93.792,93	96.854,93	3.062,00	5.234,56	8.144,56	662,16
R 6	97.889,95	101.063,95	3.174,00	5.122,56	8.126,56	660,70
R 7	101.794,87	105.080,87	3.286,00	5.010,56	8.106,56	659,07
R 8	105.783,93	109.183,93	3.400,00	4.896,56	8.088,56	657,61
R 9	110.617,71	114.161,71	3.544,00	4.752,56	8.060,56	655,34
R 10	128.281,44	132.354,45	4.073,01	4.223,55	7.967,73	647,79
W 1	55.035,19	57.887,19	2.852,00	5.444,56	7.742,56	629,48
W 2	67.087,52	69.943,52	2.856,00	5.440,56	8.130,56	661,03
W 3	75.461,83	78.317,83	2.856,00	5.440,56	8.342,56	678,26

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass sich der höchste monatliche Bruttofehlbetrag in den Besoldungsgruppen ergibt, bei denen sich gerade noch keine steuerlichen Vorteile durch die Kinderfreibeträge ergeben (R 1: 681,51 Euro). Mit Blick auf das zuvor formulierte Ziel, einen einheitlichen Betrag für dritte und weitere Kinder zu ermitteln, kann als solcher nur der über alle Besoldungsgruppen ermittelte Höchstbetrag herangezogen werden. Aufgrund zu erwartender Schwankungen bei den zugrundeliegenden Parametern wird der Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder auf 700,00 Euro festgesetzt.

Ausgenommen davon sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11, für die gemäß der neuen Anlage 10a zum Landesbesoldungsgesetz die bisherigen Familienzuschläge weitergelten. Gleichwohl führt dies bei diesen Beamtenfamilien mit dritten und weiteren Kindern nicht zu einer Verletzung des Abstandes zur Grundsicherung. Bei Vorliegen einer entsprechenden Fallkonstellation kann – wie bisher – ein Zuschlag zur Wahrung des Abstandes zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 73 des Landesbesoldungsgesetzes gewährt werden. Die genannten Besoldungsgruppen sind somit lediglich von der pauschalierten Erhöhung des Betrags ausgenommen.

II. Neufassung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und Änderung des Landesaltersgeldgesetzes

1. Sprachliche Neufassung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern

Um die Entwicklung der geschlechtergerechten Sprache in der Tätigkeit der Landesregierung den gesetzlichen Vorgaben entsprechend zu verbessern, kamen die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in der 2. Staatssekretärsklausur am 26. Oktober 2022 dem Grunde nach überein, dass ab dem 1. Januar 2023 Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften geschlechtergerecht formuliert werden. Entsprechende Regelwerke sollen auch bei teilweiser inhaltlicher Anpassung (beispielsweise durch ein Änderungsgesetz) vollständig sprachlich überarbeitet werden.

Die Landesregierung hat in der Kabinettsitzung am 7. Februar 2023 die vom Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz vorgelegten Handlungsempfehlungen „Geschlechtergerechte Sprache in Gesetzen und Verordnungen“ verabschiedet.

Infolgedessen wurde das Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel der geschlechtergerechten Formulierung sprachlich neugefasst. Aufgrund der Vielzahl der Änderungen handelt es sich um ein Ablösegesetz, welches zum 1. Januar 2024 in Kraft treten soll; gleichzeitig soll das bisherige Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern außer Kraft treten.

2. Weitere Änderungen

Für die Neufassung der Heilverfahrensverordnung, die den Erstattungsumfang für Aufwendungen für Heilverfahrensmaßnahmen nach einem Dienstatfall regelt, ist zunächst die Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Landesverordnung neu zu fassen. Gemäß dem Bestimmtheitsgrundsatz, wonach Wesentliches des zu Regelnden im Gesetz verankert sein muss und nicht in nachrangigem Recht (hier in der Heilverfahrenslandesverordnung) bestimmt werden darf, wird § 33 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern diesen Anforderungen angepasst. In der Neufassung der Norm werden nunmehr auch Leistungen gesetzlich verankert, die bisher weder in § 33 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern noch in der Heilverfahrensverordnung geregelt waren, jedoch im Beihilferecht oder im Sozialrecht erstattungsfähig sind. Im Übrigen wird die Norm übersichtlicher gestaltet und redaktionell angepasst.

Aufgrund der Aufhebung des Bundesversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2024 ergibt sich ein weiterer Änderungsbedarf. Mit der Einführung des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch wurde das bisher im Bundesversorgungsgesetz und dem Opferentschädigungsgesetz normierte soziale Entschädigungsrecht neu ausgestaltet. Die im Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern enthaltenen Verweisungen auf das Bundesversorgungsgesetz sind daher anzupassen.

Im Landesaltersgeldgesetz ist eine redaktionelle Bereinigung erforderlich.

III. Auflösung der Versorgungsrücklage und Stärkung des Versorgungsfonds

Im Ergebnis des Austausches mit der Deutschen Bundesbank als Dienstleister für das Anlagemanagement wurde deutlich, dass im Hinblick der Verwaltungsvereinfachung die "Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern" aufgelöst und die vorhandenen Mittel in Höhe von rund 340 Millionen Euro dem Vermögen des "Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern" zugeführt werden sollten.

Neben der angestrebten Verwaltungsvereinfachung bietet die Überführung der Mittel der „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ – als zeitlich bis zum Jahr 2044 begrenztes Absicherungsvehikel zukünftiger Versorgungsausgabenspitzen – die Chance zusätzliche Beamtenjahrgänge in das System des nahezu vollständig kapitalgedeckten und zeitlich unbegrenzten "Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern" aufzunehmen.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1 (Besoldungsstrukturgesetz)

Zu § 1 (Persönlicher Geltungsbereich)

Zu Absatz 1

Die Aufzählung in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 orientiert sich an dem in § 1 des Landesbesoldungsgesetzes genannten Personenkreis. Zum Kreis der Berechtigten gehören darüber hinaus nach Nummer 4 der Vorschrift auch die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen, deren Anspruchsberechtigung sich aus § 1 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern ergibt.

Zu Absatz 2

Der Negativkatalog entspricht der Aufzählung in § 1 Absatz 3 des Landesbesoldungsgesetzes.

Zu § 2 (Erhöhung der Dienstbezüge im Jahr 2023)

Zu Absatz 1

Absatz 1 sieht eine Erhöhung der Grundgehälter in der Besoldungsordnung A sowie in den Besoldungsgruppen R 1, R 2 und W 1 vor. Die Grundgehälter der Besoldungsordnung A sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden

- a) in der Erfahrungsstufe mit dem Anfangsgrundgehalt um 3 Prozent,
- b) in der jeweils zweiten Erfahrungsstufe um 2 Prozent sowie
- c) in der jeweils dritten Erfahrungsstufe um 1 Prozent

angehoben. Das Grundgehalt der Besoldungsgruppe W 1 wird um 1 Prozent angehoben.

Diese Regelung zielt im Zusammenspiel mit den anderen strukturellen Maßnahmen durch diesen Gesetzentwurf auf die Einhaltung des Mindestabstands zur Grundsicherung für Arbeitsuchende ab und greift hierbei die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung auf. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 94, nach juris – ausgeführt, dass dem Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau unter anderem auch durch eine Anhebung des Eingangsgeltes einer Besoldungsstufe verbunden mit einer geringeren prozentualen Steigerung in den Erfahrungsstufen Rechnung getragen werden kann.

Dies führt im Bereich der Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern zwangsläufig zu einer Stauchung innerhalb der jeweiligen Besoldungsgruppe. Dieser Effekt ist ausgehend von einer Anpassung von 3 Prozent in der Erfahrungsstufe mit dem Anfangsgrundhalt durch eine lineare Anpassung um 2 Prozent in der jeweils belegten zweiten Erfahrungsstufe und um 1 Prozent in der jeweils belegten dritten Erfahrungsstufe abgeflacht worden. Zugleich wurden die Abstände zwischen den Besoldungsgruppen dadurch gewahrt, dass in der Besoldungsordnung A und den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in allen Besoldungsgruppen die Grundgehälter der jeweils ersten drei belegten Erfahrungsstufen gestaffelt um 3 Prozent, 2 Prozent und 1 Prozent angehoben wurden.

Darüber hinaus sind im Wettbewerb um Nachwuchskräfte die Anfangsgrundgehälter von entscheidender Bedeutung. Von den jährlichen Gesamtkosten für den Landeshaushalt mit circa

20 Mio. Euro entfällt ein Drittel – mithin etwa 6,5 Mio. Euro – auf familienneutrale Besoldungsbestandteile. Der Gesetzentwurf hat sich dazu entschieden, die Anfangsgrundgehälter und die jeweils folgenden zwei Erfahrungsstufen zu stärken. Hierin liegt eine geänderte Einschätzung der möglichen Bandbreite des Besoldungsrahmens bei einzelnen Besoldungsgruppen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 15. Juli 1999 – 2 BvR 544/97, Rdnr. 4, nach juris – eine Neukonzeption, bei der die Einkommen in den frühen Berufsjahren steigen, um eine Perspektive der Einkommensentwicklung gerade in den Jahren zu bieten, in denen der Leistungszuwachs und der persönliche Bedarf durch den Aufbau einer eigenen Existenz und die Familiengründung am höchsten sind, anerkannt. Es hat zugleich als sachlichen Grund anerkannt, wenn hierdurch das Gehaltssystem auch zur Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes beitragen soll.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt als Ausgangsbasis für die Bezügeerhöhung das Besoldungsniveau, welches zum 1. Dezember 2022 durch das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 Mecklenburg-Vorpommern erreicht worden ist.

Zu § 3 (Anpassung der Anwärterbezüge im Jahr 2023)

Die Vorschrift sieht eine Anhebung der Anwärterbezüge um 3 Prozent vor. Die Vorschrift stellt insoweit pauschalierend auf Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger ab, die nach erfolgreichem Abschluss des Vorbereitungsdienstes im Falle der Übernahme in das Beamtenverhältnis im Anfangsgrundgehalt einsteigen, das nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a ebenfalls um 3 Prozent angehoben wird.

Zu § 4 (Erhöhung der Versorgungsbezüge im Jahr 2023)

Die in § 17 Absatz 1 des Landesbesoldungsgesetzes vorgesehene regelmäßige Anpassung der Besoldung an die Einkommensentwicklung und deren Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung findet nach § 70 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern ihre Entsprechung im Bereich der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und ihrer Hinterbliebenen. Die Anpassung erfolgt für die in § 2 genannten Bezügebestandteile im Bereich der Aktivenbezüge daher entsprechend, sofern sie Grundlage für die Versorgung sind.

Zu § 5 (Rundung der Erhöhungsbeträge)

Mit der prozentualen Erhöhung der Bezüge nach den §§ 2 bis 5 sind gegenüber den bisherigen Tabellenwerten und Beträgen Berechnungsergebnisse in Euro mit mehr als 2 Nachkommastellen denkbar. Sie sind nach der hier vorgesehenen Regelung auf jeweils volle Cent ab- oder aufzurunden.

Zu Artikel 2 (Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Änderung der Inhaltsübersicht)

Nummer 1 ändert die Inhaltsübersicht in Folge der Aufhebung von § 18 sowie der Einfügung des § 43a. Darüber hinaus werden auch die Anlagen in die Inhaltsübersicht aufgenommen.

Zu Nummer 2 (Aufhebung von § 16 Absatz 2)

Die Regelung zur haushaltsnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen, die über das Gesetz hinausgehen, ist der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entnommen und als § 16 Absatz 2 in das am 1. Juni 2021 in Kraft getretene neue Landesbesoldungsgesetz aufgenommen worden (vergleiche Regierungsentwurf auf Landtagsdrucksache 7/5440, S. 185 f.). Während sich jedoch aus der Rechtsprechung nur ergibt, dass von Verfassungen wegen einer allgemeinen rückwirkenden Behebung zum Beispiel eines Verfassungsverstoßes mit Blick auf die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses nicht geboten ist (zuletzt Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18, Randnummer 182, nach juris), bestimmt § 16 Absatz 2 hingegen abschließend, dass Berechtigte einen etwaig über das Gesetz hinausgehenden Besoldungsanspruch verlieren, wenn sie diesen nicht haushaltsnah geltend gemacht haben. Dies nimmt dem Dienstherrn die Möglichkeit, bei einer vermuteten verfassungswidrigen Besoldung, zu deren Behebung der Gesetzgeber bereits ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet hat, auf den Grundsatz der haushaltsnahen Geltendmachung zu verzichten und potentiell Rechtsschutzsuchenden die Möglichkeit zu eröffnen, nach Inkrafttreten einer den Verstoß behebenden Regelung noch über die Inanspruchnahme von Rechtsschutz entscheiden zu können. Eine solche Verwaltungspraxis zur Vermeidung von Massenwidersprüchen lässt § 16 Absatz 2 nicht zu, so dass die Regelung wieder aufgehoben werden soll. Allerdings besteht kein Anspruch gegenüber dem Dienstherrn, dass dieser auf die haushaltsnahe Geltendmachung verzichtet. Die Abgabe einer solchen Erklärung liegt vielmehr in der Entscheidung des Dienstherrn.

Zu Nummer 3 (Aufhebung von § 18)

Mit der Aufhebung des Versorgungsrücklagengesetzes kann zugleich auch § 18 aufgehoben werden, auf dessen Grundlage und der Vorgängerregelung in § 14a des Bundesbesoldungsüberleitungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern bis zum 30. November 2022 die regelmäßigen Besoldungsanpassungen von vornherein um 0,2 Prozentpunkte niedriger festgesetzt wurden; der Unterschiedsbetrag war der Versorgungsrücklage zuzuführen. Bereits die letzte regelmäßige Besoldungsanpassung zum 1. Dezember 2022 wurde unvermindert in Höhe von 2,8 Prozent festgesetzt.

Zur Verwendung der als Sondervermögen bestehenden Versorgungsrücklagen siehe Artikel 7 des Gesetzentwurfs.

Zu Nummer 4 (§ 25)

Die Änderung ist redaktioneller Natur und fügt den fehlenden Verweis auf die Anlagen 5 und 6 ein.

Zu Nummer 5 (§ 41)

Die Änderung ist redaktioneller Natur und beruht auf einer mit Anlage 10a neuen Anlage zum Familienzuschlag für Berechtigte in den Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

Zu Nummer 6 (§ 43a)

Zu Absatz 1

In Bezug auf die Einhaltung des Mindestabstands in unteren Besoldungsgruppen zur Grundversicherung für Arbeitsuchende entwickelt der Gesetzentwurf das Besoldungsrecht durch die Umstellung vom Alleinverdienst-Modell auf das Hinzuverdienst-Modell weiter. Ob in zulässiger Weise auch dann auf das Hinzuverdienst-Modell als Teil der Grundlagen für die Bemessung

der Besoldung verwiesen werden kann, wenn tatsächlich der pauschal angenommene Hinzuverdienst nicht erreicht wird oder überhaupt nicht besteht, ist offen. Der Gesetzentwurf sieht mit einem neuen § 43a daher einen Familienergänzungszuschlag vor, dessen Höhe sich aus Anlage 10b ergibt.

Der Familienergänzungszuschlag ist bedarfsgerecht ausgestaltet und wird daher nur gewährt, soweit der Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau nicht gewahrt ist. Insoweit sieht Absatz 1 einen Anspruch auf den Familienergänzungszuschlag nur vor, wenn der Hinzuverdienst den Höchstbetrag einer geringfügigen Beschäftigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (Minijob) nicht erreicht. Anlage 10b sieht daher nach Besoldungsgruppen und Erfahrungsstufen abgestufte Beträge für das erste und für das zweite Kind vor, die ihrer Höhe nach darauf ausgerichtet sind, auch bei einem gänzlich fehlenden Hinzuverdienst noch den Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau zu halten. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung nimmt der Gesetzentwurf bis auf Weiteres davon Abstand, zwischen einem fehlenden Hinzuverdienst – also einem Betrag „0“ – und einem solchen unmittelbar unter der Höchstgrenze für einen Minijob den Familienzuschlag stufenweise abzubauen. Diese Form der Pauschalierung bewegt sich im vertretbaren Rahmen, da ausgehend von dem vorherrschenden Hinzuverdienst-Modell nur von wenigen Fällen ausgegangen wird, in denen Anspruch auf den Familienergänzungszuschlag besteht. Die tatsächliche Inanspruchnahme des pauschalen Familienergänzungszuschlags und die in diesem Zusammenhang vorliegenden Einkommenssituationen sollen zunächst beobachtet werden. Insoweit ist eine differenziertere Ausgestaltung der Norm in der Zukunft nicht ausgeschlossen.

Der Familienergänzungszuschlag bewegt sich im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen. Zwar führt der Familienergänzungszuschlag wegen seiner Orientierung am Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau dazu, dass sich die Gesamtbesoldung über mehrere Besoldungsgruppen angleicht. Hierin liegt allerdings keine Verletzung des Abstands zwischen den Besoldungsgruppen, da im Rahmen dessen (nur) auf die Grundgehälter und gegebenenfalls Amtszulagen als Ausdruck der Wertigkeit der Ämter untereinander abzustellen ist. Diese familienneutralen Besoldungsbestandteile stehen unabhängig vom Familienstand und der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder in jeweils gleicher Höhe zu. Vor diesem Hintergrund ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 94, juris – zu sehen, wonach dem Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau unter anderem auch durch eine Anhebung des Familienzuschlags in den unteren Besoldungsgruppen Rechnung getragen werden kann.

Zu Absatz 2

Bei der Ermittlung der Gesamtbesoldung im Rahmen der Prüfung des Mindestabstands zum Grundsicherungsniveau kann nur auf die Besoldungsbestandteile zurückgegriffen werden, die allen Berechtigten in der jeweiligen Besoldungsgruppe mindestens in gleicher Höhe zustehen. Vor dem Hintergrund, dass mit dem Familienergänzungszuschlag eine individuelle Einkommenssituation der Ehepartnerin oder des Ehepartners, der eingetragenen Lebenspartnerin oder des eingetragenen Lebenspartners oder des im selben Haushalt lebenden anderen Elternteils berücksichtigt wird und das Gesetz damit von einer Pauschalierung abrückt, ist es im Gegenzug sachgerecht, zustehende Amtszulagen, Stellenzulagen, die Strukturzulage und Ausgleichszulagen als Einkommen zu berücksichtigen. Der Familienergänzungszuschlag fällt in diesen Fällen entsprechend niedriger aus.

Zu Absatz 3

Die Gewährung eines Familienergänzungszuschlags setzt wie generell beim Familienzuschlag voraus, dass der Dienstherr vom Vorliegen der Voraussetzungen Kenntnis erhält. Berechtigte müssen daher das Vorliegen der Voraussetzungen anzeigen und entsprechende Nachweise vorlegen.

Zu Absatz 4

Mit dem Verweis auf § 42 Absatz 7 und § 43 werden die zum Familienzuschlag bestehenden Regelungen zum Datenaustausch zwischen den Bezügestellen des öffentlichen Dienstes und zur Zahlungsweise in Bezug genommen.

Zu Nummer 7 (Neufassung der Anlagen 10 bis 13)

Die Anlagen 5, 7, 8 und 11 werden aufgrund der Änderung der Grundgehälter und der Anwärtergrundbeträge durch Artikel 1 rückwirkend zum 1. Januar 2023 neu gefasst.

Darüber hinaus wird in Anlage 10 der Familienzuschlag für berücksichtigungsfähige Kinder neu geregelt. Hiernach wird

- für das erste und das zweite zu berücksichtigende Kind ein Familienzuschlag in Höhe von 175 Euro,
- zusätzlich wiederum für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind ein Erhöhungsbetrag in der Besoldungsgruppe A 4 in Höhe von 60 Euro, in der Besoldungsgruppe A 5 in Höhe von 55 Euro und in der Besoldungsgruppe A 6 in Höhe von 40 Euro und
- für dritte und weitere zu berücksichtigende Kinder ein Familienzuschlag in Höhe von 700 Euro

gewährt. Hierdurch wird gegenüber der bisherigen Anlage 10 die Struktur der kindbezogenen Familienzuschläge erheblich vereinfacht.

Die abgestuften Erhöhungsbeträge in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 6 folgen dem Bundesverfassungsgericht, das in seinem Beschluss vom 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 und andere, Randnummer 94, juris – aufgezeigt hat, dass dem Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau unter anderem auch durch eine Anhebung des Familienzuschlags in den unteren Besoldungsgruppen Rechnung getragen werden kann. Sie sind so austariert, dass dennoch die Gesamtbesoldung in den Besoldungsgruppen A 5 und A 6 jeweils über der darunterliegenden Besoldungsgruppe liegt. Dies betrifft auch das Verhältnis zwischen der Besoldungsgruppe A 7, für die kein Erhöhungsbetrag mehr vorgesehen ist, und der Besoldungsgruppe A 6. Die abgestuften Beträge gewährleisten zusammen mit den anderen strukturellen Maßnahmen des Gesetzentwurfs die Einhaltung des Mindestabstands zum Grundsicherungsniveau. Die Erhöhungsbeträge für untere Besoldungsgruppen wurden erstmalig mit dem neuen Landesbesoldungsgesetz vom 11. Mai 2021 eingeführt und zuletzt mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2022 Mecklenburg-Vorpommern deutlich erhöht.

Im Zusammenspiel mit den übrigen Maßnahmen dieses Gesetzentwurfs konnten die Erhöhungsbeträge für untere Besoldungsgruppen im Vergleich zu den bisher vorliegenden Beträgen nun deutlich reduziert werden; dies dient auch dem Ziel des Gesetzentwurfes, den Fokus der Besoldung von den stark differenzierten, nur vereinzelt Beamtengruppen zustehenden Bezügebestandteilen hin zu strukturellen Leistungen zu verschieben. Eine vollständige Streichung der Erhöhungsbeträge in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 6 ist mit diesem Gesetzentwurf noch nicht möglich, da diesen aufgrund der zuvor sehr hohen Beträge auch eine besitzstandswahrende Funktion zukommt. So wird garantiert, dass die Neustrukturierung des Besoldungssystems nicht zu Nachteilen in vereinzelt Familienkonstellationen führt. Soweit der für alle Berechtigte geltende Familienzuschlag (175 Euro) in zukünftigen Anpassungsgesetzen erhöht wird, kann gleichzeitig eine Reduzierung der Erhöhungsbeträge stattfinden, sodass diese auf lange Sicht entfallen können und infolgedessen einheitliche Familienzuschläge für alle Besoldungsgruppen gelten.

Ausgenommen von der Anhebung der Familienzuschläge sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11, für die gemäß der neuen Anlage 10a die bisherigen Familienzuschläge weitergelten. Gleichwohl führt dies bei diesen Beamtenfamilien mit dritten und weiteren Kindern nicht zu einer Verletzung des Abstandes zur Grundsicherung. Bei Vorliegen einer entsprechenden Fallkonstellation kann – wie bisher – ein Zuschlag zur Wahrung des Abstands zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 73 des Landesbesoldungsgesetzes gewährt werden. Die genannten Besoldungsgruppen sind somit lediglich von der pauschalierten Erhöhung des Betrags ausgenommen. Bei vierköpfigen Familien besteht in diesen Besoldungsgruppen ohnehin nicht die Gefahr, den Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau zu unterschreiten.

Anlage 10b enthält die Zahlbeträge des Familienergänzungszuschlags nach § 43a des Landesbesoldungsgesetzes.

Die Anlagen wurden zudem redaktionell überarbeitet.

Zu Artikel 3 (Landessonderzahlungsgesetz)

Das Sonderzahlungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern ist im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Sprache vollständig überarbeitet und daher als Landessonderzahlungsgesetz neu gefasst worden. Gleichzeitig tritt das bisherige Sonderzahlungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern außer Kraft; vergleiche Artikel 8 Absatz 2 Satz 2.

Inhaltliche Änderungen haben sich in den §§ 6 und 9 ergeben.

Zu § 6

Die bisherigen Nachkommabeträge beim Grundbetrag der Jahressonderzahlung werden geglättet, und zwar in den Besoldungsgruppen

- bis A 9 von 38,001 Prozent auf 40 Prozent,
- A 10 bis A 12 sowie C 1 von 33,300 Prozent auf 35 Prozent sowie
- ab A 13 aufwärts von 29,382 Prozent auf 30 Prozent.

Ausgenommen hiervon sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11. Gemäß § 6 Absatz 2 Nummer 3 verbleibt der Bemessungssatz bei 29,382 und damit der bisherigen Rechtslage.

Zu § 9

Der bisherige Sonderzuschlag für jedes berücksichtigungsfähige Kind wird von 25,56 Euro auf 300 Euro angehoben und der Betrag durch einen neuen Absatz 2 herausgestellt. Ausgenommen von der Erhöhung des Sonderbetrages sind die Besoldungsgruppen B 9, B 10 und B 11.

Zu § 13

Der bisherige § 13 in seiner ursprünglichen Fassung enthielt noch eine Regelung für Berechtigte in der Besoldungsordnung C vor Umsetzung der Professorenbesoldungsreform in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Regelung kann entfallen.

Zu Artikel 4 (Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern)

Neben der geschlechtergerechten Überarbeitung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern haben sich folgende Änderungen ergeben:

Zur Inhaltsübersicht

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Änderung des § 33.

Zu § 33 (Heilverfahren, Verordnungsermächtigung)

Zu Absatz 1

Zu Satz 1

Es wird der Grundsatz verankert, dass die notwendigen und wirtschaftlich angemessenen Kosten eines Heilverfahrens zu erstatten sind, sofern der Dienstherr das Heilverfahren nicht selbst durchführt. Im Regelfall wird der Dienstherr die Aufwendungen erstatten und das Heilverfahren nicht selbst durchführen.

Gesetzlich geregelt wird nunmehr die bisherige Verwaltungspraxis, dass sich die Erstattung der Aufwendungen für Heilverfahrensmaßnahmen grundsätzlich an die beihilferechtlichen Regelungen des Landes anlehnt. Aufgrund der besonderen Fürsorgepflicht des Dienstherrn für seine verletzte Beamtin oder seinen verletzten Beamten erfolgt die Kostenerstattung zu 100 Prozent und unter Wegfall der im Beihilferecht geregelten Eigenbehalte und weiteren Beschränkungen. Der grundsätzliche Rückgriff auf beihilferechtliche Vorschriften ist sachgerecht, weil auch im Beihilferecht an die Notwendigkeit und Angemessenheit der Maßnahmen zur Heilung angeknüpft wird. In besonders begründeten Fällen ist als Ausprägung der besonderen Fürsorgepflichten des Dienstherrn bei Dienstunfällen ein Überschreiten des Leistungsumfangs der Beihilfe zulässig.

Durch die Aufzählung der Maßnahmen wird der Inhalt des Anspruchs auf Heilverfahren nach einem Dienstunfall dem Grunde und dem Umfang nach stärker als bisher konkretisiert. Absatz 1 Nummern 1 und 2 entsprechen dem bisherigen § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 2.

Unter Absatz 1 Nummern 3 bis 6 werden die Erstattungen von Aufwendungen für Krankenhausbehandlungen und Rehabilitationsmaßnahmen, notwendige Haushaltshilfe und Reisekosten in die gesetzliche Regelung aufgenommen.

Nummer 7 bildet den (neuen) Auffangtatbestand für die Kostenerstattung für Maßnahmen, die nicht unter die Nummern 1 bis 6 zu fassen sind, sich jedoch im besonderen Einzelfall als medizinisch notwendig und auch angemessen erweisen können und deshalb eine über die beihilferechtlichen Regelungen hinausgehende Kostenerstattung zulässig sein soll.

Zu Satz 2

Die Erstattung von Pflegeleistungen erfolgt in Anlehnung an die Vorschriften des Elften Buches Sozialgesetzbuch. Voraussetzung für die Erstattung ist eine Pflegebedürftigkeit im Sinne des § 14 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung. Sie erfolgt in vollem Umfang; Eigenanteile sind nicht zu leisten.

Zu Absatz 2

Absatz 2 fasst im Wesentlichen die früheren Regelungen in § 33 Absätze 2 und 3 zusammen und regelt die Mitwirkung der verletzten Person im Heilverfahren. Angeordneten und aus ärztlicher Sicht notwendigen Heilbehandlungsmaßnahmen (insbesondere Krankenhausaufenthalt und Operation) darf sie sich nur entziehen, wenn die Maßnahme mit einer erheblichen Gesundheitsgefahr einhergehen bzw. erheblich in die körperliche Unversehrtheit eingreifen würde (Grundrechtsgarantie).

Zu Absatz 3

Zu Satz 1 und Satz 4

Die bisherigen Regelungen zum Kleidungs- und Wäscheverschleiß und die Erstattung von Überführungs- und Bestattungskosten (bisher § 33 Absatz 4) werden fortgeführt.

Zu Satz 2 und Satz 3

Neu aufgenommen werden Regelungen zur Erstattung einer Kraftfahrzeughilfe und zur bedarfsgerechten Anpassung des Wohnumfeldes, soweit die gesundheitlichen Folgen des Dienstunfalls nicht nur vorübergehender Natur sind. Entsprechende Leistungen gewährt auch die gesetzliche Unfallversicherung (§§ 40, 41 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch).

Die Kraftfahrzeughilfe zielt darauf ab, die Mobilität der verletzten Beamtin oder des verletzten Beamten wiederherzustellen oder mindestens zu verbessern. Ermöglicht werden dadurch insbesondere die zur Dienstausbildung erforderlichen Wege oder die soziale Teilhabe. Die Wohnungshilfe soll der verletzten Person ein Höchstmaß an Rehabilitation und selbstbestimmter Lebensführung ermöglichen.

Zu Absatz 4

Absatz 4 enthält die Ermächtigung zum Erlass einer Landesverordnung, die gegenüber der bisherigen Verordnungsermächtigung den Umfang und die Durchführung des Heilverfahrens konkreter ausgestaltet. Nach Maßgabe des Artikels 57 Absatz 1 Satz 2 der Landesverfassung werden damit Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung genauer bestimmt.

Zu § 35 Absatz 1 (Unfallausgleich)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Aufhebung des Bundesversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2024. Die Höhe des Unfallausgleichs ergab sich bislang durch Verweisung auf die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz. Künftig wird die Höhe des Unfallausgleichs direkt im Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Die Regelung orientiert sich an der im Rahmen des Arbeitskreises für Versorgungsfragen länderübergreifend abgestimmten Systematik. Unverändert besteht Anspruch auf den Unfallausgleich ab einer mindestens sechs Monate andauernden Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 25 Prozent, was sich bislang indirekt aus § 30 Absatz 1 Satz 2 2. Halbsatz des Bundesversorgungsgesetzes herleitete und nunmehr explizit geregelt wird.

In den Beträgen ist die mit der Rentenerhöhung zum 1. Juli 2023 erfolgte Anpassung bereits berücksichtigt (vergleiche Achtundzwanzigste Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrags und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz vom 21. Juni 2023; BGBl. Teil I Nummer 165). Die künftige Teilnahme an Versorgungsanpassungen im Sinne des § 70 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern ergibt sich aus systematischen Gründen, weil der Unfallausgleich gemäß §§ 2 Absatz 1 Nummer 4 in Verbindung mit 30 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern ein Versorgungsbezug ist. Aufgrund des neuen Regelungsstandortes im Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern gilt die allgemeine Rundungsvorschrift für Versorgungsbezüge in § 49 Absatz 8 auch für die Unfallausgleichsbeträge.

In den Beträgen sind weiterhin berücksichtigt die nach § 31 Absatz 1 Satz 2 des Bundesversorgungsgesetzes vorgesehenen, gestaffelten Erhöhungsbeträge ab einer Minderung der Erwerbstätigkeit in Höhe von 50 Prozent. Diese belaufen sich auf 35 Euro bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit in Höhe von 50 und 60 Prozent, auf 43 Euro bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit in Höhe von 70 und 80 Prozent und auf 53 Euro bei einer Minderung der

Erwerbsfähigkeit ab 90 Prozent. Zur Vermeidung von Altersdiskriminierung und sachgrundloser Differenzierung wurde die bisherige Einschränkung der Gewährung der Erhöhungsbeträge erst ab dem 65. Lebensjahr nicht übernommen.

Zu § 50 Absatz 1 Satz 5 (Familienzuschlag, Ausgleichsbetrag, jährliche Sonderzahlung)

Von den Regelungen des neu eingeführten Familienergänzungszuschlags nach § 43a des Landesbesoldungsgesetzes sollen auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erfasst werden; insoweit verweist § 50 Absatz 1 Satz 5 auf die entsprechende Regelung im Landesbesoldungsgesetz.

Sind die Voraussetzungen des § 43a des Landesbesoldungsgesetzes bei entsprechender Anwendung auf die Versorgungsempfängerin oder auf den Versorgungsempfänger erfüllt – liegt also insbesondere kein ausreichender Mitverdienst der Ehegattin, des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin, des eingetragenen Lebenspartners oder des im selben Haushalt lebenden anderen Elternteils vor –, werden auch diesen die Beträge nach Anlage 10b des Landesbesoldungsgesetzes gewährt.

Zu § 53 Absatz 6 Satz 2 (Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Erwerbs- und Erwerb ersatzeinkommen)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Aufhebung des Bundesversorgungsgesetzes zum 1. Januar 2024. Die in § 53 Absatz 6 Satz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern enthaltene Regelung zur Vermeidung von Doppelzahlungen aufgrund der Gewährung einer Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz ist ab 2024 entbehrlich. Leistungen nach dem Gesetz zur Regelung des sozialen Entschädigungsrechts werden ab 2024 subsidiär erbracht.

Zu § 55 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 (Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten)

Die bisherige Bezugnahme auf das Bundesversorgungsgesetz bei der gestaffelten Freibetragsregelung im Zusammenhang mit der Anrechnung einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung auf die Beamtenversorgung nach § 55 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern wird ersetzt durch die Bezugnahme auf den neugefassten § 35 Absatz 1 Satz 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (vergleiche Begründung zu Ziffer 1).

Zu § 85 Absatz 8 (Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Beamte)

Die Übergangsregelung wird dahingehend angepasst, dass Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Unfallausgleich wegen eines bis zum 31. Dezember 1991 erlittenen Dienstunfalls die nach § 35 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern vorgesehenen Beträge zustehen.

Zu Artikel 5 (Änderung des Landesaltersgeldgesetzes)

Es handelt sich um eine redaktionelle Bereinigung.

Zu Artikel 6 (Versorgungsrücklagenauflösungsgesetz)

Zu § 1

§ 1 regelt die Auflösung des beim Land M-V geführten Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ sowie den Verbleib des vorhandenen Vermögens.

Mit der grundsätzlichen Überführung des Vermögensbestandes der Versorgungsrücklage in den Versorgungsfonds verzichtet das Land auf die Entnahmemöglichkeit zur Abfederung von Versorgungsausgabespitzen in den Jahren 2030 bis 2044. Dies könnte zur Folge haben, dass eine entsprechende Entlastung durch temporäre Anpassung des Zuführungssatzes an den Versorgungsfonds erforderlich wird.

Im Gegensatz zu den andere Beteiligten an dem Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ werden die zukünftigen Versorgungsaufwendungen für Beamtinnen und Beamten des Forschungsinstituts für Nutztierbiologie nicht durch das Land M-V getragen. Bei der Auflösung ist der auf das Forschungsinstitut für Nutztierbiologie entfallende Teil demnach an dieses zurück zu übertragen.

Zu § 2

Im Zusammenhang mit dem Außerkrafttreten des Versorgungsrücklagengesetzes ist es erforderlich, eine Verwendungsvorschrift für die Versorgungsrücklagen des Kommunalen Versorgungsverband Mecklenburg-Vorpommern zu erlassen.

Zu § 3**Zu Absatz 1**

Im Zusammenhang mit dem Außerkrafttreten des Versorgungsrücklagengesetzes ist es erforderlich, eine Verwendungsvorschrift für die Versorgungsrücklagen der unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des Öffentlichen Rechts sowie für die landesunmittelbaren Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsträger zu erlassen.

Zu Absatz 2

Mit Absatz 2 soll die Überprüfung der zweckentsprechenden Verwendung durch die Aufsichtsbehörde sichergestellt werden.

Zu § 4**Zu Absatz 1**

Um weiterhin eine zweckentsprechende Verwendung des auf das Forschungsinstitut für Nutztierbiologie entfallenden Teils des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ sicherzustellen, wird das Forschungsinstitut für Nutztierbiologie in Absatz 1 dazu verpflichtet, diesen Ertrag einer Pensionsrückstellung zuzuführen und diese ausschließlich zur Deckung von Versorgungsausgaben zu verwenden.

Zu Absatz 2

Mit Absatz 2 soll die Überprüfung der zweckentsprechenden Verwendung durch die Aufsichtsbehörde sichergestellt werden.

Zu Artikel 7 (Änderung des Versorgungsfondsgesetzes)

Zu Nummer 1

Mit Außerkrafttreten des Versorgungsrücklagengesetzes wird das Vermögen der Versorgungsrücklage vollständig in den Versorgungsfonds überführt. In diesem Zusammenhang werden weitere Erstverbeamtungsjahrgänge (2000 bis 2004) in den Versorgungsfonds einbezogen. Insofern dient das aus der Versorgungsrücklage überführte Vermögen der „Nachfinanzierung“ dieser betroffenen Jahrgänge im Versorgungsfonds. Mithin wird der Vorsorgegedanke langfristig ausgeweitet. Zudem dient die Änderung der Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache.

Zu Nummer 2

Zum 1. Januar 2024 werden in Abstimmung mit der Deutschen Bundesbank die Anlagerichtlinien für den Versorgungsfonds im Sinne nachhaltiger Kriterien erweitert. Die Anlageziele sind auch im Gesetz verankert. Mit dem passiven Strategieansatz wird zur Vermeidung von Transaktionskosten ein häufiges Umschichten des Anlagevermögens verhindert.

Es wird klargestellt, dass die Mittel des Sondervermögens auch für Gebühren verwendet werden können. Bei der Verwaltung der Mittel entstehen insbesondere bei Käufen und Verkäufen von Wertpapieren Gebühren (Transaktionskosten). Darüber hinaus fallen Gebühren bei der Beurteilung von Aktien und Rentenpapieren im Zusammenhang mit der Einhaltung der Anlagerichtlinien (z. B. Nachhaltigkeitskriterien) an.

Zu Nummer 3

Die Änderung dient der Umsetzung geschlechtergerechter Sprache.

Zu Artikel 8 (Inkrafttreten)

Artikel 8 regelt das Inkrafttreten der Artikel 1 bis 7 sowie das Außerkrafttreten des bisherigen Sonderzahlungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Versorgungsrücklagengesetzes.

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt das grundsätzliche Inkrafttreten des Gesetzes am Tag nach seiner Verkündung, sofern nichts Abweichendes in den Absätzen 2 und 3 geregelt ist.

Zu Absatz 2

Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die verfassungsgemäße Alimentation zu wahren. Den im Gesetzentwurf dargestellten Berechnungen zufolge ist dafür bereits für das Jahr 2023 eine rückwirkende Bezügeanpassung (Artikel 1) sowie eine Anpassung der Jährlichen Sonderzahlung nach dem Sonderzahlungsgesetz (Artikel 3) notwendig. Auch die damit verbundenen Änderungen im Landesbesoldungsgesetz durch Artikel 2 (Einführung des Familienergänzungszuschlags in § 43a und Neufassung der Anlagen 5 bis 13) müssen zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Gleichzeitig tritt das abzulösende bisherige Sonderzahlungsgesetz außer Kraft.

Zu Absatz 3

Die 2. Lesung dieses Gesetzes findet voraussichtlich im ersten Quartal 2024 statt. Für eine jahresgenaue Abrechnung des Sondervermögens „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ ist es notwendig, dass die Regelung in Artikel 2 Nummer 3 rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft tritt sowie das Versorgungsrücklagengesetz gleichzeitig außer Kraft tritt und damit die Verpflichtung zur Bildung eines Sondervermögens in § 18 des Landesbesoldungsgesetzes und insbesondere § 2 des Versorgungsrücklagengesetzes aufgehoben werden. Dies führt dazu, dass bis zum 15. Januar 2024 die Versorgungsrücklage für das Jahr 2023 gemäß § 6 des Versorgungsrücklagengesetzes letztmalig abgerechnet werden kann und muss. Ohne eine Rückwirkung würde das System der Versorgungsrücklage für ein weiteres Jahr fortbestehen und dadurch einen erhöhten Verwaltungsaufwand begründen.

Durch diese Rückwirkung kann das Sondervermögen am Tag der Verkündung dieses Gesetzes durch die Regelungen in den Artikeln 6 und 7 aufgelöst und dem Versorgungsfonds zugeführt werden. Eine Zuführung an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ für das 2024 erfolgt nicht. Ab dem Jahr 2024 erfolgt für das Land und die übrigen vom Versorgungsfonds erfassten Dienstherrn die Pensionsvorsorge ausschließlich über das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“.

Auch die Neufassung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern muss mit Wirkung zum 1. Januar 2024 in Kraft treten, da zeitgleich das Bundesversorgungsgesetz, auf das das Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern derzeit verweist, zum 1. Januar 2024 durch das neue 14. Buch Sozialgesetzbuch abgelöst wird. Gleichzeitig tritt das abzulösende bisherige Landesbeamtenversorgungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern außer Kraft.